

DIE PANHELLENISCHE SOZIALISTISCHE BEWEGUNG (PA.SO.K)

Untersuchung zur geschichtlichen Entwicklung,
Organisation, Ideologie und Politik der PASOK
von 1974 bis 1984

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophie
an der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

vorgelegt von
VASSILIKI KOSSINIARI-VALLIANOU
aus
Athen, Griechenland

Referent: Prof. K. Sontheimer
Korreferent: Prof. Opitz
Tag der mündlichen Prüfung: 19. Juli 1985



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554826_0031

DIE PANHELLENISCHE SOZIALISTISCHE BEWEGUNG (PASOK)

UNTERSUCHUNG ZUR GESCHICHTLICHEN ENTWICKLUNG, ORGANISATION,
IDEOLOGIE UND POLITIK DER PASOK VON 1974 BIS 1981.

INAUGURAL - DISSERTATION

ZUR ERLANGUNG DES DOKTORGRADES DER PHILOSOPHIE

AN DER LUDWIG-MAXIMILIAN-UNIVERSITÄT ZU MÜNCHEN

VORGELEGT VON

VASSILIKI KOSSINIARI-VALLIANOU

AUS ATHEN, GRIECHENLAND.

REFERENT: PROF. DR. KURT SONTHEIMER

TERMIN: MÄRZ 1985

INHALT

Einleitung

Teil I

Seite

Historischer Überblick.....	9
1. Von der Wiederentstehung des griechischen Staates bis zum zweiten Weltkrieg (1830-1940).....	9
2. Vom zweiten Weltkrieg bis zum Ende des Bürgerkrieges (1940-1949).....	11
3. Die politische Entwicklung von 1950 bis 1967.....	15
4. Die Militärdiktatur (1967-1974).....	19
5. Von der Wiederherstellung der Demokratie bis zur Regierungsübernahme von der PASOK (1974-1981).....	23

Teil II

Entstehung und Entwicklung der PASOK.....	25
1. Vorgeschichte: 1964-1974.....	25
1.1. Die ersten Wurzeln der PASOK: 1964-1967. Die "Gruppe Papanastassiou" und die "Demokratischen Verbände".....	25
1.2. Der Widerstand gegen die Militärdiktatur (1967-1974). Die PAK (Panhellenische Befreiungsbewegung).....	27
1.2.1. Widerstandsaktivitäten der PAK.....	32
1.2.2. Ideologische Physiognomie der PAK.....	33
1.2.3. Exkurs: Die "Freunde der PAK".....	34
1.2.4. Die Organisation der PAK.....	36
2. Die Wiederherstellung der Demokratie und die Gründung der PASOK am 3. September 1974.....	37
3. Die PASOK auf dem Weg zur politischen Macht.....	40
A. Die erste Phase: 3. September 1974 - 20. November 1977	
3.1. Innerparteiliche Auseinandersetzungen.....	40
3.2. Die erste Krise in der PASOK - die "Demokratische Verteidigung".....	42
3.3. Der Konflikt mit den Trotzlisten.....	48
3.4. Die Abspaltung der PASP (die Studentenorganisation der PASOK).....	51
3.5. Die politische Entwicklung der PASOK von der Gründung 1974 bis zu den Wahlen 1977.....	58
a) Die erste Konferenz der PASOK.....	58
b) Die Panhellenische Konferenz der PASOK vom 8. - 10. Juli 1977.....	60
3.6. Einige Elemente des Wahlkampfes für die Parlamentswahlen vom 20. November 1977.....	63

B.	Die zweite Phase: 21. November 1977 - 17. Oktober 1981.	
3.7.	Die politische Situation nach den Wahlen von 1977 - im Überblick: die Parteienlandschaft.....	68
	a) Die Neue Demokratie.....	68
	b) Die EDIK.....	70
	c) Die Allianz der Fünf.....	71
	d) Die 'orthodoxe' KPG.....	72
	e) Die PASOK.....	72
3.8.	Die politische Entwicklung der PASOK von den Wahlen 1977 bis zu den Wahlen 1981.....	74
	a) Die 2. Konferenz des Z.Kš der PASOK.....	75
	b) Die 5. Konferenz des Z.Kš der PASOK.....	76
	c) Die 6. Konferenz des Z.Kš der PASOK.....	77
	d) Die 8. Konferenz des Z.Kš der PASOK.....	79
3.9.	Einige Elemente des Wahlkampfes für die Parlamentswahlen vom 17. Oktober 1981.....	81
	a) Das Wahlprogramm.....	81
	b) Organisatorische Vorbereitung.....	84
	c) Finanzielle Kampagne.....	85
	d) Wahlstrategie.....	86
	e) Die Rolle der Presse.....	86
	f) Wahlparolen.....	89
C.	Ursachen und Gründe für den Wahlerfolg der PASOK.....	90
3.10.	Gesellschaftliche Gründe.....	90
	a) Wirtschaftliche - soziale Gründe.....	90
	b) Politische Gründe.....	92
3.11.	Die Rolle und Wahltaktik der anderen Parteien.....	96
	a) Die Neue Demokratie.....	96
	b) Die EDIK.....	99
	c) Die 'erneuerte Linke'.....	100
	d) Die KPG.....	102
3.12.	Strategie und Taktik der PASOK im Lichte ihres Wahlerfolges.....	104

Teil III

Untersuchung ausgewählter Problemkreise.

Organisatorische Struktur der PASOK.....	109
A. Der Aufbau der Partei und ihre Organe.....	109
1. Lokale Ebene.....	109
2. Regionale Ebene.....	113
3. Nationale Ebene.....	116
4. Die Nebenorganisationen.....	125
4.1. Nahestehende Interessengruppen.....	125
a) Im Gewerkschaftsbereich.....	125
b) In den Schulen.....	127
4.2. Die Jugend- und Studentenorganisation PASP.....	128
B. Formelle Kommunikationskanäle zwischen Parteispitze und Basis.....	133
1. Die Aktivitäten der verschiedenen Organisationen.....	133
2. Koordinieren der Aktivität zwischen Parteispitze und Basis.....	137
a) Ideologische 'Schulung'.....	138
b) Parteiliche Selbstinformation über die lokalen Probleme.....	142
3. Das Verhältnis der PASOK zu ihren Parlamentariern.....	145
C. Entscheidungsprozesse und -strukturen in der PASOK.....	149
1. Innerparteiliche Demokratie.....	149
2. Die Rolle des Vorsitzenden A. Papandreou in der PASOK	154
3. Soziale Struktur des Mitglieder- und Wählerpotentials der PASOK.....	162

Teil IV

A. Ideologie und politische Praxis der PASOK.....	170
1. Theoretische Konzeptionen.....	170
1.1 Anmerkungen zu den 'Zentrum-Peripherie'-Theorien.....	170
1.2. Die PASOK-Konzeption.....	183
1.3. Diskussion.....	189

2.	Programmatik der PASOK.....	201
2.1.	Außenpolitik - die nationale Fragen.....	202
a)	Allgemeine außenpolitische Konzeption.....	202
b)	Exkurs: Wirtschaftspolitische Alternativ- vorstellungen.....	206
c)	Die NATO.....	209
d)	Die amerikanischen Stützpunkte.....	211
e)	Die EG.....	213
f)	Das Zypernproblem.....	216
g)	Das Ägäisproblem.....	218
2.2.	Allgemeine Richtlinien der Wirtschaftspolitik der PASOK	221
2.3.	Politische und soziale Reformen.....	236
B.	Selbstverständnis und Konzeption - der dritte Weg zum Sozialismus	245
1.	Die PASOK im Verhältnis zu anderen sozialistischen Bewegungen und Parteien.....	245
1.1.	Einige Konzeptionen des sowjetischen Modells.....	245
1.2.	Exkurs: Die PASOK - marxistisch?.....	249
1.3.	Das jugoslawische Modell.....	250
1.4.	Eurokommunismus (Italien, Frankreich).....	251
1.5.	Die Sozialdemokratie.....	255
1.6.	Der 'dritte Weg' zum Sozialismus.....	257
1.7.	Diskussion.....	262
C.	Politische Physiognomie der PASOK.....	267
1.	Die PASOK: Eine charismatische bzw. populistische Bewegung?	267
1.1.	Charismatische Bewegung.....	268
1.2.	Populistische Bewegung.....	291
	Schlußwort.....	298
	Anhang.....	?
	Abkürzungsverzeichnis.....	?
	Literaturverzeichnis.....	?

1. Einleitung

1.1. Gegenstand und Ziel der Arbeit

Der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) ist es in nur sieben Jahren gelungen, sich aus den Wirren nach dem Sturz einer der letzten europäischen Militärdiktaturen zur prägenden politischen Bewegung des sich nach und nach demokratisierenden öffentlichen griechischen Lebens zu entfalten und 1981 die erste sozialistische Regierung Griechenlands zu bilden.

Dieser spektakuläre Aufstieg einer sozialistischen Bewegung in einer Zeit, in welcher der Konservatismus weltweit auf dem Vormarsch ist, erscheint einer näheren Betrachtung wert.

Als Griechin habe ich als zusätzlichen Anstoß das weitverbreitete Unverständnis empfunden, mit dem das Ausland, speziell die BRD, auf dieses Phänomen reagiert 1).

Von Griechenland, das doch als EG- und NATO-Mitglied voll in die westliche Welt integriert ist, war man in der Vergangenheit strikte Loyalität gewohnt; um so erstaunter ist man nun, wenn die PASOK Griechenland auf einen entschieden anderen Kurs steuern will.

Und nun macht man sich - vor allem was die Außenpolitik angeht - Sorgen um den Werdegang eines Landes, von dem man im Grunde sehr wenig weiß; man fragt sich, was dieser A. Papandreu und seine PASOK-Regierung eigentlich wollen?

Das Phänomen PASOK verdient also durchaus Beachtung und eine kritische Analyse.

Da aber selbst in Griechenland das einschlägige Material verstreut und unzulänglich ist, verfolgt die vorliegende Arbeit gleichzeitig das Ziel, die bruchstückhafte Information zusammenzutragen und als Ganzes darzustellen.

1) S.Z. Nr. 26, vom 2.2.1985, S.4: "Die PASOK, eine in ihren politischen Zielen immer noch als diffus erscheinende parteiähnliche Gruppierung....".

1.2. Methode und Aufbau der Untersuchung

Die Untersuchung ist angelegt als eine politologische Studie, die sich vorwiegend einer deskriptiven hermeneutischen Methode bedient und eine qualitative 1) Vorgehensweise der quantitativen vorzieht 2), da jene auf technische Erfordernisse wenig Rücksicht nehmen muß, denn sie zielt auf die Deckung von relevanten Zusammenhängen, auch dann, wo diese in Quantitätsrelationen nicht mehr zu reduzieren wären.

Die "Validität der Aussagen steht gegen die Reliabilität im Vordergrund". 3) Das bedeutet, daß auch bei der Aufarbeitung des empirischen Materials, in den Teilen, die dafür in Frage kommen, subjektive Wertungen und Ermessensentscheidungen in die Auswahl des Demonstrationsmaterials eingehen und daher den strengen Kriterien empirischer Sozialforschung im engeren Sinne nicht genügen. Für das methodische Vorgehen boten sich der Verfasserin mehrere Möglichkeiten. Die erste Möglichkeit war, von einem historisch-chronologischen Ansatzpunkt auszugehen und eine kritische Parteilsgeschichte zu schreiben, in der die fortlaufende historische Darstellung jedoch immer durch Exkurse und die Behandlung von einzelnen Problemen unterbrochen worden wäre, was nur zu leicht die generellen Entwicklungslinien verwischt hätte. Als zweite Möglichkeit bot sich an, einen ausgewählten Problemkreis zu behandeln, wobei sich jedoch die Schwierigkeit ergeben hätte, die unterschiedlichen Probleme jeweils erneut in ihren historisch-politischen Kontext einzuordnen, um sie verständlich zu machen. Ein solches Vorgehen hätte daher die mehrfache Wiederholung bestimmter politisch-historischer Sachverhalte und somit immer neue historische Exkurse erfordert. Die Verfasserin entschloß sich daher dazu, die beiden angesprochenen methodischen Schritte zu verbinden und im zweiten Teil der Arbeit einen mehr historisch orientierten Überblick über die Entwicklung der PASOK von ihrer Gründung bis zum Jahre 1981 zu geben und im dritten Teil dann die hauptsächlichsten Probleme genauer zu analysieren,

-
- 1) Einen Überblick gibt Ole R. Holsti, Content Analysis for the Social Sciences and Humanities, Reading, Mass. u.a. 1969.
 - 2) Alexander George, Propaganda Analysis, N. York 1959. George setzt sich in diesem Buch ausführlich mit den relativen Vor- und Nachteilen der quantitativen und qualitativen Techniken auseinander. Seine Ergebnisse behalten ihre Gültigkeit trotz der enormen Fortschritte im Bereich elektronischer Hilfsmittel.
 - 3) W. Sprondel, Elemente des Zuweisungsprozesses sozialer Positionen, Diss. München 1968, S.123.

die sich mit der historischen Darstellung als relevant für die Entwicklung der Partei und ihre Einordnung in die politische Szenerie Griechenlands herauskristallisiert haben.

Damit war sowohl die Gewähr einer kontinuierlichen Darstellung der historischen Entwicklungslinien gegeben und gleichzeitig hierdurch die Basis für die Behandlung der Einzelprobleme, ohne dabei eine historische Rückschau jeweils wieder vornehmen zu müssen.

Weil eine politische Partei zwar ein mehr oder weniger selbstständiger Akteur im politischen Prozeß eines Landes ist, jedoch hinsichtlich der Eigentümlichkeiten sowohl ihrer Handlungen, ihrer Organisationsstrukturen als auch ihrer (programmatischen) Zielvorstellungen mit allen anderen Parteien des gleichen politischen Systems in einem interdependenten Bezugsverhältnis steht, das seinerseits wiederum stark von den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen eines gegebenen Landes bestimmt ist, erweist sich vielmehr als erforderlich, eine Partei unter Einbeziehung der sozialen, ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen zu betrachten und zu behandeln.

Diese bilden das Thema des ersten Teils der Arbeit.

Dem Aufbau der Arbeit liegt also folgende Gliederung zugrunde:

- o Zu Beginn der Untersuchung wird ein historischer Überblick über die Entwicklung seit dem II. Weltkrieg gegeben sowie eine kurze sozioökonomische Darstellung Griechenlands, um solcherart dem Leser das Erfassen "spezifisch griechischer" Strukturen und Handlungsweisen zu erleichtern.

- o Im zweiten Teil geht es darum, die konkrete Situation bei der Entstehung der PASOK zu erläutern. Im Anschluß daran folgt eine Chronologie von der Gründung der PASOK am 3. September 1974 bis zu ihrer Regierungsübernahme im Oktober 1981.

Die Gründe dieses spektakulären Aufstiegs der PASOK werden zum Schluß dieses Teils analysiert.

- o Der dritte Teil beschäftigt sich mit einer Reihe von speziellen Problemkreisen, deren Auswahl sich fast zwangsläufig aus dem allgemeinen Interesse des Politikwissenschaftlers an einer Partei ergab, d.h. an ihren sowohl formalen als auch praktischen Organisationsformen, der besonderen Rolle ihres Vorsitzenden A.Papandreou, ihrer Mitgliederstruktur und ihrem Verhältnis zur innerparteilichen Demokratie.

o Der vierte Teil ist den theoretischen und ideologischen Konzeptionen der PASOK, der Darstellung ihres 'dritten Weges zum Sozialismus' sowie der politischen Physiognomie der PASOK gewidmet. Ein Kapitel, das umso nötiger sein dürfte, da die Konzeptionen und Vorgehensweisen der PASOK gerade jetzt (Frühjahr 1985) einiges Unverständnis ausgelöst haben 1) - obwohl sie freilich bei näherer Kenntnis der PASOK-Ideologie als durchaus "stimmig" erscheinen.

1) Vgl., Spiegel, 4.2.1985, S.113-114;
S.Z., 8.2.1985, S.4 sowie 16./17.2.1985, S.4.

A. Historischer Überblick

1. Von der Wiederentstehung des griechischen Staates bis zum zweiten Weltkrieg (1830 - 1940)

Fast 400 Jahre lang war die griechische Geschichte kaum mehr als eine Fußnote der türkischen. Diese Epoche begann 1453 mit dem Fall Konstantinopels an die Osmanen und endete erst mit den Unabhängigkeitskriegen der Jahre 1821 bis 1830.

Unter dem Patronat der Schutzmächte Frankreich, England und Rußland wurde Griechenland 1830 als Königreich neu begründet. Damals gelangte der Wittelsbacher Otto der Erste auf den Thron und wurde erster König des neuen Staates 1832.

Von 1833 bis 1843 herrschte Otto als absoluter Monarch. Da die Probleme des Landes - Zerstörung durch den achtjährigen Befreiungskrieg, totale Verarmung seiner Bevölkerung - während dieser Zeit in keiner Weise gelöst werden konnten, sicher sogar noch verschärften, kam es 1843 zu einem unblutigen Staatsstreich, der Otto den Thron kostete und Gr. nun mehr in eine konstitutionelle Monarchie umwandelte.

Die Zeit zwischen 1843 und 1913 ist von einer weiteren tiefen politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit Grs vom Ausland gekennzeichnet 1). Allerdings gelang bis zu Beginn des ersten Weltkrieges der langsame Aufbau einer effektiven griechischen Staatsverwaltung. Es bildete sich eine kleine bürgerliche Schicht heraus ebenso erlebte Gr. eine elementare Industrialisierung.

Im ersten Weltkrieg schließlich nahm Gr. an der Seite der Entente-Mächte teil.

Innenpolitisches Leidtief jener Jahrzehnte bis nach dem ersten Weltkrieg war die "große Idee", besser zu verzeichnen als "großer nationaler Wunschtraum": Die große Idee meinte eine Wiedererrichtung der territorialen Gestalt des alten Byzanz mit der Hauptstadt Konstantinopel. Hierzu muß man wissen, daß Gr. seinerzeit nur einen kleinen Teil seines heutigen Territoriums umfaßte, ganz zu schweigen von den Grenzen des alten byzantinischen Reiches.

Zu Gr. gehörte damals nämlich kaum mehr als der Peloponnes, die Sterea Hellas sowie einige Inseln in der Ägäis.

1) Vgl. Korisis, H.: Die politischen Parteien Griechenlands, Herbruck/Nürnberg 1966, S.169; Markezinis, S.: Politische Geschichte Neugriechenlands, Athen 1964-68, Bd.1, S.235, gr; Zakyntinos, D.: Die politische Geschichte Neugriechenlands, Athen 1965, S.47, gr.

Mit Ende der Balkankriege (1912-13) und des ersten Weltkrieges sah Gr. - auf der Seite der Sieger eine teilweise Erfüllung seiner territorialen Ansprüche: Thessalien, Mazedonien, West-Thrazien kamen unter der Souveränität Athens ebenso Kreta und die Inseln des Ägäischen und Ionischen Meeres.

Auf der anderen Seite stand freilich die kleinasiatische Katastrophe 1922, die der großen Idee ein Ende setzte. Die griechische Armee erlitt gegen die türkischen nationalistischen Kräfte unter Kemal Atatürk in Kleinasien eine vernichtende Niederlage. Kleinasien Griechen wurden vertrieben. 1,5 Millionen Menschen strömten nach Gr. zurück, eine Vertreibung, deren Dimension man erst richtig ermessen kann, wenn man weiß, daß das damalige Griechenland eine Bevölkerung von insgesamt nur fünf Millionen Menschen umfaßte. 1)

Vor allem bereitete dieser Flüchtlingsstrom der notorisch labilen griechischen Wirtschaft erhebliche Probleme. Dies betraf insbesondere die Ballungsräume Saloniki, Piräus und Athen, in denen ein Großteil der Vertriebenen eine neue Heimat suchte.

Abgesehen von der großen Idee und ihrem Scheitern, brachten die Jahre nach 1910 für Griechenland eine ganze Reihe insgesamt positiver Entwicklungen. Dies betrifft zum einen die Regierungszeit von E. Venizelos (1910-1920), der Ansätze einer Reform des griechischen Staates unternahm, so etwa eine Agrarreform, eine Erneuerung der staatlichen und verwaltungsmäßigen wie auch der Sozialstrukturen.

Wenn gleich diese Reformversuche durch die Balkankriege (1912-1913), den ersten Weltkrieg und die - wie erwähnt - kleinasiatische Katastrophe von 1922 Rückschläge erleiden mußten, beschleunigte der Flüchtlingsstrom infolge der kleinasiatischen Katastrophe die 1911 eingeleitete Landreform, setzte überdies Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft frei und ermöglichte so eine Entwicklung der griechischen Industrie. Von 1923 bis 1939 z.B. verdreifachte sich das Industrievolumen Griechenlands. 2)

In der Zeit und aus den obengenannten Gründen, bildeten sich in Gr. auch die ersten Ansätze einer Arbeiterbewegung, die jedoch mit der Errichtung der Militärdiktatur von J. Metaxas im Jahre 1936 einen entscheidenden Rückschlag erlitt.

1) N. Mouzelis, Neugriechische Gesellschaftliche Unterentwicklungsaspekte, Athen 1978, S.46, gr.

2) Ebenda, S.48.

2. Vom zweiten Weltkrieg bis zum Ende des Bürgerkrieges (1940-1949)

Griechenland stand während des zweiten Weltkrieges an der Seite Großbritanniens, das nach der Kapitulation Frankreichs im Juni 1940 zunächst alleine gegen Hitler und seine italienischen Verbündeten Mussolinis kämpfte. Am 28. Oktober 1940 wurde Gr. von Mussolini angegriffen. Die Griechen leisteten in Nord-Epirus einen sechsmonatigen erbitterten Widerstand, der den italienischen Militärs einiges Kopfzerbrechen bereitete und schließlich am 6. April 1941 mit zum Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Griechenland führte. 1) Dieser Widerstand gab allerdings dem griechischen Volk auch einiges Selbstvertrauen, um weiter gegen die fremden Aggressoren zu kämpfen und diesen Widerstand auch während der Besatzungszeit fortzusetzen. Unmittelbar vor dem Einmarsch der Hitler Wehrmacht verließen die britischen Streitkräfte Griechenland, die Athener Regierung und König Georg II. folgten ihren britischen Verbündeten ins Exil. Am 24. April 1941 schließlich kapitulierte die Militärführung Griechenlands ²⁾. Wie für andere europäische Länder so war auch für Gr. die Besatzungszeit ausgesprochen hart. Das Land wurde zwischen Deutschen, Italienern und Bulgaren aufgeteilt; Hunger ³⁾, Exekutionen und politische Verfolgungen vertieften die nationale Demütigung weiter. Der bereits mit dem italienischen Einmarsch einsetzende Widerstand konnte dadurch allerdings nicht gebrochen werden. Am 27. September 1941 wurde die E.A.M., die Nationale Befreiungsfront als politische Organisation gegründet. In ihr schlossen sich die sozialistische Partei SKE, die Kommunisten sowie die Bauernpartei zusammen. Im Januar 1942 entstand aus der Nationalen Befreiungsfront schließlich die E.L.A.S., die Nationale Volksbefreiungsarmee, ein Partisanenheer, unter dem General S.Sarafis mit ca. 20.000 Mann.³⁾ Im weiteren Verlauf wurde die EAM zur Hauptorganisation des griechischen Widerstandes, der es gelang die breite Masse der Bevölkerung hinter sich zu bringen. Dies betraf nicht nur Kräfte der Linken oder des antifaschistischen Widerstandes überhaupt, sondern reichte bis weit in konservative Schichten der Gesellschaft hinein, die sich nunmehr unter dem Zwang von Hunger und Repression zu organisieren begannen und sich der EAM anschlossen.

1) Vgl. H. Hallmann, Neugriechenlands Geschichte (1820-1948), Bonn 1949, S. 146; V.v.Hassel, Vom anderen Deutschland, Zürich/Freiburg 1946, S.167, 170ff und 277; E. Kordt, Wahn und Wirklichkeit, Stuttgart 1948, S.270ff, 282ff.

2) Der Widerstand auf Kreta dauerte bis zum Mai 1941.

3) Vgl. B. Mathiopoulos, die Geschichte der sozialen Frage und des Sozialismus in Griechenland (1821-1961), Hannover 1961, S.136ff sowie D. Gatopoulos, Geschichte der Besatzungszeit, Bd.1, Athen 1948 (im Winter 1941/42 gab es 300.000 Verhungerte).

Trotz - oder gerade wegen - ihrer breiten Basis in der Bevölkerung wurde die EAM einigen einflußreichen Kräften jedoch suspekt: Zum einen wegen ihrer sozialreformerischen Tendenzen und zum anderen wegen der Überlegenheit, die die kommunistische Partei in ihr besaß.

Großbritannien war beunruhigt ebenso die vor Kriegsausbruch bestehenden politischen Parteien Gr̃s und last but not least die königliche Exilregierung in Kairo.

Diese Kräfte wiederum zogen es vor, die EKKA (ethniki kai kinoniki Apeleftherosis) eine bürgerliche demokratische Widerstandsorganisation bzw. die EDES (Ethnikos Dimokratikos Ellinikos Synagermos), eine nationaldemokratische Befreiungsarmee unter der Führung royalistischer Offiziere, zu unterstützen.

"Die Soldaten der EDES 1) - schreibt Churchill - hatten demokratische Tendenzen, allerdings wurden sie mit der Zeit ausschließlich Antikommunisten". 2)

Der griechische Widerstand gegen die Achsenmächte splitterte sich deshalb auf, obwohl "die EAM mit ihren Kampforganisationen der Hauptträger gegen die Besatzungsmächte" 2) war.

Entsprechend wenig konnte es verwundern, daß es am 10. März 1944 die EAM war, die einen "Ausschuß der nationalen Befreiung" (Prossorini Epitropi tis Ethnikis Apeleftherosis) gründete, eine provisorische Regierung Gr̃s unter dem Präsidium des Universitätsprofessors A. Svolos. 1)

Die Exilregierung des Königs Georg II. in Kairo war von diesen Ereignissen keineswegs begeistert.

Hauptpunkt der Differenzen zwischen der provisorischen Regierung der EAM und der königlichen Exilregierung war die Frage nach der künftigen Staatsform Gr̃s, d.h. ob die Monarchie beibehalten werden sollte, oder ob nach der Befreiung eine republikanische Staatsform gelegt werden sollte.

Im August 1943 kam es schließlich zu einem Kompromiß, d.h. die Frage nach der Staatsform wurde vertagt; die traditionellen politischen Parteien Gr̃s, die EKKA und die EDES erklärten, daß die Frage der Staatsform nach Ende der Besetzung vom Volk selbst entschieden werden soll. 3) Auch der König und seine Exilregierung schlossen sich diesem Kompromißvorschlag an.

-
- 1) So zeigte sich in Gr. das verfassungsrechtliche bemerkenswerte Phänomen, daß gleichzeitig drei verschiedene Regierungen bestanden: Die Exilregierung in Kairo, die Regierung der EAM unter Svolos in den Bergen und die von den Besatzungsmächten unterstützte Regierung in Athen. S. B.Mathiopoulos, 1961, S.143.
 - 2) N. Svoronos, Überblick der neugriechischen Geschichte, Athen 1976, S.140, gr.
 - 3) B.Mathiopoulos, 1961, S.141.

Mit dem Vertrag von Libanon im Mai 1944 kam es schließlich zu einer Einigung zwischen allen politischen Gruppen Gr̃s, welche die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit unter der F̃hrung Georgios Papandreous vorsah, an der die b̃rgerlichen Parteien und die EAM 1) beteiligt werden sollten.

Während der letzten Monate der Besatzung war die politische und militärische Gewalt im Lande de facto in Händen der EAM-ELAS geraten, was weder die Zustimmung der Exilregierung in Kairo noch die deren politischer Alliierten fand. Einen Interessenausgleich brachte am 26. September 1944 die Konferenz in Kazerta (Italien).³⁾ Im Vertrag von Kazerta unterstellten sich alle militärischen Verbände der griechischen Partisanen dem Oberbefehl der griechischen Regierung in Athen. Diese griechische Regierung unterstellte sie dem Befehl des englischen Generals Scobie, der zum Chef aller griechischen Militäreinheiten ernannt wurde. Im Oktober 1944 zwang der rasche Vormarsch der sowjetischen Streitkräfte die deutsche Wehrmacht zum endgültigen Rückzug. Am 12. Oktober 1944 wurde Athen und Piräus befreit, am 14. Oktober schließlich kam General Scobie, dem ein paar Tage später die königliche Exilregierung folgte.

Scobie verlangte sofort die militärischen Verbände der EAM bis zum 10. Dezember aufzulösen, mit der Begründung, man wolle eine griechische Nationalarmee aufstellen. Die Minister der EAM traten daraufhin zurück, die ELAS weigerte sich aber, sich aufzulösen und leistete nunmehr Widerstand gegen die Britten und die königstreuen Truppen, die mittlerweile am 3. Dezember 1944 in Gr. gelandet waren. Die Kämpfe in Athen sollten über einen Monat dauern und endeten mit einer Niederlage der ELAS. 4)

Am 10. Januar 1945 wurde ein Waffenstillstand geschlossen und am 12. Februar schloß man den Vertrag von Varkiza, indem die Trennung der ELAS von der politischen Organisation EAM beschlossen und die Übergabe ihrer Waffen an den griechischen Staat vereinbart wurde.

1) Fünf Ministerien wurden mit Vertretern der EAM besetzt: Das der Finanzen, der Landwirtschaft, der Arbeit, der Wirtschaft und des Verkehrs. S. Mathiopoulos, 1961, S.144.

2) G. Papandreou, Die Befreiung Griechenlands, Athen 1950³, S.129ff, gr.

3) An ihr nahmen der Chef der alliierten Mächte im Nahen Osten, General S. M. Wilson, der damalige englische Minister H. Mac Millan, Vertreter der griechischen Regierung, die Chefs von ELAS, General S. Srafiis und der EDES, General N. Zervas sowie der Vertreter der kommunistischen Partei, G. Zervos teil. Ebenda, S.144.

4) Vgl. Mathiopoulos, 1961, S.146 sowie N. Svoronos, 1972, S.142.

Der griechische Staat verpflichtete sich die Verwaltung von Anhängern der Metaxa-Diktatur und von Kollaborateuren zu säubern und noch im Laufe des Jahres 1945 einen Volksentscheid über die Frage der zukünftigen Staatsform herbeizuführen. 1) Allerdings verschoben sich die Wahlen auf den 31. März 1946 und endeten mit einem Sieg der "Volkspartei", Freunde der Monarchie²⁾; dementsprechend wurde schließlich beim Volksentscheid vom 1. September 1946 für die Rückkehr des Königs entschieden. Solchermaßen abgesichert fühlte sich die Regierung stark genug, alle Anhänger der kommunistischen Partei, der EAM und der Widerstandsbewegung, aber auch linksorientierter Gruppen im allgemeinen, zu verfolgen und sie auf Inseln (wie Agios Efstratios, Makronissos u.a.) zu verbannen³⁾, was von diesen natürlich nicht widerstandslos hingenommen wurde. Die EAM-Kämpfer - mit Unterstützung der KPG - gingen in die Berge, formierten sich dort am 28. Oktober 1946 zu den "demokratischen Truppen Griechenlands" und bildeten am 23. Dezember 1947 die "vorläufige Regierung Griechenlands". Der Bürgerkrieg begann mit einer bisher nie gekannten Brutalität. 4) Bis zum Februar 1947 hat die Lage dermaßen eskaliert, daß die britische Regierung den USA mitteilen mußte, sie sei nicht mehr in der Lage, ihren Verpflichtungen gegenüber Gr. (und der Türkei) nachzukommen. England gab damit seine Rolle als Schutzmacht an die USA ab, welche Rolle die USA mit der Truman-Doktrin übernahmen. 5) Dieser zufolge "sind die USA verpflichtet, Griechenland zu helfen, damit es seine demokratische Regierungsform verteidigen könne". (12. März 1947) Durch die darauffolgende Tätigkeit der Amerikaner und besonders durch ihre finanziellen Investitionen wurde in Griechenland eine amerikanische 'Fraktion' gebildet. Die Mitglieder dieser Fraktion, die von der Krone unabhängig aber ihr verbunden waren, waren überall zu finden: In der Wirtschaft, in der Politik, in der Armee, in den Sicherheitsbehörden, bei Hof und in dem Verwaltungsapparat. 6) Die Grundlegung des amerikanischen Einflusses geschah mit dem Abkommen über die Gewährung von Wirtschaftshilfe seitens der USA an Gr., das am 20.7.1947 unterzeichnet wurde;

- 1) Der König blieb bis zum Volksentscheid vom 1. September 1946 in London; Erzbischof Damaskinos wurde zum 'Vizekönig' ernannt.
- 2) Die demokratischen Parteien nahmen an den Wahlen nicht teil.
- 3) S.N.Svoronos, 1978, S.142 sowie Th. Papakonstantinou, Die Anatomie der Revolution, Athen 1952, S.236, gr; B. Mathiopoulos, 1961, S.153.
- 4) Einzelheiten in dem Zusammenhang s. in Mathiopoulos, Ebenda, S.153ff.
- 5) Vgl. A. Papandreou, Griechische Tragödie, Wien u.a. 1970, S.73ff sowie Goldbloom, M, United States Policy in Post-War Greece, in: Glogg/Yanopoulos, Greece under Military Rule, S.228ff.
- 6) Vgl. J. Meynaud, Die politischen Kräfte in Griechenland, Athen 1966, S.413, gr.

es führte volle Wirtschafts- und Finanzkontrolle über die griechische Wirtschaft ein. 1)

Durch Art. 6 und 8 dieses Abkommens wurde die griechische Regierung auch politisch dem amerikanischen Präsidenten unterworfen. So wurde die Unabhängigkeit des Landes sowohl formell als auch materiell eingeschränkt.

Die amerikanische Hilfe trug außerdem entscheidend dazu bei, die "kommunistische Revolution" der Jahre 1946 - 1949 zu besiegen. Erleichtert wurde dieser Sieg auch dadurch, daß Jugoslawiens Tito im Jahre 1948 seine Hilfe an den griechischen Widerstand einstellte. Wesentlich mitbeeinflußt war diese Entscheidung Titos durch seinen Bruch mit Stalin im Jahre 1948: Griechenlands Kommunisten waren - im Unterschied zu Tito - nach wie vor moskautreu und sind es heute auch noch. Ein Sieg der griechischen Kommunisten hätte also Titos Stellung gegenüber Stalin entscheidend geschwächt.

1947 wurde die kommunistische Partei verboten und ihre Kader flüchteten in den Osten. 2)

3. Die politische Entwicklung von 1950 bis 1967

Nach dem Bürgerkrieg folgte eine ausgesprochene instabile Zeit im politischen Leben des Landes.

Die 'liberalen' Regierungen, die aus den Wahlen von 1950 und 1951 hervorgegangen waren 3), verfügten über keine ausreichende Mehrheit im Parlament und mußten schließlich einer starken Regierung weichen, deren Führung die extreme Rechte übernahm, freilich mit manchen Zentrumspolitikern in ihren Reihen.

1952 erreichte die "griechische Sammlung" (Ellinikos Synagermos), im Jahr zuvor von Marschall Papagos gegründet, 49% der Stimmen, dies nicht zuletzt "dank des Mehrheitswahlrechts und der direkten Intervention der amerikanischen Botschaft". 4)

1955 wurde die "griechische Sammlung" in "Nationale Radikale Union" (Ethniki Risorpastiki Enosis) - ERE - umbenannt und blieb unter K. Karamanlis bis zum Jahre 1963 an der Macht. 5)

1) A. Angelopoulos, Wirtschaftsansichten, Athen 1946-58, S.14-58, gr.

2) Etwa 65.000 flüchteten, von 15.000 wurde die griechische Staatsangehörigkeit gemäß dem Gesetz des 7. Dez. 1947 entzogen. S. P. Bakojannis, 1977, S.82.

3) Vgl. B. Mathiopoulos, 1961, S. 156.

4) S. N. Svoronos, 1976, S.144.

5) Einzelheiten s. in Mathiopoulos, 1961, S.164ff.

Macht ist hierbei allerdings in Anführungszeichen zu setzen, da die de facto Regierung in den Händen von außerparlamentarischen Kräften lag, nämlich:

"Der König, die Hofleute, das Militär..., die Geheimdienste (K.Y.P)..., schließlich die Polizei und die Verbände der Miliz. Alle diese stellten die Hauptpfeiler des 'Staates im Staate' dar." 1) Alle diese Elemente, die mit dem Ausland, d.h. mit den USA, in enger Verbindung standen 2), bildeten den institutionellen Rahmen vor der Diktatur 1967.

Wenn sich dieses System dennoch als relativ "stabil" erwies, so aus folgenden Gründen: Zum einen waren die Säulen dieses Systems mit der Staatsmacht zu identifizieren, die sie effektiv kontrollierten, so daß ein demokratischer Wechsel naturgemäß erschwert wurde. Zum anderen waren nach dem Verbot der KPG (1947) eine Reihe von Gesetzen verabschiedet worden, die dieser Staatsmacht weiter erleichterten, sich im Sattel zu halten. Das betraf insbesondere die Gesetze zur Bekämpfung "kommunistischer Aktivitäten", die von den staatstragenden Kräften - der Rechten - als Instrumente im Kampf gegen jegliche Opposition benutzt wurden. Alle Regierungen der Jahre 1949 bis 1967 behielten eine Reihe von "Zwangsgesetzen" bei, die während des Bürgerkriegs entstanden waren. So z.B. befand sich das Land auch noch 25 Jahre nach Ende des Bürgerkriegs im Ausnahmezustand. 3) Als weit stabilisierender Faktor zu Gunsten der Rechten erwies sich auch die Klientelgesellschaft 4), die einen großen Teil der Wählerschaft mit der rechten ERE verband. Das Klientelsystem ist ein Erbteil aus der 400-jährigen türkischen Herrschaft und weiter der politischen Praxis des 19. Jahrhunderts: Um einflußreiche Personen und hauptsächlich Politiker scharen sich Verwandte, Freunde und Anhänger, um ihre Interessen zu vertreten. Auf diese wirkt ein Selektionsprozeß innerhalb der Klientel der jeweils führenden Person. Wer am nachhaltigsten die Interessen dieser "Gruppenführer" vertritt, wird belohnt, indem ihm ein Posten in der Staatsverwaltung zufällt.

1) S. Svoronos, 1976, S.145.

2) Vgl. u.a. P. Bakojannis, 1972, S.50-54.

3) Ebenda, S.82-83. Durch das Gesetz 516 vom 8.1.1948 z.B. wurde das "Zeugnis politischer Gesinnung" eingeführt, welches von der Polizei zu erstellen und notwendig auch für den Führerschein, Jagdschein oder für Arbeitserlaubnis war.

4) Der Begriff "Klientel" bedeutet "eine Gefolgschaft Schutzbefohlener, die sich an einen 'Mächtigen' angeschlossen hat", Der große Brockhaus, Bd. VI, 1955, S.428. Vgl. auch: L. Gellner, S. Waterbury (Verl)
'Patrons and Clients in Mediterranean societies', London 1977;
K. Legg 'Klientelism in an Changing Policy. The Case of Modern Greece, APSA 1973;
N. Dertilis, 'Soziale Umwandlung und militärische Intervention' Athen 1977, gr.

Dennoch wuchs das Unbehagen gegen die Rechte und schließlich zeigte sich ein Protestpotential: Bei den Wahlen vom 3. November 1963 gewann zum ersten Mal nach dem zweiten Weltkrieg die Zentrumsunion-Partei von Georgios Papandreou 42,04% der abgegebenen Stimmen. Da damit allerdings die absolute Mehrheit fehlte, wurden bereits am 16. Februar 1964 Neuwahlen ausgeschrieben, bei denen G. Papandreou 53% der Stimmen errang und 171 von den 300 Mandaten 1). Die Zentrumsunion bildete nunmehr die Regierung und versuchte eine Demokratisierung der innerpolitischen Verhältnisse Griechenlands, eine Änderung des Gewerkschaftssystems, Reformen auf dem wirtschaftlichen und dem Erziehungsgebiet; ebenso strebte sie nach der Normalisierung der Beziehungen Grß zu seinen nördlichen Nachbarn. Allerdings gelang es der Z.U. nicht, 2) sich gegenüber Palast und Armee zu behaupten oder gar durchzusetzen. Am 15. Juli 1965 schließlich stürzte die Regierung G. Papandreous über einen Streit mit König Konstantin: Der König verweigerte seinem Ministerpräsidenten die Entlassungsurkunde des Verteidigungsministers Petros Garoufallias zu unterschreiben, der von der Z.U. abgefallen war. Im Rahmen der Verfassung bewegte dabei der König nicht; er hatte zwar das Recht, bei Regierungskrisen das Parlament aufzulösen und bis zu seiner Wahl eine Übergangsregierung von 40-tägiger Dauer zu bilden 3), die Zusammensetzung des Kabinetts allerdings lag allein in Händen des Premierministers. G. Papandreou trat also zurück in der Gewißheit, mit der Kabinettsumbildung betraut zu werden und eine Regierung zu bilden. Der König nahm seinen Rücktritt an, beauftragte aber S. Stefanopoulos, der aus der Z.U. ausgetreten war, mit der Regierungsbildung. Nach 72 Tagen schließlich gelang diesem die Bildung eines neuen Kabinetts, das allerdings über keine ausreichende Mehrheit verfügte und stürzte. Die anschließende politische Krise sollte Gr. schwer erschüttern. G. Papandreou stellte sich nun offen gegen den König und sammelte alle oppositionellen Kräfte Grß um sich. Allerdings zeigte sich auch diese Sammlungsbewegung um G. Papandreou als wenig stabil. Innerhalb der Z.U. kam es zu Flügelkämpfen, in denen G. Papandreous Sohn Andreas eine wichtige Rolle einnahm: Um ihn vereinigte sich eine Gruppe radikaler Abgeordneten, die gegen jeden Kompromiß mit der Monarchie und der politischen Rechten eintrat. 4)

1) 138 von den insgesamt 300 Sitzen.

2) Die Rechte bekam 107 Sitze. S. Svoronos, 1976, S.148.

3) Vgl. u.a. N. Mouzelis, 1978, S.284-285.

4) Über die Rolle des Königs im politischen Leben Grß. Katiforis, G., Die Rolle der Monarchie in Griechenland, in: Nikolinakos/Nikolaou, 1969, S.48; Pioritis, M., Die Monarchie in Griechenland, in: J.P. Sartre (Hrg.), 1970, S.70ff; P. Bakojanis, 1972, S.63-66; N. Mouzelis, 1978, S.286.

5) S. Bakojanis, 1972, S.88-94.

Am 31. März 1967 stürzte auch die Regierung Kanelopoulos; am 3. April beauftragte der König den ERE-Vorsitzenden und Ex-Ministerpräsidenten Kanelopoulos mit der Regierungsbildung und ermächtigte ihn gleichzeitig, das Parlament aufzulösen, falls er keine Mehrheit gewinnen sollte. Kanelopoulos mußte schließlich das Parlament auflösen und schrieb, ohne zuvor die Vertrauensfrage gestellt zu haben 1), für den 28. Mai 1967 Neuwahlen aus. 2)

Griechenland geriet damit immer mehr in eine politische Sackgasse, in welcher die Politiker viel zu sehr mit sich selber beschäftigt waren, um auch nur einen Gedanken an die Gefahr eines Staatsstreiches des Militärs zu verwenden.

Jean Meynaud beschreibt diese innenpolitische Krise zutreffend:

"Das vordiktatorische politische Bühnenspiel trug Merkmale des 19. Jahrhunderts: Das Auf und Ab von Regierungen und Wahlmanipulationen, die Aufdeckung von Skandalen, persönliche Fehden zwischen politischen Führern und "stürmische" Parlamentsdebatten, die dennoch die Grundfragen der Gesellschaft kaum berührten". 3)

Während der Hof auf der einen Seite nur durch die Z.U. die Gefahr einer Machtübernahme sah, die Z.U. auf der anderen die Gefahr einer Diktatur nur von Seiten des Hofes erkennen konnte, vergaßen beide darüber das Militär als innenpolitischen Machtfaktor. 4)

Am 21. April 1967 kam es - fast möchte man sagen konsequenterweise - zum Staatsstreich der Armee. Hinter diesem Putsch stand nicht wie ursprünglich vermutet der König sondern eine Gruppe von 20 bisher unbekannten Offizieren der Armee, die Schlüsselpositionen in der Geheimdienstorganisation KYP inne gehabt haben.

Daß man den König zunächst mit diesen Militärs in Verbindung gebracht hatte, lag daran, daß von vielen gut informierten Beobachtern des politischen Lebens Griechenlands vermutet worden war, daß bei den ausgeschriebenen Neuwahlen, die im Mai 1967 stattfinden sollten, G. Papandreou gewinnen würde, welcher die Vorrechte des Königs beschneiden wollte und sicherlich sozialreformistische Tendenzen einschlagen würde.

1) Weil die kleineren Parteien und Gruppen gegen ihn aussprachen.

2) Vgl. Svoronos, 1976, S.151.

3) J. Meynaud, Bericht über die Abschaffung der Demokratie in Griechenland, 1969, S.114.

4) S. Mouzelis, 1978, S.246-267 sowie Bakojannis, 1972, S.66-78.

4. Die Militärdiktatur (1967 - 1974)¹⁾

Die 20 Militärs übernahmen am 21. April 1967 mit 150 Panzern und ganzen 3000 Mann die Gewalt im Staate.

Hauptdrahtzieher des Staatsstreichs waren neun Obristen der Armee unter Führung des Artilleristen G. Papadopoulos und seines Kameraden Makarezos. "Sie putschten im Namen der Ordnung und auf Rechnung des Königs Konstantin des II". ²⁾

Vorgeschobene Gründe des Staatsstreiches waren die Abwendung nationaler Gefahren, d.h. die Abwehr eines angeblichen Aufstands der Kommunisten dem es zuvorkommen gelte.

Allerdings kam später die Europäische Kommission für Menschenrechte nach gründlichen Untersuchungen zu dem Schluß, daß zu keiner Zeit die Gefahr einer kommunistischen Machtübernahme bestanden habe. ³⁾ Auch König Konstantin hat bei einem Interview im Januar 1968 in dem britischen Fernsehen erklärt, daß es keine solche Gefahr gegeben habe und gab weiter an, daß die Kommunisten in Griechenland eine kleine Minderheit darstellen.

Tatsächlich haben die Kommunisten bei den Wahlen von 1964 nur 11,8% der Stimmen errungen, ein Stimmenanteil, der 1977 weiter abgesackt sein dürfte. Meinungsumfragen sprachen damals von maximal 10% für die Kommunisten. Auch K. Karamanlis, einst für acht Jahre Ministerpräsident und überzeugter Antikommunist, hat in einem Interview mit der Pariser "Le Mond" vom 29. November 1967 die Verschwörungsthese der Junta als schlicht und einfach 'lächerlich' bezeichnet.

Später sollen die Obristen ihre Verschwörungstheorie dahingehend modifizieren, daß die Gefahr eines kommunistischen Putsches durch die enge Verflechtung der kommunistischen Partei mit anderen politischen Organisationen bestanden habe.

Eine solche Möglichkeit dürfte es in Wirklichkeit allerdings kaum gegeben haben; dafür spreche zum einen das ständige Weigern der EDA mit anderen Parteien zusammen zuarbeiten, insbesondere im Hinblick auf die Wahlen vom Mai 1967, zum anderen den fast hundertprozentig sicher erscheinenden Sieg der Zentrumsunion.

1) Ober dieses Thema s. J. Meynaud 1969; P. Bakojannis, Stuttgart 1972; M. Nikolinakos, Widerstand und Opposition in Griechenland, Darmstadt/Neuwied, 1974; N. Mouzelis, Athen 1978, S.268-302; S. Grigoriadis, Die Geschichte der Diktatur, Bd.1, Athen 1975; K. Koryzis, Das absolutistische Regime, Athen 1975, gr.; R. Clogg/G. Yanopoulos, Greece under Military Rule, London 1972.

2) Der Spiegel, Nr.21, 15.5.1967, S.113.

3) Vgl. N. Mouzelis, 1978, S.285.

Über die Hintergründe der Diktatur gibt es in Griechenland zwei vorherrschende Meinungen. Vertreter der einen Meinung sehen den CIA und die amerikanische Politik als den Hauptakteur des Putsches vom 21.4.1967 1): Der CIA hatte sowohl vor als auch nach 1967 starke Bindungen mit Offizieren der Streitkräfte und mit dem Staat. 2)

Weil aber keine Beweise dieser Art und Grades der amerikanischen Einmischung gibt, kann man diese Auffassung nicht unbestreitbar vertreten. Die Vertreter der zweiten Meinung halten die Konkurrenz der beiden Blöcke innerhalb der bürgerlichen Klasse 3) für den Hintergrund der Diktatur. Nach N. Poulantzas z.B., liegt der Grund des Putsches an der Auseinandersetzung zwischen der "einheimischen bürgerlichen Klasse, die liberal ist und mit den europäischen Metropolen zusammenarbeitet, und der traditionell und handelsorientierten bürgerlichen Klasse, die mehr vom amerikanischen Kapital abhängt". 4)

Diese Auffassung ist aber auch nicht sehr überzeugend, weil nicht bewiesen wird, daß die Interessen zwischen den angesprochenen Teilen der bürgerlichen Klasse konkurrierend gewesen waren, und überhaupt, daß die vermutete Auseinandersetzung zwischen ihnen ein so großes Ausmaß angenommen hatte. 5)

N. Mouzelis und P. Bakojannis 6) erklärten den Putsch vom April 1967 dadurch, daß das politische System, welches vom Bündnis Thron-Militär-Parlament charakterisiert war, angesichts der Mobilisierung und Radikalisierung der Bevölkerung vor zwei Alternativen gestanden hat, nämlich entweder dem Parlament die Hauptrolle innerhalb dieser Triarchie zu geben oder dem Militär seine bisherige Führungsrolle bei gleichzeitiger Abschaffung des Parlamentarismus zu garantieren. 7)

Es überwog die zweite Alternative, nämlich die Militärdiktatur.

1) Die meisten über die Diktatur geschriebenen Bücher übernehmen diese Auffassung: z.B. P. Rozakis, Die Diktatur der Offiziere. Auf und Absturz Athen 1975, gr; G. Katris, Die Geburt des Neofaschismus in Griechenland, Genf 1971.

2) S. Grigoriadis, Die Geschichte der Diktatur, Bd.1. S.45ff, Athen 1975, gr.

3) S. N. Poulantzas, Klassen im Kapitalismus - heute, Westberlin 1975, S.114-137.

4) N. Poulantzas, Die Krisen der Diktaturen, Frankfurt 1977; M. Nikolinakos, Widerstand und Opposition in Griechenland, Darmstadt 1974, S.108-122, 137-140, 170ff.

5) Vgl. N. Mouzelis, 1978, S.294-5.

6) Ebenda, S.296 sowie P. Bakojannis, 1972, S.95-97.

7) Vgl. in diesem Zusammenhang M. Barrington, Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie, Frankfurt 1979.

18 Stunden nach Beginn des Putsches vereidigte der König eine Militärregierung unter Führung des Generalstaatsanwaltes K. Kollias. Diese Handlung des Königs war sehr entscheidend für die Stabilisierung des Putsches, weil der größte Teil der Armee zwar gegen die Obristen war, dafür aber traditionsgemäß treu hinter dem König stand. Mit Hilfe von Entlassungen, Verfolgungen, "Säuberungen" und den anderen Repressionsmechanismen faschistoider Systeme, etablierten die Militärs nunmehr ihre Macht.

Jeder Staatsbedienstete mußte eine Loyalitätserklärung unterschreiben, jede politische Meinungsäußerung war verboten, die Massenmedien wurden zensiert. Der Umstand, daß die demokratischen Parteien von dem Putsch unvorbereitet getroffen worden waren, führte zu einem gewissen Schockeffekt: Die Überraschung und die daraus resultierende Handlungsunfähigkeit der politischen Kräfte ermöglichte es den Putschisten, ihre Machtposition schnell auszubauen und jeden Widerstand zu zerschlagen. 1)

Am 13. Dezember 1967 versuchte König Konstantin einen Gegenputsch, der jedoch mißglückte. Der König floh nach Rom und blieb seitdem im Exil. 2) An seiner Stelle wurde Generalleutnant G. Zoitakis als Vizekönig zum Staatsoberhaupt ernannt; Ministerpräsident wurde der Oberst Papadopoulos, der später im März 1972 zusätzlich auch noch die Regentschaft übernehmen sollte.

Am 29. September 1968 wurde durch eine "Volksabstimmung" eine neue Verfassung eingeführt, die das Putschregime nach außen hin mit einem legalistischen Anstrich versah. Die Obristenherrschaft schien sich nunmehr stabilisiert zu haben.

Die anschließende Periode der politischen Friedhofsruhe kam erst 1973 zu einem Ende: Die Studenten der juristischen Fakultät der Universität Athen demonstrierten gegen die Diktatur. Gleichzeitig schien es auch in der Armee gewisse Widerstände gegeben zu haben, denn Papadopoulos ernannte seine Mitarbeiter zu Ministern und Generalsekretären mit dem Ziel, diese von möglicherweise einflußreichen Kommandopositionen in der Armee zu isolieren und solcherart seine eigene Position weiter zu festigen.

1) S. S. 27ff.

2) Der Gegenputsch des Königs spaltete die Rechte zu Gegnern und Befürwortern der Diktatur.

Am 1. Juni 1973 sah sich das Obristenregime genötigt, sich neue legalistische Tönche zuzulegen, indem es durch eine "Volksabstimmung" die Monarchie abschaffte und Papadopoulos zum Präsidenten der Republik ernannte. Ironischerweise begann die Periode der parlamentarischen Demokratie in Griechenland de jure unter dem Obristenregime. Ab Mitte 1973 wurde die Diktatur etwas gelockert. Papadopoulos versprach Parlamentswahlen durchzuführen und hob im August 1973 den seit dem Putsch bestehenden Belagerungszustand auf.

Desgleichen verkündete das Regime eine Amnestie politischer Gefangener. Allerdings sollte diese Lockerung des Regimes nicht lange Bestand haben: Schon am 4. November 1973 kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei anlässlich eines Gedenkgottesdienstes für den am 3. November 1968 verstorbenen Georgios Papandreou. Am 14. November demonstrierten die Studenten des Polytechnikums von Athen zusammen mit etwa 400 Bauarbeitern 1) gegen die Diktatur; Studenten und Arbeiter verschanzten sich schließlich in den Leergebäuden, aus denen sie am 17. November 1974 von der Armee mit Hilfe von Panzern vertrieben wurden.

Der Widerstand der Studenten hatte sich spontan und isoliert von den traditionellen politischen Parteien Gr^ß bzw. von den Widerstandsorganisationen entwickelt; Studenten und Arbeiter handelten autonom. Ihr Widerstand wurde mit vielen Toten und hunderten von Verletzten bezahlt. Nach den Ereignissen im Athener Polytechnikum verhängte das Obristenregime erneut den Ausnahmezustand. Die Diktatur verschärfte sich weiter.

Auf wirtschaftlichem Gebiet herrschte indessen das Chaos, 2) die sozialen Probleme hatten an Brisanz zugenommen und in der Außenpolitik hatten sich insbesondere die Beziehungen zur Türkei dramatisch verschlechtert.

Um von diesen brennenden inneren Problemen abzulenken, organisierte das Militärregime am 15. Juli 1974 einen Putsch in Zypern 3) - und sollte sich damit stark zu seinen Ungunsten verrechnen: Für die Türkei war der Zypernputsch Anlaß am 20. Juli 1974 eine angeblich längst vorbereitete Invasion in Zypern durchzuführen.

1) Auch viele Industriearbeiter, Schüler, Angestellte und Freiberufler nahmen daran teil.

2) Einzelheiten s. u.a. in M. Nikolinakos, 1974, S.108ff, S.242ff.

3) Die griechische Nationalgarde auf Zypern putschte, welche eine Einheit der griechischen Armee war und unter dem Kommando der griechischen Militärs stand.

Wegen der damit entstandenen Herausforderung einer Kriegsgefahr, gegenüber der Griechenland völlig unvorbereitet war 1), sahen die Militärs nunmehr keine andere Möglichkeit, als mit den ungeliebten zivilen Politikern zu verhandeln.

5. Von der Wiederherstellung der Demokratie bis zur Regierungsübernahme der PASOK (1974 - 1981)

Dementsprechend wurde am 24. Juli 1974 K. Karamanlis aus seinem Exil in Paris zurückgerufen und erneut zum Ministerpräsidenten ernannt. 2) Die Regierungsgewalt wurde damit "von den Streitkräften des Landes, die in diesem Moment auch den Willen des Volkes verkörperten, an die Person K. Karamanlis übergeben". 3)

Am 24. Juli 1974 wurde eine Regierung der "nationalen Einheit" vereidigt, deren Premierminister K. Karamanlis war und als dessen Stellvertreter G. Mavros von der Zentrumsunion fungierte.

Es war dies eine reine Zivilregierung, der die verschiedensten politischen Strömungen und Gruppen angehörten. Das neue Kabinett trat mit dem Vorsatz an, den Apparat der Diktatur aufzulösen und unblutig und gewaltlos zur Demokratie überzugehen. 4)

Am 1. August 1974 wurde die Verfassung des Obristenregimes aufgehoben, in Kraft trat provisorisch die Verfassung vom 1. Januar 1952, freilich ohne daß ihre Vorkehrungen bezüglich der Staatsform wieder in Kraft gesetzt worden wären: Darüber sollte durch eine Volksabstimmung erst noch entschieden werden.

Am 23. September 1974 wurde das Verbot der KPG aufgehoben, die Partei damit legalisiert. Am 17. November 1974 wurden Parlamentswahlen durchgeführt, aus denen eine Nationalversammlung mit verfassungsändernden Kompetenzen hervorging. Karamanlis und die von ihm gegründete Partei "Neue Demokratie" erzielte damit eine solide Mehrheit von 54,37% der Stimmen, ein Erfolg der damit zu erklären war, daß Karamanlis zu diesem Zeitpunkt als Garant gegen eine etwaige Rückkehr der Obristenherrschaft verstanden wurde. Eine Auffassung, die griffig in dem Wahlslogan formuliert wurde "Karamanlis oder die Panzer". Am 8. Dezember 1974 schließlich wurde durch eine Volksabstimmung mit großer Mehrheit (69,18%) die republikanische Staatsform eingeführt; nur 30,82% der Wahlberechtigten waren für eine Beibehaltung der Monarchie. Erster Präsident der Republik wurde am 21. Juni 1974 K. Tsatsos.

1) S. M. Nikolinakos, 1974, S.301ff.

2) M. Glezos, Von der Diktatur zur Demokratie, Athen 1974, gr.

3) S. K. Karamanlis, Reden und Stellungnahmen, Juli 1974-Mai 1976, Athen, S.4., 42; S. Psycharis, Die Kulissen des Wechsels, Athen 1975.

4) Vgl. Bakojanis, P., Anatomie der griechischen Politik, Athen 1977, S.230.

Die Regierung stand zu dieser Zeit vor vielen Problemen: außenpolitisch, das Verfahren um den Anschluß Griechenlands an die EG, die griechisch-türkischen Beziehungen, das Problem der Besetzung eines großen Teils von Zypern durch die Türkei; innenpolitisch, die wachsende Macht der PASOK, die sogenannte "Säuberung" der Armee, Polizei und Verwaltung von den Mechanismen der Diktatur, wirtschaftliche Schwierigkeiten u.a.

Am 20. November 1977, ein Jahr vor dem verfassungsmäßig vorgesehenen Termin, schrieb Karamanlis neue Wahlen aus.

Die Neue Demokratie errang nun wieder die Mehrheit (41,48% der Stimmen) und die PASOK wurde mit 25,34% der Stimmen die stärkste Oppositionspartei. Am 28. November 1977 wurde die neue Regierung Karamanlis gebildet, die ab Mai 1978 durch Zentrums-Abgeordnete erweitert wurde. 1) Diese Zentrums-Abgeordneten traten zur Neuen Demokratie über, als nach den Wahlen 1977 ihr Vorsitzender G. Mavros auf antidemokratischer Weise aus der EDIK²⁾-Führung genommen und durch I. Zigidis ersetzt wurde.

Auch andere Abgeordnete verließen die EDIK und bildeten im März 1979 die neue Partei 'Demokratischer Sozialismus' (KO.DI.SO, Komma Dimokratikou Sosialismou) mit I. Pesmazoglou als Vorsitzenden.

Hierbei bemerkt man, daß sich die Neue Demokratie von der traditionellen Rechten löste und in den Bereich des Zentrums ausweitete, in der Hoffnung vom zersplitterten Zentrum profitieren zu können.

Am 28. Mai 1979 wurde in Athen der Vertrag über den Beitritt Griechenlands zu EG unterzeichnet (trotz der Gegenstimmen der PASOK und der KPG).

Am 5. Mai 1980 wurde K. Karamanlis vom Parlament im dritten Wahlgang zum Präsidenten der Republik gewählt. Drei Tage später übernahm der Außenminister G. Rallis den Parteivorsitz der Neuen Demokratie. Er als Ministerpräsident bildete dann die Regierung mit geringen Veränderungen um und setzte im allgemeinen den Regierungsstil von Karamanlis fort.

In den am 18. Oktober 1981 durchgeführten Parlamentswahlen gelang es schließlich der PASOK 48,06% der Stimmen zu gewinnen und die Regierung zu bilden.

1) Für die Zeit nach 1974 S. P. Bakojannis, 1977, S.227-267.

2) Die Zentrumsunion wurde Anfang 1976 zur EDIK (Union des Demokratischen Zentrums) umgenannt.

Teil II. Entstehung und Entwicklung der PASOK

1. Vorgeschichte: 1964 - 1974

1.1 Die ersten Wurzeln der PASOK: 1964 - 1967

Die "Gruppe Papanastassiou" und die "Demokratischen Verbände"

Im Klima einer schlecht funktionierenden Demokratie (Klientelsystem, Bestechungen, Interventionen vom Ausland usw.) 1) hat sich eine Anzahl junger Wissenschaftler, meist durch die gemeinsame Studienzeit zumal an das London School of Economics oder an anderen europäischen Universitäten, freundschaftlich miteinander verbunden, die "Gruppe Papanastassiou" im Jahre 1964 gegründet. Das Ziele der "Gruppe Papanastassiou" war die Analyse der politischen und ökonomischen Ereignisse in Griechenland und die Verbesserung und Stärkung seiner politischen Kultur. 2)

Die Mitglieder der "Gruppe" waren dazu verpflichtet, sich nicht parteipolitisch zu befassen, um das Verderben durch das 'faule' parlamentarische Verfahren der damaligen Zeit zu meiden und sowohl das Ansehen als auch die Effizienz ihrer politischen Handlungen zu gewährleisten.

Innerhalb der "Gruppe" wurde das demokratische Verfahren sehr streng praktiziert. 2)

Noch strenger waren die erforderlichen speziellen Bedingungen der Aufnahme neuer Mitglieder festgelegt, wobei der geschlossene, fast elitäre Charakter der "Gruppe" gewahrt blieb.

Hervorzuheben wäre, daß eine ganze Reihe der heutigen Protagonisten im politischen, sozialen und wissenschaftlichen Leben Griechenlands Mitglieder der "Gruppe" waren. 3)

Die Beziehungen der "Gruppe" mit A. Papandreou, der selber kein Mitglied war, blieben wechselnder Natur: In der Anfangszeit haben beide (die Gruppe und A. P.) eng zusammengearbeitet, um den damaligen linken Flügel der Zentrumsunion Georg Papandreou's zu stärken. (A. P. war eben der Vertreter der linken 'Tendenz' in der Zentrumsunion seines Vaters).

1) S. S.15ff.

2) Vgl. R. Eleftheriou, 1964-1974. Das Jahrzehnt der 'Bebrütung', in der Zeitschrift 'Anti', 2.9.1983, S.23.

3) u.a. K. Simitis (der als Sekretär der Gruppe tätig war). D. Karagiorgas, B. Philias, G. Notaras, Chr. Rokophilos, S. Papaspiliopoulos, T. Kyrkos, A. Stangos, K. Krimbas, G. Gar-ganas, D. Dimitrakos, D. Rokos, K. Tsoukalas und M. Deloukas.

Die "Gruppe" war eine Art "think-tank", das die politischen Kräfte um A. P. mit Ideen und Analysen bereicherte.

Manche Mitglieder der "Gruppe" haben sogar direkt an A. P's öffentlichen Auftritten mitgewirkt. 1)

Etwas später aber, im Jahre 1965, nachdem die "Demokratischen Verbände" von persönlichen Freunden A. P's gegründet worden waren, gab es zwischen A. P. und der "Gruppe" Probleme, bezüglich der verschiedenen Zielsetzung der beiden Gruppen: Die "Demokratischen Verbände" waren hauptsächlich wegen der angeblichen Notwendigkeit, die Demokratie zu schützen, ins Leben gerufen worden;

in der Tat aber wurde damals das politische System nur von sehr wenigen als wirklich bedroht angesehen (womit sich auch die völlige Überraschung der politischen Kräfte Griechenlands bei dem zwei Jahre später, am 21.4.1967, ereigneten Militärputsch erklärt).

Gleichzeitig hatten die "Demokratischen Verbände" das Ziel, eine Reihe von Kader hervorzubringen, die den Kern einer neuen Partei bilden sollten; einer Partei nämlich, welche die radikalen Tendenzen des linken Flügels der Zentrumsunion realisieren würde.

Eine Zusammenarbeit der beiden Gruppen war formell zumindest angestrebt worden. Die Mitglieder der "Gruppe" waren offiziell von den "Demokratischen Verbänden" dazu aufgefordert, auch bei ihnen einzutreten und mitzuarbeiten. Diese Aufforderung war von manchen "Gruppe"-Mitgliedern befolgt worden; der Beitrittsantrag anderer war aus ungeklärten Gründen zurückgewiesen und der weiterer noch nicht angenommen worden, als der Militärputsch sie 1967 überraschte.

Zum besseren Verständnis der beiden Gruppen muß hier außer der schon erwähnten Differenzen ihrer Ziele und Bestrebungen auch betont werden, daß Mitglieder der "Gruppe Papanastassiou" Idealisten gewesen waren, die - damals zumindest - nicht nach persönlicher Karriere in der Politik strebten, im Gegensatz zu den Mitgliedern der "Demokratischen Verbände", die parteipolitisch engagiert gewesen waren und ihre politische Linie auf jeden Fall durchsetzen wollten. Allein diese Tatsache versprach Reibereien zwischen den beiden Gruppen, die sie an einer effizienten Zusammenarbeit und konsequenten Realisierung ihrer Ziele hinderte. Aus den Reihen dieser beiden Gruppen sind Widerstandskämpfer gegen die Militärdiktatur hervorgegangen und aus deren Reihen wiederum, nach der Wiederherstellung der Demokratie, die ersten PASOK-Kräfte.

1) R. Eleftheriou, a.a.O.

1.2 Der Widerstand der Militärdiktatur (1967 - 1974)

Die PAK (Panhellenische Befreiungsbewegung)

Am 21. April 1967 putschten die Militärs und errichteten eine Diktatur, die sieben Jahre lang (bis zum 23. Juli 1974) das Land unterdrücken sollte.

Während der Zeit der Diktatur entstand aktiver Widerstand seitens vieler Organisationen aus allen politischen Richtungen. Man muß aber vorausschicken, daß, spricht man von aktivem Widerstand, nicht Gewaltanwendung gemeint ist - Ausnahmen hierzu waren das Attentat von Alexandros Panagoulis auf den Ministerpräsidenten und Juntachef G. Papadopoulos im Sommer 1968 und vereinzelte Bombenexplosionen - sondern gewaltloser Protest, der sich in Wandparolen, Verteilung von Flugblättern, Pressemitteilungen und politische Erklärungen ausdrückte. 1)

Die wichtigsten dieser Widerstandsorganisationen waren:

- Die Patriotische Antidiktatorische Front (PAM) ²⁾ die unter der Führung von Mikis Theodorakis der KPG-Inland und der EDA-Partei nahestand;
- Die Demokratische Verteidigung (DA) ³⁾, der hauptsächlich Zentrums-Sozialliberale und linke Intellektuelle angehörten ⁴⁾ und
- Die Panhellenische Befreiungs-Bewegung (PAK) ⁵⁾, die unter der Führung von A. Papandreou, hauptsächlich aus ehemaligen Mitgliedern der "Demokratischen Verbände" bestand.

Bemerkenswert ist dabei, daß die Rechten keine bedeutende Widerstandsorganisation gebildet hatten. ⁶⁾

Die Panhellenische Befreiungsbewegung (PAK), Vorgängerin der heutigen PASOK-Partei, wurde von A. P. unmittelbar nach seiner Freilassung und Abreise ins Ausland Anfang 1968 gegründet.

1) S. M. Nikolinakos, Widerstand und Opposition in Gr., Darmstadt/Neuwied, 1974, S.13-25.

2) Ebenda, S.40. 3) Ebenda, S.56.

4) Am Tag des Putsches waren die Mitglieder der 'Gruppe Papanastassiou' und der 'Demokratischen Verbände' zusammengerufen worden, um den weiteren Weg zu diskutieren. Am Treffpunkt, dem Haus von K. Simitis erschienen die Mitglieder der 'Demokratischen Verbände' jedoch nicht. So beschlossen die Mitglieder der "Gruppe", am 22.4.1976 deren Umwandlung zur Widerstandsgruppe mit dem Namen "Demokratische Verteidigung". Diese hatte keinen namentlich bekannten Führer.

5) Vgl. M. Nikolinakos, 1974, S.50.

6) Ebenda, S.25.

Ihr Ziel war, wie aus der Einleitung eines Rundschreibens, das im November 1968 an alle PAK-Büros geschickt wurde, hervorgeht:

"... das Zentrum des demokratischen Widerstandes in Griechenland zu bilden...,

die Abschaffung der Diktatur und die Etablierung reiner demokratischer Verfahren, die die totale und bedingungslose Volksherrschaft auf einer stabilen und dauerhaften Basis garantieren werden. Folglich schließt sie (die PAK) jede antidemokratische Lösung vollkommen aus, aber auch jede Art gegängelter Demokratie nach Art des Status quo (hier sind die Rechten und ihre unfähigen Regierungen vor dem Militärputsch gemeint, B.d.V.). Sie erklärt öffentlich, daß sie für ein demokratisches, progressives, nationales, freies Griechenland arbeiten und keinen Kompromiß akzeptieren wird, in keiner Kampfphase. Sie wird für den totalen Sieg der Demokratie kämpfen.

A. Papandreou, Vorsitzender der PAK

Stockholm, November 1968 1)

Am 15. Mai 1970 hat die PAK in einer Fünf-Punkte-Erklärung bekanntgegeben, daß die Einheit der "antidiktatorischen Kräfte" notwendig sei, weil "nur der aktive und dynamische Widerstand zu akzeptablen Lösungen führen" ²⁾ könne. Das Programm für die Einheit der "antidiktatorischen Kräfte" wurde am 5. Juni 1970 in "Poreia", ³⁾ eine in Paris erscheinende griechische Widerstandszeitschrift, konkretisiert.

Als Bedingung für die Effizienz der Einheit dieser Kräfte wurde die Beteiligung der Widerstandsorganisationen aller politischen Bereiche formuliert.

Das war allerdings eine nicht zu erfüllende Forderung, zumal wegen des Führungsanspruches der PAK: A. P. hat darauf bestanden, daß die PAK die Führung der anderen Widerstandsorganisationen übernehmen sollte, er selber der einzige Repräsentant aller aus der Zentrumsunion entstandenen Widerstandsorganisationen sei und aus dem Grund er deren Verhandlungen mit der Linken führen sollte.

1) D. Vassiliadis, PAK-PASOK. Legende und Wirklichkeit, 1977, S. 81, gr.

2) Ebenda, S.82.

3) 'Poreia' = Marsch, Nr. 15/1970, S.47-50.

Weiterhin stand die Angst der PAK vor den Kommunisten und den eventuellen Vorwürfen, im Falle einer Zusammenarbeit mit diesen, einer solchen Einheit entgegen. 1) Außerdem interpretierte die PAK den Widerstand dahingehend, daß er die Mobilisierung ihrer ausländischen Freunde verstärken und ferner einen Druck auf die Westeuropäer ausüben sollte, damit diese innerhalb der NATO auf die USA einwirken, d.h. der Widerstand war als indirektes Druckmittel auf externe Kräfte und nicht als direktes Kampfmittel gegen die Junta gedacht. Aus alldem kann man schließen, daß es Konfusion und Widersprüchlichkeit in den Vorstellungen der PAK in der Zeit gab, die die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, aber auch die eigene Funktion erschwert haben.

Erst im November 1970 nahm Papandreou 2) klare Stellung gegen die Junta-Verfassung von 1968 sowie gegen die Monarchie; weiterhin betonte er den "Befreiungscharakter des Widerstandskampfes" und demzufolge die Notwendigkeit seiner aktiven Form.

Trotzdem kann man zu diesem Zeitpunkt die PAK als eine sich im Rahmen des kapitalistischen Gesellschaftssystems bewegend und sich darauf beschränkende Organisation betrachten, die national, unabhängig, demokratisch, antimonarchistisch - aber lange noch nicht sozialistisch - orientiert war.

Im Juli 1972 legte sie ein konkretes politisches Programm vor, das auf den Sturz der Junta und die Unabhängigkeit Griechenlands abzielte. Hierzu rief sie zum aktiven Widerstand auf.

Somit wurden zum ersten Mal die Beziehungen zwischen Zielen und Strategien hergestellt. In einer von dem Nationalkomitee der PAK verarbeiteten Analyse ihres Programmes, das zuerst im August 1972 in München, zwei Monate später auch in der Zeitung "Agonas" am 21.10.72 veröffentlicht wurde, hieß, daß das Ziel des Widerstandes ein sozialistisches, demokratisches und neutrales Gr. sei.

Das Programm enthielt erste Vorstellungen über den zukünftigen griechischen Sozialismus, der weder der Sozialdemokratie westeuropäischer Spielart, noch dem "realen Sozialismus" Osteuropas gleichen solle;

1) A. P. hat sich geweigert, das Abkommen einer eventuellen Zusammenarbeit der PAK mit der PAM und der DV zuzustimmen.
Vgl. M. Papagianakis, Der PASOK-Vorschlag zur demokratischen Zusammenarbeit, in der Zeitschrift "Politis", Jan. 1977, gr.

2) In der Zeitschrift "Ethniki Enotis" (Nationale Einheit), Nr.19, vom 1. Januar 1971, S.27, gr.

weiterhin wurden präzise Vorstellungen über den Austritt aus der NATO, ein Volksentscheid über die Staatsform, das Gesellschaftssystem und die internationalen Bindungen, über Bündnismöglichkeiten mit Mittelmeerländern und den Rücktritt Gr.5 vom Assoziierungsvertrag von 1962 mit der EG formuliert.

Weil man innerhalb der linken Kräfte von der Erkenntnis ausging, daß die Junta von den USA unterstützt, wenn nicht gar angestiftet wurde und sie als Strohhalm der amerikanischen Politik fungierte, 1) zog man die Schlußfolgerung daraus, daß der Kampf nur als Befreiungskampf geführt und auf die uneingeschränkte nationale Souveränität gestellt werden sollte.

Zu dieser Zeit schrieb A. P.: 2)

"Der Widerstand ist griechisch. Unser nationaler Befreiungskampf wird bis zur Stunde geführt, wo das souveräne griechische Volk die neuen Schreckensgestalten beispielhaft bestrafen und die festen Grundsteine eines souveränen, unabhängigen, sozialistischen und demokratischen Griechenlands liegen wird". 2)

Darüber hinaus wurde der Charakter des Befreiungskampfes als "Klassenkampf" präzisiert, ein "Kampf der Arbeiter, Bauern und Kleinunternehmer gegen die Ausbeutung des ausländischen und einheimischen Kapitals im Rahmen des neo-kolonialen Regimes". 2)

Hier merkt man, daß das Vokabular schon marxistische (Klassenkampf), antiimperialistische Züge aufweist, die man später bei der PASOK wiederfindet.

Ferner betonte A. P. in einem Artikel: 3)

"In einem solchen Kampf aber (gegen die Diktatur) kann die griechische Großbourgeoisie, vom ausländischen Kapital und von inländischen Helfershelfern der fremden Herrschaft abhängig, nicht Verbündete mit den Bauern, Arbeitern und Studenten, den Selbständigen und mit der griechischen kleinbürgerlichen Klasse sein". 4)

Papandreou hat als einziges Mittel des Kampfes die bewaffnete Auseinandersetzung propagiert:

"Die Massenmobilisierung, die Verbreitung, die Politisierung des Kampfes genügt nicht. Die bewaffnete Form des Kampfes ist unvermeidlich..." 5)

1) A. P., Von der PAK zur PASOK, Athen 1976, S.94,118.

2) Ebenda, S.18-19.

3) Artikel am 29.12.1973 geschrieben. Ebenda, S.73.

4) Ebenda, S.73,112. Hier zeichnen sich erstmals die Züge des später von A. P. im griechischen Vokabular eingeführten Begriffes 'Privilegierte' und 'Nicht-Privilegierte' nieder.

5) Ebenda, S.29-30.

Nach dieser PAK-Stellungnahme ist noch deutlicher geworden, daß eine Zusammenarbeit dieser mit der PAM (KP-Inland und EDA) wegen der unüberbrückbaren Unterschiede in der Zielsetzung und in der Strategie unmöglich war: 1)

Die PAM strebte die friedliche Umwandlung zur Demokratie im Gegensatz zur PAK, die auf den bewaffneten Kampf zur Errichtung eines sozialistischen Griechenlands zielte.

Außerdem konnten die oben erwähnten radikalen Thesen der PAK (Sozialismus, unabhängiges Gr.) nicht leicht von den traditionellen Zentrumskräften akzeptiert werden, deren Repräsentant im Ausland weiterhin A. P. gewesen war!

Die Zentrumskräfte strebten einen Sturz der Diktatur an, mit dem fernerem Ziel ihrer sofortigen Beteiligung an der kommenden demokratischen Regierung.

Aus diesem Grund haben sie sukzessive die Reihen der PAK verlassen und A. P. isoliert. 2)

Nach dem Studentenaufstand im November 1973 sprach A. P. in dem Kongreß der Jungsozialisten in der SPD 3), wo er unter anderem über die Strategie der PAK berichtete:

"Der Sozialismus, den wir für das Griechenland von Morgen programmieren, stützt sich auf drei Hauptthesen: Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die Dezentralisierung und die Selbstverwaltung". 4)

Trotz der sehr weitentwickelten, auf Sozialismus hinweisenden Formulierung, hat A. P. und die PAK keine konkreten Hinweise auf die Art des aktiven Widerstandes gegeben, weil die PAK organisatorisch nur schwach entwickelt war: Sie stützte sich vielmehr a priori auf persönliche Verbindungen und verfügte kaum über Rückhalt in den Massen. Diese hatte die PAK als einen Außenseiter am Kampf hingestellt, der außerhalb der Widerstandsorganisationen steht und autonom handelt.

Wegen dieser Position der PAK, aber auch wegen der Tatsache, daß ihre Mitglieder im "Untergrund" einerseits völlig unerfahren, andererseits, auf Grund ihrer unterschiedlichen sozialen und politischen Herkunft, zerstritten waren, unterblieben wirksame Aktionen, die die Junta wirklich hätten gefährden können.

1) Vgl. M. Nikolinakos, 1974, S.57ff.

2) S. R. Eleftheriou 'Anti', 2.9.1983, S.23-29.

3) A. P. Von der PAK zur PASOK, 1976, S.24ff.

4) Ebenda, S.26.

1.2.1. 'Widerstandsaktivitäten' der PAK

Man kann über die Aktivität der PAK im Ausland sagen, daß sie bis 1970 fast ausschließlich auf die Vorträge A. P's bei verschiedenen Kundgebungen beschränkt war, 1) um die öffentliche Meinung über das griechische Problem zu informieren.

Nach 1971 hat der Einfluß der Befreiungsbewegungen Lateinamerikas, Vietnams, Mozambique's oder der PLO manche Versuche inspiriert, in Gr. ausgebildete Kampfgruppen zu bilden, die den aktiven Widerstand tragen sollten.

Es wurde tatsächlich die Ausbildung einer beschränkten Anzahl von Kadern der PAK von der PLO und den lateinamerikanischen Tupamaros durchgeführt; 2) die Zahl der Ausgebildeten war aber klein und überdies kam es durch den Sturz der Diktatur zu keinen Aktivitäten mehr.

Die so oft von der PAK geforderte Aktivität hat sich im Inland auf die Explosion weniger selbstgemachter Bomben beschränkt. Gleiches gilt auch für die anderen Widerstandsorganisationen, die hauptsächlich durch vereinzelte Bombenexplosionen in Erscheinung traten, 3) um die Aufmerksamkeit des In- und Auslands auf sich zu richten und so der Öffentlichkeit zu zeigen, daß man in Griechenland nicht kapituliert habe.

Was die Mitglieder der PAK angeht, hat sie im Ausland ihre Freunde und Anhänger aus den Reihen der griechischen Studenten in Italien und der Gastarbeiter und Studenten in der BRD 4) gewonnen. So haben Studenten und Gastarbeiter im Ausland, von der Studentenbewegung von 1968 in W.Europa beeinflusst, bei der PAK stark mitgewirkt.

In Griechenland bestand die PAK aus kämpferischen alten Zentrumsanhängern 5), deren Aktivität und Ziele aber nie mit den offiziellen Richtlinien der Auslands-PAK übereinstimmten.

1) A. P., Von der PAK zur PASOK, S.9-78.

2) 'Anti', 2.9.1983, S.26.

3) Ein nennenswertes Beispiel dafür ist die Verhaftung 36 Mitglieder der DA durch die Polizei und der darauffolgende sogenannte "Prozeß der 36" im Jahre 1970. Sie waren wegen einer vorzeitigen Explosion bei einer amateurhaften Bombenbasterei im Keller des Hauses von Prof. D. Karagiorgas entdeckt und zu langjährigen Strafen verurteilt worden (unter ihnen war Prof. G. A. Mangakis, General T. Iordanidis und andere Persönlichkeiten).

4) Die Zentrale der PAK war in Stockholm, Schweden. Kleinere Organisationen gab es in Großbritannien, in der Schweiz, in Österreich, Kanada, USA und Paris.

5) Darunter Außenminister Charalambopoulos, Parlamentspräsident Alevras, Direktor des Büros des Ministerpräsidenten Livanis, Europaabgeordnete Peloponissios und Vjenopoulos, Staatssekretär im Verkehrsministerium Valirakis, u.a.

Außerdem war die PAK-Inland in verschiedenen Gruppen mit konkurrierenden Bestrebungen und Tendenzen zersplittert.

Auf der Ebene der studentischen Bewegung wurden die Kontakte und Aktivitäten in der Zeitschrift "Panarmonia" veröffentlicht, an der Laliotis, Tsouras, Michalopoulos u.a. mitarbeiteten.

Die schlechte Organisationsstruktur der PAK und ihre Unfähigkeit, sich den politischen Entwicklungen im griechischen Raum zu folgen, ist auch in der Tatsache zu sehen, daß die Mitglieder der Auslands-PAK von den Polytechnikum-Ereignissen (der Studentenaufstand und dessen brutale Niederschlagung durch die Militärdiktatur durch Einsetzen von Panzern) in manchen Fällen durch andere linke Organisationen informiert wurden und nicht von ihrer eigenen.

1.2.2. Ideologische Physiognomie der PAK

Die Mitglieder der PAK, hauptsächlich aber die jüngeren, hatten "ultralinke" Positionen übernommen, die vom elitären Denken, Schwärmerei und Idealismus geprägt waren.

Im Ausland wies jede PAK-Organisation eigene ideologische Nuancierungen auf, was nicht nur von der heterogenen sozialen Zusammensetzung und der verschiedenen politischen Herkunft ihrer Mitglieder herrührte, sondern auch von dem politisch-ideologischen Klima des jeweiligen Gastlandes.

So arbeiteten z.B. die PAK und ihre Freunde in der Bundesrepublik Deutschland harmonisch mit der moskautreuen KPG zusammen, in Italien hingegen wurden sie in Bologna von der eurokommunistischen KPI geprägt und in Florenz von den Maoisten und der chinesischen Kulturrevolution. In Schweden wiederum ähnelte ihre politische Orientierung mehr jener der dortigen Sozialdemokraten und in Großbritannien, wo die Zahl der PAK-Organisationen vergleichsweise gering war, wurde die ideologische Richtung nach dem Einfluß und den persönlichen Standpunkten der dortigen führenden Köpfe formuliert.¹⁾

Nach 1973 aber kristallisierte sich unter Einfluß sowohl der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt-Länder, als auch der westeuropäischen "Neuen-Linken", ein ideologischer Kern, der folgendes beinhaltete:

1) S. "Anti", 2. September 1983, S.27.

1. Ablehnung der Sozialdemokratie und Übernahme des Marxismus - was zum Austritt von einer Reihe antikommunistischer Funktionäre führte.
2. Propagierung des Schlagwortes vom "anti-imperialistischen, nationalen Befreiungskampf".
3. Die politische Linie des "antifaschistischen Kampfes" und des "aktiven Widerstands"
4. Das Modell "Dezentralisierung-Vergesellschaftung-Selbstverwaltung" zur Definition der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft.
5. Die Ausgrenzung von "Bewegung" zur "Partei" (Nicht-Bürokratische Struktur der Bewegung) und von "marxistischen Analysenmethode" und "Dogma".

Mit diesen Positionen, (manche von ihnen werden sich später bei der PASOK wiederfinden) wurde die PAK im Ausland sehr populär und zog immer neue Mitglieder an sich. 1)

Charakteristisch ist dabei, daß, gleich beim ersten Auftreten der PAK an den Universitäten in Italien, 1973, die "Phititiki Protoporeia" ("studentisches Vorangehen"), die in Italien als die PAK-Fraktion galt, die anderen griechischen studentischen Fraktionen in die Bedeutungslosigkeit abdrängte. 1)

1.2.3 Exkurs

Die "Freunde der PAK"

Weil die PAK, als Untergrund-Organisation, weder ihre Organisationsstruktur offenlegen konnte noch ihre Mitglieder bzw. ihre Kader offen und legal arbeiten konnten, wurde zum Zweck der finanziellen, organisatorischen und personellen Unterstützung der PAK einige Monate nach ihrer Gründung, 1968, die Organisation der "Freunde der PAK" gegründet.

Wie aus einem Rundschreiben über die organisatorische Struktur der PAK und der "Freunde der PAK" hervorgeht ²⁾, hatten die letzteren folgende Ziele:

a) Ausländische Regierungen, politische Parteien, Gewerkschaften, Presse, die Massenmedien und die öffentliche Meinung über die politische Situation in Gr. und den Kampf des griechischen Volkes für Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie zu informieren;

1) S. "Anti", 2. September 1983, S.27.

2) S. D. Vassiliadis, "PAK-PASOK. Legende und Wirklichkeit", 1977, gr. S.83.

wie überhaupt Einfluß in jeder möglichen Richtung auszuüben mit dem Ziel, die Junta moralisch, diplomatisch, wirtschaftlich und militärisch zu isolieren.

b) Menschen und Sachgüter zur Unterstützung des Widerstandes durch die PAK zu mobilisieren.

c) Die Sorge ein politisches Programm, durch Analysen und Diskussionen, für das "freie Griechenland von Morgen" auszuarbeiten.

Die "Freunde der PAK" wurden von einem internationalen Rat beraten. Der internationale Rat wurde anfänglich vom Vorsitzenden des Koordinationsrates 1) der PAK ernannt, für später war (in oben zitierten Rundschreiben) dessen demokratische Wahl durch die Vorsitzenden der "Freunde der PAK" in den verschiedenen Ländern vorgesehen. An der Spitze des "internationalen Rats" stand ein Vorsitzender, ein Koordinator und ein Schatzmeister, der gleichzeitig auch als Verbindungsmann zum Koordinationsrat der PAK fungierte. Der internationale Rat war für folgende Büros zuständig:

1. Finanzen.
2. Public Relations.
3. Verbindungen mit europäischen und internationalen Organisationen.
4. Beziehungen mit der internationalen Arbeiterbewegung.
5. Beziehungen mit der internationalen Jugendbewegung.
6. Planungsbüro für das zukünftige demokratische Griechenland.

Die "Freunde der PAK" 2), die kein Recht zur Gestaltung oder Mitbestimmung der politischen Linie der PAK hatten, wiesen auf eine entschieden demokratischere innere Struktur auf als die PAK selbst. Sie organisierten Konferenzen und Seminare 3) im Rahmen deren das Problem der inneren Demokratie und der Beziehungen mit der PAK ständig zur Debatte standen; Themen, die allerdings den Zündstoff für innerorganisatorische Streitigkeiten bildeten.

1) Siehe weiter unten.

2) Einzelheiten darüber s. D. Vassiliadis, 1977.

3) Von "Anti", 2.9.1983, S.26.

Dez.1969: Einberufung des provisorischen Organisationsrats der "Freunde der PAK Deutschlands"-Wahl des provisorischen Zentralkomitees.

26.Jan.1970: Treffen in Bad Godesberg der Funktionäre der "Freunde der PAK" mit A. P.

7/9.April 1971: 1. Parteitag der "Freunde der PAK" BRD in Darmstadt.

9/11.Juni 1972: 2. Parteitag der "Freunde der PAK" BRD in Darmstadt.

9/11.Juni 1973: Politische Schulung der "Freunde der PAK" in Würzburg.

16.Dez.1973: 3. Parteitag der "Freunde der PAK" BRD in Frankfurt.

19/20.Jan.1974: Seminar der "Freunde der PAK" BRD in Darmstadt.

1.2.4 Die Organisation der PAK

Die PAK wurde von einem Koordinationsrat geleitet. 1) Dieser bestand aus drei Teilen: Dem Repräsentanten des Nationalrats in Griechenland, jenem des Nationalrats im Ausland und dem Vorsitzenden (A. P.), der das Vertrauen beider Räte besaß. Bis heute weiß niemand genau, - außer A. P. - wem und für wie lange die Nationalräte gebildet worden waren, mit welchen anderen Organisationen die PAK in Gr. in Kontakt gewesen war usw.. Das einzige, was bekannt ist, ist die Tatsache, daß zeitweise fast alle heute wichtigen PASOK-Funktionäre in höheren Positionen der PAK standen. 2)

Der Nationalrat in Gr. bestand aus Repräsentanten der Widerstandsorganisationen und wurde durch einen Sekretär koordiniert.

Die Zahl der Repräsentanten einer jeden Organisation im Nationalrat entsprach ihrer jeweiligen Größe und Aktivität. Die Beschlüsse wurden nach dem Prinzip der einfachen Mehrheit gefaßt. Der Nationalrat in Gr. war für die Widerstandsaktivität der Mitglieder und der Organisationen in Gr. verantwortlich.

Der Nationalrat im Ausland bestand aus den Repräsentanten der Widerstandsorganisationen im Ausland, wurde nach denselben Regeln, wie der Rat in Gr., organisiert und war für die Führung des Widerstands im Ausland zuständig.

Der Koordinationsrat, der das höchste Organ der PAK gewesen war, trug die Verantwortung für die generelle Strategie des Befreiungskampfes der PAK. Der Vorsitzende ernannte PAK-Repräsentanten in jedem Land. Die PAK praktizierte kein demokratisches Verfahren innerhalb ihrer Organisation, eine Tatsache, die sie mit dem folgenden Argument zu rechtfertigen versuchte:

"Wir befinden uns in Kriegszeit und einer revolutionären Phase; deswegen müssen wir das demokratische Verfahren einschränken, bis Gr. befreit ist". 3) Damit hat sie sich der Effizienz wegen mehr dem "demokratischen Zentralismus" angenähert.

1) S. D. Vassiliadis, 1977, S.82.

2) z.B. G. Tsekuras, M. Poniridis, D. Sotirlis, A. Tsochatzopoulos G. Tsougiopoulos, N. Skoulas u.a.

3) S. in der Zeitschrift "Anti", vom 2.9.1983, S.27.

Auf Druck und Initiative der Basis wurde eine Reihe von Seminaren organisiert, die mit dem "Europäischen Seminar" in Darmstadt im Mai (23/26) 1974 enden, wobei eine neue organisatorische Form gewählt wurde. Diese wurde allerdings nie in der Praxis eingesetzt, wegen dem baldigen Sturz der Junta.

2. Die Wiederherstellung der Demokratie und die Gründung der PASOK am 3. September 1974

Unmittelbar nach der Wiederherstellung der Demokratie in Gr. am 23. Juli 1974, stellte sich für die Funktionäre der PAK das Problem, ob A. Papandreou nach Gr. zurückkehren sollte, oder nicht. Natürlich erscheint uns heute diese Frage sonderbar, aber zu der Zeit verbreitete sich das Gerücht, daß es sich beim Abtreten der Militärs um eine "andere Seite der selben Münze" handle und daß die angekündigten Wahlen manipuliert würden.

A. P. hat dementsprechend die Wiederherstellung der Demokratie in Gr. als eine "Wachparade der NATO in Athen" charakterisiert. 1) Anfang August 1974 trafen sich Funktionäre der PAK im schweizerischen Winterthur, um über die Rückkehr A. Pš zu beraten. Nach langer Debatte entschied man für die Rückkehr A. Pš nach Gr.. Bei diesem Treffen wurde auch die Möglichkeit der Umwandlung der PAK in eine politische Partei beraten. Gleichzeitig wurde in Deutschland im August 1974 ein Komitee 2) zusammengestellt, das die Proklamation von Grundsätzen auf der Basis des Programms der PAK erarbeiten sollte, eine Proklamation, die den neuen Verhältnissen angepaßt werden sollte.

Diese in Deutschland verfaßte Proklamation wurde von einer Gruppe von ca. 30 Funktionären der PAK in In- und Ausland bearbeitet. 3)

-
- 1) S. in der Zeitung "To Vima" vom 1.8.1974, sowie in P. Bakojannis, Anatomie der griechischen Politik", S.178, gr.
 - 2) Zu diesem Komitee gehörten G. Lianis, G. Tsougiopoulos, M. Charalabidis, P. Mantas, G. Papagianopoulos, A. Tsochatzopoulos, T. Aggelopoulos und G. Zaphiropoulos. Diese Information basiert auf verschiedenen persönlichen Aussagen und ist nicht offiziell bestätigt worden.
 - 3) Bei den Besprechungen für die Proklamation gerieten die Vertreter der "linken" und der "rechten" Tendenz (die PAK-Ausland und die Jugend auf der einen Seite und die alten Zentrumsanhänger auf der anderen) in Streit, in Bezug auf die geplanten Vergesellschaftungen. Schließlich wurde der Kompromiß der Vergesellschaftung nur in bestimmten Bereichen erreicht.

Unterdessen kehrte A. P. am 17. August 1974 nach Gr. zurück und knüpfte Beziehungen mit vereinzelter Personen und Gruppen an, um deren eventuellen Eintritt in der von ihm zu gründenden Bewegung zu beraten.

Mit 'vereinzelter Personen und Gruppen' sind gemeint: Ehemalige Zentrumsunion's Kader, Funktionäre der griechischen Linken (außer der KPG), Studenten, die während des antidiktatorischen Kampfes politisch aktiv waren, Alttrotzkisten (wie Dalavgas, Lagakos, G. Kostopoulos u.a.) und Repräsentanten anderer Widerstandsorganisationen.

Gleichzeitig begannen die ersten Gespräche mit der "Demokratischen Verteidigung" über ein mögliches gemeinsames Vorgehen der beiden Organisationen (der "D.V." und der PAK).

Am 31. August 1974 fand eine Versammlung von 120 Funktionären der "D.V." aus dem In- und Ausland statt; diese stimmten einem Text zu mit dem Titel "Ideologische Politische Ziele der D.V.", in welchem die Merkmale einer europäischen sozialistischen Bewegung enthalten gewesen waren und der am 2. September in der Presse veröffentlicht wurde.

Bei dieser Versammlung der "D.V." wurde auch ein neunköpfiger Ausschuß 1) gewählt, der die Verhandlungen mit der PAK weiterführen sollte.

Am 3. September 1974 wurde die Proklamation der Gründung der PASOK in der Öffentlichkeit bekanntgegeben.

Am 5. Oktober fand ein letztes Treffen der Mitglieder der "D.V." statt, wobei der Text des Abkommens einer Vereinigung mit der jungen PASOK-Partei angenommen wurde; das Abkommen 2) wurde am 10. Oktober 1974 unterzeichnet.

In dem Zusammenhang ist sehr wichtig zu erwähnen, daß die "D.V." als geschlossene Gruppe der PASOK beitrat und daher ihre Mitglieder nicht als vereinzelter Personen aufgenommen wurden.

Aus dieser Tatsache ergab sich für die PASOK die Verpflichtung, daß ein bestimmter Prozentsatz von ehemaligen "D.V."-Mitgliedern an den Kollektivorganen der PASOK beteiligt werden mußte.

1) Ph. Vegleris, D. Karagiorgas, N. Konstantopoulos, S. Merkouris, S. Notaras, Chr. Rokophilos, A. Stangos, B. Philias, S. Nestoras in: 'Anti', 2.9.1983, S.24.

2) Den Text des Abkommens, S. Ebenda, S.28.

So stammten z.B., in dem ersten, am 10. Oktober 1974 gebildeten, 75köpfigen Zentralkomitee, 20 aus der "D.V." (durch Wahlen innerhalb der D.V. gestellt), 50 waren von A. P. bestimmt und fünf kamen aus ehemaligen Widerstandsorganisationen, die der PASOK beitraten.

Was bei der bisherigen Schilderung zu bemerken wäre, ist, das unterschiedliche Verständnis und Praktizieren von innerer Demokratie bei PAK und "D.V.".

Von letzterer wurde die innere Demokratie anscheinend stärker geschätzt als von der PAK.

In der "D.V." gab es keinen "Chef", ihr ganzes Verfahren wurde von Beratungen und demokratischen Verfahren - Wahlen - bestimmt und ihre Organe waren stets durch Wahlen innerhalb der Organisation hervorgegangen.

Im Gegensatz dazu war die PAK stark von ihrem Gründer, A. Papan-dreou, inspiriert und beeinflusst und hatte in der Organisation das demokratische Verfahren, wie schon erwähnt, auf Grund der im Kampf gegen die Diktatur erwünschten Effizienz stark eingeschränkt.

Diese Praxis ist aber, auch nach der Wiederherstellung der Demokratie, bei der jungen PASOK-Partei weiter praktiziert worden (zumindest in den ersten Jahre, wie wir im nächsten Kapitel eingehend ausführen werden).

Eine erste Andeutung dafür war die Benennung der Mitglieder des ersten Z.K. der PASOK durch A. P., der daraufhin erklärte, daß das vorläufige Z.K. umgehend eine panhellenische Konferenz zusammenrufen würde, in der nur demokratisch gewählte Repräsentanten teilnehmen sollten. 1) Ferner versicherte er, daß die PASOK "auf der Basis wirklich demokratischer Verfahrensweisen aufgebaut wird". 1) Trotz dieser Zusicherung gilt unsere vorige Bemerkung auf die unterschiedliche Wertschätzung der innerparteilichen Demokratie und ihrer Praxis in PAK und "D.V." als ein erster Hinweis auf die kommenden Auseinandersetzungen innerhalb der PASOK und deren erste große Krise.

1) In der Zeitung 'To Vima', 4.9.1974, sowie P. Bakojanis, Anatomie der griechischen Politik, Athen 1977, S. 178.

3. Die PASOK auf dem Weg zur politischen Macht

Damit man die Zeit von der Gründung der PASOK bis zur Regierungsübernahme 1981 besser überblicken kann, ist diese in zwei Phasen eingeteilt worden. Die erste Phase erstreckt sich von der Gründung der PASOK am 3. September 1974 bis zu den Parlamentswahlen vom 20. November 1977, aus denen die PASOK als stärkste Oppositionspartei hervorging; die zweite Phase setzt an diesem Datum an und dauert bis zu den Wahlen vom 17. November 1981, als die PASOK die absolute Mehrheit der Mandate - 172 von 300 - und 48,6% der Stimmen erhielt und seitdem die Regierung bildet.

A. Die erste Phase: 3. September 1974 - 20. November 1977

3.1 Innerparteiliche Auseinandersetzungen

Nach der Gründung der PASOK galt das Problem der innerparteilichen Organisation als das Zentralthema der zahlreichen Sitzungen des Zentralkomitees ¹⁾ und des 12köpfigen Exekutivbüros. ²⁾

Dies ist hauptsächlich durch zwei Tatsachen zu erklären:

Erstens, bewegten die Schlagwörter der neugegründeten PASOK von "Beteiligung der Parteimitglieder an der Formulierung der Parteipolitik" und von "Beteiligung des Bürgers an der Entscheidungsfindung" die PASOK-Mitglieder, sich in der Partei aktiv zu engagieren; offen blieb aber die Frage nach der innerparteilichen Organisation.

Zweitens, sahen zahlreiche politische Strömungen verschiedener politischer Herkunft in der PASOK die 'ideale' Partei der Linken schlechthin, wobei dieser Flügel ihre politische Linie in der PASOK durchzusetzen versuchten.

-
- 1) Von anfänglich 75 Mitgliedern wuchs das Z.K. am 28. Dezember 1974 auf 100; die neuen 25 Mitglieder wurden hauptsächlich von nicht gewählten Abgeordnetenkandidaten (bei den ersten Wahlen nach dem Sturz der Diktatur, am 17. November 1974) gestellt.
 - 2) Dieses bestand aus: D. Karagiorgas, D. Livieratos, A. Stangos, A. Mandilaras, J. Manolkidis, K. Simitis, G. Tsekouras, V. Philias, V. Papandreou, A. Tsochatzopoulos.
S. 'Anti', 2.9.1983, S.29.

So rief A. P. am 16. September 1974, angesichts der bevorstehenden Wahlen, zur "Selbstorganisation" auf. Die Proklamation vom 3. September biete eine gemeinsame Basis für verschiedene Tendenzen, alles andere müßte die Bewegung in einem Weg der Selbstfindung noch festlegen, denn:

"Sowohl das Programm als auch die Organisationsform werden auf unserem gemeinsamen Weg beschlossen in gleichberechtigter Mitwirkung aller Teilnehmer des ersten Parteitages, der bald einberufen wird; alldies im Rahmen einer gesicherten demokratischen Willensbildung". 1)

Natürlich brachte die sogenannte "Selbstorganisation" eine Reihe von Problemen mit sich, vor allem bezüglich des organisatorischen Aufbaus der Partei und der Art und Weise ihrer Führung. Über diese Themen bestanden zumindest zwei Positionen innerhalb der Bewegung: Die erste engagierte sich für eine hierarchische Führungsstruktur, mithin für einen zentralistischen, bürokratischen Parteityp, nach

- In der Hierarchie gleichberechtigte Organe die Möglichkeit haben sollen, miteinander direkt Kontakt zu unterhalten, ohne dabei die Zentralorgane zu beteiligen (horizontale Beziehungen). Bei den angesprochenen Problemen vertrat die PASOK-Führung zwar anfänglich "antibürokratische" Positionen, je mehr aber die Bewegung sich zahlenmäßig ausdehnte, desto größer wurde der Streit innerhalb der Führung und desto häufiger wurden die "progressiven" Positionen aufgegeben, zugunsten einer mehr antidemokratischen zentralistischen Praxis des organisatorischen Aufbaus der Bewegung.

Die Methode, mit der die Führung die Konflikte und die ideologischen Probleme, die dabei deutlich wurden, zu lösen versuchte, werden wir im nächsten Kapitel untersuchen.

Diese Untersuchung ist für uns aus zwei Gründen interessant: Erstens, weil dabei deutlich werden soll, wie sich der bürokratische Mechanismus in der PASOK etablierte und zweitens, weil somit die heutige Organisation der PASOK verständlicher wird.

3.2 Die erste Krise in der PASOK - die "Demokratische Verteidigung"

Die erste und größte Krise in der PASOK brach unmittelbar nach den Wahlen von 1974 aus.

Der Nährboden der Krise war von der Führung durch eine Reihe von Handlungen vorbereitet, welche eine Abweichung von den Grundsätzen der PASOK darstellten.

Bei der Sitzung des ZKs am 19. Januar 1975 brach der Streit über die Frage aus, ob die mittleren und unteren Organe gewählt oder ernannt werden sollen. (Die Wahl der obersten Organe, etwa des Vorsitzenden stand gar nicht zur Debatte!). 1)

A. Papandreou war für die Ernennung der Organe, hatte aber nur eine Minderheit hinter sich. 2)

Aus dem Grund löste er das ZK am 29. Januar 1975 auf und gab sein Vorhaben bekannt, einen "Vorparteitag" zu organisieren.

1) S. "Anti", 16.9.1983, S.27/29.

2) Diese Minderheit bestand aus persönlichen Freunden A. Ps, deren Macht direkt von ihm abhing; dies machte sie natürlich 'schwach' im Fall eines Konflikts innerhalb der Bewegung, weil sie ihre Machtposition verlieren würden, falls sie ihn nicht unterstützten.

Als Grund für die Auflösung des ZKs nannte A. P. die angebliche Bildung von Gruppierungen innerhalb der Bewegung 1), die eine "elitäre" Position 2) und enge Bindungen mit der Sozialdemokratie hätten und die Bewegung in "einem Diskussionsclub" verwandeln wollten. Am 31.1.1975 kam das Exekutivbüro zusammen, um über den "Vorparteitag" zu beraten. Die Mitglieder des E. B. waren geteilter Meinung: Karagiorgas, Manolkidis, Stangos, Filias und Simitis waren gegen eine 'Intervention von oben' (d.h. die Auflösung des Z.Ks und den geplanten "Vorparteitag"), Mandilaras, Tsouras, Tsochatzopoulos und V. Papandreou dafür.

Zum Schluß einigte man sich, um eine Verschärfung des innerparteilichen Konflikts zu meiden, auf die Abhaltung des "Vorparteitages".

Am 6. Februar 1975 brach eine Krise bei der Zeitung PASOK-Jugend (PASP) 'Agonistis' aus. Die Redaktion der Zeitung 3) hatte einen Text mit dem Titel 'Sozialismus und demokratisches Verfahren' veröffentlicht, in dem sie Kritik an fehlenden demokratischen Verfahrensweisen in der Bewegung übte. Der Text wurde von der Parteispitze eingezogen und die Herausgabe der Zeitung für 45 Tage unterbrochen. Die Veröffentlichung der Beschuldigungen der PASP-Zeitung verstieß strenggenommen gegen die Bestimmung der Satzung der PASOK, welche in Art. 11 die öffentliche Bekanntgabe innerparteilicher Streitigkeiten verbietet. 4)

Die Beschlagnahme der 'Agonistis' aber verstieß gegen Art. 14 der Verfassung vom 9. Juni 1975, welcher die Beschlagnahme von Zeitungen und anderen Druckschriften verbietet. 5)

1) A. P., von der PAK zur PASOK, 1976, S.101.

2) 'Exormisi', das offizielle PASOK-Organ, Nr. 13, 1.2.1975.

3) Sie bestand aus G. Varlamis, P. Efthimiou, Th. Kaloudis, G. Matzouranis, T. Xenos, M. Petousis, A. Rigos, T. Spanoudakis, G. Sergopoulos und G. Toundas.

4) Nach Art. 11 der Satzung der PASOK darf Kritik und Selbstkritik streng im Rahmen der Parteiorgane geübt werden.

5) Art 14 §3 der Verfassung bestimmt:

Die Beschlagnahme von Zeitungen und anderen Druckschriften, sei es vor oder nach ihrer Veröffentlichung, ist verboten.

Ausnahme: ist die Beschlagnahme auf Anordnung des Staatsanwaltes nach der Veröffentlichung zulässig:

a) wegen Verunglimpfung der christlichen und jeder anderen bekannten Religion;

b) wegen Verunglimpfung der Person des Präsidenten der Republik

c) wegen einer Schrift, die die Zusammensetzung, die Ausrüstung und die Verteilung der Streitkräfte oder Landesbefestigungen offenbart oder die den gewaltsamen Umsturz der Staatsform bezweckt oder die gegen die Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen gerichtet ist;

d) wegen unzüchtiger Schriften, die das öffentliche Schamgefühl offensichtlich verletzen, in den durch das Gesetz bestimmten Fällen.

Am 16. März 1975 fand schließlich der "Vorparteitag" statt, an dem 450 nicht gewählte Repräsentanten der PASOK-Mitglieder in Gr. und W. Europa sowie die Parlamentarier und die Mitglieder des aufgelösten Z.Ks teilnahmen.

Beim Vorparteitag beschwerten sich viele über die Bedingungen seiner Berufung (keine gewählten Repräsentanten, keine Geschäftsordnung usw.).

Diese Beschwerden wurden durch die autoritäre Haltung des Vorsitzenden Alevras zur Seite geschoben, der Verständnis- und Geschäftsordnungsfragen untersagt hatte!

Der innerparteiliche Eklat wurde jedoch durch die Wahl eines 75-köpfigen Z.Ks vermieden, in das auch "widersprechende" Mitglieder gewählt wurden.

Außer der Wahl des Z.K. wurde beim "Vorparteitag" kein anderer Beschluß gefaßt, wobei man sich nur auf den Vortrag A. Papandreous 1) begnügte.

Am 21. März 1975 stieg die Eskalation durch die Bekanntgabe des Vorhabens A. Ps an die Presse, die Mitglieder des Exekutivbüros zu ernennen.

Am 13. April 1975 ernannte tatsächlich A. P. ein sechsköpfiges E.B., das wiederum einen fünfköpfigen Disziplinausschuß bestimmte; diese Bestellung von engen Vertrauten A. Ps im E.B. und im D.A. hatte dem Zweck gedient, die "widersprechenden" (meist aus der 'Demokratischen Verteidigung' stammenden) gewählten Mitglieder des Z.Ks zu entmachten. 2)

Am 25. Mai 1975 wurden 14 PASP-Mitglieder durch das E.B. aus der Partei ausgeschlossen; Anlaß dafür war der Streit der PASP mit der KP-nahen Studentenorganisation 'Panspoudastiki' über ihre Zusammenarbeit an den Hochschulen.

Diese Ausschlüsse stellten jedoch eine große Einmischung der Partei in den Angelegenheiten ihrer Jugendorganisation PASP dar.

1) A. P., Von der PAK zur PASOK, 1976, S.92-102.

2) Im Gegensatz zu Art. 61 der Satzung, nach dem das Z.K. das höchste Organ der Bewegung zwischen zwei Parteitag darstellt.

Eine Verletzung der Satzung durch die Führung war außerdem die Tatsache, daß das E.B. die Ausschlüsse durchführte, obwohl es dazu nicht befugt war.

Dieses Recht steht der Versammlung der Ortsvereine zu (Art.24), in zweiter Distanz dem Präfekturdisziplinarausschuß (Art.25) und in letzter Distanz dem Disziplinarrat (Art.26). 1)

So reagieren an den Ausschlüssen mehrere Mitglieder des Z.Kß mit dem Vorwurf der Abschaffung der innerparteilichen Demokratie und der wirklichen Kompetenzen des Z.Kß. 2)

Am 6. Juni 1975 wurden wegen dieses Vorwurfs elf Z.K.-Mitglieder³⁾ vom E.B. "außerhalb der Bewegung" gestellt.

Dabei haben also ernannte Mitglieder des E.Bß gewählte Mitglieder des Z.Kß aus der Partei ausgeschlossen!

Dies geschah, ohne den Ausgeschlossenen, gemäß des ihnen in der Satzung zustehenden Rechts (Art.25), die Möglichkeit zu geben, sich zu rechtfertigen.

Dann folgten die Ausschlüsse zehn weiterer, noch dazu aus der PAK stammender PASOK-Funktionäre, die gegen die eigenwilligen, antidemokratischen Ausschlüsse der elf durch das E.B. aufgetreten waren. 4)

A. P. hat dieses autoritäre Vorgehen so erklärt:

"Keine Diskussion würde das Problem lösen, weil es sich nicht um Mißverständnisse handelte; vielmehr handelte es sich um die Entscheidung, daß wir (die PASOK und die Ausgeschlossenen, B.d.V) nicht mehr zusammenleben können". 5)

Am 14. Juni 1975 verlangte 6) A. P. den Rücktritt von 45 Mitgliedern des ersten gewählten Z.Kß (alle seine engsten Freunde), was dessen Auflösung legalisierte.

1) Für die Mitglieder der Präfekturausschüsse, der Präfekturdisziplinarausschüsse, des Z.Kß und der Parlamentarier ist der Disziplinarrat zuständig und für dessen Mitglieder wiederum das Z.K. (Art.29 der Satzung).

2) S. S.119.

3) Diese waren: L. Vasis, S. Kavounidis, Ch. Dolkas, G. Toundas, P. Efthimiou, N. Konstantopoulos, Ch. Papanastassiou, V. Philias, G. Zygiogiannis, S. Nestor und A. Stangos.

4) Vgl. D. Vassiliadis, Athen 1977, S.25-31, 211-215.

5) A. P., Von der PAK zur PASOK, 1976, S.153.

6) A. P. bestand darauf, daß die Mehrheit der Mitglieder des ZKß freiwillig zurückgetreten war, weil das ZK "nach den letzten Ereignissen nicht mehr befriedigend funktionieren konnte". S. A. P., 1976, a.a.O., S.147.

Wegen der darauffolgenden Proteste ereigneten sich die Ausschlüsse von 37 Z.K-Mitgliedern aus der Partei; dann folgten die Ausschlüsse derer, die sich wegen der antidemokratischen Art der ersten Ausschlüsse beschwert hatten 1) - unter ihnen A. Fleming, Melina Merkouri (heutige Kulturministerin), K. Nikolaou, X. Rokophilos.

Gleich nach der Auflösung des ersten gewählten Z.K. hat der Vorsitzende ein neues Komitee ohne "störende Elemente" ernannt, im Widerspruch zur Satzung der PASOK, die in Art. 62 die Wahl des Z.K's vorsieht.

Das neue Z.K. beschloß, daß künftig der Vorsitzende die Verantwortung für die Entwicklung der PASOK zu übernehmen habe!

Dieses Z.K. ist bis zum 15. Juli 1977 im Amt geblieben, d.h. bis zur ersten Panhellenischen Konferenz, wo eine neues Z.K. demokratisch gewählt wurde, welches übrigens bis zum ersten Parteitag 1984 im Amt blieb.

Die PASOK hat die innerparteiliche Krise von 1975 absichtlich als den "Aufstand" der "Demokratischen Verteidigung" gekennzeichnet, wobei sie diese beschuldigte für sozialdemokratische Tendenzen, elitäre Politikansichten und "die Forderung des demokratischen Verfahrens innerhalb der Bewegung, welche Forderung die Bildung mehrerer Machtzentren in der Bewegung anstrebte, mit dem Ziel die Verringerung der Effizienz des zentralen exekutiven Organs" 2) (des E.B's).

Außerdem betonte A. P. daß, trotz der entsprechenden Bestrebungen der ausgeschlossenen Mitglieder der "D.V.", könne die Rolle des Vorsitzenden sich nicht "auf Reden im Parlament oder auf dem Balkon" beschränken 3)..., weil er bis zum ersten Parteitag vermehrte Verpflichtungen übernommen habe und seiner Verantwortung bewußt, diesen nachkommen werde. 4)

Die Stellungnahme der Partei 5) über die oben angeführten Ereignisse war auf der 5. Konferenz des Z.K's geäußert:

-
- 1) Während der späteren ersten Panhellenischen Konferenz im Juli 1977, wurde denjenigen von den Ausgeschlossenen, die in der Zwischenzeit keine Aktivität gegen die PASOK betrieben hatten, gestattet, wieder in die Partei einzutreten.
 - 2) A.P., Von der PAK zur PASOK, 1976, S.101.
 - 3) Die Parteivorsitzenden halten beim Wahlkampf traditionsgemäß Reden vom Balkon des Rathauses bzw. eines öffentlichen Gebäudes, das sich vor dem großen Platz einer Stadt befindet.
 - 4) A.P., 1976, S.101, 102.
 - 5) Von dem Vortrag A.P's am "Vorparteitag", in der Zeitung 'TO VIMA', 16.3.1975, S.1.

"Die Meinung der 'D.V.' war tief metaphysisch und falsch, weil sie die Organisation und Funktion der PASOK von der sozialen und politischen Realität nach der Wiederherstellung der Demokratie sowie vom Problem des ideologisch-politischen Zusammenhang der PASK abkoppelte". Die Front der Parteikräfte orientierte sich im Jahre 1975: mehr an einem starken, wenn nicht ausschließlichen "Pasokischen Patriotismus", der mit der Treue zum Vorsitzenden gleichgestellt wurde und weniger an einer politischen Meinung, die das Wesen und den Sinn der typischen Demokratie der D.V. verneinte".¹⁾ "So wird noch einmal bestätigt, daß einziger und fester Bezugspunkt des Gewissens und der Wünsche der Radikalen sowohl im Volk als auch in der PASOK die Person A. P. ist. " ²⁾

Die D.V. beteuerte dagegen, daß sie bei ihrem Beitritt in der PASOK darauf gehofft hatte, daß "die innerparteiliche Demokratie in der jungen PASOK praktiziert würde...; die wichtigste Garantie dafür war das allgemeine Verlangen der großen Mehrheit des Volkes und hauptsächlich der jungen Menschen nach Teilnahme an innerparteilichen demokratischen Verfahren". ³⁾

In Wirklichkeit wurde bei den oben dargestellten Streitigkeiten darüber entschieden, einerseits ob die Gestaltung der Bewegung und ihre politische Linie gemeinsam von der Basis und der Führung gestaltet werden sollte - was aber die politische Flexibilität A.Ps und die Möglichkeit, durch taktische Winkelzüge schnell an die Macht zu kommen, erheblich beschränken würde - andererseits ob das demokratische Verfahren für einige Zeit "an die Seite geschoben" werden sollte, damit die Effizienz der Bewegung und dadurch die Erlangung der Macht durch eiserne Disziplin an der Führung erreicht werden könnte.

Dabei wurde von der PASOK die zweite Alternative vorgezogen. Dementsprechend sind nach dem Ausschluß der "D.V." aus der PASOK kontrollierte Verfahren in Gang gesetzt worden, um die Entwicklung der Bewegung nicht nochmals zu gefährden, wie die PASOK-Spitze argumentierte.

1) '5. Konferenz des Z.Ks der PASOK', Broschüre, S.191, gr.

2) Ebenda, S.192.

3) Stellungnahme Prof. Karagiorgas, eines der führenden Mitglieder der 'D.V.' an die Zeitung 'To Vima', 11.10.1974.

Die Mehrheit der Ausgeschlossenen (ca. 1000 Mitglieder) haben am 7. Juli 1975 den "Sozialistischen Marsch" ("Sossialistiki Poreia") gegründet, eine Partei, deren Vorsitzender der Rechtsanwalt N. Konstantopoulos ist; dabei waren der Professor der Hochschule für Politische Wissenschaften in Athen, D. Karagiorgas, der Jurist, G. Notaras sowie andere Sozialisten.

Eine andere Gruppe aus der 'D.V.' hat die "Sozialistische Initiative" (sossialistiki Protovoulia) mit Präsident dem Universitätsprofessor Georgios A. Magakis gegründet und mit Charalambos Protopapas, erster Industrieminister in der Zeit des Regierungswechsels 1974 als wichtigstes bekanntes Mitglied.

Wie diese Namen zeigen, verlor die PASOK durch ihr dogmatisches Vorgehen eine Anzahl hochgestellter bekannter politischer Persönlichkeiten linker Herkunft sowie einen großen Teil der Jugend. 1)

3.3. Der Konflikt mit den Trotzkiisten

Es gibt mehr als 15 trotzkistische Gruppen in Griechenland, die sich dadurch unterschieden, ob und mit welcher Nuance sie die Theorie Trotzki 1) akzeptieren.

Mit der Gründung der PASOK sah eine Reihe von Trotzkiisten in ihr eine traditionelle Partei, die zwischen Marxismus und Sozialdemokratie steht und ihnen als Aktivitätsraum nützlich sein könnte. Die bekanntesten Gruppen, die sich im Rahmen der PASOK bewegten, waren:

- Die "Arbeitergruppe" unter der Führung von Remoundos, Delvizou-poulos, Marakis, Lambropoulos und Mastogiannopoulos, die, wie heute noch, die Zeitung 'Xekinima' ('der Start') herausgaben;
- Die "Arbeiterdemokratie" unter der Führung von P. Doumas, die durch die Zeitschrift 'Deltio' ('Bulletin') zum Ausdruck kamen;

1) S. 'Anti', 16.9.1983, S.26ff sowie D. Vassiliadis, 1977.

2) Diese Theorie ist von Trotzki aus Anlaß von der Arbeiterpartei Großbritanniens und der französischen sozialistischen Partei ausgedrückt, im Rahmen eines Lösungsversuchs der Krise der marxistischen Parteien in W. Europa. Die zentrale Idee dieser Theorie besteht darin, daß das erste Erwecken des Proletariats in den Industrieländern durch die traditionellen Parteien und in den Ländern der Dritten Welt durch die nationalbefreienden Bewegungen stattfinden wird. Vgl. 'Anti', 16.9.1983, S.31.

- Manche vereinzelte unabhängige Trotzlisten, die der PASOK beitraten und welche A. P. sehr schätzte, was auch aus der Tatsache abzulesen ist, daß diese Schlüsselpositionen in der PASOK erhalten haben. 1)

Um diese Gruppen und Personen haben sich die aktivsten Mitglieder der Ortsvereine zusammengedrückt, was dadurch zu erklären ist, daß die Trotzlisten schon eine gewisse ideologische 'Klarheit' hatten, sich gut in den Marxistischen Klassikern auskannten und emsig politisch agitierten.

Demzufolge entstanden aktive Basisorganisationen, dort wo die Trotzlisten tätig geworden waren, welche Organisationen 2) verständlicherweise auch unter deren ideologischen Beeinflussung standen.

Dieser wachsende ideologische Einfluß der Trotzlisten auf viele PASOK-Mitglieder und Organisationen bereitete in den Kreisen der 'PASOK B.' 3) Besorgnis; diese hatten entweder aus ideologischen Gründen oder weil sie die Kontrolle des Parteimechanismus im Griff haben wollten, in Zusammenarbeit mit manchen Kadern aus dem persönlichen Umfeld des Vorsitzenden 4) die Trotzlisten massiv bespitzelt (auch durch Abhören von Telefongesprächen u.a.) und auf den Zeitpunkt gewartet, in dem sie diese entmachten könnten.

Dieser Zeitpunkt kam tatsächlich, als ein Mitglied des Ortsvereins von Brachami, einem Stadtteil von Athen, erklärte, daß er in geheimen Versammlungen der Trotzlisten teilgenommen habe. So wurde im Januar 1976 die Redaktion der Zeitung 'Xekinima', aus der Partei ausgeschlossen.

Eine Reihe von Ortsvereinen protestierten gegen die Ausschlüsse, mit dem Ergebnis, daß rund 400 PASOK-Mitglieder gleichfalls ausgeschlossen wurden, ebenso sechs Koordinationsausschüsse abgeschafft und drei Ortsvereine 5) aufgelöst wurden.

1) Wie Liveriatos, verantwortlich zusammen mit V. Papandreou für das KE.ME.DIA (Zentrum für Studien und Aufklärung), G. Kostopoulos, verantwortlich für den Entwurf der Organisation der Partei, Dalavangas und Griniasos, Mitglieder des von A. P. genannten Z.K.S., Lagakos, Georgiadis... u.a..

2) Am Ende des Jahres 1975 waren rund 20 Ortsvereine in Athen und manche Mitglieder in Saloniki unter dem Einfluß der Trotzlisten.

3) Die 'PASOK B.' war eine Gruppe innerhalb der PASOK, die gewissermaßen als Fortsetzung der PAK existierte und fungierte. S. weiter unten.

4) Diese Freunde des Vorsitzenden hielten dessen Haltung gegenüber den Trotzlisten als sehr mild und zurückgezogen und warfen ihm indirekt 'Protrotzkismus' vor.

5) In Anthonoupoli, Kato Patissia und Agio Lefteri, Stadtteile Athens.

Dieser ersten 'Säuberung' der PASOK von den Trotzlisten folgte im Sommer 1976 eine zweite, die die Ausschaltung der Trotzlisten aus der Partei abschloß.

Im Oktober 1976 tritt die dritte, oben erwähnte, Trotzlistengruppe 1) aus der PASOK aus und gründet am 13. Oktober 1976 zusammen mit 70 weiteren, meist aus der EAM stammenden Kadern 2) (EAM war die nationale Widerstandsfront gegen die Besatzungsmächte im zweiten Weltkrieg), den "Politischen Verband des 3. September".

Im monatlichen Informationsbulletin der PASOK vom Oktober 1976 3) erklärte ein Vortrag, daß

"Nach der Überzeugung der Trotzlisten ist die einzige Möglichkeit Differenzen in einer politischen Formation zu überwinden die separate Organisation ihrer Flügel. Dementsprechend tritt die Fraktionsbildung als ihre permanente politische Praxis hervor.

Sie bestreiten systematisch die Möglichkeit einer Koexistenz unterschiedlicher Parteiflügel mit einem gemeinsamen Erscheinungsbild, das das Resultat der Diskussion und der Synthese unterschiedlicher Positionen ist.

Sie verkennen die politischen Regeln des Funktionierens einer Partei; diese Regeln drücken sich notwendigerweise in der Diskussion, in der innerparteilichen Demokratie, der politischen und satzungsmäßigen Festlegung der Pflichten und Rechte des Mitglieds, der Kritik, Selbstkritik... aus". 1)

1) S. S.49.

2) Die bekanntesten unter den 70 Kadern waren: Messologitis, Stamoulis, Georgiadis, Mitsakis, G. Kostopoulos, Makris, Dalavagas, Bafaloukos, Manoussaridis u.a. S. 'Anti', 16.9.1983, S.32.

3) Verlag KEMEDIA, S.19. Vgl. auch D. Vassiliadis, 1977, S.208.

Obwohl keine weiteren Einzelheiten über die Auseinandersetzungen der PASOK mit den Trotzkisten bekannt sind 1), kann man doch bemerken, daß diese vielen, meist Jugendlichen, Anlaß gegeben haben, sich mit ideologischen Problemen des Marxismus und Sozialismus zu befassen und sich Gedanken über die Struktur und Organisation der Partei zu machen. 2)

Andererseits sind sie dafür 'verantwortlich', daß eine ganze Reihe radikaler Elemente außerhalb der Bewegung geriet und mit dem Stempel des "Trotzkisten" versehen wurde.

Schließlich wurde durch diesen innerparteilichen Konflikt der Ausschluß "unerwünschter Mitglieder" zur gängigen Praxis, ebenso die Bestellung "genehmer" Gefolgsleute, um solcherart die "dunklen Kräfte, die die Bewegung gefährden", auszuschalten.

3.4. Die Abspaltung der PASP

Die wichtigste Krise innerhalb der PASOK war der Konflikt zwischen ihr und der P.A.S.P., der Jugend- und Studentenorganisation der PASOK, vom Dezember/Frühling 1977, der mit der Abspaltung der PASP endete.

Nach der Krise von 1975 in der PASP und den darauffolgenden Parteiausschlüssen 3), befand sich die PASP in einem Umstand der Desorganisation und Untätigkeit, weil nun eben viele alte, erfahrende Mitglieder fehlten.

Im Herbst 1975 aber, angesichts der Bedürfnisse des beginnenden akademischen Jahres unternahm die PASP einen Versuch zu ihrer Wiederbelebung.

Im Rahmen der ideologischen Standortsuche, werden verschiedene Ansichten und Strömungen herausgebildet 4), die, trotz einer gewissen Konfusion, miteinander durch Verfahren offener Diskussion auskamen.

Gemeinsame Ausgangsbasis dieser Strömungen bildete:

- Die gemeinsame Annahme, daß die Proklamation des 3. September sehr ungenau sei und diese mit Hilfe des wissenschaftlichen Sozialismus spezifiziert werden müsse;

1) S. 'Exormisi', 15.7.1977, S.9.

2) S. 'Anti', 16.9.1983, S.32.

3) S. S.43.

4) Stärker war die Strömung, die von der 'marxistisch-leninistischen Tradition' beeinflusst wurde, deswegen traten viele PASP-Mitglieder, nach deren Ausschluß aus der Partei, der KPG bei.

- Die gemeinsame Feststellung, daß für die Realisierung des Wandels die Zusammenarbeit aller antifaschistischen und anti-imperialistischen Kräfte notwendig sei.

Diese Zusammenarbeit hatte sich mehr in Richtung der K.P. und der Linken gewandt und weniger in Richtung der Zentrumsunion, gegenüber der die PASP sehr mißtrauisch war - zumal wegen der eventuellen Beeinflussung der PASOK durch die Zentrumsunion und des "Rutsches" der ersteren zur Sozialdemokratie.

Diese Position der PASP hat die Mehrheit ihrer Mitglieder bald zu einer kritischen Stellungnahme gegenüber A. P. geführt.

Die Hauptpunkte der Kritik der PASP, die sie offen zum Ausdruck brachte, waren auf A. P.'s Zusammenarbeit mit der Zentrumsunion, auf die Abschaffung der innerparteilichen Demokratie und auf den nationalen Paroxysmus A. P.'s über das Auftauchen des türkischen Schiffes 'Chora' in der Ägäis 1) bezogen.

Die PASP war in dieser Zeit mit einer anderen großen Gruppe verbunden, der 'PASOK B.', 2) welche innerhalb der PASOK als Fortsetzung der PAK existierte und fungierte.

Diese Verbindung der PASP mit der 'PASOK B.' war von großer Bedeutung, weil letztere als autonome organisierte Gruppierung innerhalb der PASOK arbeitete und die PASP stark beeinflusste.

Am Anfang 1976 gab A. P. sein Vorhaben bekannt, er wolle die 'vorläufigen Präfekturausschüsse' ernennen, trotz seines Versprechens, daß die Parteiorgane gewählt werden und zumal gegen die Bestimmung Art. 37 der Satzung, laut dem die Präfekturausschüsse von der Präfekturversammlung (Ortsvereine und Zweigorganisationen jeder Präfektur) gewählt werden.

Die angekündigten Ernennungen riefen energische Proteste der 'PASOK B.' hervor. Der Grund für diese heftigen Reaktionen war nicht nur die Ernennung der Präfekturausschüsse, sondern mehr die Tatsache, daß in diesen auch Nicht-Mitglieder aus der Zentrumsunion ernannt wurden.

-
- 1) Ein angeblich wissenschaftliches türkisches Schiff, das in der Ägäis 1976 (aber auch später) mehrmals 'Versuche' gemacht hat, ohne griechische Erlaubnis, wobei es den griechischen Hoheitsraum verletzte. S. S.220.
 - 2) Die PAK hat sich nach der Gründung der PASOK nicht aufgelöst, sondern in einer Gruppierung mit geschlossener Struktur namens 'PASOK B.' umgewandelt. Sie hatte G. Tsekouras als Führer und sah ihr Ziel darin, die Garantie der politischen Physiognomie der PASOK zu sein, die durch die 'Selbstorganisation' (s. S.41) in Gefahr einer "Verfälschung" geraten könnte.

Resultat dieser Reaktionen seitens der 'PASOK B.' war die Entlassung G. Tsekouras aus dem E.B., einem der führenden Kader der Auslands-PAK während der Zeit der Diktatur und Führer der 'PASOK B.', Mitte 1976.

Die Entlassung von G. Tsekouras wurde erst nach sechs Monaten aus "Sicherheitsgründen" ²⁾, wie die PASOK angab, offiziell bekanntgegeben; was mit "Sicherheitsgründen" gemeint war, ist indes schwer zu ergründen.

Daraufhin warfen die Mitglieder der 'PASOK B.' A. Papandreou vor, er zerstöre selbst sein eigenes Konzept der 'demokratischen Zusammenarbeit', indem er mit G. Mavros, dem Zentrumsunionsführer, kooperiere und die Linke aus der Partei hinaustreibe.

Dieser Vorwurf kann allerdings in der folgenden Zeit nicht vollständig bewiesen werden; Indizien für seine Richtigkeit könnten aber die Besetzung der von A. P. ernannten Präfekturausschüsse, der darauffolgende massive 'Hinauswurf' der Linken aus der PASOK und die plötzliche Wende des der Zentrumsunion verpflichteten 'Lambraki-Verlagshauses' ³⁾ in Richtung einer schwärmerischen Unterstützung der PASOK bieten.

Die Situation wurde gespannt, als am 18. Dezember 1976 anlässlich der Konferenz der PASOK-Jugend in Athen, offiziell der Vorwurf der 'Fraktionsbildung' gegen 20 PASP-Mitglieder und gegen die Auslandsorganisationen vom Exekutivsekretariat erhoben wurde. Am 22. Dezember 1976 kam es zu Zwischenfällen und Prügeleien, als Mitglieder des PASP-Zentralrats, die zu ihrer dritten Konferenz gingen, um u.a. über den Ausschluß aus der PASP des Studentenvereins-Vorsitzenden S. Tzoumakas zu beraten, die PASP-Büros von einer Gruppe von PASOK-Mitgliedern unter der Führung S. Varirakis besetzt fanden!

Fünfzehn von den 28 Zentralratsmitgliedern erklärten am selben Tag die organisatorische Autonomie der PASP von der PASOK. Am Abend vom 22. Dezember 1976 kam der Disziplinarausschuß der PASOK zusammen und schloß 48 Mitglieder der PASOK (die 15 PASP-Mitglieder inbegriffen) aus der Partei aus.

Die Begründung des Disziplinarausschusses lautete:

1) Mitglieder des E.B. damals waren: G. Tsekouras, S. Valirakis, D. Liveriatos, K. Simitis, Th. Tsouras und A. Tsochatzopoulos.

2) S. 'Beschluß des Disziplinarausschusses der PASOK', Nr. 84/23.12.1976, in 'Anti', 30.9.1983, S.24.

3) Das Lambraki-Verlagshaus druckt die Zeitungen 'Ta Nea' und 'To Vima' sowie die Zeitschriften 'Tachydromos' und 'Oikonomikos Tachydromos'.

"Fraktionsbildung mit dem Ziel das Blockieren des Verfahrens 1) der Bewegung, den Mißerfolg derer lang- und kurzfristigen strategischen und taktischen Ziele, das Verhindern der Ausbreitung und sogar die Auflösung der Bewegung". 1)

Der entmachtete PASP-Flügel, der sich als Garant der linken Tendenz und der ideologischen Konsequenz fühlte, hat in einem Interview 2) am 4. Januar 1977 die PASOK als "einen Mechanismus in Diensten der bürgerlichen Klasse..." bezeichnet, ihre Abneigung gegen eine eventuelle Vereinigung der PASOK und der Zentrumsunion und somit eine Wende der PASOK zur bürgerlichen Mitte zum Ausdruck gebracht und schließlich betont, daß sie "den Kampf der Abgrenzung der Linken (von der Z.U.) liefern werden, um die PASP und die PASOK in den Raum der Linken hinüberziehen zu können". 2)

Am 8. Januar 1977 haben dreizehn der Ausgeschlossenen zu einer Pressekonferenz eingeladen, wo sie die Selbstauflösung der PASP vorschlugen, im Gegensatz zu ihrem vorigen Entschluß, die organisatorische Autonomie der PASP von der PASOK zu unterstützen.

A. P. hat die Handlungsweise der PASP-Gruppe schlicht "Rebellion" 3) genannt und die Ausgeschlossenen als "eine Gruppe revoltierender kleinbürgerlicher Elemente" 4) bezeichnet, die für den bewaffneten Kampf und gegen einen friedlichen Übergang zum Sozialismus kämpften. 5) Bemerkenswert in dem Zusammenhang ist, daß sowohl die PASP-Gruppe als auch das Exekutivbüro der PASOK die gegenseitigen Anschuldigungen an die Öffentlichkeit gebracht haben: die PASP hat auf der einen Seite ihre Kritik und Meinungsverschiedenheit außerhalb der Kollektivorgane der Bewegung getragen, noch vor der Einberufung der geplanten Panhellenischen Konferenz im Sommer 1977, wo diese Probleme besprochen werden sollten.

Sie veröffentlichte Material über diese Streitigkeiten, was eine Verletzung der demokratischen Spielregeln darstellte.

Darauf beging das Exekutivbüro der PASOK die gleiche Inkorrektheit, nahm Stellung zu diesen Anschuldigungen und beschuldigte die Gruppe öffentlich - all dies unter Umgehung der üblichen Konfliktmechanismen. 6)

1) Was mit 'Blockieren des Verfahrens der Bewegung' gemeint ist, bleibt unklar.

2) Interview an die Zeitung 'Proletariaki Simaia' (proletarische Fahne), Organ des Z.K.S der KPG M. L. (Marxisten-Leninisten), am 4.1.1977, S.44.

3) S. Einleitung A. Pš in der Zeitung 'Exormisi', 9.1.1977, S.1,8.

4) S. 'Exormisi', 30.12.1976, S.1.

5) Vgl. 'Exormisi', 15.7.1977, S.9.

6) S. S.122.

In den zwei darauffolgenden Monaten wurde der Präfekturausschuß W. Deutschlands 1), der sich gegen die oben angesprochenen Ausschüsse aussprach und der einzige gewählte Präfekturausschuß gewesen war, abgesetzt. 2)

Gleichzeitig traten rund 400 Mitglieder in Italien, 154 in Patras und 84 in Saloniki aus der Bewegung aus.

Die Mehrheit der Organisationen in Kavala, Trikala (neun Ortsvereine), Navpaktos, Volos, 3) Giannena und Chalkida lief sich tot oder trat aus. Vereinzelte Austritte von Ortsvereinen finden auch in Athen statt (z.B. in den O.V. Liossia, Dafni Attikis, Neos Kosmos u.a.).

Dieser Konflikt zwischen der PASOK und A. P. auf der einen Seite und der PASP und der 'PASOK B.' auf der anderen, scheint hauptsächlich auf die politische Linie der PASOK und nicht so stark auf das Fehlen der innerparteilichen Demokratie zurückzuführen zu sein.

Für diese These spricht auch die aktive Unterstützung der PASP und der 'PASOK B.' für A. P., als diese trotz der Abschaffung jedes demokratischen Verfahrens beim Konflikt der PASOK mit der 'Demokratischen Verteidigung' hinter A. P. stellten und danach, als sie eine Hauptrolle bei der Bespitzelung der Trotzlisten mit antidemokratischen Methoden gespielt haben.

Bei den angesprochenen Fällen zeigten die PASP und 'PASOK B.' keine Sensibilität für demokratische Verfahrensweisen bzw. Verstöße gegen diese; man sieht auch keinen offenkundigen Grund, der dafür spricht, daß sie eine solche Sensibilität jetzt entwickelt haben.

Es ging anscheinend der PASP-Gruppe dabei darum, ihre politische Linie, d.h. Öffnung der PASOK nach links und klare Abgrenzung gegenüber der Zentrumsunion, innerhalb der PASOK durchzusetzen und somit die Gefahr der 'Sozialdemokratisierung' der Partei auszuweichen.

1) Jede Organisation im Ausland entspricht einem Präfekturausschuß: Ein P.A. in Italien, einer in der BRD usw..

2) S. das von einem Ausschuß von ehemaligen PASOK-Mitgliedern in Athen gedruckte 'Informationsbulletin', vom 16.3.1977, gr.

3) Einzelheiten s. in 'Informationsbulletin' vom 10.5.1977, gr..

Der Durchsetzung der linken Linie in der PASOK hat jedenfalls der ganze Konflikt nicht gedient, weil viele linke Mitglieder der PASP und der PASOK aus der Partei ausgeschlossen wurden oder ausgetreten sind - somit konnten sie ihr Ziel innerhalb der Partei nicht mehr verfolgen.

In allen Fällen handelte es sich um Verletzungen der innerparteilichen demokratischen Verfahrensweisen seitens der Parteispitze durch grobes, direktes Einmischen in den demokratischen Willensbildungsprozeß der unteren Parteiebene.

Man kann eine Partei kaum als demokratisch bezeichnen, wenn ihre Spitze nach Belieben ein demokratisch gewähltes Zentralkomitee zum Zurücktritt drängt und ein neues, ihr genehmes ernennt, wenn sie jeden Widerspruch und jede abweichende Meinung ohne Aussprache und in Abwesenheit der Betroffenen mit Ausschluß aus der Partei ahndet, sich ebensowenig davon abhalten läßt, in der ihr nahestehenden studentischen Organisation einzugreifen und die ihr mißliebigen Mitglieder auszuschließen; kurz, wenn der Vorsitzende allein die Verantwortung für die Entwicklung der Partei übernimmt. Das Instrument, das die PASOK-Spitze gegen jede ihr unangenehme Meinung anwandte, war die ihr von der Satzung gegebene Möglichkeit, jegliche Meinungsäußerung, die von jener der Führung abwich, als "Fraktionsbildung" zu bezeichnen.

Artikel 5 der Satzung bestimmt zwar "jedes Mitglied ist frei, seine Meinung für die Strategie und die Taktik der Bewegung auszudrücken" jedoch folgt im Nachsatz "die Gründung organisierter Gruppen mit eigener Disziplin, welche für die Durchsetzung eigener Ansichten arbeiten, ist nicht erlaubt". 1)

Entsprechend meinte A. P. am 30.12.1976 ²⁾, daß die PASOK nicht die Absicht habe, die Existenz organisierter untergrabender Gruppen innerhalb der Partei zu dulden, welche "den Zielen der Reaktion dienen".

Die Zeitung 'Exormisi' warnte in ihrem Leitartikel vom 25.7.1977 ³⁾, daß

1) Artikel 5 der Satzung, S.33.

2) S. 'Eleftherotypia', 30.12.1976, Bekanntgabe des Vorsitzenden und des Exekutivsekretariats der PASOK.

3) Vgl. auch in der Zeitschrift 'Epikentra', Oktober 1977, S.38.

"Die PASOK die Existenz von Tendenzen (ideologisch-theoretisch, B.d.V.) erlaubt, kann aber ihnen die Möglichkeit nicht geben, organisatorisch aktiv zu werden".

Das Verbot 'organisierter Gruppen' beseitigt de facto aber auch das Recht, verschiedener Meinung zu sein, denn: Falls zwei oder drei Personen anderer Ansicht als die Führung sind, läßt sich ihnen leicht der Vorwurf der 'Fraktionsbildung' machen, nur weil ihre Meinungen einander ähnlich sind.

Auch die Behauptung A. P⁸ 1), die PASOK sei kein Freiraum zu politischen "Gärung", untersagt das Recht der Existenz verschiedener 'Tendenzen', selbst wenn man unterstellt, daß diese nicht in Form von "Gruppen" organisiert werden.

Dementsprechend wurde tatsächlich jeder Widerspruch bei den innerparteilichen Konflikten als "Fraktionsbildung" deklariert. Die PASOK rechtfertigte ihr Vorgehen mit dem Argument, daß sie in den Anfangsjahren ihres politischen Werdeganges, in denen sie ihre politische Identität festzulegen versuchte, sich darum bemühen müßte, daß aus ihr keine kleinen zersplitterten Gruppierungen oder verschiedene "sozialistische Nuancen" hervorgehen, sondern daß es bei der ursprünglich entworfenen und in der Satzung verankerten politischen Linie bleibe.

Der Grund dieser antidemokratischen Handlungen war prinzipiell verständlich und die PASOK-Spitze hat nach dem Motto gehandelt: "Der Zweck heiligt die Mittel".

Dieses Motto ist natürlich strittig und ob es für manche schwierige Zeit erlaubt sein soll, die Mittel beliebig zu bestimmen und zu verwenden, ist ein heikles Thema, auf das in der Geschichte schon unzählige Male Antwort zu geben, versucht wurde.

Dabei besteht die ernste Gefahr des Machtmißbrauchs, denn wer kann kontrollieren, ob es nur für kurze Zeit angewendet wird oder nicht und weiter, welcher Art die dem Zweck dienenden Mittel sind.

Mit der Darstellung dieser Konflikte innerhalb der PASOK ist ein Überblick über die Anwendung innerparteilicher demokratischer Verfahren in den ersten Jahren der PASOK gegeben, ein Bild ihrer Entwicklung, sowie ihres Problems, sich einheitlich und geschlossen zu behaupten und ihrer Versuche, dieses Problem zu lösen.

1) Am 5.1.1977, s. 'Epikentra', Okt. 1977, S.39.

3.5. Die politische Entwicklung der PASOK von der Gründung 1974 bis zu den Wahlen 1977

Das vorangegangene Kapitel über die Konflikte, die innerhalb der PASOK in den Anfangsjahren ihrer politischen Laufbahn ausbrachen, skizzierte gleichzeitig deutlich ihre ideologischen Probleme. Wir werden nun in diesem Kapitel die organisatorisch-politische Entwicklung der PASOK in dieser Phase aufzeigen und sie auf ihren ersten Schritten begleiten.

Unmittelbar nach Gründung der Bewegung im Herbst 1974 folgte eine Zeit, die man als "Suchphase" der spezifischen politisch-ideologischen Gestalt der PASOK und ihrer organisatorischen Strukturen bezeichnet werden kann. 1)

Diese Phase wird von der Existenz eines 75-köpfigen ernannten Zentralkomitees gekennzeichnet, das als oberstes Leitungsorgan der Partei fungierte, um diese auf die bevorstehenden Parlamentswahlen und die Volksabstimmung über die Staatsform (17. November 1975) vorzubereiten.

Bei diesen Wahlen wurde von der PASOK die Parole "am 18. Sozialismus" ²⁾ ausgegeben, womit sie ihren Wahlsieg andeuten wollte; trotz dieser Hoffnung erzielte sie nur 13,6% der Stimmen, was aber insofern einen Erfolg darstellte, da die PASOK eine neue, erst kurz zuvor gegründete Partei war.

Im März 1975 folgte der sogenannte 'Vorparteitag', auf dem der Entschluß des Z.K.S, die Verantwortung der Entwicklung der Partei A. Papandreou zu übertragen, getroffen wurde.

1976 wurden 68 'vorläufige Präfekturausschüsse' von A. P. in allen Regionen Griechenlands eingesetzt ³⁾, welche den Organisationsaufbau der Partei fördern sollten.

a) Die erste Konferenz des Z.K.S der PASOK

Bei der ersten Sitzung des ernannten Z.K.S der PASOK am 29.8.1977 wurde die Notwendigkeit einer effizienten und disziplinierten

1) 'Exormisi', 15.7.1977, S.9.

2) Dieses Schlagwort wurde nach den Wahlen von der PASOK als von den Trotzkisten stammend kritisch beurteilt, obwohl es auch in den Reden A. P.S und in den Wandparolen zu finden war.

3) S. in der Broschüre der PASOK "alle auf die Arbeit für eine stärkere PASOK", Januar 1976, S.25, gr.

Organisation erkannt, man bestimmte daraufhin die "Ortsvereine" und die "vorläufigen Präfekturausschüsse" als die Basis, auf der die Bewegung aufgebaut werden kann". 1)

Konkreter wurde die Aufgabe der 'vorläufigen Präfekturausschüsse' darin bestimmt, "die Basisorganisationen durch ständige Mobilisierung und Basisarbeit den Massen zugänglich zu machen". 2)

"Denn nur dann", stellte das Z.K. fest, "werden wir entscheidend die Entwicklung Griechenlands beeinflussen können, wenn wir unsere Mitglieder auf Tausende multiplizieren, wenn wir sie derart bewußt gemacht und in der Bewegung integriert haben, daß sie jederzeit mobilisiert werden können, wenn wir also im ganzen griechischen Volk den Volkswillen ausdrücken". 1)

Um das griechische Volk politisch beeinflussen zu können, hat die PASOK als Ziel gesetzt, die politische Indifferenz des Volkes zu bekämpfen, die nach ihrer Ansicht dem Establishment diene und nahm sich vor, alle Griechen zu politisieren und das politische Bewußtsein 3), speziell das Klassenbewußtsein 4) der Massen zu wecken bzw. zu stärken. 5)

Die PASOK wollte diese Ziele durch die "Einsicht des Volkes in seine gemeinsamen Probleme und Interessen erreichen", was wiederum nur "durch seine aktive Teilnahme an der Tagespolitik zu realisieren" sei.

Die politische Strategie der PASOK in jeder Phase war das Aufdecken politischer Mißstände, kompromißlose und unnachgiebige Stellungnahmen und Anklagen; eine Strategie, die sich hauptsächlich in Mitteilungen, Initiativen und Angriffen des Vorsitzenden A. Papandreou niederschlug und gleichzeitig eine aktive Mobilisierung der Massen nach sich zog (Streits, Protestkundgebungen usw.).

1) S. die Broschüre der PASOK "Die erste Konferenz des Z.K.s der PASOK", S.20, gr.

2) Ebenda, S.22.

3) "Politisches Bewußtsein ist diejenige Kraft, welche die Ideologie in politische Praxis verwandelt. Wenn man politische Praxis sagt, meint man jede menschliche Aktivität, die zur Anwendung eines politischen Systems beiträgt". S. D. Vassiliadis, Demokratischer Sozialismus oder der dritte Weg, Athen 1974, S.119, gr.

4) Trotz daß die PASOK nicht als eine Klassenpartei auftritt, sondern sich als Vertreter aller Unterdrückten versteht.

5) S. 'Die erste Konferenz des Z.K.s der PASOK', S.28.

b) Die Panhellenische Konferenz der PASOK vom 8. bis zum 10. Juli 1977

Die wichtigste Station in diesem Stadium war die vom 8. bis zum 10. Juli 1977 in Athen abgehaltene Panhellenische Konferenz, die als Katalysator für den Aufbau einer effizienten Parteiorganisation wirkte, weil hier die Notwendigkeit innerparteilichen demokratischen Verfahrensweisen akzeptiert und praktiziert wurde. Die Konferenz war sehr gut vorbereitet worden, wobei die 'Vorarbeit' schon sechs Monate vor deren Einberufung begonnen hatte.

Am 28. Januar 1977 wurde die Bildung des Organisationsausschusses der Konferenz (O.A.K.) 1) bekanntgegeben zusammen mit einem Text, der dessen Funktion in Einzelheiten bestimmte. 2)

Parallel zu OAK wurden drei 'Unterausschüsse' gebildet und zwar der Ausschuß für die politische Leitung (Mitglied: A.P.), der Ausschuß für die politische Aktivität und der Ausschuß für die organisatorische Konferenzvorbereitung. 2)

Im März 1977 kam der O.A.K. zusammen und billigte den vom Ausschuß für die politische Leitung vorbereiteten Text des Entwurfs für die Satzung. Gleichzeitig bestimmte der OAK, daß verschiedene Funktionsgruppen die Regionen des Landes besuchen sollten, um mit den Ortsvereinen über die Entwürfe zu diskutieren. 3)

Am 13. Mai 1977 gab der OAK bekannt, daß die Ortsvereine und die Zweigorganisationen bis zur Konferenz bestimmte Aktivitäten beendet haben sollen. Konkret sollten sie über den Entwurf für die Satzung, den politischen Entwurf und den Entwurf der 'vorläufigen Präfekturausschüsse' über die lokalen Probleme besprochen haben; ferner, sollten die O.V. und Z.O. den 'vorläufigen Präfekturausschüssen' ausführlich sowohl über ihre Mitglieder als auch über deren Meinungen, Kommentare oder Änderungsvorschläge, was die angesprochenen Entwürfe betrifft, berichten. 4)

So wurden vom 8. - 10. Juli 1977 zu der ersten Panhellenischen Konferenz von insgesamt 27.000 PASOK-Mitglieder aus ganz Griechenland, aus Europa, Nordamerika und Australien (von den O.V. und den Z.O.) gewählte Repräsentanten entsandt 5), die wiederum das Zentralkomitee und das Exekutivbüro wählten.

1) Organotiki Epitropi Syndiaskepsis (OES).

2) Teile dieses Textes waren bezogen auf: Den Arbeitsrahmen des OAK, seine Funktion, die Voraussetzungen des "Massivwerdens" der Partei (a) Funktionäre, b) Parolenauswahl: propaganda-, aktions- und organisationsbezogene Parolen, c) bessere Organisation), die Ziele des "Massivwerdens", Arbeitsprogramm für die Erreichung der Ziele. S. in 'Exormisi', 28.1.1977.

3) S. 'Exormisi', 11.3.1977.

4) Bekanntgabe des OAK in 'Exormisi', 13.5.1977

5) S. 'Exormisi', 15.7.1977, S.10.

Diesen drei Tagen der Konferenz wurde den Repräsentanten der Basis zum ersten Mal die Möglichkeit gegeben, ihre Meinungen auszudrücken 1) und auszutauschen und an der politischen Standortbestimmung der PASOK teilzunehmen.

So wurde an den einstimmig gebilligten politischen Entwurf unter anderem bemerkt, daß: 2)

- Der allgemeine Rahmen der Partei konkretisiert werden muß, damit ihr ideologischer Standort deutlicher werde.

Aus dem Grund solle ein Programm der Bewegung ausgearbeitet werden sowie die Klassen und sozialen Schichten Griechenlands analysiert, eine kritische Stellungnahme gegenüber den anderen Parteien abgegeben und eine Studie der internationalen politischen Lage erstellt werden.

- Die 'Neue' Rolle des Staates, als Instrument der "Nicht-Privilegierten" auf dem Weg zum Sozialismus festgelegt werden muß.

- Die Rolle der kleinbürgerlichen Schichten - aufgrund der Feststellung der Konferenz, daß ohne Unterstützung dieser Klasse der friedliche Übergang zum Sozialismus schwierig sei - analysiert werden soll. 3)

- Die politisch-militärische Unabhängigkeit Grs die bis dann herrschende Ideologie des bürgerlichen Staates ersetzen sollte und schließlich daß,

- Die nötigen Mittel, für einen erfolgreichen Weg der PASOK zur Macht, konkreter festgelegt werden sollten.

Im Beschluß über die Satzung 4) ist folgendes deutlich geworden:5)

- Die Satzung der Bewegung ist kein festgelegter Rahmen, sondern eine dynamisch sich entwickelnde Einheit, welche sich unter ständiger Beteiligung aller ihrer Mitglieder und den objektiven Verhältnissen ändern und anpassen kann.

- Die Notwendigkeit einer Einleitung zur Satzung, die sowohl die ideologische politische Darstellung der Grundsätze, wie etwa die Anerkennung des Marxismus als Analyse- und Methode der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen des Landes, als auch die organisatorische Struktur der Bewegung enthalten soll.

1) 100 Repräsentanten haben über den Entwurf für die Satzung und 80 über den politischen Entwurf gesprochen.

2) S. 'Exormisi', 15.7.1977, S. 10.

3) Vgl. A. Christodoulidis, Die erste Konferenz der PASOK, in der Zeitschrift 'Anti', 23.7.1977, S.6-7.

4) 'Exormisi', 15.7.1977, S.4.

5) Die Satzung selbst stand nicht zur Debatte, weil diese unter der Kompetenz des Parteitagcs fällt.

- Die Einsicht, daß es eine detaillierte Ausarbeitung der Grundsätze, die Funktion der Organe betreffend notwendig sei, so z.B. ungehinderter Informationsfluß von der Basis zu der Parteispitze hin und umgekehrt.
- Die Betonung der Notwendigkeit einer geeinten Aktivität der Bewegung im parlamentarischen und außerparlamentarischen Raum.

Zudem wurde die bis zu diesem Datum geleistete Arbeit der Bewegung bewertet; auch die während der ersten drei Jahre aufgetretenen Probleme wurden besprochen. 1)

Das wichtigste positive Ergebnis der ersten Panhellenischen Konferenz war aber die erstmalige Schaffung der innerparteilichen Demokratie in der PASOK, drei Jahre nach ihrer Gründung und nach wiederholten Verletzungen des demokratischen Verfahrens in der Partei seitens der Führung.

Nach dieser Konferenz sind alle Organe (O.V., P.A., Z.K., E.B.) der Partei - bis auf den Vorsitzenden - demokratisch gewählt worden. 1)

Die Bedeutung der Panhellenischen Konferenz ist von der PASOK selbst als folgendes bewertet:

"Die Konferenz war - und wird es auch bleiben - eine historische Station auf dem Weg der PASOK mit einem entscheidenden Beitrag zur ideologischen Bestimmung, zur politischen Einigung und zur organisatorischen und funktionellen Festlegung unseres Raumes.

Es ist eine gemeinsame Feststellung, daß wir zu einer neuen Qualität übergegangen sind, zu einer Phase politischer Einigkeit, gemeinsamen Schaffens und einheitlicher Tätigkeit.

Wir haben die Schwelle der Formlosigkeit der Bewegung überschritten, indem wir kritisch und selbstkritisch alle Höhen und Tiefen überstanden haben". 3)

Die Zeit nach der Panhellenischen Konferenz ist von großer Aktivität gekennzeichnet, angesichts der angekündigten Parlamentswahlen vom 20. November 1977, welche auch nach diesen fortsetzt;

Die großen innerparteilichen Krisen sind vorbei und die Partei schreitet langsam aber sicher zum Erfolg...

1) S. 'Exormisi', 15.7.1977, S.9.

2) Eine letzte Intervention 'von oben' ereignete sich kurz nach den Parlamentswahlen 1977; darüber siehe weiter unten.

3) S. '5. Konferenz des Z.Ks' der PASOK, Broschüre, S.201, gr.

3.6. Einige Elemente des Wahlkampfes für die Parlamentswahlen
vom 20. November 1977

Schon im Juli 1977, bei der ersten Panhellenischen Konferenz hat A. P. vermutet, daß es zu vorgezogenen Parlamentswahlen kommen würde.

Dementsprechend hat er dabei die ersten Weichen in Richtung auf eine vergleichsweise gemäßigte Politik gestellt, einer Politik, die möglichst viele anspricht und möglichst wenige abschreckt.

So hat A. P. bei der angesprochenen Konferenz betont, daß die PASOK die Partei des von allen gewünschten Wandels sei. 1)

In diesem Zusammenhang hat er unterstrichen, daß:

"strukturelle Veränderungen im ökonomischen und sozialen Bereich, welche im Volksbewußtsein nicht gereift worden sind und nicht einwandfrei als 'Volksziele' gelten, unzeitgemäße und gefährliche Versuche sind, die überhaupt nicht der Sache des sozialen Wohlstands und des Sozialismus dienen". 1)

Diese Position A. P's stellt eine Variante seiner früher ausgedrückten Ansicht über den 'Rhythmus' der für die sozialistische Gesellschaft nötigen strukturellen Veränderungen dar; dabei hatte er sowohl einen 'zu langsamen' als auch einen 'zu schnellen Rhythmus' mißbilligt, aber nichts Konkretes darüber gesagt. 2)

Bei der Panhellenischen Konferenz jedoch hat A. P. die These vertreten, daß die Auswahl des 'Rhythmus' der strukturellen Veränderungen von der 'Reife des Volksbewußtseins', d.h. von der Zubilligung des Volkes, abhängt.

Somit wollte die PASOK ihren demokratischen Sinn betonen und übernahm die Rolle einer Partei, die zusammen mit dem Volk geht und dessen vorgeblichen Bedürfnissen und Interessen nachgeht. Gleichzeitig unterstrich A. P. bei der Panhellenischen Konferenz den Entschluß der PASOK, 'autonom', d.h. ohne Koalitionen, an den Wahlen aufzutreten; dies begründete er mit seiner Überzeugung, daß ein gemeinsames Programm mit den anderen Oppositionsparteien die Realisierung der Ziele der Bewegung gefährden würde. 3)

1) Rede A. P's in der Panh. Konferenz, in 'Exormis', 15.7.1977, S.1.

2) A. P., Übergang zum Sozialismus, Athen 1982 4, S.72, gr.

3) S. 'Exormisi', 15.7.1977, S.7, Artikel mit dem Titel 'Einheit oder Wandel?', wo die beiden Begriffe entgegengesetzt wurden.

Bevor A. P. sich für den autonomen Auftritt der PASOK an den Wahlen 1977 entschieden hat, hatte er erklärt 1), daß die PASOK bereit zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien 2) sei, wenn diese ein von ihm vorgeschlagenes 'Minimum-Program' akzeptieren würden. Dieses 'Programm', das in Wirklichkeit die Grundsätze der PASOK waren, forderte unter anderem den Austritt Grß aus der NATO und den Nicht-Eintritt in die EG, was natürlich inakzeptable Thesen für die anderen politischen Parteien darstellten. Somit wurde eine eventuelle Einheit aller progressiven politischen Parteien von vornherein ausgeschlossen.

Schon bei der Panhellenischen Konferenz zeichnete sich also bei der PASOK eine gemäßigtere politische Linie, im Vergleich zu ihrer vorherigen Politik ab, die sich sowohl durch die häufige Benutzung des Schlagwortes 'Wandel' statt des Wortes 'Sozialismus' 3), als auch durch die Feststellung der Notwendigkeit eines mit dem "Volksempfinden" vereinbarten Wandels ausdrückte.

Die Wahltaktik

Diese 'sanfte neue Politik' ist auch im Rahmen des am 30. September 1977 offiziell begonnenen Wahlkampfes verfolgt; ihre Zeichen kann man in allen Veranstaltungen und bei allen öffentlichen Auftritten und Interviews A. P's erkennen. So hat z.B. A. P. bei der Proklamation des Wahlprogramms der PASOK am 25. September 1977 neben der bekannten These über den 'Rhythmus' des Wandels hinzugefügt, daß:

"der Sinn des Wandels auf keinen Fall als revolutionärer Umsturz oder eilige Verfolgung von Zielen, die nicht als Volkswille' bewertet werden, verstanden werden soll". 4) Auch bei den weiteren Wahlreden A. P's bemerkt man einen gemäßigten Ton, wobei die scharfe Position der PASOK zu dem 'türkischen Problem' vermieden, ihre stark negative Einstellung gegenüber der EG gemildert und die marxistischen Züge der Partei nicht angesprochen worden sind. 5)

1) Bei seiner Rede im Hiltonhotel am 9. Januar 1976.

2) Hier sind die 'Zentrumsunion-Neue Kräfte' Partei und die KP-Inland gemeint.

3) Das Wort 'Wandel' kommt insgesamt neun Mal im Text der Rede A. P's an der Panh. Konferenz und zwei Mal in Untertiteln in der Zeitung 'Exormisi' vor, das Wort 'Sozialismus' hingegen wird sechs Mal und das nur im Text benutzt. Vgl. 'Exormisi', 15.7.1977, S.7.

4) Proklamation der PASOK, in 'Eleftherotypia', 26.9.1977.

5) Vgl. Analyse der Wahlergebnisse bezüglich der N.D., der PASOK und der EDIK, in 'Epikentra', März-April 1978, S.13, gr.

6) Wie z.B. daß "die Assozierung mit der EG eine Klassenangelegenheit der fremdhörigen herrschenden Klasse" sei. S. G. Loulis, Die drei Phasen der Wahltaktik der PASOK, in 'Epikentra', Okt. 1977, S.11

Gleichzeitig wurde der extreme Wortschatz 6) sowie die Identifizierung des Wandels mit der sozialistischen Gesellschaft strikt vermieden, wobei der häufige Gebrauch des Wortes 'Wandel', ohne gleichzeitig diesen auf die 'sozialistische Umwandlung' zu beziehen 1), zu bemerken ist.

Allgemein war die Haltung A. Pš bei dem Wahlkampf 1977 milder als im Jahre 1974; diese Taktik hatte als Ziel, Zentrums- und Linkswähler zu gewinnen und den Stimmenanteil bei den Wahlen 1977 zu verdoppeln.

Die Taktik der PASOK gegenüber der EDIK, 2) von der sie einen großen Teil ihrer Wähler gewinnen wollte, war während des Wahlkampfes polemisch und feindlich.

A. P. hat bei der Proklamation des Wahlprogramms der PASOK am 25.9.1977 die EDIK als ideologisch verwandt mit der "Neue Demokratie" bezeichnet und erklärt, daß erstere allerdings von der N.D. nur in der Taktik unterscheide:

"Die EDIK akzeptiert im wesentlichen die Strategie der Abhängigkeit von den fremden politisch-militärischen Zentren, sowie das von K. Karamanlis aufgeworfene Schlagwort "Wir gehören zum Westen" und stellt sich gegen die Aussicht eines echten soziopolitischen Wandels". 3) Ferner hat A. P. davor gewarnt, daß die EDIK nach den Wahlen mit der 'N.D.' in einer "zentrumsrechten" Regierung mitarbeiten würde, - gleichzeitig erklärte er aber, daß diese 'Anschuldigungen' - einer evtl. Zusammenarbeit mit den Rechten - nur der EDIK-Führung gelten und "nicht dem demokratischen Volksanteil, der in ihren Reihen gefangen worden ist", 4)

So haben A. P. und die PASOK beim Wahlkampf außer den rechten Parteien ('Neue Demokratie' und die ultrarechte 'Nationale Front'), gegen die sie das Schlagwort 'damit die Rechte geht' benutzten, auch die EDIK scharf angegriffen und hauptsächlich den Wahlkampf gegen diese geführt.

Natürlich kritisierte A. P. auch die anderen linken Parteien bzw. Parteienbündnisse, wie z.B. die sogenannte "Allianz der Fünf", die er als ein "vorübergehendes Wahlbündnis" bezeichnete,

-
- 1) Benutzungshäufigkeit des Wortes 'Sozialismus':
Bei der Panh. Konferenz sechs Mal, in der Proklamation drei Mal (das Wort 'Wandel' elf Mal), bei der Rede in Rhodos zwei Mal ('Wandel' 14 Mal), in Volos, Larissa und Korfu kein Mal und schließlich in Athen ein Mal. S. G. Loulis, Die drei Phasen der Wahltaktik der PASOK, in 'Epikentra', Okt. 1977, S.11.
 - 2) EDIK = Union des demokratischen Zentrums.
 - 3) Proklamation des Wahlprogramms der PASOK, in der Zeitung 'Eleftherotypia', 26.9.1977.
 - 4) Interview A. Pš in der Zeitung 'To Vima', 8.10.1977.

welches nur "das Überleben weniger Funktionäre zu sichern strebt, die aber keine feste Beziehungen mit der breiten Volksbewegung aufgenommen haben". 1)

Die Kritik der PASOK an der "Allianz" war aber schwach und selten in Wahlreden und Interviews zu hören, da die PASOK dieser Partei wegen ihrer geringen politischen Bedeutung 2) wenig Aufmerksamkeit schenkte.

Die Wahltaktik der PASOK der KPG gegenüber war mehr eine klare ideologische und politische Differenzierung der ersten von der zweiten als eine Wahlpolemik.

Die PASOK wußte, daß sie keine Wähler von der KP gewinnen würde; diese KP-Wähler bleiben ihrer Partei treu, wie der konstante Prozentsatz - mit leicht ansteigender Tendenz - der Wahlergebnisse der KPG 1974, 1977 (und später auch 1981) zeigt.

Aus dem Grund attackierte die PASOK beim Wahlkampf die KP nicht besonders und konzentrierte ihre Angriffe besonders auf die N.D. und die EDIK.

Die wichtigste Bestrebung der PASOK während des Wahlkampfes bestand darin, den 'Wandel' als ein nur von ihr realisierbares Ziel darzustellen.

Dies ist ihr offenbar doch gelungen durch die schon angesprochene gemäßigte politische Haltung der PASOK und A. Pß und die Darstellung der politischen Gegenspieler als 'Hindernisse' für die Durchsetzung des Wandels durch sie.

Ein weiterer wichtiger Faktor des Erfolgs der PASOK war sicher das persönliche Engagement A. Pß beim Wahlkampf: Er hat in allen großen Städten Griechenlands Reden gehalten, was angesichts seiner rhetorischen Fähigkeiten und seiner charismatischen Persönlichkeit 3) eine enorm positive Rolle für die PASOK spielte.

So erhielt die PASOK bei den Wahlen 1977 25,3% der Stimmen und 92 Mandate 4), im Vergleich zu 13,6% der Stimmen und 12 Sitzen, die sie im Jahre 1974 gewonnen hatte; die PASOK hat also ihren Stimmenanteil fast verdoppeln und die Zahl

1) 'To Vima', 8.10.1977.

2) Bei den Wahlen 1977 bekam die 'Allianz' 2,7% der Stimmen.

3) S. im Kapitel IV C.

4) Die Kandidaten (192 Kandidaten in 41 Regionen) wurden von den Basisorganisationen vorgeschlagen. Diese Vorschläge wurden erst durch die regionalen Ausschüsse begutachtet. Die endgültige Auswahl wurde durch das E.B. durchgeführt und vom Z.K. bewilligt. S. in der Zeitung 'Eleftherotypia', 1.10.1977, S.6.

ihrer Mandate fast verachtfachen können. 1)

Damit ist die PASOK nach den Parlamentswahlen 1977 die stärkste Oppositionspartei geworden.

1) Art. 54 der Verfassung von 1974 bestimmt, daß das Wahlsystem durch ein Gesetz zu bestimmen sei. Es entscheidet also die jeweilige Mehrheit im Parlament darüber. So ist für Gr. charakteristisch, daß seit den Wahlen von 1926 (bis 1977) nie genau dasselbe Wahlsystem wie bei den vorangegangenen Wahlen angewendet worden ist. (Vgl. P. Bakoïannis, 1977, S.85ff).

1977 und 1981 galt folgendes Wahlsystem:

Das Land wird in 56 Wahlbezirke geteilt. Von den 300 Parlamentariern werden 288 direkt und zwölf über Listen der Parteien gewählt.

- Die 288 direkt zu wählenden Abgeordneten werden in drei Wahlrunden gestellt. Die Zahl der zu wählenden Abgeordneten bestimmt sich nach der Bevölkerungszahl des jeweiligen Wahlbezirks.

1. Runde: Nach der ersten Runde stellen nur die Parteien Abgeordnete, die eine bestimmte Mindeststimmenzahl erreicht haben. Diese Mindeststimmenzahl errechnet sich folgendermaßen: Die gültigen Stimmen jedes Bezirks werden durch die Zahl der Parlamentssitze, die dieser Bezirk stellen kann, plus eins dividiert. Z.B. hat der Bezirk Joaninna insgesamt 96.000 gültige Stimmen abgegeben und stellt fünf Abgeordnete. Die Mindeststimmenzahl ist also: $96.000 : 5 + 1$, $96.000 : 6 = 16.000$. So muß eine Partei für einen Parlamentssitz 16.000 Stimmen erhalten haben, für zwei Sitze 32.000 usw. So erhält nach obigem Beispiel

die PASOK mit angenommenen 45.000 Stimmen zwei Sitze ($16.000 \times 2 = 32.000$ übrig 13.000 Stimmen), die N.D. mit ang. 30.000 einen Sitz (übrig 14.000), die KPG mit ang. 15.000 keinen Sitz, verschiedene mit ang. 6.000 keinen Sitz.

In der ersten Runde wurden also drei Sitze vergeben. Der Wahlbezirk Joaninna stellt aber fünf Sitze im Parlament. Die restlichen zwei Sitze werden in der zweiten und dritten Runde vergeben. Damit die Parteien an der zweiten und dritten Wahlrunde teilnehmen dürfen, müssen sie einen Mindestprozentsatz der Stimmen im ganzen Land erreicht haben. Bei den Wahlen 1981 war dieses Minimum 17% aller abgegebenen gültigen Stimmen.

2. Runde: In der zweiten Runde werden die nicht vergebenen Sitze aller Wahlbezirke einer Region (Gr. hat 56 Bezirke in 10 Regionen) zusammengezählt. Die Parteien, die zur zweiten Runde zugelassen sind, addieren in der Region ihre Stimmen, die in den einzelnen Bezirken dieser Region nach der ersten Runde "übriggeblieben" sind. Die Stimmenzahl, die zur Besetzung eines Parlamentssitzes erforderlich ist, wird nun wie bei der ersten Runde errechnet; also die gesamte verblieben Stimmenanzahl durch die Anzahl der verbliebenen Sitze plus eins dividiert. Dies ergibt wiederum die Stimmenzahl, die eine Partei benötigt, um einen dieser Parlamentssitze zu erhalten.

3. Runde: Da auch nach der zweiten Runde auf Regionsebene dasselbe eintreten kann, wie auf Bezirksebene nach der ersten Runde - stimmen werden "übriggeblieben" - erfolgt eine dritte Runde. Die in der zweiten Runde zugelassenen Parteien nehmen an ihr teil. Das Verfahren entspricht dem der zweiten Runde; die Landesebene entspricht jedoch jetzt der Regionsebene aus der zweiten Runde.

Die zwölf durch Listenwahl zu stellenden Abgeordnete dürfen nur die Parteien stellen, die das gestellte Minimum von 17% erreicht haben und zwar entsprechend ihrem Stimmenanteil im ganzen Land.

B. Die zweite Phase: 21. November 1977 - 17. Oktober 1981.

3.7 Die politische Situation nach den Wahlen von 1977-
im Überblick: Die Parteienlandschaft

Die neuen Elemente der politischen Szene in Griechenland nach den Wahlen vom 20. November 1977 1) waren folgende:

- Die Spaltung der politischen Rechten im Jahre 1977 in die gemäßigte 'N.D.' und die rechtsextreme 'Nationale Front'. Dieser Bruch bedeutete für die politische Landschaft Griechenlands ein absolutes Novum da gemäßigt-konservative und rechtskonservative Gruppen bis zur Militärdiktatur stets gemeinsam organisiert waren.
- Der stetige Aufstieg der PASOK zur schließlich stärksten Oppositionsfraktion im Parlament.
- Der ebenso stetige Abstieg der E.D.I.K. (Union des Demokratischen Zentrums) in der politischen Szenerie.
- Die Dominanz der moskau-treuen KPG gegenüber der eurokommunistischen KP-Inland, in einer mithin zweigeteilten kommunistischen Bewegung.

a) Die Neue Demokratie

wurde von K. Karamanlis am 4. Oktober 1974 angesichts der ersten Wahlen nach der Diktatur, am 17.10.1974, gegründet. Sie ist der Nachfolger der alten "ERE"-Partei, d.h. der rechten konservativen Partei Griechenlands. 2)

Die N.D. hatte bei den Wahlen von 1977 12,5% ihrer bisherigen Wähler verloren, was eine schwere Niederlage darstellte.

Trotz dieser Verluste zeigte der verbliebene 42%ige Stimmenanteil, daß das Großbürgertum, dessen Repräsentant sie ist, es verstand trotz widersprüchlichen Interessen und politischen Gegensätzen, eine gemeinsame Strategie und Taktik durchzusetzen, was der N.D. auch weiterhin Stimmen aus den Unterschichten

1) S. die Resultate der Wahlen im Anhang.

2) Näheres S. u.a. R. Tourkovassili-Galanou, Die politischen Parteien nach 1967, Athen 1980, S.145-159, gr. sowie P. Bakojanis, Anatomie der griechischen Politik, Athen 1977, S. 93-144.

sicherte. 1)

Kristallisationspunkt der Einheit, des Zusammenhalts und der Orientierung der Politik der N.D. war hauptsächlich die Person von K. Karamanlis (bis 1980, wo er zum Präsidenten der Republik gewählt wurde).

Die N.D. hatte nach den Wahlen 1977 alleine die Regierung bilden können; sie blieb in der Behandlung der Probleme des Landes ihrem 'engen' Standpunkt treu, d.h. der von K. Karamanlis ausgegebenen Parole "Wir gehören zum Westen" und setzte ihre teilweise autoritäre Austeritätspolitik fort.

Die Trennung der extremen Rechten (Monarchisten und Juntaanhänger) von der N.D. und die Gründung der 'Nationalen Front' waren Ausdruck der Orientierung der letzteren am Ausland und ihres Festhaltens am Prinzip strenger Machtausübung; beides waren Kriterien, die in dieser Schärfe die N.D. von der N.F. trennten.

Diese Abspaltung war als Vehikel der N.F. für einen weiteren Rechtsruck der Politik der N.D. und als Anziehungspunkt für extreme Elemente gedacht. 2)

1) Dies wird bestätigt durch die Wahlergebnisse bei den Parlaments- bzw. Europawahlen 1981: In den ärmeren Präfekturen Griechenlands, wie z.B. Kilkis, Karditsa, Lakonia, Xanthi und Florina hat die N.D. höhere Stimmanteile erreicht, als die PASOK, wie folgende Tabelle zeigt:

<u>Präfekturen</u>	<u>PASOK</u>		<u>N.D.</u>	
	<u>Parlaments-</u> <u>wahlen</u>	<u>Europa</u> <u>wahlen</u>	<u>Parlaments-</u> <u>wahlen</u>	<u>Europa-</u> <u>wahlen</u>
	%	%	%	%
Kilkis	40,66	34,53	41,85	38,34
Karditsa	43,85	40,38	47,97	34,31
Lakonia	34,32	30,97	53,80	49,60
Xanthi	34,84	28,96	36,82	32,84
Florina	39,51	35,09	48,69	43,13

Quelle: Zeitung 'Eleftherotypia', 19. Juni 1984, S.20, 21.

2) Vgl. D. Androulakis, Die Parteien und die Strategien der Klassen, in Papasasantopoulos (Hrg), PASOK und Macht, Athen 1980, S.365, gr.

b) Die E.D.I.K.

die aus dem größten Teil der alten Z.U. stammt und im September 1974 gegründet wurde 1), mußte eine bittere Niederlage hinnehmen, die das Resultat ihrer widersprüchlichen Politik und ihrer weitgehenden Übereinstimmung mit der N.D. zu Themen wie NATO, US-Stützpunkte, war. 2)

Mit dem Wegfallen des Zwangs, zum Problem der Monarchie Stellung zu nehmen, hatte die EDIK keine eigene ideologische Position mehr, die sich vom "progressiven Flügel" der N.D. unterscheiden hätte. 3) Das Ausgrenzen der extremen Kräfte aus der parlamentarischen Rechten, die neue Strategie einer progressiven Öffnung und einer gewissen Modernisierung, die die N.D. annahm, bewirkte eine Annäherung des "gemäßigten Flügels" des Zentrums an die konservativen Liberalen.

Ferner hatte die EDIK durch ihre Parteiführung (unter dem Vorsitzenden G. Mavros), die sich als unfähig erwies 4), dem 'radikalen Zeitgeist' der Volksbewegung nach der Militärdiktatur zu folgen, definitiv die Möglichkeit verloren, eine solide politische Massenbasis zu schaffen. Vielmehr wollte die EDIK die Politik der alten Z.U. fortführen, ohne durch die siebenjährige Diktatur dazugelernt zu haben und ohne sich dem neuen radikalisierten politischen Klima entsprechend zu verhalten.

Auch ihre Bemühungen, sozialistische Parolen zu adoptieren und sich in eine moderne, nicht personifizierte sozialdemokratische Partei zu verwandeln, waren völlig unvereinbar mit den "altparteilichen" 5) Orientierungen deren Politiker 6).

So war schon 1977 klar, daß die EDIK und damit das Zentrum in der Zukunft zum Niedergang verurteilt war - was sich 1981 bestätigt hat.

1) S. P. Bakojanis, 1977, S.145-177.

2) Vgl. auch A.P., Griechenland den Griechen, Athen 1976, S.576.

3) Die alte ERE-Partei K. Karamanlis war für den König, die alte Zentrumsunion aber dagegen. S. u.a. A.P., 1976, S.587.

4) P. Bakojanis, 1977, S.169.

5) Dabei geht es um folgendes: Zwischen den einzelnen Abgeordneten und dessen Wählern besteht ein enges Verhältnis. Der Wähler verspricht seine Stimme, der Abgeordnete hilft dafür seinem Wähler bei den staatlichen Behörden...S.Z., 22.10.1982, S.4. Diese Praxis wird in Griechenland als 'altparteilich' charakterisiert.

6) P. Bakojanis, 1977, S.146.

c) Die Allianz der Fünf (Vereinigte Linke)

bestand aus einer gelegentlichen, vorübergehenden Zusammenarbeit verschiedener, recht unterschiedlicher Träger; es war ein Wahlbündnis ohne gemeinsame politische Ideen und Konzepte.

Die fünf Partner der Allianz waren: Die "Sozialistische Initiative" unter G. A. Magakis (eine ganz auf ihren Gründer orientierte Gruppierung), der "Sozialistische Marsch" unter N. Konstantopoulos 1), die "Christliche Demokratie" (ohne politische Bedeutung), die "EDA", der die nicht kommunistische Linke angehört 2) sowie die "KP-Inland", das Ergebnis der inneren Gegensätze der KPG, die 1968 zur Spaltung in KPG (moskautreue) und KP-Inland (Eurokommunisten) führten.

Die "KP-Inland", 3) bedeutendste Kraft innerhalb der Allianz, hatte es nicht geschafft, die Massen von sich zu überzeugen.

Sie hatte ihre Mentalität und ihre Politik nicht geändert, sie blieb der Benennung "kommunistische Partei" treu, - was insofern ein fataler Fehler war, als sie damit für die schwerwiegenden kommunistischen Fehler während des Bürgerkriegs zur Verantwortung gezogen wurde. 4)

Ferner hatte sie sich nicht organisatorisch erneuert, weil ihre Trennung von der KPG ohne die Unterstützung der Parteibasis stattfand, wie es bei den eurokommunistischen Parteien Italiens, Frankreichs und Spaniens der Fall war.

Auch personell fand in ihr keine Erneuerung statt. So war der KP-Inland, trotz ihrer Einwilligung in die Kooperation mit den bürgerlichen Parteien und ihrem Ja zur EG nicht gelungen, breite Wählerschichten zu gewinnen.

Nach der verheerenden Wahlniederlage der Allianz (2,7% der Stimmen), fiel es jedem einzelnen der fünf Mitglieder sehr schwer, die totale Krise, in die sie organisatorisch und politisch verfielen, zu meistern und zu überwinden. 5)

1) Diese beiden Gruppierungen stammen ursprünglich aus der PASOK, aus der sie 1975 ausgeschieden waren oder ausgeschlossen wurden, als Folge der ersten inneren Auseinandersetzung der PASOK mit der "Demokratischen Verteidigung", S. S.48.

2) P. Bakojannis, 1977, S.218-219.

3) Ebenda, S.207-218.

4) S. S.13.

5) Die "Allianz" machte die PASOK für ihre Niederlage verantwortlich und betrachtete diese als Folge der "demagogischen und heftigen Wahlparolen" der PASOK. S. 'Bekanntmachung des politischen Ausschusses der Allianz' in der Zeitung der KP-Inland "Avgi" vom 21.11.1977 und 24.11.1977.

d) Die 'orthodoxe' KPG

orientiert sich in jeder Beziehung völlig an der KPdSU. Sowohl in ihrer Mentalität als auch in ihrer Struktur bleibt sie starr, inflexibel und vertritt einen Sozialismus nach dem Modell des Ostblocks.

Die KPG präsentiert sich als einen wesentlichen Faktor des Entstehens und Ausdrucks politischer Kämpfe sowie als "die Vorhut der Arbeiterklasse". 1)

Sie verfügt zwar tatsächlich über die Fähigkeit, die Massen zu mobilisieren - wenn auch zu Zwecken, die letztlich in Griechenland nicht unumstritten sind, so etwa ein Sozialismus sowjetischer Prägung.

Der relativ hohe Stimmenanteil (9,36%) der KPG überrascht aber nicht, weil die prosowjetische Partei über Geldmittel und über eine autoritäre und disziplinierte Organisation verfügt und es damit geschafft hatte, jene Kommunisten, die Tendenzen zum Eurokommunismus zeigten oder sogar der eurokommunistischen KP-Inland beigetreten waren, zurückzugewinnen.

e) Die PASOK 2)

ist 1974 als die Partei des linken Radikalismus aufgetreten, der als Konsequenz der siebenjährigen Diktatur entstanden ist.

A. P. hatte diesen Radikalismus sehr geschickt benutzt, um die PASOK im linken Lager zu stärken ebenso die Abspaltung der KPG mit der darauffolgenden, erst jetzt stärker ans Tageslicht gekommenen Krise 3) der zwei entstandenen KP-Teile und die Unfähigkeit der Linken, diesen Radikalismus zu formulieren. 4)

Gleichzeitig hatte A.P. sowohl von den nichterfüllten Hoffnungen, die die 'Neue Demokratie' hinterlassen hatte, profitiert - Hoffnungen bezüglich nötiger sozialer Reformen - als auch vom Zusammenschlupfen des Zentrums an seinem linken Flügel.

A. P. hatte also die politische Szene sehr gut eingeschätzt und die PASOK drei Jahre nach ihrer Gründung zur stärksten oppositionellen Kraft gemacht.

1) P. Bakojanis, 1977, S.212; Vgl. auch A.P., Griechenland den Griechen, 1976, S.588, gr.

2) Bakojanis, 1977, S. 178-207.

3) Der Streit zwischen den beiden KP's offenbart sich jetzt offener, weil die KP bis 1974 verboten gewesen war.

4) Wie die Wahlen 1974 und 1977 es zeigten. S. im Anhang.

A.P. selbst beurteilte die Bedeutung des Wahlergebnisses so:

"Leitmotiv unseres politischen Handelns nach den Wahlen ist der vom Volk verlangte Wandel - eine Forderung, die unterstrichen wird durch die Verdoppelung unseres Stimmenanteils und die Verfünfachung unserer Mandate". 1)

Das Wahlergebnis zeigte tatsächlich, daß die Zielsetzung und Strategie der PASOK große Teile der Bevölkerung 2) davon überzeugt hatte, daß sie den "sozialistischen Wandel" vollziehen könne 3): ein Wandel, der nicht für die ferne Zukunft geplant war, sondern eine bestimmte Gestalt annahm, die "jetzt und heute" realisiert werden könnte.

So konnte sich zum ersten Mal eine breite sozialistische Bewegung in Griechenland entfalten - die sich aufgrund ihres Programms und ihrer politischen Praxis von dem Vorbild der sozialistischen Parteien anderer Länder Europas deutlich unterschied - und zur stärksten Oppositionsfraktion im Parlament wurde.

Diese Tatsache, wie auch die soliden Hoffnungen der PASOK, die nächsten Parlamentswahlen (1981) zu gewinnen und die Regierung zu bilden, hatten die anderen Parteien dazu veranlaßt, von "Polarisierung im politischen Leben des Landes" und von "Gefahr für den gesellschaftlichen Status quo" zu sprechen. 4)

Die wesentlichste Änderung im politischen Leben Griechenlands nach den Wahlen 1977 scheint aber der Zusammenbruch des Mythos von der Allmacht der Rechten zu sein, welche über Jahrzehnte hinweg die Regierungen in Griechenland gebildet hatte (mit Ausnahme 1964-1965, als die Zentrumsunion G. Papandreou für kurze Zeit die Regierung bildete), ohne jemals von einer linken Partei ernsthaft bedroht zu werden.

1) G. Matzouranis, PASOK, Polarisierung und die Gefahren für den sozialen Status quo, in "Anti", 11.3.1978, S.16.

2) Der PASOK gelang es in diesen Jahren die Bauernschaft, Unter- und Mittelschichten und vor allem die Jugend an sich zu ziehen.

3) Vgl. P. Bakojannis, 1977, S.178-205.

4) Die N.D. in der Zeitung 'Ta Nea', 1.2.1978, in "Mitteilungen in Boutou im Parlament"; die EDIK in der Zeitung 'To Vima', 21.11.1977 in "Mitteilung Mavrou" und die KP-Inland in der Zeitung 'Avgi', 21.11.1977 und 24.11.1977.

3.8 Die politische Entwicklung der PASOK von den Wahlen 1977 bis zu den Wahlen 1981.

Nach den Wahlen 1977 war die Politik der PASOK, der stärksten oppositionellen Kraft im griechischen Parlament, eine "Politik der Enthüllung echter oder angeblicher Fehlleistungen der Regierung K. Karamanlis, aber gleichzeitig auch eine Politik der positiven und konstruktiven Vorschläge zu praktisch allen Bereichen des öffentlichen Lebens und der Mobilisierung der PASOK zu einer Massenbewegung.

In dieser Phase hatte - und dies ist das eigentliche Neue - die Organisation selbst und nicht allein ihr Vorsitzender, also Zentralkomitee, Exekutivbüro, Parlamentarier, Ortsvereine, berufliche Organisationen und generell alle Organe der Bewegung eine Hauptrolle gespielt.

Wesentliches Ziel der PASOK war die quantitative und qualitative Aktivierung der Vereine, Gewerkschaften, Verbände usw. und die ideologisch-politische Mobilisierung aller Basisorganisationen. Zu diesem Ziel gelangte die PASOK aus der Überzeugung heraus, daß eben die Massenorganisationen den dauerhaften und offenen Kontakt mit dem Volk herstellen, seine Information und Aufklärung über die Probleme des Landes gewährleisten und die Entwicklung des kulturellen und sozialen Bewußtseins des ganzen Volkes vorantreiben. Wegen der Monopolisierung der Massenmedien seitens der N.D.-Regierung 1) hatte die PASOK, um diese Ziele zu erreichen, im Parlament einen strategischen, taktischen Kampf geführt und sich außerparlamentarisch verstärkt darum bemüht, die Gründe der Krise, die Autorität und die politische Ineffizienz der Rechten, das hemmungslose laissez-faire des Kapitals und die daraus folgende katastrophale Lage der Umwelt dem Volk klar zu machen und ihm gleichzeitig ihre alternativen Lösungen vorzulegen.

Dazu hatte sie Erfahrungen aus der Vergangenheit herangezogen, indem sie die Arbeitnehmer an Politik und Methoden der Rechten erinnerte und dagegen die PASOK-Politik stellte.

Für die Formulierung und die Lösung der anfallenden Probleme, unter dem Blickwinkel eines realistischermöglichen nahen Wahlsiegs, waren einige Beschlüsse des ZK der PASOK von großer Bedeutung:

1) S. S.280.

a) Bei der 2. Konferenz des Z.Kß der PASOK am 25. und 26. Februar 1978 war zum ersten Mal die Linie der "nationalen Volkseinheit" erarbeitet worden.

Diese wurde folgendermaßen bestimmt: 1)

"a) National: Bestimmt durch den antiimperialistischen, nationalen Kampf für die Erlangung der nationalen Unabhängigkeit und die Erhaltung der nationalen Integrität und der Souveränitätsrechte Grß. (Thesen über NATO, US-Stützpunkte, EG, Zypern, Ägäis, Nationale Verteidigung).

b) Politisch: Gekennzeichnet durch den Kampf für Demokratisierung des Staatsapparates und des öffentlichen Lebens, für die demokratischen Umwandlungen der Institutionen (Vorschläge der PASOK für die Justiz, das Militär, Polizei, Gewerkschaften, Massenmedien, Bildung, Selbstverwaltung usw.)

c) Klassenbezogen: Umgesetzt im Kampf gegen das aus- und inländische Kapital und in der Ablehnung der Austeritätspolitik (Karamanlis) und der Senkung der Arbeitnehmerinkommen (Thesen der PASOK über die aus- und inländischen Monopole, die finanziellen Leistungen und Ansprüche für die Arbeitnehmer, Bauern, Rentner usw.)

d) Kulturell und ideologisch: Bestimmt durch den Kampf für ein Stärken der heimischen Kultur, des Brauchtums, für kritische Stellungnahmen zu allen philosophischen und politisch-historischen Strömungen, für die massive Durchsetzung der sozialistischen Ideen usw."

Als Mittel für die Erreichung dieser Einheit war eine "Offene demokratische politische Aktivität" ²⁾ festgesetzt, die auf allen Ebenen - Parlament, lokale Selbstverwaltung, Gewerkschaften, Jugendverbände, genossenschaftliche Organisationen - ausgebreitet und entfaltet werden sollte.

1) '2. Konferenz des Z.Kß der PASOK', S.124-126, gr.

2) Ebenda, S.55.

Nach Einschätzung der PASOK wandte sich die von ihr vorgeschlagene 'nationale Einheit' an die großen Massen des griechischen Volkes und rief sie auf, "ihre traditionsgebundenen Parteibildungen aufzugeben und zusammenzukommen, um die nationale Befreiung, die Unabhängigkeit, die Volkssouveränität, die Demokratie und den sozialistischen Wandel zu vollziehen". 1)

b) Ein weiterer besonders wichtiger Schritt für die Entwicklung und Gestaltung der Bewegung war die 5. Konferenz des Z.Kš der PASOK, im März 1979.

Hier wurde über die Notwendigkeit des Ausweitens der Bewegung und über die Dringlichkeit beschlossen, daß innerer Rhythmus, Aufbau, Struktur und Funktion der Organisation mit dem von außen gegebenen Rhythmus der sozio-politischen Entwicklung abzustimmen sei:

"Ziel der PASOK ist nicht nur ihr quantitativer, sondern auch ihr qualitativer Aufstieg. Damit meinen wir, die Fähigkeit und Wirksamkeit der Anleitung und des Mitwirkens der PASOK in allen Bereichen der Arbeit, des Lebens und der sozialen Aktivität des Volkes. Die Entwicklung von Basisorganisationen in der Stadt und auf dem Land muß entscheidend verstärkt werden, weil nur eine starke breite Volksbewegung den Weg zum Wandel gewährleisten kann". 2)

Außerdem war auf Empfehlung des Z.K. ein aus acht Mitgliedern bestehender Rat entstanden, der unter Vorsitz A. Papandreous die parlamentarische Arbeit koordinieren und kontrollieren sollte. 3)

1) '2. Konferenz des ZKš der PASOK', S.125, gr.

2) '5. Konferenz des ZKš der PASOK', S.31.

3) S. S.145 über den D.S.D.P.

c) Der wachsenden Bedeutung Rechnung tragend, hatte das Z.K. auf der 6. Konferenz (1980) eine größere Öffnung der Basisorganisationen zum Zweck der Anwerbung neuer Mitglieder gefordert.

Dabei stellte das Z.K. eine "demokratische Herausforderung" der PASOK durch das Volk fest 1), d.h. sie fühlte sich vom Volk zur Machtübernahme aufgefordert und wollte ihre Organisation diesen Ansprüchen anpassen.

Neben diesem Hauptthema stand auf dieser Konferenz auch das Thema einer Neubesetzung des Präsidentenamtes der griechischen Republik an; von Anfang an war die PASOK dagegen, daß der Vorsitzende der "Neuen Demokratie", K. Karamanlis, zum Präsidenten der Republik gewählt werde.

Der politische Grund war, daß die Verfassung von 1975 (gegen die die PASOK gestimmt hatte), dem Präsidenten wichtige Befugnisse einräumt (Art.35, § 2), von denen der bis 1980 amtierende Präsident Konstantin Tsatsos nicht Gebrauch gemacht hatte, so insbesondere das Veto-Recht bei der Gesetzgebung:

Im Falle eines Konfliktes zwischen einer Parlamentsmehrheit und dem Präsidenten ist dieser nahezu unmöglich, sich gegen das Veto des Präsidenten durchzusetzen, wozu sie die Zustimmung von 2/3 der Abgeordneten zu dem umstrittenen Gesetzesentwurf benötigt. Deswegen war die PASOK gegen einen rechten Präsidenten und wählte dementsprechend.

Interessant ist dabei zu erwähnen, daß es K. Karamanlis 1980 erst im dritten Wahlgang gelungen ist, die im Parlament 180 nötigen Stimmen zu erhalten. 2)

1) '6. Konferenz des ZKs der PASOK', S.51.

2) Von den 180 Stimmen, die K. Karamanlis erhalten hatte, stammten 172 Stimmen von der N.D., zwei von der ultrarechten N.F. und sechs von den Unabhängigen.

Bei dem ersten und zweiten Wahldurchgang, wo er 200 Abgeordnetenstimmen brauchte, hatte er es nicht geschafft. 1)

Nach der Wahl K. Karamanlis zum Präsidenten der Republik haben wir eine neue politische Szene in der N.D.:

K. Karamanlis schied nach seiner Wahl als Parteivorsitzender der N.D. aus, K. Rallis wurde Premierminister und neuer Parteivorsitzender, E. Averof erhielt das Verteidigungsministerium.

So ließen sich gegenläufige innere Tendenzen in der Partei der N.D. feststellen: Die Gruppe Rallis zeigte eine Tendenz zum Zentrum mit gemäßigter Linie und die Gruppe Averof neigte zu den Rechtsradikalen und vertrat eine "harte" Linie.

So versuchte die N.D. durch ihre Öffnung zum Zentrum und zu den Ultrarechten breitere Wählerschichten an sich zu ziehen, nämlich, Zentrumsorientierte von der PASOK und Rechtsradikale von der Nationalen Front zu gewinnen.

Ob die N.D. dies erreicht hatte, werden die Wahlen 1981 zeigen. Man kann aber bemerken, daß die Wahl K. Karamanlis zum Präsidenten der Republik letztlich ein positives Ergebnis für den späteren Wahlsieg der PASOK zeigte, weil die N.D. ihren fähigen charismatischen Führer verlor, eine Lücke, die der neue Parteivorsitzende G. Rallis nicht füllen konnte und als Gegner A. Papandreu keine Chancen hatte.

1) Die Wahl des Präsidenten der Republik erfolgt gemäß Art. 32§1 der Verfassung von 1975 durch das Parlament in geheimer Abstimmung in einer Sondersitzung, die vom Parlamentspräsidenten mindestens einen Monat vor Beendigung der Amtsdauer des im Amt befindlichen Präsidenten der Republik nach Maßgabe der Geschäftsordnung einberufen wird.

§3. Zum Präsidenten der Republik wird gewählt, wer die Mehrheit von zwei Dritteln der Gesamtzahl der Abgeordneten auf sich vereinigt. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, wird die Abstimmung nach fünf Tagen wiederholt. Wird auch in der zweiten Abstimmung die erforderliche Mehrheit nicht erreicht, wird die Abstimmung noch einmal nach fünf Tagen wiederholt; als Präsident der Republik ist gewählt, wer die Mehrheit von drei Fünfteln der Gesamtzahl der Abgeordneten auf sich vereinigt.

§4. Wird auch bei der dritten Abstimmung die erwähnte qualitative Mehrheit nicht erreicht, wird das Parlament binnen zehn Tagen aufgelöst und eine neue Parlamentswahl ausgeschrieben.... Das aus den Neuwahlen hervorgegangene Parlament wählt sofort nach seinem ersten Zusammentritt in geheimer Abstimmung und mit einer Mehrheit von drei Fünfteln der Gesamtzahl der Abgeordneten den Präsidenten der Republik.

d) Die letzte hier zu erwähnende Sitzung des ZKs ist die 8. Konferenz. Dabei wurde die Bedeutung der kommenden Wahlen betont, wie auch das Ziel der PASOK, die Rechten aus der Macht zu vertreiben 1) und einen radikalen Wandel herbeizuführen, nochmals bekräftigt. Ferner wurde die Wahltaktik und Strategie für die kommenden Wahlen diskutiert und beschlossen, nämlich daß die PASOK allein, d.h. ohne Absprachen mit anderen Parteien, an den Wahlen teilnehmen solle, damit sie die Alleinregierung bilden und ihr Programm ohne Verwässerungen durch eventuelle Koalitionspartner verwirklichen könne.²⁾

Die unentbehrliche und bestimmende Rolle der Organisation sowohl vor als auch nach den Wahlen von 1981 wurde dabei betont.

Für den erwartenden Wahlsieg war diese Organisationsfrage von zentraler Bedeutung, weil sie den Informations-, Propaganda-, Mobilisierungs- und Argumentationshebel ³⁾ für die Partei bedeutete.

Für die Wahlen wurde eine eigene Organisationsstruktur beschlossen. Diese sah vor: 4)

a) Wahlkampfausschüsse, die aus Mitgliedern der Präfekturausschüsse und anderen Funktionären und Freunden der PASOK bestanden und in jeder Region gebildet wurden.

Sie waren zuständig für die ganze Vorbereitung und Durchführung des Wahlkampfes, wie z.B. für das Wahlprogramm, Reden bzw. Interviews des Vorsitzenden, parlamentarische Aktivität, lokale Probleme sowie für das Propagandamaterial, wie Plakate, Flugblätter, Videokassetten und Parolen. 5)

b) regionale Ausschüsse, die die politische Verantwortung für die Wahlkampfführung hatten und sich für die bestmögliche Funktion der Organisation engagieren sollten.

c) "nationallokale" Ausschüsse, die die Aktivierung der aus der Provinz stammenden, aber in der Stadt lebenden Bevölkerungsteile vorantreiben sollten, sowie der Ausschuß für Auslands griechen, der diese Teilnahme an der Wahl animieren sollte. 6)

1) '8. Konferenz des Z.Ks der PASOK', S.9,24.

2) Ebenda, S.26.

3) Ebenda, S.38.

4) Ebenda, S.40.

5) Näheres S. S.84.

6) Nach griechischem Recht darf nur im Inland gewählt werden, die Möglichkeit zur Briefwahl oder zur Stimmabgabe in einer griechischen Auslandsvertretung besteht nicht. Abgewichen wurde von dieser Regelung erstmals bei den EG-Wahlen von 1984, wo Griechen in ihren Botschaften und Konsulaten abstimmen konnten.

In der Periode von 1977 bis 1981 geschah auch das letzte Eingreifen der Parteispitze in das demokratische Parteileben.

Vier Wochen nach der Panhellenischen Konferenz und - wie zu vermuten ist, aus taktischen Gründen - nur knappe zwei Wochen nach den Parlamentswahlen am 20. November 1977 wurden die Präfekturausschüsse fast des ganzen Nordgriechenlands - mit Ausnahme Salonikis - angeblich wegen "altparteilichen" Elementen und Ansichten 1) vom Zentralkomitee abgesetzt und neue ernannt (im Gegensatz zu Art. 37 der Satzung, der ausdrücklich deren Wahl vorsieht).

Im Juni 1978 wurden schließlich neue Präfekturausschüsse gewählt. In den darauffolgenden Jahren bis 1981 trübte kein anderer großer innerparteilicher Konflikt den politischen Horizont der PASOK, abgesehen von den Vorkommnissen in Saloniki 1980.

Bei diesem Konflikt ging es darum, daß im August 1980 drei sehr aktive und "unruhige" Mitglieder der Organisation in Saloniki aus der Partei ausgeschlossen wurden.

Diese waren L. Tziolas, ZK-Mitglied und Gemeinderat in Saloniki, der sich schon vorher gegen den Parteiapparat und die durch die Führung vorgenommenen Interventionen im Präfekturausschuß von Saloniki ausgesprochen hatte, Ch. Milios und G. Grolios ²⁾, die beschuldigt wurden, das für den 9. und 10. September geplante PASOK-Jugendfestival stören zu wollen.

Alle drei Ausgeschlossenen waren auch Mitglieder des Organisationsausschusses des Festivals.

Nach der Bekanntgabe der Ausschlüsse kam es zu Auseinandersetzungen zwischen den Befürwortern und den Gegnern dieser Entscheidung in den Präfekturausschüssen.

Die Ausgeschlossenen hatten trotz allem beschlossen, bei dem Festival mitzumachen; dieses hatte schließlich einen großen Erfolg bezwungen, was die Parteiführung als einen Erfolg der Ausgeschlossenen schätzte und sie zu einer eingreifenden Säuberung in den Basisorganisationen veranlaßte: Es wurden anfänglich 44 Mitglieder am 11. September, 17 am 1. Oktober und weitere 35 am 3. Dezember 1980 aus der Partei ausgeschlossen.

1) S. S.70.

2) R. Eleftheriou, in der Zeitschrift 'Anti', 30.9.1983, S.28.

3.9 Einige Elemente des Wahlkampfes für die Parlamentswahlen vom 17. Oktober 1981.

a) Das Wahlprogramm

Die PASOK hat während ihrer Oppositionsaktivität, stärker noch während des Wahlkampfes, dauernde Propagierung der Thesen der Bewegung betrieben, nämlich über die Gegensätze zwischen Zentrum-Peripherie, Privilegierten und Nicht-Privilegierten, über Imperialismus, USA, NATO und EG sowie über die Monopole und die inländischen Oberschichten.

Die zweitrangigen Gegensätze zwischen den verschiedenen Klassen und Schichten innerhalb des gemeinsamen sozialen Raumes der "Nicht-Privilegierten" bewertet die PASOK als den Bestimmungsfaktor für die Art und Möglichkeit der Machtausübung - denn man wird diese Gegensätze lokalisieren, analysieren und umformen müssen - für die ein umfassendes Regierungsprogramm mit klaren Prioritäten notwendig ist.

Über die Massenorganisation, als Instrument der Machtübernahme - hat die PASOK nicht nur in verschiedenen ZK-Konferenzen diskutiert, sondern auch alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel in Gang gesetzt, damit diese entsteht, sich vergrößert und effizient werden kann; dieses Ziel ist verwirklicht worden: die PASOK hat in den Jahren 1977 - 1981 die Zahl der Ortsvereine verdoppeln und die Mitgliedschaft vervielfachen können und schließlich bei den Wahlen 1981 48% der Stimmen erhalten.

Mit der Gestaltung und Herausgabe des Wahlprogrammes hat die PASOK ausführlich die inneren Probleme des Landes analysiert und ihre Thesen und Vorstellungen für den Wandel dargestellt.

Das Programm wurde bearbeitet von 25 verschiedenen Kommissionen, an denen Wissenschaftler, Gewerkschaftsfunktionäre, Abgeordnete, Hochschulprofessoren und Staatsbedienstete u.a. mitwirkten. 1) In zweijähriger Arbeit formulierten diese hochqualifizierten Kommissionen schließlich das Parteiprogramm, koordiniert durch den eigens dazu gebildeten 'Vorbereitungsausschuß', den 'Ausschuß für Analyse und Programmatik' und das Exekutivbüro in enger Zusammenarbeit mit A. Papandreou.

Im Juni 1981 (am 21., 22.) billigte schließlich die 8. Konferenz des ZKs den Programmentwurf einstimmig.

Wertvoll war dabei das Beispiel, das die PASOK in der Regierung Fr. Mitterands in Frankreich fand.

Wie die PASOK angibt, bestand eine spezielle Arbeitsgruppe, die jede Woche die Maßnahmen der sozialistischen französischen Regierung dem Parteivorsitzenden und dem E.B. analysierte. 2)

A. P. äußerte sich dabei so über das Wahlprogramm:

"Ich glaube, daß keine andere griechische Partei so intensive Programmarbeit geleistet und so viele Menschen beteiligt hat, wie wir; ich glaube, daß nie im griechischen Raum ein so durchdachtes Wahlprogramm erschienen ist". 1)

Weiter betonte er, daß das Wahlprogramm einen "Rahmen bildet, den auszufüllen die aktive Mitarbeit und die breite Zustimmung des Volkes erfordert, ohne die, keine Maßnahmen getroffen werden". 3)

Schließlich unterstrich A. P., daß das Programm "kein fertiges Rezept darstellt, welches auf einen Schlag alle heutigen Probleme lösen werde" 4), sondern ein "Konzept, das die Unterstützung aller Volksschichten, der Arbeitnehmer, der gewerkschaftlichen Organisationen und der lokalen Selbstverwaltung braucht, um ein Unterminieren seiner Absichten durch die in- und ausländische wirtschaftliche Oberschicht widerstehen zu können". 4)

1) '8. Konferenz des ZKs der PASOK', S.6.

2) Ebenda, S.7.

3) Ebenda, S.8.

4) Ebenda, S.35.

In der Meldung, die A. P. zum Anlaß der Bekanntgebung dieses Programms veröffentlichte, betonte er erneut, daß die Proklamation "einen 'Machtantrag' an das Volk darstelle, damit es selbst den Wandel mit der PASOK an der Regierung realisieren könne". 1)

Zu seiner Verbreitung wurde das Wahlprogramm in Teilen in der PASOK-Zeitung "Exormisi" und vollständig in einem Büchlein abgedruckt.

Aufbau des Programms

Es gab zwei Hauptthesen, die das Wahlprogramm - von der PASOK siegessicher "Regierungsprogramm" genannt - bestimmte:

Erstens, wurde die Notwendigkeit betont, daß eine demokratische Regierung schnell diejenigen Änderungen durchzuführen habe, die das Land in eine neue Richtung, vereint mit den Interessen des arbeitenden Volkes und der ganzen Nation führen werde (die sogenannten kurz- und mittelfristigen Ziele die "die Worte zur bestimmten nationalen, politischen, ökonomischen und sozialen Praxis" werden lassen).

Zweitens, wurde die Dringlichkeit einer Teilnahme der Massen an allen wichtigen Beschlüssen unterstrichen, damit sich der Weg zum Sozialismus öffne.

Im ersten Teil des Wahlprogramms wurden Grundsätze, Wege, und Selbstverständnis der Bewegung bestimmt, weiterhin wurden der Wandel beschworen, die ihn stützenden Kräfte aufgezeigt und die strategische Auswahl der Maßnahmen für die sozialistische Umwandlung der Gesellschaft festgelegt, nämlich das angestrebte Vorbild, eine autodynamische, selbständige, wirtschaftliche und soziale Entwicklung mitsamt der zugehörigen Entwicklungsstrategie.

1) 'Exormisi', 4.7.1981, S.1.

2) '8. Konferenz des ZKs der PASOK', S.34.

Schließlich wurde der Rhythmus des Wandels und der Vorrang, der den verschiedenen Bereichen, den Gesetzes- und Strukturänderungen eingeräumt werde, analysiert.

Im zweiten Teil wurden die Eckdaten des Regierungsprogrammes mit den Zielen und den Hauptmaßnahmen für die großen Probleme des nationalen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens des Landes erklärt.

b) Organisatorische Vorbereitung

Die sehr intensive organisatorische Vorbereitung der PASOK auf die Wahlen bedeutete ein Novum in der griechischen politischen Praxis, da es früher üblich war, daß große Summen in Personen investiert wurden, nicht aber in organisatorische Arbeit.

Diese Tradition brach die PASOK, indem sich nach Beschluß der 6. Konferenz des ZKs vier Wahlkampfausschüsse bildete, nämlich: den Ausschuß für die Finanzierung, den Ausschuß für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit, den rechtstechnischen Ausschuß und jenen für die Mobilisierung und technische Unterstützung.

Das Ziel des Ausschusses für die Finanzierung bestand naheliegenderweise darin, die finanzielle Unterstützung der Parteiorganisationen, der Freunde und Sympathisanten beim Wahlkampf zu erreichen.

Die Aufgaben des Ausschusses für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit waren unter anderem: Beobachtung der täglichen in- und ausländischen Presse, Antwortgeben an andere Parteien, Auswahl des Druckmaterials je nach Region und Arbeitsplatz, Vorbereitung von Reisen, Reden usw. für Parteifunktionäre, Information der Partei, Nutzenanwendung der internationalen Beziehungen, usw.

Der rechtstechnische Ausschuß befaßte sich u.a. mit Wählerkarten, Wählerlisten, Überprüfungen von Kandidaturen, Kontrolle und Drucken von Stimmzetteln, Besorgen von Genehmigung für Kundgebungen, Diskussionen, Wandzeitungen, Sammeln von Wahlergebnissen. Schließlich erstreckten sich die Aufgaben des Ausschusses für die Mobilisierung und technische Unterstützung in zwei Bereiche:

Erstens, in das Programmieren des Reiseplanes des Vorsitzenden, in der Planung der zentralen und lokalen Versammlungen, in der Organisation von Unterstützungskundgebungen (Berufskulturelle Kundgebungen usw.), in der Aktivierung der Vereine, der Jugend usw.; zweitens, in den Umgestaltungsarbeiten der Büros der Ortsvereine und Präfekturausschüsse in Wahlzentren, Dekoration und Gestaltung der Büros, Installationen, Materialtransporte usw.

Alle vier genannten Wahlkampfausschüsse wurden vom Exekutivbüro geleitet.

c) Finanzielle Kampagne

Sehr wichtig für die erfolgreiche Durchführung des schon im Mai 1981 begonnenen Wahlkampfes war die finanzielle Selbständigkeit der PASOK.

Die PASOK habe aus prinzipiellen Gründen keine Finanzierung, finanzielle Verbindung, Kontakte und Abhängigkeiten von in- oder ausländischen kapitalistischen oder politischen Kreisen gehabt.

Aus dem Grund startete sie eine Kampagne zur Beschaffung von zur Wahldurchführung benötigten Finanzmittel; sie versuchte die Summe von 150-200 Millionen Drachmen (ca. 5 Mio. DM) durch die Beiträge ihrer Mitglieder, Anhänger und Freunde zu erhalten, was sie angeblich auch knapp erreichte.

d) Die Wahlstrategie

Man kann während des Wahlkampfes eine mildere und versöhnlichere Komponente in den Reden A. Papandreous bemerken: Zur NATO nahm er nur noch in Verbindung mit der Türkei kritische Stellung, auch benutzte er in dem Zusammenhang nicht mehr das Wort "Austritt", wie früher. In Bezug auf die EG sagte er, daß er "besondere Beziehungen" bezwecken wird und während des Wahlkampfes hörte man nichts mehr vom "Referendum" über den EG-Beitritt.

Auch in der Innenpolitik wurde er vager; so nannte er z.B. keinen konkreten Zeitplan mehr für die Durchführung der inneren Reformen.

e) Die Rolle der Presse

Sehr positiv hatte sich beim Wahlkampf die Presse über die PASOK geäußert.

Die "Eleftherotypia" ¹⁾, "To Vima" und "Ta Nea" ²⁾, neben der der rechten verpflichteten "Akropolis", die größten Tageszeitungen Griechenlands, hatten großzügig über A. Papandreou und das Programm der PASOK berichtet, weitgehender wohl, als es die bloße journalistische Objektivität erfordert hätte - und der PASOK damit große Hilfestellung geleistet haben.

Die 'Eleftherotypia' vom 23. Juni 1981 brachte ein Interview mit A. P., indem er die Maßnahmen, die er als zukünftiger Regierungschef ergreifen würde, erläuterte.

Diesem Interview folgte in der nächsten Auflage der Aufmacher: "Ja zu den Thesen von Andreas, antworten Repräsentanten von Organisationen aller sozialen Schichten".

Nachdem auf Kreta, in Chania, sich während der Rede A. P. 180.000 Menschen versammelt hatten, erschienen in der gleichen Zeitung am 5. Oktober, wieder auf der ersten Seite, die Titel: "Heiterer Himmel, Kreta donnerte für den Wandel", "Es haben nie bisher solche Versammlungen stattgefunden".

Am 11. Oktober 1981 druckte "Eleftherotypia" die Schlagzeile: "Einmaliger Empfang Andreas mit Palmwedeln in den Straßen Salonikis".

Manche Titel auf der ersten Seite der Zeitung "Ta Nea" zeigte die positive, engagierte Stellung auch dieser Zeitung der PASOK gegenüber.

So erschienen die Aufmacher: "In Patras - ein Volksmeer für A. P." 1), oder "Das Volk hat jetzt die Oberhand: Es ist aus mit den Rechten" 2) und "Die Legende des Wandels. Die Sonne 3) ist schon um Mitternacht aufgestanden" 4).

Über die Versammlung bei der Rede A. P. in Athen kommentierte die Zeitung schließlich: "Die größte Kundgebung, die je in Athen stattgefunden hat" 5) sowie "Athen: Auftrag für den Wandel an A.P." 6).

Dasselbe Engagement für die PASOK kann bei der Zeitung "To Vima" festgestellt werden.

Am 27. September 1981 stand auf der ersten Seite die Erkenntnis: "Entscheidend herrscht A. P."; über dessen Besuch in Kreta schrieb sie wieder auf der ersten Seite: "Kreta auf den Beinen, um A. P. zu empfangen" 7). Dann folgte eine "einmalige Menschenflut in Kalamata" 8), ein "triumphaler Empfang in Thessalien" 9) sowie das Bekenntnis, daß "keine Macht den Frühling und die Wahrheit aufhalten kann" und daß "mit dem Sieg der PASOK das Volk auf die Bahn der Hoffnung kommt". 10)

Über die Kundgebungen in Athen und Saloniki war 'To Vima' mit den anderen angesprochenen Zeitungen einig: "Saloniki vergötterte A. P." 11) oder "ganz Athen auf den Beinen für die Kundgebung A. P.s". 12)

1) 'Ta Nea', 5.9.1981, S.1.

2) Ebenda, 14.9.1981, S.1.

3) Die aufgehende Sonne ist das Kennzeichen der PASOK.

4) 'Ta Nea', 12.10.1981, S.2,3.

5) Ebenda, 15.10.1981, S.1.

6) Ebenda, 16.10.1981, S.1.

7) 'To Vima', 3.10.1981, S.1.

8) Ebenda, 8.10.1981, S.1.

9) Ebenda, 20.9.1981, S.1.

10) Ebenda, 6.10.1981, S.8.

11) Ebenda, 11.10.1981, S.1.

12) Ebenda, 15.10.1981, S.1.

Schließlich stellte sie auch fest: "Ganz Athen sagt: Ja zum großen Wandel. Eine ähnliche Versammlung hat es noch nie gegeben und wird auch nie wieder in Athen stattfinden". 1)

Neben der inländischen Presse schrieb auch ein Teil der ausländischen positiv, obwohl zurückhaltender über die PASOK und ihre Erfolgchancen.

So z.B. die 'Herald Tribune', die kurz vor den Wahlen berichtete: "Beeindruckend groß scheint die Macht A. P.S. und der Linken nach Meinungsumfragen". 2)

Das 'Wall Street Journal' meinte kurz vor dem Wahltag: "Die PASOK hat gute Aussichten bei den Wahlen zu gewinnen". 3)

Die französische Zeitung 'Le Mond' versicherte, daß "ohne Zweifel das das Ende einer Ära für Griechenland ist". 4)

Die 'Figaro' nannte die PASOK "die Partei des Durchschnittsgriechen" und schätzte auch eine wesentliche Verstärkung ihrer Macht". 5)

"Sieg der PASOK" prophezeite die 'Financial Times', wegen der Teilnahme am und Hilfe beim Wahlkampf des früheren Vorsitzenden der EDIK, G. Mavros. 6)

"Günstiger Wind weht für die PASOK" stellte die 'Neue Zürcher Zeitung' in einem Artikel mit dem Titel 'Euphorie herrscht bei den griechischen Sozialisten' fest. 7)

Andere ausländische Zeitungen druckten skeptische 8) oder sogar negative Berichte über die PASOK, diese wurden aber entweder von der griechischen Presse totgeschwiegen, oder mit dem Kommentar begleitet, daß man im Ausland von der Realität in Griechenland nicht bzw. wenig wisse.

1) 'To Vima', 16.10.1981, S.1.

2) 'Herald Tribune', 14.10.1981, Artikel von Cyrus Sulzberger.

3) 'Wall Street Journal', 14.10.1981.

4) 'Le Mond', 17.10.1981.

5) 'Figaro', 17.10.1981, Artikel von Jean Delamot.

6) 'Financial Times', 14.10.1981, Artikel von David Tong.

7) 'Neue Zürcher Zeitung', 14.10.1981.

8) Wie z.B. die 'Süddeutsche Zeitung', s. 'S.Z.', 16.10.1981, S.3.

f) Wahlparolen

Nicht nur die PASOK-freundlichen Zeitungen brachten zugkräftige Sprüche; auch aus den Reihen der PASOK kamen manche durchaus populären Wahlparolen:

"damit die Rechte um die Macht kommt", "hier und heute", "Andreas, die Stunde ist gekommen", "ein unabhängiges, demokratisches, sozialistisches Griechenland", "die PASOK an die Regierung - das Volk an die Macht", "Mit dir Andreas für ein neues Griechenland", "nicht mehr mit den Rechten", "Wandel", "Wandel" (gr. "Allagi"), das war das Schlagwort, das den Griechen aus der Seele gesprochen wurde. 1)

So stellte sich die PASOK mit dem von ihr versprochenen Wandel als Alternative dar.

1) Die Gründe siehe im nächsten Kapitel.

IV. Ursachen und Gründe für den Erfolg der PASOK

3.10. Gesellschaftliche Gründe

a) wirtschaftliche-soziale Gründe

Die sozialen Wurzeln des sich als Reaktion auf die langjährige Herrschaft der Rechten bildenden "Nachkriegsradikalismus" reichen bis zum Anfang der 50er Jahre zurück und leiten sich direkt von der Entwicklung Griechenlands zu einem kapitalistischen Land ab. Diese Entwicklung lief in eine Richtung, in der Griechenland wirtschaftlich, politisch, militärisch und zum Teil auch kulturell zum bloßen Anhängsel der westlichen Industrienationen zu werden drohte.

In Griechenland koexistiert in dieser Phase die kapitalistische Produktionsweise, die in den 60er Jahren durch in einigen Sektoren bedeutende Produktivitätssteigerung geprägt ist (siehe Anhang), mit den vorindustriellen Produktionsweisen, wie z.B. der auf Subsistenzwirtschaft beruhenden Agrarwirtschaft oder dem Gewerbe, wo kleine Betriebseinheiten mit niedriger Produktivität erhalten bleiben.

Parallel gibt es gegenläufige Import- und Exportströme, d.h. es findet eine Ausfuhr von Arbeitskräften und vor allem von landwirtschaftlichen Produkten statt, während die Einfuhr aus Kapitalgütern multinationaler Firmen besteht, die die Gestalt direkter produktiver Investitionen annehmen.

Das akkumulierte Kapital, das durch die Ausnutzung der Rohstoffe und des Arbeitspotentials entsteht, wird nicht gemäß den inneren Produktionsbedürfnissen in Griechenland reinvestiert, sondern in die kapitalistischen Zentren transferiert.

So bleibt die griechische Wirtschaft ungleich entwickelt und abhängig - mit allen negativen Folgen: Arbeitslosigkeit, Emigration von Arbeitskräften, Zerrüttung der Agrarwirtschaft, ungleiche Entwicklung in den verschiedenen geographischen Regionen, Landflucht, die zu dem raschen Wachstum der Stadtbevölkerung beiträgt.

Parallel verstärkt sich die ungleiche Verteilung des nationalen Reichtums und Einkommens, wegen des großen Produktivitätsunterschiedes zwischen den technologisch entwickelten und den unterentwickelten Bereichen der Wirtschaft und auch wegen des Versuchs der Oligarchie, ihre Interessen zu Lasten der großen Arbeitnehmermasse zu sichern.

Aber auch innerhalb des Mittelstandes besteht die Tendenz zur Ungleichheit: das Einkommen aus manchen freiberuflichen Tätigkeiten ist im Gegensatz zu dem der großen Mehrheit der Mittelschicht rasch gestiegen, denn Angestellte, Kleingewerbetreibende und Handwerker erleiden wegen der Inflation Einkommenseinbußen.

Durch die Abwanderung bäuerlicher Massen zu den städtischen oder halbstädtischen Zentren verwischen sich die Grenzen zwischen den sozialen Schichten; die traditionelle Sozialstruktur wird aufgeweicht und amorph.

Die in die Städte strömenden Massen können von den wenigen Industriebetrieben nicht absorbiert werden und müssen damit nach unproduktiven und häufig wechselnden Beschäftigungen vor allem im Bereich der Dienstleistungen suchen.

Dieser Übergang verschiedener sozialer Schichten und Klassen aus einem statischen traditionellen Rahmen zu einem neuen, erschwert ihre soziale Einordnung, die Entwicklung eines sozialen Gewissens, beeinflusst negativ die gewerkschaftliche Organisation und Aktivität sowie das Verhalten nicht nur der betroffenen kleinbürgerlichen und bäuerlichen Schichten, sondern auch der Arbeiterklasse selbst.

Der Prozeß der Veränderung der sozialen Schichten, die aber kein stabiles Klassenbewußtsein und keine klare Ideologie haben, macht diese zum Hauptträger politischer Mobilität, zum Hauptträger somit des Phänomens des sozialen Radikalismus.

b) politische Gründe

Diese neuen sozialen Kräfte, die Arbeiterklasse eingerechnet, hatten in den 60er Jahren untereinander weder direkte Beziehungen noch einen organisatorischen Verband, um ihre politischen Interessen zu vertreten; das einzige Gemeinsame war die Forderung nach verschiedenen Sozialleistungen.

Im Jahre 1961 wurde die Zentrumsunion, eine bürgerliche Partei mit demokratischer, liberaler und gemäßigt-linker Nuance, durch die Initiative Georg Papandreou, dem Vater von Andreas Papandreou, gegründet.

Um diese Partei sammelten sich die rasch anwachsenden, unteren und kleinbürgerlichen Schichten, hauptsächlich Arbeiter, Angestellte und arme Bauern. Ihre Politik war "liberal" und ihre Taktik die des "Zweifrontenkampfes" Georg Papandreous, die sich sowohl gegen den "Nebenstaat" (darunter verstand man die Gesamtheit der zwar nicht legitimierten, aber bestimmenden Kräfte des politischen Lebens Griechenlands) und die Rechte als auch gegen die "kommunistische Gefahr" richtete.

Georg Papandreou versuchte den Staat parteiunabhängig zu machen und unterschied sich von den Rechten durch ein anderes Verständnis der königlichen Befugnisse: "Der König herrscht, aber das Volk regiert". Er hatte aber niemals radikale Änderungen zur Diskussion gestellt, sondern repräsentierte eine demokratischere politische Lösung, die sich im Rahmen des existierenden Systems bewegte und durch Modernisierung der Institutionen wie z.B. des Bildungswesens, der Wirtschaft, (z.B. durch Umverteilung des Einkommens zugunsten der Bedürftigeren) und durch das Betreiben einer Außenpolitik mit "nationalem Stolz" verwirklicht werden sollte.

Die Zentrumsunion bildete die Regierung nach ihrem Wahlsieg vom 16.2.1964 und blieb 16 Monate an der Macht, vom März 1964 bis zum Juli 1965, also bis zum sogenannten "Putsch des Palastes und den Rechten". 1)

Grund des Putsches war eine wachsende Radikalisierung innerhalb der Bevölkerung, deren steigende Dynamik und die Reformtendenz der Zentrumsunion. Und wie bekannt, immer wenn die herrschende Schicht in Gefahr ist, ihre Privilegien und ihren sozialen Besitzstand zu verlieren, greift sie zu verschiedenen Methoden der Abhilfe (Diktaturen, Putsche, militärisch-faschistische Regime, z.B. Pagalos, Kondylis, Metaxas usw.). Dieser Putsch aber hatte zu einer wesentlichen Massenmobilisierung zugunsten der Zentrumsunion geführt.

Somit setzte ab 1965 ein zaghafter, vielschichtiger politischer Bewußtseinsbildungsprozeß der Bevölkerung ein. Die zwei großen bürgerlichen Parteien, die "Nationalradikale Union" und die "Zentrumsunion", hatten es nicht geschafft, in den Jahren vor 1965 eine vernünftige Lösung im Sinne ihrer Interessen zu finden, was zur politischen Krise von 1965 bis 1967 führte 2), die mit der Etablierung der Militärdiktatur am 21. April 1967 endete.

Die siebenjährige Diktatur (1967 - 1974), die "Polytechnikumsergebnisse" 3), die Zyperntragödie und generell alle Ereignisse des Jahrzehnts 1964 - 1974 hatten entscheidend zu dem Erwachen eines patriotischen Gewissens und der Anreicherung der sozialen und politischen Erfahrungen des Volkes beigetragen.

Das ideologische, jahrelang praktizierte Trio aus Antikommunismus, "Nationaler Gesinnung" () und Mitläufertum hatte seinen Glanz und seine Funktion als Bindeglied von rechter Theorie und Praxis verloren: Wie die Wahlen seit 1974 zeigen sollten, hatte die Masse der Griechen begonnen, sich von den traditionellen Parteiblöcken loszulösen, die passive Beziehung zwischen Bürger und Politik zu verweigern und konkrete politische und soziale Aktivität zu entwickeln.

1) S. S.17.

2) S. S.17ff.

3) S. S.22.

Die Verminderung sozialer Aufstiegsmöglichkeiten provozierte eine revolutionäre soziale Stimmung. Die Arbeitnehmerklasse, die sich in jener Zeit zahlenmäßig stark entwickelte, begann ihr politisches und soziales Gewicht zu vergrößern, politisches Bewußtsein und politische Militanz zu entwickeln.

Parallel dazu hatte die traditionell konservative Bauernschaft begonnen, sich mehr für die Gewerkschaften zu interessieren und eine neue progressive Richtung einzuschlagen. Gründe hierfür waren ihre Unzufriedenheit, die aus ihrer finanziellen Verelendung durch die Handels- und Industriemonopole sowie die großen Mittelsmänner und dem Staat entstand:

Letzterer gewährte ihnen keinen angemessenen Schutz vor Überproduktion und Mißernten und ließ sie so unter schlimmsten Lebensbedingungen existieren (1951 betrug das bäuerliche Pro-Kopf-Einkommen 83,3% des Bruttosozialprodukts, 1963 60,3% und 1971 51,5%). 1) Die Intelligenz, zum größten Teil aus unteren Volksschichten stammend (Bauern, mittlere Angestellte, Arbeiter) hatte die bürgerlichen Parteien und den Staat mit Funktionären versorgt und eine wichtige Rolle für die Eingliederung der breiten Massen in das System gespielt, indem sie Vorbild sozialen Aufstiegs für Kleinbürger und Bauern und folglich ein bedeutendes ideologisches Bindeglied bildete, das die betreffenden Schichten von der herrschenden Klasse abhängig machte. Die Intelligenz lernte Ende der 60er Jahre, wie in anderen europäischen Ländern auch, Arbeitslosigkeit und damit soziale und finanzielle Degradierung kennen, ihre individuellen Aussichten wurden verengt.

1) S. N. Mouzelis, Gedanken über den spektakulären Aufstieg der PASOK, in: Papasaraktopoulos, 1980, S.282, gr.

Aus diesen Gründen verlangte sie die Erneuerung und Modernisierung des Landes, während sich gleichzeitig ein wesentlicher Teil dieser Intelligenz direkt der linken Bewegung anschloß. Aufgrund dieser politischen und sozialen Entwicklungen setzte nach 1974 eine Bewegung sozialer Kräfte ein, die von ähnlichen Interessen bewegt, sich politisch der PASOK einzureihen begann.

Neben den oben beschriebenen, sozialen und politischen Gründen, neben der Unterdrückung von der Diktatur, der Zyperntragödie, des finanziellen Elends, der Inflation, hatte auch das Erkennen neuer Probleme und Bedürfnisse in einer sich-modernisierenden Gesellschaft, wie z.B. das Kinder-, Familien-, Umweltverschmutzungs-, Lebensqualitäts- und Frauenproblem, die Notwendigkeit und die soziale Bedeutung des Wissens und der Bildung, als auch die Verbreitung vieler neuer Ideen, wie "Konsumgesellschaft", "Generationenkluft", "Verweigerung der Jugend", "Status quo" usw. dazu beigetragen, daß ein 'Wandel' in Griechenland doch als fällig angesehen wurde.

Daß der 'Wandel' von allen erwünscht war, ist eine Tatsache. Die entscheidende Frage war jedoch, welche politische Partei sich den 'Wandel' zur Aufgabe machen würde. Die PASOK hatte es anscheinend geschafft - wie der Wahlerfolg zeigte - , die Bevölkerung zu überzeugen, daß sie die Alternative zu den Rechten bildet und nur sie den heißerwünschten 'Wandel' herbeiführen kann.

Um den Erfolg der PASOK besser zu verstehen, werden wir kurz das Auftreten und die Wahltaktik der wichtigsten politischen Parteien Griechenlands betrachten und die entscheidende Hilfestellung, die sie bewußt oder unbewußt zum Sieg der PASOK gespielt haben, erläutern.

3.11 Die Rolle und Wahltaktik der anderen politischen Parteien

Daß die PASOK Auffangbecken für die radikalisierten Massen wurde, was die Wahlen 1977 und 1981 mit respektiven 25% bzw. 48,6% der Wählerstimmen für die PASOK bestätigten, hat direkt mit der Krise der bürgerlichen Parteien wie auch der Linken zu tun.

a) Die Neue Demokratie

Die bürgerlichen Parteien, deren in den Jahren 1965-67 (unter der de facto Aufsicht des Königs) das "Krisenmanagement" nicht gelang, mußten die Machtergreifung durch die Militärs als Niederlage und als Zeichen ihrer eigenen politischen Krise hinnehmen.

Nach der Wiederherstellung der Demokratie hatte das Bürgertum seine "vordiktatorische" Unfähigkeit zur Bildung einer funktionsfähigen Regierung überwunden, indem ihm 1974 die Schaffung der Regierung der "Nationalen Einheit" gelang, die aus einer Koalition von der "Neuen Demokratie" und der "Zentrumsunion - Neue Kräfte" bestand; was ihm aber nicht gelang, war, langfristig die breiten Massen zu gewinnen und ihren Radikalismus zu entschärfen. Besonders der "N.D" gegenüber blieb das griechische Volk mißtrauisch, 1) da es sie der Sympathie und Zusammenarbeit mit den Kräften der protürkischen Atlantiker bezichtigte.

Diese Unfähigkeit der Regierung K. Karamanlis, ihre inneren Gegensätze sowie der sie kennzeichnende statische Konservatismus, der die wichtigsten Probleme des Landes ungelöst ließ, führte naturgemäß zu einem Anwachsen der Unzufriedenheit in der Bevölkerung. 2)

1) Man darf nicht vergessen, daß der Wahlsieg der "N.D" 1974 (54,5%) nicht zuletzt durch so überzeugende Parolen wie: "entweder Karamanlis oder die Panzer" zustande kam. S. auch im ersten Teil.

2) Vgl. Zeitschrift 'Anti', 31.3.1979, S.14.

Trotz reformistischen Vokabulars und reformistischer Taktik - namentlich von Seiten K. Karamanlis und seiner Mitarbeiter - blieb die N.D. im Bewußsein des Volkes, bei ihren Freunden und Feinden eine Rechtspartei. Sie verkörperte die Rechte. Eine Rechte wie zu Zeiten vor der Diktatur: Skandale, Gewalt, Fälschungen, Notmaßnahmen, Antikommunismus, Polizeistaat. 1)

Die Versuche der N.D. diesen Eindruck zu korrigieren, wurden konterkariert einerseits durch die Qualität ihres politischen Personals, das direkt aus der alten ERE ²⁾ und z.T. auch aus der Diktatur stammte, andererseits auch von der Staatsbürokratie, in der die traditionelle Rechte dominierte: Die N.D. erwies sich damit als unfähig, ihrem erklärten politischen Anspruch gerecht zu werden.

Der Staatsapparat war tatsächlich den alten und neuen Problemen, welche die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der letzten zwanzig Jahre und insbesondere die während der Diktatur grassierende Korruption und wirtschaftliche Missere, nicht gewachsen; er war an das Klientelsystem gewöhnt, daher nicht in der Lage, mit den Bedürfnissen der griechischen Gesellschaft fertig zu werden. Die Verwaltung war durch Unfähigkeit und Unzulänglichkeit gekennzeichnet und entsprach nicht mehr den Erfordernissen.

Die Wirtschaftspolitik der N.D. wirkte in die gleiche Richtung: Sie zielte auf die große kapitalistische Akkumulation, die Anpassung der griechischen Wirtschaft an jene des Westens und den großen Produktionsanstieg; Ziele, die mindestens langfristig einen Druck auf die Mittel- und Unterschichten zur Folge hatten. 1) Zusammenfassend kann man sagen, daß die politische Herkunft der N.D., ihr Pendeln zwischen einem Liberalismus und einem Neokonservatismus, welches ihre Modernisierungsversuche konterkarierte,

1) A. Elefantis, A.P.S. Erklärungen in der Zeitschrift 'Politis'. April - Mai 1981, S.12, gr.

2) ERE war die Rechtspartei K. Karamanlis, die nach der Wiederherstellung der Demokratie zur "N.D." umgenannt wurde.

die königstreuen und diktaturfreundlichen Elemente, die sich ihr angeschlossen hatten und letztlich ihre Verbindung mit den Kräften des griechischen Kapitalismus, versperrten ihr praktisch jede Möglichkeit, als eine erneuerte, liberale Partei zu erscheinen und bildeten die ideologisch-psychologischen Vorbedingungen für das Abwandern der Mittelschichten von der Neuen Demokratie.

Taktisch hatte die ND versucht, die Nationale Front (die extreme rechte Partei mit royalistischen und juntatreuen Elementen) zu 'absorbieren'; dies fiel der ND allerdings nicht allzu schwer, weil die Anhänger der N.F. auch von der "Psychologie der verlorenen Stimme", aber auch "der verlorenen Macht" beeinflusst wurden.

Viele fanden sich in der N.D. - sei es nun an Führungspositionen oder an der Basis; 1) drei von den insgesamt fünf N.F.-Abgeordneten traten zur N.D. über.

Gleichzeitig unterstützte die N.D. "juntatreue Bürgermeister und Gemeindevorsteher".

So trat die Rechte bei den Wahlen 1981 praktisch wieder vereint an. Eine Tatsache, die ihr die Stimmen der extremen Rechte einbrachten, gleichzeitig aber die liberalen Elemente von ihr abgeschreckt hatte. ²⁾

Parallel hatte die N.D. auf einen Wählerzustrom aus der politischen Mitte gehofft, insbesondere aufgrund der schon zwischen 1974 und 1977 festgestellten Wählerverluste der EDIK

1) S. S. Linardatos, Wahlen 1981, in: 'Anti', 30.1.1981, S.23.

2) Da in Griechenland keine umfassende Wählerwanderungsanalyse existiert und das Wählerpotential sehr labil ist - mit Ausnahme der KP-Wähler - ist es sehr schwierig, eine exakte Aussage über mögliche Wählerverschiebungen zu machen. Einen Hinweis gibt uns jedoch der Vergleich der Wahlergebnisse von 1977 und 1981 in Bezug auf die jeweils vorangegangenen Wahlen:

	<u>1977</u>	<u>1981</u>
	%	%
<u>N.D.</u>	- 12,5%	- 6,1% (- 12,9% wenn man den Prozentsatz der extremen Rechten dazu addiert)
<u>PASOK</u>	+ 11,4%	+ 23,06%
<u>Zentrum</u>	- 7,6%	- 6,5%
<u>N.Front</u>	6,8%	nicht teilgenommen

Es ist allerdings behauptet worden, daß bei den Wahlen 1977 8% - 9% der Wähler der N.D. sich der PASOK zugewandt hätten. S. Linardatos, in 'Anti', 30.1.1981, S.23.

an die N.D. (Verluste, die in Richtung Rechts, d.h. zur N.D. und Links, d.h. zur PASOK, der KPG und der 'Linken Union' gleich hoch waren ¹⁾), aber auch aufgrund der zahlreichen Eintritte von EDIK-Politikern in die N.D. (sogar Politiker, die bei den Wahlen 1977 einen hohen "Präferenzansatz" ²⁾ errungen haben).

Gegen die PASOK war die N.D. hauptsächlich durch die Verbreitung einer "Panikmache" aufgetreten, wobei die griechische Bevölkerung von dem "marxistischen Wirbelsturm" als bedroht dargestellt wurde.

b) Die EDIK

Die Aufgabe der 'Integration' der radikalisierten Wählerschichten nach der Diktatur hatte die Zentrumsunion übernommen: 1974 war die Mehrheit der alten Zentrumsunion, angereichert durch neue sozialdemokratische Kräfte, jetzt unter dem Namen "Zentrumsunion - Neue Kräfte" (ZU-NK), bei ihrem Versuch gescheitert, das traditionelle Zentrum in eine sozialdemokratische Partei zu verwandeln (1974 errang sie 20,4% der Wählerstimmen, 1977 12%).

Sie war ohne politischen und sozialen Rückhalt, ohne Zugang zu den Basisorganisationen sozialer Gruppen (Gewerkschaften, Vereine usw.) geblieben und hatte es nicht geschafft, eine stoßkräftige politische Formation mit breiter Massenbasis zu bilden. Der Grund dafür ist, wie bereits erwähnt, daß die "ZU-NK", nach 1977 "EDIK" genannt, durch ihre klare Übereinstimmung mit der ND in den wesentlichen nationalen und politisch-ökonomischen Fragen (NATO, EG, US-Stützpunkte) dem Wähler fremd wurde, die ihren politischen Radikalismus durch einen Bruch mit der Rechten auszudrücken suchten. Durch die von K. Karamanlis durchgeführte Modernisierung der ND übernahm diese das soziale Programm und die politische Philosophie des Zentrums und setzte diese sogar in der Praxis ein: Liberalismus, anti-royalistische Haltung, innerparteiliche Demokratie, Legalisierung der KPG, Kontakte mit den Ostblock- und Balkanländern und Nahost.

1) Vgl. S. Linardatos, Wahlen 1981, in 'Anti' 30.1.1981, S.21.

2) Der "Präferenzsatz" ist eine Besonderheit des griechischen Wahlrechts, die sich entfernt mit dem "Vorwärtshäufeln" im bayerischen Kommunalwahlrecht vergleichen ließe...

Somit verlor die EDIK jegliches Unterscheidungsmerkmal zur ND und war zur Bedeutungslosigkeit verurteilt.

Die Zersplitterung des Zentrums in vier kleinere Parteien, nämlich die EDIK, die KODISO, die Zentrumsfront und die Bauernpartei sowie der Verlust von Abgeordnetenmandaten (von den 16, 1977 gewählten Abgeordneten der EDIK traten sieben zur ND und einer zur PASOK über) 1) in Verbindung mit der Theorie der "verlorenen Stimme" trug zur totalen Niederlage des Zentrums bei.

G. Mavros, der ehemalige Vorsitzende der EDIK, hat die PASOK, im Gegensatz zu seiner Taktik von 1977, wo er die PASOK scharf attackiert hatte, 2) bei den Wahlen 1981 unterstützt. 3)

c) Die "erneuerte Linke" 4)

Die "erneuerte Linke" konnte nach der Wiederherstellung der Demokratie den radikalisierten Massen keine politische Heimat bieten und erzielte bei den Wahlen ab 1974 keine nennenswerten Erfolge mehr. 5) Im Grunde war die Linke seit dem Kampf gegen die deutsche Besatzung nicht mehr zur Ruhe gekommen: Im Bürgerkrieg besiegt, danach verfolgt, verbannt und eingeschüchtert 6) und schließlich 1968 in zwei Teile aufgesplittert (KPG und KPG-Inland). Seit der Spaltung der KP bestand das Hauptziel der "erneuerten Linken" darin, die "Erneuerung" im Sinne der "Entstalinisierung" und der "Lösung der griechischen Volksbewegung von sowjetischem Einfluß". Mit diesem Ziel vor Augen, d.h. mit der Gestaltung und Bestimmung ihrer Ideologie beschäftigt, hat die erneuerte Linke ihre Bindung zur Masse der Bevölkerung verloren.

Es gelang ihr weder personell noch institutionell, sich zu erneuern und so konnte sie das Vertrauen der Wähler nicht gewinnen, außer dem kleinen harten Kern ihrer traditionellen Mitglieder:

1) Vgl. H. Karras, Wahltaktiken und wirkliche Gegebenheiten, in "Anti", 30.1.1981, S.19.

2) Wie z.B. durch die Behauptung "die PASOK hilft der N.D. und den USA. s. Zeitung "Eleftherotypia", 8.10.1977, S.1.

3) Zeitung "To Vima", 18.9.1981, S.1.

4) Darunter versteht man die KP-Inland, die EDA und alle anderen kleinen linken Parteien. Die KPG (die sogenannten orthodoxen oder traditionellen Kommunisten -moskautreu-) sind nicht mitgezählt.

5) S. im Anhang.

6) S. S.14ff.

Wissenschaftler, Studenten und allgemein Intellektuelle. 1)
Die politische Unfähigkeit der "erneuerten Linken" und ihr ständiger Weg durch Widersprüche, Zweideutigkeiten und Unwirksamkeit brachte eine Minderung der Resonanz dieser in allen Schichten mit sich. 2) Dieser Situation bewußt, hatte die EDA bei der Konferenz ihres Parteiausschusses am 17., 18. Januar 1981, angesichts der Tatsache, daß sie realistisch keine Chance hatte, die sozialistische Alternative zu bilden, für eine Politik der "kritischen Unterstützung" der PASOK ausgesprochen, "damit die Rechte geht".
"Die einzige Politik, die es heute für die Kämpfer und die Organisationen der erneuerten Linken gibt, wenn sie in Verbindung mit den Massen und den zentralen politischen Entwicklungen bleiben wollen, ist die Politik der kritischen Unterstützung der PASOK". 3)
Eine solche Unterstützung hieße es noch lange nicht, daß die traditionelle Linke mit der PASOK verhandeln oder ein Bündnis schließen gar organisatorisch in der PASOK aufgehen geschweige denn sich bedingungslos an sie binden würde. Dementsprechend hatte die EDA (deren Vorsitzender Iliou, nach mindestens 30 Jahren aktiver Politik nicht mehr kandidierte - was ihre Erfolgchancen weiter minderte -) ihre Parlamentskandidaten in mehr als zwei Dritteln der Wahlkreise dazu aufgerufen, ihre Kandidatur zurückzuziehen, um "die Oppositionsstimmen (die PASOK, B.d.V.) zugunsten der Rechten nicht zu zersplittern." 4)
So hatte die EDA tatsächlich nur in zwei Wahlkreisen (Athen I und II) Kandidaten gestellt. 5)
Der zweite Protagonist der erneuerten Linken, die KP-Inland hatte im Gegensatz zur EDA erklärt, daß
"für die Verwirklichung des demokratischen Wandels in Griechenland die Bildung einer Regierung der breiten demokratischen

1) Vgl. A. Pappas, "PASOK, das Machtdilemma und die erneuerte Linke, in "Anti", 9. Mai 1980, S.17.

2) Vgl. A. Elefantis, "A.Ps -Erklärungen", in der Zeitschrift "Politis", April/Mai 1981, S.12.

3) A. Pappas, a.a.O, S.18.

4) S. Rede von M. Glezos vom 3.4.1981 in der Zeitschrift "Anti", 3.4.1981, S.12.
Auch I. Iliou forderte offiziell: "Wählt die PASOK, damit die Rechte geht", s. in der Zeitung "To Vima", 7.10.1981.

5) S. Zeitung "Ta Nea", 14.9.1981, S.16.

Zusammenarbeit mit einem gemeinsamen Programm notwendig"....
ferner daß

"nach dem ersten Ziel, die Rechte abzulösen, als zweites Ziel des Wahlkampfes die Stärkung der KP-Inland im Parlament und bei der Bevölkerung gestellt ist." 1)

In der Praxis aber bewerteten die Wähler der KP-Inland das erstere Ziel als wichtigstes und wählten dementsprechend.

d) Die KPG

Die KPG, Vertreter einer moskauorientierten Linie, hatte sich während des Wahlkampfes auch die Ablösung der Rechten von der Macht und den "Wandel" als Hauptziel gesetzt.

Gleichzeitig hatte sie sich aber als zweites Ziel gesetzt, 17% der Stimmen zu bekommen und somit in den zweiten Wahlgang zu kommen.²⁾ Dieses zweite Ziel hatte sie durch scharfe Attacken gegen die PASOK hartnäckig verfolgt.

Der Grund der scharfen Kritik der KPG an der PASOK war darin zu suchen, daß viele Anhänger und Wähler der KPG mit dem Gedanken der 'verlorenen Stimme' spielten, zumal in Bezirken, wo sie keinen Abgeordneten wählen konnten und die PASOK unterstützen wollten. ³⁾ Darauf reagierte die KPG-Führung mit dem Schlagwort: "Es gibt keinen Wandel ohne die Partei der Arbeiterklasse". 4)

Aus dem Verschwinden des liberalen Zentrums, der Krise der kommunistischen Linken, ihrer Spaltung in zwei Parteien und der Unfähigkeit der Rechten, Lösungen für die Probleme der Bevölkerung zu finden, kommt die Feststellung heraus, daß die PASOK sich als die Alternative zur Rechten (der N.D.) erwies.

Wie wir gesehen haben, haben alle Parteien Griechenlands, außer der N.D., direkt oder indirekt der PASOK geholfen:

Die Zentrumsunion, total zersplittert, hatte durch die Unterstützung ihres Ex-Parteivorsitzenden G. Mavros 5) für die PASOK

1) 'Politischer Beschluß der 5. Sitzung des ZKs der KP-Inland, in 'Anti', 30.1.1981, S.17; sowie die Rede L. Kyrkos in Tripolis und Kalamata am 2. und 3. Mai 1981, in 'Anti', 22.5.1981, S.12.

2) S. S.67.

3) Dieselbe Psychologie herrschte auch bei der ersten Runde der französischen Wahlen 1981, wo die Theorie der 'nützlichen Stimme' der KPF den Stimmenansatz reduzierte.

4) Rede des Generalsekretärs der KPG, Ch. Florakis, am 11.5.1981, in 'Anti', 22.5.1981, S.12.

5) Er blieb bis 1977 im Amt, wo sich die Zentrumsunion auflöste.

und den Wandel 1), den er übrigens mit der PASOK identifizierte, wesentlich für die Eingliederung der "heimatlosen" Zentrumsanhänger in die PASOK beigetragen.

Die linken Parteien hatten durch das Festlegen ihres vorrangigen Wahlzieles, die Rechte zu entmachten, auch die Stärkung der PASOK erreicht. Diese Stärkung wurde seitens der EDA bewußt und offen herbeigeführt, indem sie Kandidaten nur in Athen aufstellte und ihre Wähler im übrigen Land dazu aufrief, die PASOK zu wählen. 2) KP-Inland und KPG verfolgten gleichzeitig zwei Ziele, nämlich erstens, jeweils den eigenen Einfluß zu stärken und zweitens, die Rechte an der Macht abzulösen.

Die Wähler der beiden Parteien standen vor dem Dilemma, welchem der Ziele sie den Vorrang geben sollten.

Die Psychologie der 'verlorenen Stimme' überwog wahrscheinlich zugunsten des ersteren Zieles, zumal wenn man beachtet, daß die kleineren Parteien, wegen ihres niedrigen Stimmanteils, das angesprochene Ziel nicht erreichen konnten.

Tatsächlich hatte die "anti-rechts"-Ideologie, in der ganze Generationen von Linken erzogen worden sind, entschieden zu Gunsten derjenigen politischen Kräfte erwiesen, die sich als die Alternative der Rechten gegenüber vorstellten. 3)

Die PASOK hatte taktisch sehr gut von diesem Klima profitiert. A. P. schrieb den Wahlen 1981 eine sehr große Bedeutung zu:

"Dieses Mal darf der Kampf nicht verloren werden, weil dies die letzte Chance (last chance) ist". 4)

Gemeint war natürlich die "letzte Chance" für die progressive und linke Bewegung in Griechenland, der 35 Jahre nach ihrer totalen Niederlage wieder die Möglichkeit bevorstand, die Rechte an der Macht abzulösen und den "Wandel" herbeizuführen.

Durch einen Mißerfolg bei den Wahlen 1981 würde das Volk zutiefst enttäuscht werden und die Bevölkerungsteile, die sich der PASOK zugewandt haben, entweder zur Rechten zurück, oder zur Sozialdemokratie von Pesmatzoglou oder zur KPG führen. 5)

Mit dem von allen Seiten ermittelnden Eindruck, die Wahlen 1981 seien die Chance für den Wandel, war ein Erfolg für die PASOK keine Überraschung mehr.

1) S. in der Zeitung 'To Vima', 18.9.1981, S.1.

2) Ebenda, 7.10.1981, S.1.

3) Vgl. S. Alexandropoulos et al, Für diejenigen, die keine Partei zu wählen haben, in 'Anti', 16.-29.10.1981, S.37; sowie 'Exormisi', 12.2.1982.

4) Ebenda, S.21.

5) Vgl. 'Anti', 31.3.1979, S.15.

3.12 Strategie und Wahltaktik der PASOK im Lichte ihres Wahlerfolges.

Der beachtliche und wohl historische Verdienst der PASOK ist darin zu sehen, daß sie die politische Sensibilität besaß, das Fazit aus 30 Jahren griechischer Geschichte zu ziehen und den durch diese implizierten sozialen und politischen Radikalismus des Volkes adäquat und konkret umsetzbar aufzunehmen, indem sie die historische Notwendigkeit einer totalen Umwandlung der politischen Institutionen und der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse erkannte, ihre Strategie danach ausrichtete und damit die populären Forderungen der Wähler zu ihren ideologischen Motiven machte.

"Die von ihr (PASOK) propagierten radikalen Lösungen des Kampfes gegen die in- und ausländischen Monopole, die im Westen auf Unverständnis stießen, waren taktisch gerechtfertigt und haben der öffentlichen Stimmung nach der Befreiung von der Militärdiktatur, die die Mehrzahl der Griechen als fremdgesteuert betrachtete, durchaus entsprochen." 1)

Die PASOK verkörperte den griechischen Protest gegen die amerikanische Politik ²⁾, drückte die Hoffnung auf Wandel der breiten Massen des Volkes aus und dies ist der Hauptgrund ihres sprunghaften Anwachsens und ihres Wahlerfolges.

"Den Griechen bedeutet der banale Slogan Papandreous 'Griechenland den Griechen' mehr, als dem flüchtigen Besucher aus Westeuropa oft klar wird. Die Griechen wollen ihre Geschichte bewältigen. Dazu gehört nicht nur die späte Rehabilitierung des kommunistischen Widerstands gegen die deutsche Besatzung und der kommunistischen Bürgerkriegskämpfer der Nachkriegszeit. Die Wurzeln des griechischen Unbehagens reichen viel weiter zurück, bis zum Fall Konstantinopels an die Türken im Jahre 1453. Seither waren die Griechen Spielball fremder Mächte, Untertanen aufgezwungener Könige aus Deutschland und seit dem zweiten Weltkrieg amerikanischer Statthalter-Botschafter.

1) S. K. D. Grothusen (Hrg), Südosteuropa-Handbuch, Bd.III, Griechenland, Göttingen 1980, S.93.

2) Vgl. u.a. SZ, 28.12.1982, S.4.

Andreas Papandreu verkörpert wie kein anderer die jahrhundertealte griechische Verbitterung und die Sehnsucht nach nationaler Eigenständigkeit, die Suche nach der verschütteten Identität, nach Wiedergutmachung für das historisch gedemütigte Hellas. Jetzt sucht das Land seinen eigenen Weg, hin- und hergerissen zwischen antikem Stolz und dem Minderwertigkeitskomplex eines Landes der Dritten Welt. Der fast allen Griechen gemeinsame Wille zu einer oft chauvinistisch ausartenden Selbstfindung stützt Papandreus internationale Neinsagerrolle. Sie ist ausgesprochen populär. Zum nationalen Konsens gehört vor allem auch die aus westeuropäischer Sicht unreal anmutende Türkenangst, die der NATO größte Schwierigkeiten bereitet und von radikalen Marxisten wie von erzkonservativen Militärjunta-Anhängern geteilt wird." 1)

Tatsächlich war die extrem nationalistische Haltung eine sehr wirksame Wahlstrategie; so hatte er für verschiedene Adressaten verschiedene patriotische Themen: Besonders auf die Armee zugeschnitten war seine Unnachgiebigkeit gegenüber der Türkei, während seine Feindseligkeit gegen die USA, die NATO und die EG, ihm die Sympathien der Mittelklassen, der Bauern und der Jugend - hauptsächlich der "antiimperialistisch gesinnten Studenten" - sicherte. So eines Images als "Superpatriot" sicher, konnte er von sozialer Gerechtigkeit, Sozialismus sogar von Marxismus sprechen, ohne daß man ihn sofort als "Kommunisten" diffamiert hätte - was 30 Jahre nach dem Bürgerkrieg noch immer als Schandmal galt.

Außerdem räumte die Forderungen A. P's nach wirklicher nationaler Unabhängigkeit und nach Besinnung auf griechische Werte und Traditionen - eine wohl der Rechten entliehene Forderung, die diese um eine ihrer stärksten herkömmlichen Waffen beraubte - jede eventuelle Vermutung aus, die PASOK sei fremdgesteuert oder "moskauhörig".

Gleichzeitig hatte sich A. P. von Anfang an vom bürokratischen Sozialismus des Ostblocks konsequent distanziert und jegliche Zusammenarbeit mit den Kommunisten vermieden.

1) "Die Zeit", 19.10.1984, S.12.

Weitere Faktoren des Erfolgs der PASOK waren:

- Die gute organisatorische Arbeit der PASOK, hauptsächlich nach 1977, die durch systematische Aufklärung, intensive politische Schulung und Weiterbildung gekennzeichnet war;
- Die sehr gute parlamentarische Taktik, die auf sachliche Argumente gestützt, die politische Konfrontation suchte;
- Der ständige Informationsfluß und die geschickt eingesetzte Propaganda;
- Die rechtzeitige Vorbereitung und Veröffentlichung des Regierungsprogramms, das "radikale Lösungen" und "Alternativen" zu den Problemen des Volkes bot.

Das soziale Programm der PASOK, welches die Umverteilung von Einkommen, die Schaffung eines entwickelten Systems sozialer Fürsorge, große Erhöhung der Renten u.a. vorsah, hatte sich als sehr erfolgreich erwiesen.

Es hatte sich als eine geeignete Erwiderung auf die Herausforderungen, mit denen die Gesellschaft konfrontiert war, dargestellt. 1) Der "Wandel" und der Sozialismus waren Synonyme für eine rasche Änderung der Lebensverhältnisse und für eine bessere Welt geworden. Die PASOK war die Partei des Wandels und ihr Vorsitzender, dessen volkswirtschaftliche Kompetenz niemand bestritten hat, war der geeignete Mann, diese Änderungen, mit Ziel, die Prosperität, herbeizuführen; 2)

- Die geschickte Taktik A. P. S. Dieser hatte bei allen seinen Reden und Interviews die Regierung der ND scharf in allen Bereichen kritisiert; besonders betont wurde allerdings dabei der wirtschaftliche Bereich (weil gerade hier die Wähler unzufrieden waren - Inflation 25% -) und das schlechte Funktionieren der Verwaltung, für die A. P. die ND verantwortlich gemacht hatte.

Um die Bevölkerung über die angeblichen von der ND propagierten Gefahren aufzuklären, die auf sie zukommen würden, falls die PASOK gewinnen würde, betonte A. P. wiederholt, daß die PASOK als Regierung die radikalen Änderungen, die sie vorhat, nur dann durchführen werden, wenn die Situation reif dazu sei und zwar nur mit der Zustimmung des Wählers.

1) K. Deutsch, Politische Kybernetik, Freiburg 1969, S.144.

2) R. Makridis, Die PASOK und die Autoritätsaussichten in Griechenland, in der Zeitschrift 'Epikentra', Jan.-Febr.1983, S.33.

Parallel zu der Taktik der "stufenweisen Änderungen" im Inneren hat A. P. dafür gesorgt, die Kontakte mit den westeuropäischen Ländern zu stärken. Er führte Gespräche mit den wichtigsten europäischen Regierungen und mit den wichtigsten Oppositionsparteien in jedem Land, 1) wo er auch über deren eventuelle Zusammenarbeit mit der PASOK als Regierung gesprochen hatte.

Trotz ihrer Ablehnung der EG, nahm die PASOK an allen Organen der EG teil und arbeitete mit der sozialistischen Gruppe im europäischen Parlament zusammen;

- Die Wahl K. Karamanlis zum Staatspräsidenten; dadurch schied er als Vorsitzender der ND aus, letztere verlor somit ihren charismatischen Führer.

"Der Führungswechsel in der ND enthüllte die Lücke, die der charismatische Führungsstil K. Karamanlis deckte, das totale Fehlen jeglicher Programmierung, jeglicher Entscheidungs- und Aktivitätskoordination, die dilettantische Planung bei fast allen Problemen der Regierungsverantwortung". 2)

Tatsächlich stellte K. Karamanlis die wichtigste politische Person in den Jahren nach der Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland dar. Er hatte als Garant für die Demokratie fungiert, ihm persönlich wurden alle Modernisierungsversuche der ND zugeschrieben ebenso eine Reihe wichtiger politischer und sozialer Entscheidungen während seiner Amtszeit als Regierungschef (1974 - 1980). Zu diesen Entscheidungen gehörten unter anderem die Abschaffung der Monarchie, die Reorganisation und "Rehabilitation"³⁾ der Streitkräfte, die Verfassung von 1975, die Schulreform, der Beitritt Griechenlands zur EG. 4)

All dies brachte K. Karamanlis eine große politische Macht und einen großen Konsens im Volk - was ihm übrigens fast niemand ernsthaft abstritt.

Der neue Vorsitzende der ND, G. Rallis, hatte nicht die Fähigkeiten und das Durchsetzungsvermögen seines Vorgängers 5); besonders gegenüber A. Papandreou wirkte G. Rallis blaß und unbeholfen;

1) Vgl. S. Linardatos, Wahlen 1981, in 'Anti', 30.1.1981, S.16.

2) S. in der Zeitung 'To Vima', 6. September 1981, S.7.

3) Rehabilitation im Sinn, daß die Gesamtheit der Streitkräfte für nicht schuldig für die Ermordung und Exilierung der griechischen Bürger während der Diktatur gesprochen wurden, sondern nur den Generälen und manchen Mitarbeitern dies zugerechnet werden sollte.

4) S. A. Elefantis, A. Ps Erklärungen, in der Zeitschrift 'Politis', April - Mai 1981, S.10.

5) S: in der Zeitung 'Kathimerini', 30.9.1981.

- Die rhetorischen Fähigkeiten A. Pš.

In der Zeitschrift "Time" schreibt in dem Zusammenhang der bekannte politische Beobachter in Athen, Louis Danos:

"Das am stärksten beeindruckende Element der Persönlichkeit A. P. ist seine erstaunliche Fähigkeit, den Puls der Volksmasse zu erfassen." 1)

Damit ist die Fähigkeit A. Pš angesprochen, populäre Stimmungen bei Kundgebungen und Reden zu übernehmen und aufzubauen, im Gegensatz zu allen anderen politischen Führern, die den schon vorgeschriebenen Text schlicht ablesen; diese Fähigkeit gibt der Zuhörerschaft aber den Eindruck, daß sie ja einmal gehört wird, daß sie mit dem Politiker diskutiert und in Verbindung steht. 2)

- Einen positiven Beitrag zum Sieg der PASOK dürfte auch die politische Entwicklung in Frankreich gehabt haben, mit dem Wahlerfolg der Sozialisten unter Fr. Mitterand.

A. P. hatte daraufhin erklärt, daß er die Vergesellschaftungen, welchen viele mit Unverständnis und Angst entgegen sahen, mit den Erfahrungen Fr. Mitterands durchführen werde. 3)

Alle oben aufgeführten Tatsachen sind Faktoren, die mehr oder minder zum beachtlichen Wahlerfolg der PASOK beigetragen haben. Es ist also nicht abwegig zu sagen, daß bei den Wahlen 1981 ein glücklicher Zufall vieler positiver Faktoren für den Erfolg der PASOK verantwortlich ist.

Ob die PASOK an der Macht diesen Erfolg behalten bzw. ausbauen kann, oder ob die rechte Opposition wieder an Boden gewinnt, bleibt abzuwarten, denn

"die Probleme des Sieges sind angenehmer als die der Niederlage, aber sie sind nicht weniger schwierig." 4)

1) "Time", 2.11.1981.

2) S. S.267ff. über das Charisma und der symbolischen Interaktion.

3) S. "To Vima", 20.9.1981, S.1.

4) Winston Churchill vor dem Unterhaus am 11.11.1942.

Teil III

Untersuchung ausgewählter Problemkreise.

Organisatorische Strukturen der PASOK.

A. Der Aufbau der Partei und ihre Organe.

Der vertikale Aufbau der PASOK beruht auf drei Organisationsstufen:

Die Grundeinheit ist der Ortsverein bzw. Zweiggruppe, die auf der Basis des Wohnsitzes bzw. des Arbeitsplatzes der Mitglieder gebildet werden.

Zwischen den Ortsvereinen und der Parteizentrale, als die übergeordnete Instanz der Partei auf nationaler Ebene, steht auf regionaler Ebene die Präfekturversammlung, in der alle Ortsvereine einer Präfektur zusammengefaßt sind.

Auf jeder der drei Ebenen der Parteiorganisation wählen die Parteimitglieder entweder direkt, wie im Falle der Ortsvereine, oder - auf regionaler und nationaler Ebene - indirekt durch Delegierte ihre jeweiligen Führungsgremien.

Hier soll mit der Beschreibung der kleinsten Organisationseinheiten begonnen werden.

1. Lokale Ebene

Die grundlegende politische und organisatorische Einheit ist wie erwähnt der Ortsverein (O.V.); jedes Parteimitglied hat nach Art. 32 der Satzung einem Ortsverein anzugehören. 1)

Ortsvereine werden auf Anordnung und mit Genehmigung des Präfekturausschusses eingerichtet und zwar entweder in einem Wohnbezirk (Ortsverein) oder am Arbeitsplatz (Zweigorganisation). 2)

1) Siehe in der erst im Januar 1984 - neun Jahre nach der Gründung der Partei - verfaßten und veröffentlichten 'Geschäftsordnung' der PASOK, Broschüre, Athen 1984, S.16ff,gr.

2) S. Art. 33,34 der Satzung sowie 'Geschäftsordnung', S.16.

Im Ausland bestehen nach demselben Prinzip Ortsvereine - die übrigens sehr aktiv sind (Herausgabe von Zeitschriften 1), Einberufung von Konferenzen etc.) 2)

Die Mitgliederzahl darf in den O.V. und Z.O. nicht weniger als 15 und nicht mehr als 80 betragen.

In Orten mit wenigen Einwohnern können drei oder mehr Personen einen Antrag an den Präfekturausschuß stellen für die Schaffung eines Organisationskerns (O.K.).

Sobald ein solcher Organisationskern 25 (in der Stadt) bzw. 10 (auf dem Land) Mitglieder hat, wird er zum Ortsverein erklärt. Die Ortsvereine zusammen bilden die Generalversammlung, die mindestens einmal im Monat zusammentritt und den Koordinationsausschuß wählt (Art. 35).

Dieser, aus fünf bis sieben Mitgliedern bestehend, spiegelt die Zusammensetzung der Ortsvereine wieder und wird für ein Jahr gewählt.

Er führt die Entscheidungen der Versammlung im jeweils der nächsthöheren Parteigliederung vorgegebenen Rahmen durch und leitet im Rahmen der oberen leitenden Organe (Parteitag, Z.K., Präsident, E.B., Präfekturversammlung). 3)

In der Satzung steht allerdings nichts Näheres über die Bedeutung und Aufgaben der O.V. und Z.O.

Erst bei der 5. Sitzung des Z.K.'s der PASOK 1978 wurden die O.V. und die Z.O. 4) als die "politischen Zellen" der Bewegung definiert, von denen "die organisatorische Politik beginnen müsse" 5).

1) Wie z.B. der 'Kampf' (Agonas) in W. Berlin.
Vgl. auch 'Exormisi', 24. März 1976.

2) Konferenz der PASOK - in der BRD, in 'Exormisi', 18. Juni 1976. Es sind außerdem Veranstaltungen der O.V. in Belgien (21.3.76), in Montreal (4.6.76), N. York (24.3.76), Brayton (30.7.76) u.a. bekanntgegeben.

3) Art. 38 der Satzung, S. auch weiter unten.

4) O.V. und Z.O. sind dabei gleichgestellt worden.

5) S. '5. Sitzung des Z.K.'s der PASOK', S.113 sowie 'Exormisi' 3. Sept. 1976.

"In diesen politischen Zellen" heißt es dort weiter, "werden die Mitglieder politisch erzogen, geschult und entwickelt". 1)

So ist als Aufgabe der O.V. und Z.O. festgelegt, den Kontakt zwischen der Partei und der Bevölkerung herzustellen, letzterer die Politik der Partei zu vermitteln, die Probleme und Interessen des Volkes zu vertreten bzw. zu fördern, neue Parteimitglieder zu werben, mit Sympathisanten der Partei in Kontakt zu bleiben und deren Unterstützung für die Partei (hauptsächlich) bei Wahlen zu erreichen.

Die O.V. und Z.O. sollten sich auch darum bemühen, das Beitragsaufkommen der Partei zu fördern, die Verbreitung der Parteizeitung 'Exormisi' zu steigern und durch Verteilen von Broschüren und Mundpropaganda die allgemeine Politik der Partei 'unter die Leute' zu tragen. 2)

Die O.V. sollte außerdem ihre Präsenz in der lokalen Selbstverwaltung unterstreichen, die Jugend unterstützen und ideologisch schulen, das bäuerliche Genossenschaftswesen fördern und die Bevölkerung 'aufklären'.

Nicht nur den O.V. und Z.O. schrieb die PASOK große Bedeutung zu, sondern auch dem Aufbau organisatorischer Kerne, wie dies aus dem Aufruf A. Papandreous abzulesen ist:

"Freunde der PASOK, baut euren organisatorischen Kern auf und meldet es dem vorläufigen Präfekturausschuß". 3)

Tatsächlich wurde seit Mitte 1976 eine beieindruckend intensive organisatorische Arbeit geleistet, deren wichtigstes Ergebnis eine deutliche Vermehrung der parteilichen Basisorganisationen war:

1) '5. Sitzung der PASOK', S.50 und 'Exormisi' 3.9.76.

2) Ebenda, S.113, 114.

3) S. 'Exormisi', 4.2.1977.

Die Basisorganisationen der PASOK

	1) <u>bis September 1976</u>	2) <u>Mitte 1977</u>	3) <u>1980</u>
Organisations- kerne	300	500	600 (+ 100 in ver- schiedenen Be- rufen)
Ortsvereine	380	460	850
Ortsvereine (Ausland)	-	120	150
Zweigorganisationen	50	80	500
National-lokale* Vereine	-	30	keine Angaben

* National-lokale Vereine sind Gruppen Nicht-Athener, die in Athen leben und sich häufig treffen zu politischen, kulturellen und organisatorischen Diskussionen und Tätigkeiten.

Die Aufgaben von Generalversammlung und Koordinationsausschuß wurden erst im Januar 1984 in der 'Geschäftsordnung' der PASOK festgelegt:

Die Generalversammlung 4)

1. - diskutiert und entscheidet über Fragen, die von übergeordneten Parteiorganen vorgelegt werden;
2. - berät und entscheidet über Vorlagen des Koordinationsausschusses, insbesondere bezüglich der Neubildung bzw. -einteilung von Ortsverbänden und der Koordination politischer Aktivitäten;
3. - vergibt Funktionen der 'politischen Kleinarbeit' (Verteilung von Handzetteln, Billetverkauf bei Veranstaltungen u.Ä.) und überwacht deren Ausführung;
4. - wählt die Mitglieder des Koordinationsausschusses bzw. beruft sie ab;

1) S. P. Bakojanis, Anatomie der griechischen Politik, Athen 1977, S.206, gr. sowie 'Exormisi', 3.Sept.1976.

2) S. 'Erste Panhellenische Konferenz' in 'Exormisi', 15.7.1977, S.9, gr.

3) S. S. Linardatos in der Zeitung 'To Vima', 13.1.1980, gr.

4) 'Geschäftsordnung', S.18, gr.

5. - wählt Delegierte für Parteitage, Regional- und Präfekturversammlungen sowie für Kongresse und Konferenzen der PASOK;

6. - fungiert als Disziplinarorgan 'erster Instanz'.

Der Koordinationsausschuß wiederum 1)

- entscheidet im Rahmen der Beschlüsse der Generalversammlung
- ist für die Abwicklung der laufenden Geschäfte verantwortlich
- repräsentiert die Organisation nach Außen und gegenüber übergeordneten Parteigliederungen.

2. Regionale Ebene

Zwischen den O.V. und Z.O. und der zentralen Parteiführung steht die Präfekturversammlung.

Sie wird von den O.V. und Z.O. jeder Präfektur (ganz Griechenland ist in 50 Verwaltungspräfekturen aufgeteilt) eingerichtet und umfaßt alle Parteiorganisationen und Mitglieder auf Präfekturebene.

Die Präfekturversammlung ist in der jeweiligen Präfektur ²⁾ das höchste Parteiorgan (Art. 36).

Sie koordiniert die Tätigkeit der Ortsvereine und Zweigorganisationen auf Präfekturebene und vermittelt deren Standpunkt zu politischen und organisatorischen Fragen (Art. 37).

Die Präfekturversammlung wählt weiterhin den Präfekturdisziplinausschuß, dem drei bis fünf Mitglieder angehören.

Ebenso wählt sie alle 18 Monate den Präfekturausschuß ³⁾, der aus 11 bis 15 Mitgliedern besteht und die Beschlüsse der Präfekturversammlung durchführt, freilich in einem Rahmen, der von den Beschlüssen und Direktiven der übergeordneten Parteiorgane vorgegeben wird. 4)

Die direkten Ziele der Präfekturausschüsse sind: 5)

1) 'Geschäftsordnung', S.27-29, gr.

2) Es besteht ein Präfekturausschuß in jeder Präfektur; Ausnahme hierzu bilden Athen mit vier und Piräus und Saloniki mit zwei Präfekturausschüssen.

3) 'Geschäftsordnung', S.52-58, 75-79, gr.

4) Art. 38 der Satzung.

5) '5. Sitzung des Z.K.'s der PASOK', S.111-112, gr.

Die Funktion der O.V. und Z.O. zu unterstützen, ihre Mitgliederzahl auszubauen, die Bildung von O.V. in jedem Dorf und Z.O. in jeder Fabrik zu fördern, das Beitragsaufkommen zu sichern und Funktionäre in ihrer Präfektur zu unterstützen.

Eine Kernaufgabe der Präfekturausschüsse besteht darin, auf Probleme und Besonderheiten ihrer Region einzugehen, diese mit der Bevölkerung über die Basisorganisationen zu diskutieren sowie letztere über die politische Entwicklung in In- und Ausland zu informieren.

Bei den Sitzungen der Präfekturausschüsse dürfen auch die Abgeordneten der Präfektur, die Mitglieder des Z.K's. - sofern sie in den O.V. der jeweiligen Präfektur eingeschrieben sind - und speziell vom Exekutivbüro ermächtigte Mitglieder teilnehmen; 1) allerdings erwähnt die Satzung nicht, ob dieser Personenkreis nun stimmberechtigt ist oder nicht.

Darüberhinaus besteht zu diesem Punkt ein Widerspruch in der Satzung selbst: Art. 74 bestimmt, daß "der Abgeordnete der Bewegung kein Präfekturausschuß-Mitglied sein kann", trotzdem sieht Art. 39 dessen Teilnahme an der Sitzung des Präfekturausschusses vor.

Dies soll offensichtlich der Überwachung der unteren durch die oberen Parteiorgane dienen: Letztere haben nach Art. 44 die Möglichkeit, erstere zusammenzurufen, wann immer sie dies für nötig halten sollten.

Der Präfekturausschuß kann die Auflösung O.V. bzw. Z.O. beschließen ²⁾, wenn diese nicht mehr befriedigend funktionieren, gegen Satzung oder die Ordnung der Bewegung verstoßen oder nicht der Proklamation vom 3. September 1974 entsprechen.

Ein Auflösungsbeschluß wird nach Billigung durch das Zentralkomitee unwiderruflich.

Aus denselben Gründen kann das Z.K. die Auflösung eines Präfekturausschusses beschließen ³⁾, nach Antrag eines von ihm (dem Z.K.) bestimmten speziellen Kontrollausschusses.

1) Art. 39 der Satzung.

2) Art. 41 der Satzung.

3) Art. 42 der Satzung.

In einem solchen Fall muß innerhalb von sechs Monaten ein neuer Präfekturausschuß durch die Präfekturversammlung gewählt werden. Die Frist von sechs Monaten, innerhalb derer der neue Präfekturausschuß gewählt werden muß, scheint mir aber zu groß zu sein, zumindest groß genug, um unerwünschte Personen und Meinungen zu neutralisieren und in dieser 'Zwischenzeit' die politische Linie 'von oben' durchzusetzen.

Es ist übrigens nicht ganz klar, ob es in dieser Übergangszeit einen ernannten Präfekturausschuß geben wird.

In der Praxis bedeutet der Präfekturausschuß einen Kommunikationskanal zwischen Ortsvereinen bzw. Zweigorganisationen und Parteizentrale.

Wie die PASOK feststellt "hängt von den Präfekturorganen die politische Kommunikation der Basis mit der Spitze sowie die Kollektivität und Effizienz der Organisation ab, ebenso ihre Bindung mit dem Volk und die Kontrolle und Kritik von oben und unten". 1)

Tatsächlich werden Direktiven der Parteiführung zur politischen Linie und der praktischen Parteiarbeit auf unterer Ebene von den Präfekturausschüssen an die Ortsvereine weitergeleitet.

Umgekehrt reicht der Präfekturausschuß Anträge, Resolutionen und Anregungen der Ortsvereine, deren Konsequenzen über den lokalen Bereich hinausgehen, an die Parteispitze weiter.

Das Koordinationsorgan aller Präfekturen der Region ist das Regionskomitee, das von den Sekretären der Präfekturausschüsse der Region ³⁾ gebildet wird und vierteljährlich zusammentritt (Art. 43, 44); dieses bildet aber keine organisatorische Stufe zwischen den Präfekturausschüssen und den Zentralorganen.

1) '5. Sitzung des Z.Ks der PASOK', S.110, gr.

2) Die Region ist viel größer als die Präfektur und enthält viele Präfekturen. Griechenland hat 50 Präfekturen, ist aber in 10 Regionen aufgeteilt: Attika, Zentral/West-Mazedonien, Ost-Mazedonien, Thrazien, Thessalien, Zentralfestland, Westgriechenland, Epirus/Korfu, Peloponnes und Ägäisinseln.

Nach dem Beschluß der 10. Sitzung des Z.K. der PASOK sind die lokalen, sowie die Berufsorganisationen aber auch die regionalen Organe dem Exekutivbüro und den zentralen Leitungsausschüssen verantwortlich und rechenschaftspflichtig.

Statt also die oberen Organe der Basis rechenschaftspflichtig zu machen, wird hier das Gegenteil praktiziert, obwohl dies Artikel 12 der Satzung widerspricht; dort lautet es: "Jedes Organ ist verpflichtet, der Körperschaft Rechenschaft abzulegen, welches es gewählt hat". 1)

3. Nationale Ebene

"Höchstes Parteiorgan ist der Parteitag. Dieser entscheidet über die Politik der Bewegung im Rahmen der Proklamation vom 3. September und kontrolliert die Arbeit des Zentralkomitees und des Disziplinausschusses". (Art. 47 der Satzung)

An dem Parteitag nehmen teil: 2)

- Repräsentanten aller Ortsvereine des ganzen Landes;
- Repräsentanten aller Ortsvereine des Auslandes und zwar dem Prinzip gemäß, daß die in jedem Land organisierten Mitglieder organisatorisch einer Präfektur entsprechen;
- Repräsentanten der Zweigorganisationen; die Anzahl ihrer Repräsentanten darf maximal 1/5 der Anzahl der Repräsentanten der Ortsgruppen ausmachen.

Ferner vervollständigt die Anzahl der Parteitagsteilnehmer die Mitglieder des amtierenden Zentralkomitees und des amtierenden Disziplinausschusses, die Parlamentsfraktion und schließlich der Vorsitzende. 3)

1) 10. Sitzung des Z.K. der PASOK, in 'Anti', 30.9.1983, S.29.

2) Art. 48 der Satzung.

3) Das griechische Wort 'Proedros' bedeutet wortwörtlich Präsident, wird aber im deutschen besser mit Vorsitzender übersetzt.

Nicht exakt geklärt, ist dabei allerdings die Frage, wieviele Delegierte auf Ortsvereine und Zweigorganisationen entfallen sollen, bzw. wie stark die Parteibasis als solche vertreten ist.

Der Parteitag wird nach Beschluß des Zentralkomitees mindestens sechs Monate vor seinem Zusammentreten einberufen. 1)

Mit diesem Zeitpunkt beginnt die offizielle Vorbereitung durch das Z.K.: Resolutionsentwürfe und anderes Kongressmaterial werden den Parteiorganisationen und der Parteipresse spätestens vier Monate vor dem Parteitag zugeleitet. 2)

Änderungsanträge in bezug auf Resolutionsentwürfe und Resolutionen der Ortsvereine und der Zweigorganisationen müssen spätestens einen Monat vor dem Parteitag beim Z.K. eingereicht werden.

Mit der Wahl der Repräsentanten durch die O.V. einen Monat vor dem Parteitag wird die Vorbereitung des Parteitages schließlich abgeschlossen. 3)

Der Parteitag ist beschlußfähig, wenn mindestens zwei Drittel der zur Teilnahme berechtigten Personen anwesend sind. 4)

Er wählt ein dreiköpfiges Präsidium, bis dahin führt der Vorsitzende oder ein Mitglied des Z.K.'s den Vorsitz. 5)

"Im Parteitag wird über alle während der Vorbereitungszeit aufgetretenen Probleme beschlossen. Neue Themen werden nach Beschluß der Mehrheit des Parteitages eingebracht. 6)

"Hauptaufgaben des Parteitages sind:

- a) Diskussion und Beschluß über die Berichterstattung des Zentralkomitees;
- b) Diskussion und Beschluß über ideologische, politische und organisatorische Themen der Bewegung;
- c) Wahl des Parteivorsitzenden. Jeder Teilnehmer des Parteitages hat das Recht zu kandidieren, muß hierin aber von wenigstens ein Fünftel der Delegierten unterstützt werden;

1) Art. 49 der Satzung

2) Art. 50 " "

3) Art. 51 " "

4) Art. 53 " "

5) Art. 54 " "

6) Art. 56 " "

d) Der Parteitag wählt das 80köpfige Z.K. der Partei sowie den Disziplinarausschuß. Die Mitglieder des Disziplinarausschusses und des Z.K.s werden gewählt, sofern ihre Kandidatur von 1/20 der Teilnehmer unterstützt worden ist. 1)

Der Parteitag tritt alle zwei Jahre zusammen, in Ausnahmefällen kann er nach Beschluß des Zentralkomitees maximal bis zu einem Jahr verschoben werden (Art. 58). Bemerkenswert hierzu ist, daß der erste Parteitag im Mai 1984, genau zehn Jahre nach der Gründung der PASOK, stattgefunden hat. Bis dahin war er mindestens sechs Mal offiziell verschoben worden. 2)

Auch die Berufung außerordentlicher Parteitage ist nach Beschluß von zwei Drittel der Z.K.-Mitglieder möglich, oder auf Antrag von zwei Drittel der Präfekturausschüsse, die mindestens ein Drittel der Mitglieder der Bewegung repräsentieren müssen. 3)

Der Vorsitzende

Die PASOK ist -neben der EDA- die erste griechische Partei, die in der Satzung den Begriff Vorsitzender statt Führer einführte, den die Bürgerlichen Parteien (N.D. und EDIK) nach wie vor weiter benutzen.

Das Auswechseln des Führers gegen den Vorsitzenden bedeutete allerdings eine eher kosmetische Reform, betrachtet man die Befugnisse, die die Satzung dem Vorsitzenden gewährt.

Die Funktion des charismatischen Führers, die das politische Leben Griechenlands traditionell charakterisiert, bleibt vollauf erhalten -nur wurde sie in der Satzung mit einem zeitgemäß-demokratischen Mantel ausgestattet.

So reichen die Kompetenzen des Vorsitzenden weit über die seiner Kollegen in den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Westeuropas hinaus und zeigen deutliche Parallelen zur Stellung des Generalsekretärs der KPdSU.

Die entsprechenden Bestimmungen bilden ein eigenes Kapitel der PASOK-Satzung, das nur aus einem Artikel besteht (Art. 60).

1) Art. 57 der Satzung.

2) S. 'Anti', 30.9.1983, S.29, gr.

3) Art. 59 der Satzung.

Demgemäß vertritt der Vorsitzende die Partei bei allen seinen öffentlichen Auftritten im In- und Ausland, sitzt dem Z.K. und dem Exekutivbüro vor, gibt dem E.B. und dem Z.K. über die ideologischen und politischen Belange die Haltung der Bewegung vor und nimmt Stellung zu wichtigen, dringenden Themen, falls die sofortige Einberufung des E.Bs 'schwierig' ist.

Über letzteres zu befinden, liegt teilweise wiederum im Ermessen des Vorsitzenden, dem damit die Wahl zusteht, ob er autoritäres oder kollegial-kooperatives Verhalten dem E.B. gegenüber bevorzugt.

Zwischen zwei Parteitage ist das Zentralkomitee höchstes Organ; es bestimmt die Politik der Partei, unter Berücksichtigung der bekannten Grundsätze und in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Parteitage.

Das Z.K. besteht aus 80 Mitgliedern und dem Vorsitzenden. 1)

Allerdings werden diese 80 Personen nicht etwa einfach vom Parteitag aus dem Kreise seiner Teilnehmer gewählt;

vielmehr legt Art. 62 der Satzung fest, daß

- 20 Angehörige der Parlamentsfraktion angehören müssen,
- 20 den Zweigorganisationen zu entstammen haben,
- 40 ZK-Mitglieder beliebige, gewählte oder ernannte Funktionsträger der Partei sein können.

Insbesondere diese letzte Regelung verdient nähere Erwähnung:

'Beliebige Funktionsträger' könnte theoretisch bedeuten, daß auch unter den 40 'frei zu wählenden' ZK-Mitgliedern, Parlamentsabgeordnete oder Angehörige der Zweigorganisationen zu finden sind -damit stiege der Einfluß zweier Gruppen weiter, die durch die Garantie von jeweils 20 Sitzen ohnehin begünstigt sind.

1) Art. 61 der Satzung.

Weiß man, daß das ZK die Aufstellung der Parlamentskandidaten abzusegnen hat, 1) dann wird Art. 62 der Satzung umso bedenklicher. Kaum weniger bedenklich ist der Umstand, daß die 40er Gruppe des ZK auch mit ernannten Funktionsträgern besetzt werden darf:

So erhält die Parteiführung de facto das Recht zur Vorauswahl der Hälfte der ZK-Kandidaten.

Zu hoffen bleibt, daß die Parteispitze - sollte sie von dieser Möglichkeit extensiven Gebrauch machen - sich wenigstens vom Art. 7 der Satzung leiten läßt, indem es ausdrücklich heißt:

".... an der Leitung der Bewegung nehmen Mitglieder aus allen ihren drei Organisationsebenen teil, nämlich dem lokalen (geographischen), gewerkschaftlichen und parlamentarischen Bereich".

Das ZK tritt mindestens alle zwei Monate zusammen; ausnahmsweise auch auf Antrag von einem Drittel seiner Mitglieder, des Exekutivbüros oder des Vorsitzenden ²⁾ - ein weiteres Faktum, das die Position des Vorsitzenden stärkt.

Das ZK ist beschlußfähig, wenn zwei Drittel seiner Mitglieder anwesend sind (Art. 64).

Es wählt das Exekutivbüro und einen aus fünf Mitgliedern bestehenden Rechnungsprüfungsausschuß (siehe weiter unten) (Art. 65).

1) Art. 66 der Satzung bestimmt, daß die oberen Organe (das ZK) diejenigen sind, die den endgültigen Entschluß über das Aufstellen der Abgeordnetenkandidaten fällen - die Rolle der Präfekturorgane erschöpft sich in Vorschlägen, die nicht verbindlich sind.

2) Art. 63. In der Praxis tritt es einmal im Jahr zusammen und das nur um 'politische Richtungen und schon realisierte Entscheidungen zu ratifizieren'. Vgl. 'Anti' 30.9.83, S.29, gr.

In der Wirklichkeit wird die Rolle des ZK ganz auf die Ratifikation der Vorträge und Beschlüsse des Vorsitzenden und des Exekutivbüros heruntergespielt. 1), 2)

Das Exekutivbüro, vom Zentralkomitee aus seinen Reihen gewählt, besteht aus dem Vorsitzenden und acht Mitgliedern (Art. 68); mindestens zwei von diesen müssen Abgeordnete sein.

Das Exekutivbüro ist für die Leitung und Überwachung der Parteiarbeit verantwortlich, es sorgt für die Ausführung der Beschlüsse des ZK und äußert sich zu allen laufenden politischen und organisatorischen Problemen im Rahmen der Thesen des ZK (Art. 67).

Alle seine Beschlüsse und Protokolle stehen dem ZK zur Verfügung, dem es auch Rechenschaft ablegt.

Einberufen wird das EB vom ZK, das auch die Tagesordnung festlegt. Als höchstes Exekutivorgan der Partei ist es de facto ihr eigentliches Machtzentrum. Obwohl aus der Satzung keine Dominanz des Exekutivbüros im Verhältnis zum ZK hervorgeht, läßt sich feststellen, daß "ein anderes Entscheidungszentrum für die politische Leitung der Bewegung nicht geben kann" 3).

Dies sei vielleicht damit zu erklären, daß wegen der geringen Mitgliederzahl des EB, dieses eine hohe Effizienz aufweist und damit die parteirelevanten Themen rasch bearbeitet.

Die wirkliche Funktion des EB ist aber von einem ernannten Exekutiv-Sekretariat ersetzt worden, das vorgeblich nur dem Funktionieren des EB helfen sollte.

1) Es ist erwähnenswert, daß in der PASOK keine Kommission für die Kontrolle der Parteiführung geschaffen wurde, welche auch für die Behandlung von Beschwerden über die Parteiführung zuständig wäre.

2) Siehe 'Anti', 30.9.1983, S.28, gr.

3) '5. Sitzung des Zentralkomitees der PASOK', S.104, gr.

Unter dem EB stehen 15 Büros, wie z.B. jene für Jugend- und Organisationsfragen, für Presse, internationale Beziehungen, zwei für Gewerkschaftsangelegenheiten, für Kultur, Finanzen und Propaganda u.a. 1), die mit ernannten Personen besetzt sind.

Ein großer Teil der Kompetenzen des EB ist diesen ernannten Büros übertragen; diese haben in der Praxis trotz der anfänglichen Versicherungen, daß sie nur organisatorischen Charakter haben würden, entscheidende Befugnisse gewonnen. 2)

Die Parlamentsfraktion äußert nach Art. 73 der Satzung - die Ansichten der Bewegung, bestimmt ihre jeweilige Taktik im Parlament, verteidigt in- und außerhalb des Parlaments die Interessen des Landes und der Arbeitnehmer und sorgt für die Durchsetzung deren Interessen.

Die Abgeordneten nehmen am Parteitag teil und haben die Möglichkeit, an den Sitzungen der Präfekturausschüsse teilzunehmen, ohne gleichzeitig deren Mitglieder zu sein.

Der Parlamentsfraktion entstammt mindestens ein Viertel der Z.K.-Mitglieder und ein Viertel der Mitglieder des E.Bs. 3)

Streitsachen innerhalb der Partei regelt der Disziplinerrat.

Er wird vom Parteitag gewählt, dem er auch Rechenschaft ablegt. Er besteht aus sieben Mitgliedern, die nicht gleichzeitig dem Z.K. angehören dürfen; zwei davon sollen Abgeordnete sein (Art. 82).

Der Rat untersucht in zweiter oder dritter Instanz Fälle, die von dem Präfekturdisziplinarausschuß schon entschieden und zur Revision eingereicht worden sind und in erster Instanz Fälle, die Mitglieder der Präfekturausschüsse, der Präfekturdisziplinarausschüsse, des Zentralkomitees und der Parlamentsfraktion betreffen. Es veröffentlicht seine Urteile innerhalb eines Monats (Art. 83).

1) Ober diese Büros S. S.133ff.

2) 'Anti', 30.9.1983, S.28, gr.

3) Näheres über die Parlamentarier S. S.145ff.

Über die finanziellen Verhältnisse der PASOK hat diese bislang keinerlei Material veröffentlicht, so daß wir uns hier auf wenige allgemeine Punkte beschränken müssen:

Die eine Einnahmequelle der Partei bilden Mitgliedsbeiträge, die nach Art. 79 der Satzung nach Einkommenshöhe gestaffelt sind. Wichtig sind hier insbesondere die Leistungen der im Ausland lebenden Parteimitglieder - namentlich in der Bundesrepublik: Wie die Verfasserin ermitteln konnte, liegen die Beiträge zwischen fünf DM monatlich für Arbeiter und Studenten und zehn DM für 'Besserverdienende', während in Griechenland 1984 ein Mindestbeitrag von 150 Drachmen im Monat galt (ca. vier DM).

Weitere Finanzquellen bilden fallweise Spendenaktionen zur Unterstützung von Wahlen, Veranstaltungen usw., Einnahmen aus Festen und Veranstaltungen sowie der Verkauf von Parteipublikationen (Art. 79).

Die Verantwortung für die Geldmittel trägt ein Arbeitsausschuß, der vom Exekutivbüro bestimmt wird (Art. 80).

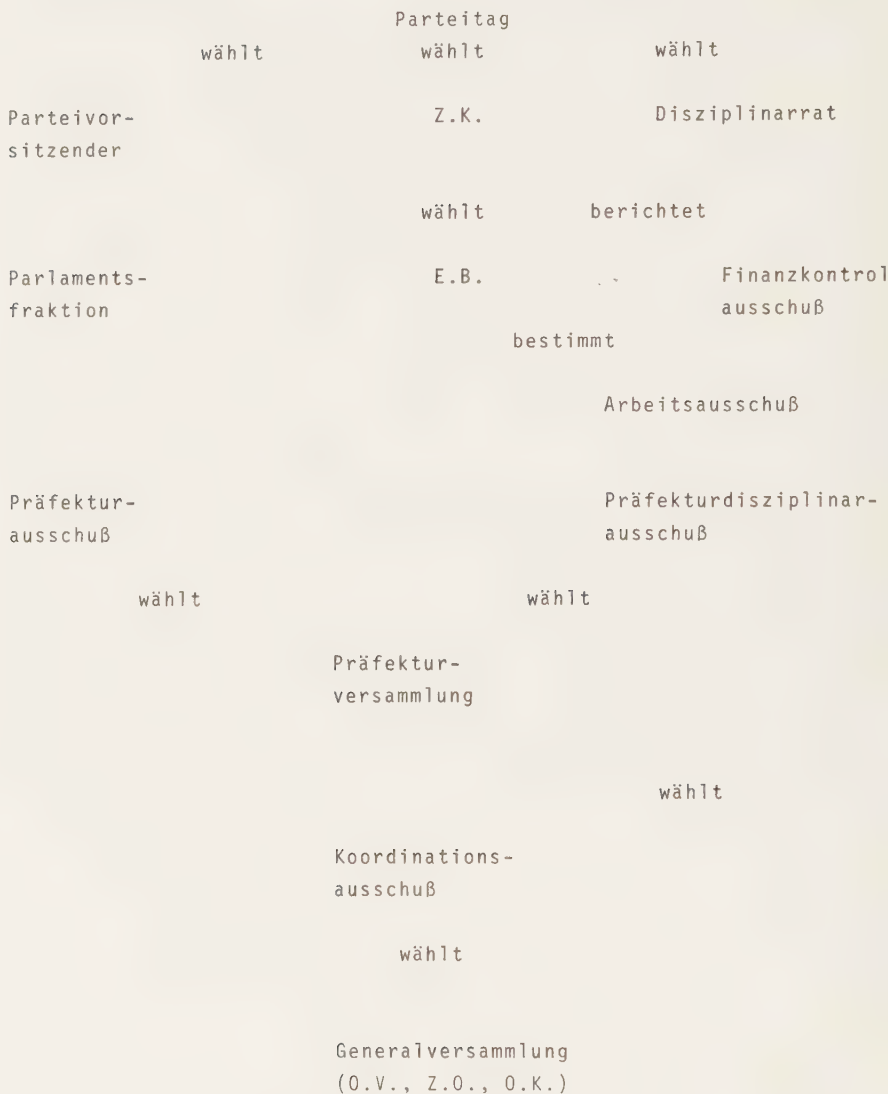
Die Kontrolle der Finanzverwaltung wird vom Finanzkontrollausschuß ausgeübt, der dem Z.K. Bericht erstattet.

Dieser hat das Recht, die Verwaltung sowohl des Arbeitsausschusses als auch aller Organisationen der Bewegung zu kontrollieren.

Damit sind die gesamtorganisatorischen Elemente der PASOK erwähnt und in ihrer Funktion und ihrem Zusammenspiel erklärt worden.

Eine Änderung dieses in der Satzung festgelegten organisatorischen Aufbaus kann nur vom Parteitag durchgeführt werden. Sollte ein Problem auftreten, das nicht in der Satzung geregelt ist, so entscheidet das Z.K. im Rahmen der Grundsätze der Bewegung.

Organisatorische Struktur der PASOK



4. Die Nebenorganisationen

4.1 Nahestehende Interessengruppen

a) Im Gewerkschaftsbereich

In Griechenland gibt es offiziell nur einen wichtigen Gewerkschaftsbund, den 'Allgemeinen Arbeiterbund Griechenlands' (GSEE: Geniki Synomospondia Ergaton Ellados).

Innerhalb wie auch außerhalb der GSEE aber funktionieren mehrere gewerkschaftliche Vereinigungen ¹⁾, die direkt oder indirekt mit den politischen Parteien verbunden sind.

Die wichtigsten davon sind: ²⁾

- Die PASKE (Panhellenische kämpferische gewerkschaftliche Arbeiterbewegung - Paneellinia agonistiki syndikalistiki Kinisi Ergasomenon-);
- Die E.S.A.K.-S (Vereinigte gewerkschaftliche antidiktatorische Bewegung-Mitarbeitende: Eniaia syndikalistiki antididaktoriki Kinisi-Synergasomeni) und
- Die A.E.M (antidiktatorische Arbeiterfront- antidiktatoriko ergatiko Metopo),

welche jeweils mit der PASOK, KPG und KPG-Inland verbunden sind.

Die PASKE, organisatorischer Ableger der PASOK im gewerkschaftlichen Bereich, besteht offiziell erst seit 1975.

Ihre Mitglieder und Funktionäre sind damit im Vergleich mit den anderen gewerkschaftlichen Vereinigungen relativ unerfahren

- ein Manko, das durch verstärkte Aktivität ausgeglichen werden soll.

Die Zahl der PASKE-Mitglieder war nicht zu ermitteln, lediglich liegt die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder mit Sicherheit weit unter jener der Sympathisanten. ³⁾

Der Einfluß der PASKE war in ihren ersten Jahren nicht sonderlich groß:

1) S. S.238.

2) S. Th. Katsanevas, 'Die moderne gewerkschaftliche Bewegung in Griechenland', Athen 1981, S.128, gr.

3) Ebenda, S, 138.

Tabelle 1: 1)

Wahlergebnisse des 18. Kongresses der GSEE 1976

	<u>Stimmen</u>	<u>Sitze</u>
D.S. ²⁾ (Demokratische Zusammenarbeit)	254	16
EDEK ³⁾ (freie demokratische Arbeiterbewegung)	125	8
ESAK-S	91	6
<u>PASKE</u>	49	3
AEM	27	2
Unabhängige	22	-
Verschiedene	1	-
Gesamt	569	35

Mit der Zunahme des politischen Einflusses der PASOK aber vergrößerten sich auch die Einflußmöglichkeiten der PASKE in den verschiedenen Berufsgruppen, insbesondere unter ungelernten Beschäftigten in Industrie und Bergbau sowie bei den Bauarbeitern. 4)

Außerdem übt die PASKE einen starken Einfluß auf eine Reihe von Einzelgewerkschaften aus, z.B. in jenen der Angestellten öffentlicher Unternehmen 5), der Bank-, Elektrizitäts- und Wasserwerksangestellten, der griechischen Fluggesellschaft 'Olympic Airways', der Versicherungen Griechenlands, der ausländischen Fluggesellschaften sowie der Angestellten des Busverkehrs Grß. 5)

1982 war die PASKE die größte gewerkschaftliche Dachorganisation. 6)

1) Th. Katzanewas, 1981, S.130.

2) Die D.S. funktioniert nach 1976 nicht mehr offiziell. Einzelheiten s. Katzanewas, S.131.

3) Für die E.D.E.K., die die Gruppe der rechts- bis ultrarechtsgerichteten Funktionäre in der Gewerkschaftsbewegung bildet, gilt nach 1976 dasselbe, wie für die D.S.
Vgl. Katzanewas, S.132-3.

4) Ebenda, S.142.

5) Ebenda, S.143.

6) Vgl. Grothusen K.D. (Hrg), Südosteuropa-Handbuch, Bd.3, 'Griechenland', Göttingen 1980, S.95.

Die Tatsache, daß ein klarer Erfolg der PASOK im gewerkschaftlichen Bereich erst nach deren Regierungsübernahme von 1981 kam - im Gegensatz zu deren Erfolgen in anderen Basisorganisationen, wie z.B. bei der Jugend (s. unten) - läßt sich durch die Eigenart der griechischen gewerkschaftlichen Bewegung erklären:

Es bestehen wenige starke Einzelgewerkschaften (wie z.B. im Bereich des öffentlichen Dienstes, der Banken, des Bergbaus und anderen Industrieunternehmen u.a.); die Regel ist aber eine eher schwache gewerkschaftliche Bewegung, insbesondere bei den Beschäftigten in mittleren und kleinen Unternehmen (unter 100 Beschäftigte), die einen sehr großen Anteil der Arbeitnehmer absorbieren. Erfahrungsgemäß begünstigt eine solche Struktur den gewerkschaftlichen Organisationsgrad keinesfalls.

Ein weiterer Grund der ungleichen gewerkschaftlichen Entwicklung in Griechenland darf die 'paternalistische' Politik der Regierungen und speziell deren Versuche, die Gewerkschaften von "oben" zu kontrollieren. 1)

Aber auch die Tatsache, daß die Gewerkschaftsspitze von der Regierung mehr oder weniger subtil gelenkt wird, bricht das Vertrauen der Arbeitnehmer zur ersteren und mindert die Effizienz der Gewerkschaften. 2)

b) In den Schulen

Gleich nach dem Sturz der Diktatur 1974 erreichten die Schüler die Abschaffung des Gesetzes 1010, das die Bildung von Zusammenschlüssen und Organisationen an den Schulen verbot.

So versammeln sich seitdem die Schüler, wählen Ausschüsse, verabschieden Resolutionen und verlangen nach mehr Mitspracherecht in den Schulgremien sowie nach Freiheit des politischen Ausdrucks in der Schule.

In den Schulen bestehen damit Fraktionen, die den großen politischen Parteien nahestehen;

der PASOK steht die 'Panhellenische Schülerbewegung' - PA.M.K - (Panellinios Mathitiki Kinisi) nah, in der Schüler von 14 - 18 Jahren organisiert sind.

Neben den spezifischen schulischen Problemen unterstützt die PAMK auch die politische Linie der PASOK und fördert deren Ziele und Programme.

1) Katsanevas, 1981, S.153ff.

2) Ebenda, S.157. Vgl. auch K. D. Grothusen, 1980, S.95.

4.2. Die Jugend- und Studentenorganisation PASP

Die 'Panhellenische kämpferische Studentenverbindung', PASP ist die Jugend- und Studentenorganisation der PASOK.

Diese besteht hauptsächlich aus der studentischen Jugend, obwohl die PASOK auch die arbeitende und bäuerliche Jugend in der PASP einzubeziehen versuchte. 1)

Die PASP bezeichnet sich als " 'autonome gewerkschaftliche Verbindung', 2) die im Rahmen der Grundsätze (des 3. September) auf die Nationale Unabhängigkeit, Volksherrschaft und Soziale Befreiung mit demokratischen Mitteln hinarbeitet". 3)

Sie ist gleichzeitig mit der Gründung der PASOK ins Leben gerufen worden und hatte sofort große Resonanz bei den Studenten gefunden. 4)

1976 bedeutete sie bei den Gremienwahlen mit 24% der Stimmen die erste Kraft in den griechischen Universitäten und 1977 mit 19,5% der Stimmen die zweitstärkste Kraft (nach der Panspoudastiki-KPG). 5)

1) S. '5. Sitzung des Z.Ks der PASOK', S.90.

2) S. S. 60.

3) S. z.B. 'Programm für die Aktivität der PASP für das akademische Jahr 1976-77', Broschüre, S.1, gr.

4) S. P. Bakojannis, Anatomie der griechischen Politik, 1977, S.206. Nach mündlichen Angaben des PASP-Büros in Athen an die Verfasserin beträgt die PASP-Mitgliederzahl an den Universitäten etwa 1/4 der gesamterhaltenen Stimmen bei den Universitätswahlen.

5) Wahlen an den griechischen Universitäten

	<u>1977</u>		<u>1978</u>	
	<u>Stimmen</u>	<u>Sitze</u>	<u>Stimmen</u>	<u>%</u>
PASP (PASOK)	10289	103	13378	30,73
PSK (KPG)	13079	147	13120	27,19
DA (KP-Inland)	9977	99	8813	17,91
	<u>1979</u>		<u>1980</u>	
	<u>Stimmen</u>	<u>Sitze</u>	<u>Stimmen</u>	
PASP (PASOK)	13479	157	7919	
PSK (KPG)	15580	184	9134	
DA (KP-Inland)	3819	48	2464	

Quelle: Für 1977: 'Agonistis', 16.2.1977, S.7; für 1978: 'Agonistis', 2.2.1978, S.13; für 1979: 'Agonistis', 2.-16.3.1979, S.4; für 1980: 'Agonistis', 7.3.1980, S.16, gr.

Zwei Gründe dürften hauptsächlich für diese spektakulären Erfolge der PASP innerhalb der griechischen Studentenschaft verantwortlich sein, die verstärkte organisatorische Arbeit unter den Studenten und deren Radikalisierung nach dem Ende der Diktatur.

Die organisatorische Arbeit bezog sich hauptsächlich auf die Mobilisierung der PASP für die Rechte, Interessen und Forderungen der Studenten an den Universitäten, für deren Vertretung in den Studentenversammlungen und -räte sie sich einsetzte, aber auch auf die Verbreitung von Flugblättern und Broschüren. 1)

Zur Information ihrer eigenen Mitglieder und zur Propagierung ihrer Politik und Ziele gibt die PASP schon seit dem 3. November 1974 die Zeitung 'Agonistis' heraus, 2) die sich hauptsächlich an der PASOK-Jugend gerichtet alle zwei Wochen erscheint.

Speziell für die Studenten wird die 'Studentische' (Spoudastiki) auch alle zwei Wochen herausgegeben.

Noch größeren Einfluß hatte allerdings die politische Entwicklung Griechenlands, die die Studenten nach der Unterdrückung während der Diktatur zu weitreichenden Forderungen nach Veränderungen nicht nur an den Hochschulen, sondern auch im Wirtschafts- und Gesellschaftssystem führte, in der Erkenntnis, daß nur solche gesamtpolitischen Reformen letzten Endes die geforderten Veränderungen an den Hochschulen effektiv wirksam werden lassen und sichern können.

Gründe der hohen jugendlichen Partizipation an der PASOK

Die Feststellung, daß sich die Jugend viel stärker von der PASOK angesprochen fühlte, als die übrige Bevölkerung, deckt sich mit der Feststellung D. Goetzes, der drei Fälle charismatischer politischer Bewegungen untersucht hat und zum Schluß gekommen ist, daß in der Struktur der Anhängergruppen dieser Bewegungen die Rolle der Jugend besonders auffällig sei. 3)

1) '2. Sitzung des ZKs der PASOK', S.134; '5. Sitzung', S.91.
Vgl. u.a. 'EXORMISI', 27.2.76 und 27.8.76.

2) Die Auflage 1984 beträgt ca. 24000 Exemplare - nach mündlichen Angaben des Zentralbüros von 'Agonistis' in Athen.

3) D. Goetze, Castro-Nkrumah-Sukarno, Berlin 1977 S.271ff.

Als Erklärung dafür bietet sich Heberles 1) Feststellung, daß jede jugendliche Generation in einer ganz bestimmten, je nach Gesellschaftsstruktur variierende Phase, besonders empfänglich ist, für neue Bindungen innerhalb einer sich bildenden Gemeinschaft, da sie in dieser Phase, - die bestimmt ist von der Loslösung von der Herkunftsfamilie auf der einen Seite und der Gründung einer eigenen Familie auf der anderen Seite - über ein relativ großes Engage-mentpotential verfügt.

Diese allgemein soziologische Feststellung könnte dadurch ergänzt werden, daß die jüngere Generation aufgrund ihres Idealismus ohnehin zu 'besseren' oder vermeintlich 'besseren' Lösungen neigt als die vorhergehenden Generationen, die sich von überkommenen Konzeptionen schwerer trennen können und eine weniger 'radikale' Einstellung zu neu auftretenden Problemen haben und gemäßiger sind. 1)

Ein zweiter Erklärungsansatz ist in der Feststellung enthalten, daß in solchen Gesellschaften, in denen eine charismatische Bewegung auftritt (wie sich die PASOK im Kap. IV,C herausgestellt wird), eine sozioökonomische Entwicklung mit negativen Konsequenzen für manche Bevölkerungsteile vorangetrieben worden ist und diese besonders betroffen hat.

In Griechenland war tatsächlich die junge Generation, die von der negativen politischen Evaluation (Diktatur) und der wirtschaftlichen (wegen der wirtschaftlichen Pleite der Diktatur) aber auch der ideologischen Krise der griechischen Gesellschaft 2) nach 1974 hart betroffen....

Eine dritte Erklärungsmöglichkeit ist durch den Begriff der 'politischen Generation' gekennzeichnet.

Dieser Begriff bezeichnet im allgemeinen eine Altersgruppe in einer gegebenen Gesellschaft, die sich durch eine dominante Einstellung zu politischen Ereignissen und eine mehr oder weniger kohärente Auffassung von den normativen Strukturen des politischen Systems auszeichnet.

1) R. Heberle, Hauptprobleme der politischen Soziologie, Stuttgart 1967, S.96.

2) S. In dem Zusammenhang vgl. N. Poulantzas, Die Krise der Diktaturen, Frankfurt 1977, S.41, 82, 116, 117, 143.

Ein wichtiges Kriterium dabei ist das Vorliegen eines einschneidenden kollektiven politischen Erlebnisses, das diese Einstellungen und Vorstellungen in den ersten Jahren politischer Aktivität weitgehend prägt.

Heberle hat in seiner Kritik des Begriffes 'politische Generation' die Schwäche des Begriffes sehr deutlich hervorgehoben: er ist viel zu ungenau, da er divergierende spätere Erlebnisse von Angehörigen dieser Generation nicht berücksichtigen kann, die ein Aufbrechen der vermeintlichen Homogenität dieser politischen Generation bewirken; er erfaßt nicht die unterschiedliche Beurteilung ein und desselben Ereignisses durch Personen, die unterschiedlichen sozialen Schichten angehören, bzw. sich in verschiedener Klassenlage befinden: er ist überhaupt schwer genau zu fassen wegen des Fehlens exakter Kriterien für die Bestimmung der möglichen Grenzen einer politischen Generation. 1)

Trotzdem, wenn die gegebenen Einschränkungen beachtet werden, läßt dieser Begriff leicht erkennen, daß die jüngere Generation kollektiv die Erfahrung einer sozialen Krise durchgemacht hat.

Im griechischen Fall war es die politische Krise der Demokratie der Jahre 1965-67, die Diktatur, die wirtschaftlichen Probleme des Landes und die negativen Erfahrungen meistens der jüngeren Generation, die die charismatische Bewegung A. Papandreous prägte.

Organisatorische Struktur der PASP

Nach Art. 75 der Satzung der PASOK darf jedes Mitglied zwischen 18 und 30 Jahren der PASP angehören.

Die PASP gilt als 'integraler Bestandteil' der PASOK; nach Art. 76 ist die "Jugend durch Partizipations- und Ausdrucksmöglichkeiten in die Organisationsstruktur auf allen Ebenen des Parteilebens" eingegliedert - analog dazu folgt der organisatorische Aufbau der PASP dem der PASOK.

1) R. Heberle, 1967, S.99.

Eine eigene Satzung der PASP ist nicht bekannt - auf entsprechende Fragen der Verfasserin wußte nicht einmal deren Zentralbüro in Athen eine Antwort.

Bei unseren Ausführungen zur inneren Struktur der PASP müssen wir uns also zwangsläufig behelfen mit einer Beschreibung der Kompetenzen ihrer Konferenz vom 9. bis zum 13. April 1976, die in der Zeitschrift 'Agonistis' erschienen ist. 1)

Dieser gemäß, steht es in der Satzung der PASP:

"Die Konferenz bildet das höchste Organ der PASP als eindeutiger Ausdruck der Basis. Sie bestimmt die politischen Richtlinien der Bewegung Sie wählt den Zentralrat.

Sie wird einmal im Jahr einberufen, bevor der Exekutivrat des griechischen Studentenvereins (EFEE) versammelt wird.

An der PASP-Konferenz nehmen Repräsentanten aller Hochschulen Griechenlands und des Auslandes teil.

Wie wir im zweiten Teil dieser Arbeit gesehen haben, hat die PASOK ab 1976 mehrmals in Angelegenheiten der PASP interveniert, bis sich diese Ende 1976 Anfang 1977 schließlich spaltete.

Seitdem ist die PASP völlig PASOK- konform.

1) 'Agonistis', 15. März 1976, S.3, gr.

B. Formelle Kommunikationskanäle zwischen Parteispitze und Basis

1. Die Aktivitäten der verschiedenen Organisationen

Die von der PASOK als 'Dreh- und Angelpunkt ihrer Arbeit und Kämpfe' bezeichneten Bereiche sind:

- a) der ideologisch-politische Bereich;
- b) der innerparteilich-organisatorische Bereich;
- c) der politische und organisatorische Bereich in den Massenorganisationen. 1)

Der erste Bereich bildet die Aufgabe des KE.ME.DIA (Studie- und Aufklärungszentrum); diese wird außerdem auch von den Pressebüros und dem Büro für Öffentlichkeitsarbeit gefördert.

Der zweite Bereich wird von den Zentralbüros, von den Organisations- und Finanzausschüssen sowie von den Büros für die Auslandsorganisationen, für Mobilisierungen und Kundgebungen und für die nationalen Vereine abgedeckt.

Schließlich wird der dritte Bereich, der die organisatorische Arbeit in den Basisorganisationen umfaßt, von den dem EB unterstehenden, schon oben erwähnten Büros geleitet. 2)

Wir nennen hier die wichtigsten der Aktivitäten dieser Büros, die auf Präfektorebene arbeiten und dem EB unterstehen, um einen Überblick der organisatorischen Arbeit der PASOK zu erhalten.

a) das Organisationsbüro 3)

ist mit der Verbreitung der parteilichen Basis der PASOK beschäftigt und hat als das Hauptorgan 'der Beobachtung und des Beistandes' der Arbeit der 'vorläufigen Präfekturausschüsse' 4) und ab 1977 der gewählten Präfekturausschüsse fungiert.

1) Berichterstattung des Exekutivsekretariats der PASOK zur ersten Panhellenischen Konferenz, in : 'Exormisi', 15.7.1977, S.9.,gr.

2) Diese sind: das Organisations-, Rechtsbeistands- und Solidaritätsbüro, das für lokale Selbstverwaltung und lokale Probleme, das Genossenschafts- und Bauern-, das Kultur-, Informations-, Finanz-, Jugend- und Pressebüro und schließlich das Büro für Öffentlichkeitsarbeit.

3) Vgl. 'Geschäftsordnung' der PASOK, 1984, S.60 (Art. 11), gr.

4) S. 'Exormisi', 3. Sept. 1976.

b) das Rechtsbeistands- und Solidaritätsbüro 1)

Seine Aufgaben bestehen u.a. darin, Rechtsbeistand zu leisten für alle Mitglieder und Sympathisanten der Partei, wenn diese wegen Partei- oder Gewerkschaftsaktivität juristische Probleme oder Gerichtsverfahren zu bewältigen haben; ferner hilft das Büro diesem Personenkreis bei Problemen mit der Verwaltung. 2)

Weiter führt das Büro eine Liste von freiwilligen Blutspendern, von Ärzten und Pflegepersonal, sorgt für die - in Griechenland nicht einfache - Aufnahme in Krankenhäuser 2) und hilft auch bei persönlichen Problemen, so z.B. bei Berufsberatung und Arbeitsvermittlung.

Schließlich hilft das Büro bei Wahlvorbereitungen und gibt u.a. die Wählerkarten oder Informationen für die Wahlberechtigten bekannt. 3)

c) das Büro für lokale Selbstverwaltung und lokale Probleme 4)

Dieses Büro koordiniert und beaufsichtigt die Aktivitäten der Organe auf Präfekturebene, beschäftigt sich mit regionalen Problemen und versucht Lösungen zu finden.

Manche Beispiele seiner Tätigkeit sind u.a. Hilfe des Büros bei den Anstrengungen der 'Union politischer Flüchtlinge' zu deren Rückkehr nach Griechenland, seine Vorschläge über das Streitthema des geplanten neuen Flugplatzes in Spata, die Teilnahme an Kundgebungen der Einwohner von Aidipsos gegen den Konzern 'Skalistiri' wegen der Umweltverschmutzung usw. 2)

d) das Genossenschafts- und Bauernbüro 5)

Die Aufgaben dieses Büros bestehen darin, die Gründung von Bauernverbänden zu fördern, die bestehenden Verbände bzw. Genossenschaften und deren Aktivität und Funktion zu registrieren, die wichtigsten in der Präfektur produzierten Agrargüter zur Kenntnis zu nehmen, sich über die Probleme der Bauern zu informieren und für

1) 'Geschäftsordnung' der PASOK, S.68-69 (Art. 21).

2) Vgl. 'Exormisi' 3.9.1976.

3) Vgl. z.B. die Bekanntmachung der PASOK über die Wählerkarten, in 'Exormisi', 4.3.1977.

4) 'Geschäftsordnung', S.63 (Art. 15).

5) Ebenda, S.66 (Art. 20).

für die Teilnahme der Partei an den Bauernkundgebungen und -förderungen zu sorgen.

Die Aktivität dieses Büros war und ist sehr bemerkenswert, wegen der Bedeutung, die der Vorsitzende der PASOK den Bauern und ihren Problemen zugeschrieben hat: "die Bauern sind die radikalste Schicht der griechischen Bevölkerung, weil sie wohl am ärgsten Ausbeutung und Unterdrückung ausgesetzt sind". 1)

So nahm es z.B. aktiv teil an den Kundgebungen der Bauernvereine von Korinth (15.1.1976), von Messinia (1.2.1976), von Naousa (27.7.1976), Mazedonien-Thessalien (29.7.1976). 2)

e) das Büro für Öffentlichkeitsarbeit

spielte eine sehr wichtige Rolle bei den Kontakten der PASOK mit anderen Parteien, Verbänden und Organisationen im Ausland u.a. 2)

f) das Kulturbüro 3)

hat indirekt für die Verbreitung der Thesen der PASOK zu sorgen, indem es u.a. Malereiausstellungen (auch von Parteimitgliedern), Dichterlesungen, Theater- und Kinoabende veranstaltet, Vorträge über Volkskunst organisiert, öffentliche Diskussionen, literarische oder musikalische Veranstaltungen organisiert usw. 4)

g) das Informationsbüro 5)

begutachtet alle Veröffentlichungen der Ortsvereine, sorgt für deren Verteilung, stellt im Präfekturausschuß Anträge über die verschiedenen ideologischen oder politischen Probleme und bereitet schließlich Diskussionen über ideologisch-politische Themen vor - freilich nach Rücksprache mit der zentralen Führung.

h) das Finanzbüro 6)

hat die Verantwortung für die Finanzen der Bewegung;

1) Berichterstattung des Exekutivsekretariats der PASOK, in 'Exormisi', 15.7.1977, S.9.

2) S. 'Exormisi', 3.9.1976.

3) 'Geschäftsordnung', S.63-64, (Art. 16).

4) 'Exormisi', 27.2.1976

5) 'Geschäftsordnung', S.60-61, (Art. 12).

6) Ebenda, S.61-62, (Art. 13).

es organisiert alle Aktivitäten und Veranstaltungen der Ortsvereine, die finanzielle Mittel einbringen. Außerdem leistet es buchhalterische Arbeit über die Einnahmen und Kosten der O.V.

i) das Jugendbüro 1)

koordiniert die Aktivität der Jugend in der Region, sorgt für die Verteilung des für die Jugend bestimmten Druckmaterials (die Zeitung 'Agonistis' sowie die Zeitschrift 'Mathitikos Agonas' (Schülerkampf)) und kontrolliert die Aktivität der Organisation in den Schulen, Hochschulen, Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Sportstätten usw.

Ferner gibt es spezielle Büros für junge Arbeiter und Angestellte, 2) für Wissenschaftler und Künstler 3) und für im Gewerbe und Handel 4) Beschäftigte, welche die Probleme der jeweiligen Gruppe vertreten, sie zu lösen versuchen und die gewerkschaftliche Tätigkeit dieser Gruppe koordinieren.

Schließlich besteht in jeder Präfektur ein Pressebüro 5), das die redaktionelle Verantwortung für die jeweilige Parteizeitung trägt, die Bekanntmachungen und andere Texte der Bewegung in der lokalen Zeitung bringt und für den Inhalt der Flugblätter, der Wandzeitungen usw. in der Präfektur sorgt.

Alle diese Büros haben keine eigenen Entscheidungsbefugnisse: Sie richten Anträge an den Präfekturausschuß und realisieren dessen Beschlüsse. 6)

1) Geschäftsordnung der PASOK, S.62, (Art. 14).

2) Ebenda, S.64, (Art. 17).

3) Ebenda, S.65, (Art. 18), Vgl. auch 'Exormisi', 4.7.1976.

4) Ebenda, S.65-66, (Art. 19).

5) Ebenda, S.72, (Art. 23).

6) Ebenda, S.59, (Art. 10).

2. Koordinieren der Aktivität zwischen Parteispitze und Basis

Ziel der PASOK war und ist, ihre Einflußsphäre zu erweitern; für die Erreichung dieses Zieles richtet sie ihre Bemühungen im Wesentlichen in zwei Richtungen: die ideologische Schulung ihrer Mitglieder und Funktionäre und das Aufgreifen lokaler Probleme. Ergänzend dazu strebte die PASOK ihre Präsenz und Aktivität durch die Vermehrung ihrer Mitglieder und ihrer lokalen Organisationen zu stärken. 1)

Diese Absicht verfolgte die PASOK aus der Erkenntnis heraus, daß der Erfolg der Partei korreliert ist mit der Stärke und ideologischen Schulung der O.V. und deren Fähigkeit, lokale Probleme aufzugreifen und ggf. zu lösen.

Außerdem seien starke lokale Organisationen in der Lage, die Führung über die wichtigsten lokalen Probleme zu informieren sowie der Partei aktiv beizustehen, wenn diese Kundgebungen, Versammlungen, Veranstaltungen usw. in ihrer Region organisiert und aktiv mit der Bevölkerung zusammenarbeiten wolle.

Die PASOK versuchte also eine Koordination der Aktivität der Parteispitze und der Basis zustandezubringen, wie folgende Tabelle ²⁾ zeigt:

Verstärkung der Aktivitäten der
Parteispitze auf lokaler Ebene

Ideologische Schulung

Parteispitze

Basis

Selbstinformation über
die lokalen Probleme

Ideologische Koordination

1) Vgl. 'Exormisi', 28.1.1977.

2) S. G. Louli, Die Organisation der PASOK, in der Zeitschrift Epikentra, Juli-Aug. 1978, S.76, gr;
Vgl. auch K. Deutsch, Politische Kybernetik, Freiburg 1969, S.340.

Im folgenden werden wir uns mit den zwei Hauptmethoden der Koordination der Aktivität zwischen Führung und Basis beschäftigen, nämlich mit der ideologischen Schulung und mit der parteilichen Selbstinformation über die lokalen Probleme.

a) Ideologische Schulung

Die ideologische Schulung wurde hauptsächlich vom KE.ME.DIA 1) durchgeführt durch Veröffentlichungen, Seminare und Vorträge für die systematische Kaderausbildung sowie durch Diskussionen und Vorträge mit dem Ziel, nicht nur eine entsprechende Bewußtseinsbildung sondern auch die Konkretisierung des Programms der PASOK zu erreichen.

Die Bedeutung, die die PASOK der ideologischen Schulung zuschreibt, sieht man in einem Text deutlich, den das KE.ME.DIA 1976 bekanntgab.

Darin sind ausführlich sowohl die Bedeutung und die Rolle der Aufklärung für die ideologisch-politischen Schulung der Mitglieder der Bewegung, für deren Gleichmäßigkeit und Verbreitung unterstrichen als auch das Treffen konkreter Maßnahmen zur Verwirklichung der oben genannten Ziele enthalten. 2)

o die Publikationen

Das Zentralorgan der PASOK ist die Zeitung 'Exormisi' (Ansturm) die seit dem 1. November 1974 gedruckt wird, mit einer Auflage von 32.000 Exemplare 1978 3) bzw. 60.000 1984. 4)

Parallel dazu erscheint die Zeitung der PASOK-Jugend (PASP) 'Agonistis' (der Kämpfer) seit 1974 vierzehntägig mit -1984- 24.000 Exemplaren sowie die 'Spoudastiki' (die Studentische) auch vierzehntägig.

Seit März 1980 veröffentlicht die an der PASOK naheliegende gewerkschaftliche Organisation PASKE die 12-seitige Monatszeitung 'Der Kampf der Arbeitnehmer'.

1) KE.ME.DIA (Kentron Meleton kai Diaphotisis) heißt Studien- und Aufklärungszentrum.

2) Es werden neue solcher Maßnahmen erwähnt. S. Beratung des KE.ME.DIA, in 'Exormisi', 13.8.1976, gr.

3) '6. Sitzung des Z.Ks der PASOK', S.38.

4) Nach mündlichen Angaben vom Büro der 'Exormisi'.

Ferner werden viele lokale Zeitungen auf Präfektorebene herausgegeben.

Außerdem publiziert die Partei seit Mitte 1976 den monatlichen Informationsbericht (Verlag KE.ME.DIA). 1)

Zudem veröffentlicht das KE.ME.DIA Bücher - Broschüren mit ideologischem Inhalt. 2)

Zu diesen Veröffentlichungen kommt eine weitere Reihe aus nicht-parteeigebundenen Verlagen im ideologischen Umfeld der PASOK, so insbesondere aus der Karanassi - Verlagsgruppe mit historischen, politischen, soziologischen und ökonomischen Themen.

Schließlich sei hier erwähnt, daß Freunde der PASOK die Zeitschrift 'Monthly Review' (Miniaia Epitheorissi) 3) herausgeben mit marxistischen Themen und Artikeln von Paul Sweezy, A. Papandreou akademischem Lehrer.

o die Schulung der Parteikader

Zu diesem Zweck geschah die Schulung der Kader durch zahlreiche Vorträge quantitativ sehr umfassend; sie wurde aber mehr den Umständen nach und weniger systematisch, d.h. durch programmierte Schulung von einer Kaderschule gestaltet.

Eine solche Kaderschule soll für kurze Zeit gearbeitet haben, allerdings heißt es in der 'Exormisi' vom 28.1.1977, "diese hatte es nicht geschafft, den Fehlbestand (an geschulten Kader, B.d.V.) auszugleichen".

Ober diese Kaderschulen ist nur bekannt, daß, "auf Betreiben des KE.ME.DIA, Seminare für die Verantwortlichen der Schulung in den O.V. von Athen und Piräus organisiert waren und es spezielle 'Kadergruppen' funktioniert hatten". 4)

1) S. 'Exormisi', 3.3.1976.

2) S. G. Louli, Die Organisation der PASOK, in 'Epikentra', Juli/August 1978, S.76.

3) Vgl. in diesem Zusammenhang den Beitrag von Z. M. Cypher, Die Schule von 'Monthly Review', in: Vaitzos, Mitzos (Hrg), Internationale Politik, Athen 1982, S.335, gr.

4) S. 'Exormisi', 3.9.76.

In der folgenden Tabelle haben wir einen Überblick der Themen dieser Seminare. 1)

<u>Ort</u>	<u>Seminarthema</u>
Ag. Trias (O.V.)	a) Ober den Sozialismus, b) Selbstverwaltung, c) taktische Probleme ²⁾
Agina (O.V.)	a) Was ist die PASOK: Warum ist sie gegründet, was will sie, b) Nationale Unabhängigkeit-Soziale Befreiung. ³⁾
Ilysia (O.V.)	a) Die Grundsätze des Marxismus, b) die Geschichte der internationalen progressiven Bewegung, c) Neugriechische Geschichte, d) Diktatur und Widerstand, e) Proklamation vom 3. September. ⁴⁾
Zografou (O.V.)	Die Probleme unseres Bezirks. ⁵⁾
Lamia (O.V.)	Die Wirtschaftspolitik in Gr. nach dem zweiten Weltkrieg. ⁵⁾
Petralona (O.V.)	Die Diktatur in Chile. ⁶⁾
Viktoriaplatz (O.V.)	a) Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft. b) die gewerkschaftliche Bewegung in Gr. c) altgriechische Philosophie und Christentum. ⁷⁾
Viotia (V.P.A.)	Die politische Entwicklung in Gr. von 1921 bis heute. ⁸⁾
Arta (O.V.)	Sozialdemokratie und Sozialismus. ⁹⁾
Nafaktos (O.V.)	Die Wahrheit über die EG. ¹⁰⁾
Dafni (O.V.)	Der dialektische Materialismus. ¹¹⁾

1) S. G. Louli, in 'Epikentra', 7/8 1978, S.76.

2) 'Exormisi', 19. März 1976.

3) Ebenda, 16. April 1976.

4) Ebenda, 7. Mai 1976.

5) Ebenda, 21. Mai 1976.

6) Ebenda, 17. Sept. 1976.

7) Ebenda, 24. Sept. 1976.

8) Ebenda, 8. Okt. 1976.

9) Ebenda, 15. Okt. 1976.

10) Ebenda, 22. Okt. 1976.

11) Ebenda, 23. Dez. 1976.

Zentralbüros

Die PASOK, ihre Unterschiede zu den anderen politischen Parteien und die demokratische Einheit. 1)

Spata (O.V.)

Bürgerliche und sozialistische Gesellschaft. Der Staat und seine Ursprünge. 2)

Pangrati (O.V.)

Änderungen in Kultur und im sozialen Prozeß. 3)

Es muß außerdem erwähnt werden, daß Prof. Simitis und andere Funktionäre eine Reihe von Vorträgen in der Provinz Griechenlands gehalten haben. 4)

Gleichzeitig wurden spezielle Seminare 5) über den 'nationalen Widerstand' von Dimitri Arvaniti, den legendären 'Kapitän Diouvounioti', von der ELAS 6) veranstaltet.

o Diskussionsvorträge zur Konkretisierung des Programms der PASOK

Im Jahre 1976 wurde von der Partei bekanntgegeben, daß nach Beschluß ihres Vorsitzenden und des Exekutivsekretariats der Entwurf und die Ausarbeitung des Programms der Bewegung einem dreiköpfigen Ausschuß von Rechtswissenschaftlern aufgetragen wurde. 7) Der vom benannten Ausschuß erstellte Text wurde vom Koordinationsausschuß über zwei Monate lang diskutiert und bearbeitet; anschließend wurde er der Parlamentsfraktion vorgelegt, die ihn ihrerseits mit einigen Anmerkungen versah und an den Koordinationsausschuß zurückgab.

Gemäß dem Rundschreiben Nr. 15/1976 des Vorsitzenden wurde dieser Entwurf den O.V. "zur Bearbeitung", der (geplanten) Panhellenischen Konferenz "zur Diskussion" und schließlich dem Parteitag "zur endgültigen Einführung" vorgelegt.

Tatsächlich wurden in den Basisorganisationen Diskussionen über Themen des Programms der PASOK aufgenommen, so über Industrialisierung, EG, das Bauernproblem, die NATO, das Verhältnis Griechenlands und der Türkei und die Probleme 'Ägäis' und 'Festlandsockel' sowie über Bildung, Wohnungswesen 9),

1) Exormisi, 23.12.1976.

2) Ebenda, 21.1.1977.

3) Ebenda, 4.3.1977.

4) wie z.B. in Giannena und Levadia. S. Exormisi, 24.3.1977, 18.7.1976

5) Exormisi, 28.5.1976.

6) Gemeint ist hier der Widerstand gegen die Besatzungsmächte während des 2. Weltkrieges. S. S.11ff.

7) Exormisi, 2.4.1976.

8) Ebenda, 28.5.1976.

9) Ebenda, 30.4.1976.

Gesundheit 1) u.a.

Durch das oben erwähnte Rundschreiben bestimmte der PASOK-Vorsitzende A. Papandreou, daß eine Reihe von Artikeln des Programms sofort in Kraft treten und andere bis zum Parteitag 'eingefroren' bleiben sollten. (Dieser war im Rundschreiben für das Jahr 1979 vorgesehen).

Für die 'Übergangsphase' bis zum Parteitag - der allerdings erst im Mai 1984 zum ersten Mal stattfand - vereinigte der Vorsitzende der Partei alle Kompetenzen in seinen Händen und bestimmte die Linie und Politik der Bewegung.

b) Parteiliche Selbstinformation über die lokalen Probleme

Der Versuch, die lokalen Informationen der Parteiführung zu überbringen, ist von der PASOK keineswegs zurückgestellt worden, obwohl dieses Verfahren erst ab 1977 systematisch begonnen hat. Die PASOK hat etwas spät aber doch begriffen, daß das Streben für lokale Anliegen die örtlichen Parteiorganisationen aktiviert, ihren Einfluß stärkt und der Unterrichtung der Parteispitze über Themen, die sonst ignoriert würden, beiträgt. ³⁾

Solche Informationen dienen der Parteiführung als Ausgangspunkt für die Formulierung einer allgemeinen Strategie auf nationaler Ebene wie auch für deren Feinabstimmung auf lokaler Ebene.

So, erklärt uns ein parteilicher Beschluß "dürfen wir uns in einer Agrarregion nicht auf tägliche unendliche Diskussionen über den marxistischen Charakter der PASOK beschränken... während die Pfirsiche im Lager verfaulen". ²⁾

1) Exormisi, 6.5.1977. Unter diesem Themenkreis befand sich auch die Vergesellschaftung des Gesundheitssektors, Qualität der medizinischen Betreuung, Versicherungen, Umweltschutz, Krankenhauspflege, Schutz von schwachen Personengruppen (wie Alte und Kinder) u.a.

2) Exormisi, 28.1.1977.

3) Zu Kommunikationstheoretischen Aspekten S. K. Deutsch, Politische Kybernetik, Freiburg 1969.

In der Praxis erforderte dies die detaillierte Analyse 'lokaler Kleinarbeit' - wie z.B. Kanalisationsprojekte und Straßentrassierungen - und das entsprechende Engagement der Parteifunktionäre bei derer Bewältigung. 1)

Wie schon erwähnt, beginnt der Versuch der Selbstinformation der Partei erst Anfang 1977: Es begannen führende Funktionäre gruppenweise Provinzstädte zu besuchen, um dort Vorträge zu halten, Diskussionen zu leiten und Informationen über lokale und organisatorische Themen zu sammeln. 2)

Diesem Anfang folgte eine ganze Reihe von Provinzbesuchen seitens der Parteifunktionäre, die die von K. Deutsch genannte 'mittlere Ebene' der Kommunikations- und Befehlsebene bildeten.

Die strategisch sehr wichtige 'mittlere Ebene'

"liegt in 'vertikalen' Richtungen der großen Masse der... Staatsbürger... nahe genug, um jeden dauerenden und wirksamen Kontakt zwischen diesen und den Personen auf der 'höchsten Ebene' zu unterbinden oder ihm zuvorzukommen; es ist dies zugleich die Ebene, die hoch genug über der breiten Masse liegt, um eine wirksame 'horizontale' Kommunikation und Organisation zwischen einem hinreichend großen Teil der Personen oder Einheiten der gleichen Rangstufe zu ermöglichen. 3)

Diese Vermittlungsfunktion zwischen Führung und Basis, sei es als Informationskanal in Richtung Führung, sei es als Kontaktpunkt zwischen den höheren und unteren Parteigliederungen, haben die Parteifunktionäre in dieser Zeit übernommen.

Die PASOK hat insbesondere den Agrarproblemen starke Aufmerksamkeit geschenkt. Diese wird u.a. auch dadurch deutlich, daß in der Parteizeitung 'Exormisi' eine spezielle Kolumne eingeführt wurde mit dem Titel: die 'Exormisi' in der Nähe unserer Bauern; in dieser wurden und werden Agrarprobleme nach Region vorgestellt und diskutiert. 4)

1) Vgr. 'Exormisi', 28.1.1977.

2) Ebenda, 26.11.1976, 3.12.1976, 21.12.1976 u.a.

3) K. Deutsch, 1969, S.222.

4) Exormisi, 4.2.1977.

Parallel zur Einführung dieser Kolumne ist vom KE.ME.DIA ein 'Rundschreiben' veröffentlicht worden, worin man betonte, daß "die Registrierung der lokalen Probleme die wesentlichste Informationsquelle zur Herausarbeitung des kurz- und langfristigen Programms der PASOK" wäre. 1)

Diese 'Informationen' bezogen sich auf folgende Themenkreise: 1)

- Bauernprobleme, wie z.B. Bauern ohne Landbesitz, Agrarpreise, Ausnutzung der Bauern durch Zwischenhändler usw.;
- Umwelt, Lebensqualität, Raumgestaltung, Städtebau;
- Probleme spezieller Regionen, z.B. durch Überschwemmungen oder Erdbeben geschädigt u.a.;
- Technischer Unterbau, Be- und Entwässerungsanlagen u.a.;
- Dienstleistungen (Verkehr, Tourismus usw.);
- Bildung, kulturelle Aktivität, Sport;
- Gesundheit, Vorsorge.

Mit diesen Themen als Basis endete das Rundschreiben mit dem folgenden 'Arbeitsplan' für die Organisationskerne und die Ortsvereine: 1)

- Registrierung und Prioritätssetzung der akuten lokalen Probleme;
- Erfassung der sozialen Kräfte, die den 'Kampf' für die Lösung der konkreten lokalen Probleme unterstützen können;
- Das Aufgreifen der Probleme durch die Information der Bevölkerung;
- Möglichkeit einer aktiven Präsenz und aktiven Beteiligung der PASOK;

Für die Präfekturausschüsse waren vorgesehen Koordination und Einteilung der Arbeit der O.V. sowie Erfassung und Kritik deren Aktivitäten.

Diese Erfassungsarbeit sollte in einem speziell von der Führung versandten Formular eingetragen werden.

Resultate dieses Versuchs der Parteispitze zur Selbstinformation sind nicht bekannt, doch ist das systematische Aufgreifen lokaler Probleme grundsätzlich eine gute Voraussetzung für den Erfolg des Versuchs.

1) Rundschreiben des KE.ME.DIA in 'Exormisi', 4.2.1977.

3. Das Verhältnis der PASOK zu ihren Parlamentariern

Die Parlamentarier, die ihren Auftrag aus Wählerstimmen und nicht von der Parteiführung ableiten, werden wohl in der Mehrheit wegen ihres persönlichen Einflusses in der jeweiligen Region gewählt und weniger wegen der politischen Philosophie ihrer Partei.

Diese Tatsache macht sie der Führung und den Parteifunktionären etwas suspekt, da sie womöglich ein zu starkes Eigengewicht gewinnen könnten.

Schon vor den Wahlen 1977 hat es, wie auch A. Papandreou eingestanden, Reibereien zwischen den 'orthodoxen' Parteifunktionären und den von diesen 'Opportunisten' genannten Parlamentariern gegeben.¹⁾

Der Konflikt wurde schließlich durch Unterordnung der Parlamentarier gelöst, welche der Vorsitzende der Partei dazu veranlaßte, ihren Äußerungen im Parlament mit den 'außerparlamentarischen Kräften' (der Partei) zu koordinieren.²⁾

Diese 'Vorgeschichte' erklärt warum der Vorsitzende der PASOK am 10. Januar 1978 eine Reihe von Maßnahmen bekanntgab, die die Freiheit individueller aber auch kollektiver Aktivität der PASOK-Parlamentarier beschränkten.

Ziel dieser Maßnahmen war es, jeden Parlamentsabgeordneten im Namen der 'Disziplin' ³⁾ in den Parteiapparat einzubinden.

Diese Maßnahmen umfaßten die Schaffung einer Reihe von organisatorischen Einheiten und zwar a) die Bildung eines parlamentarischen Arbeitssektors (P.A.S.) ⁴⁾ der aus neun Mitgliedern, einem Sekretär und einem Berichterstatler bestand.

Die Gründung der P.A.S. wurde von der Schaffung zweier weiterer Organisationseinheiten begleitet: dem Dienstdirektor der Parlamentsfraktion (D.d.P.) ⁵⁾ und dem Dienst für Studien und Dokumentation der Parlamentsfraktion (D.S.D.P.) ⁶⁾.

1) "Wir sind einer ungerechten Polemik zwischen den Parlamentariern und den Außerparlamentariern der Bewegung begegnet" beteuerte A.P. in seinem Vortrag zum sogenannten Vorparteitag der PASOK, am 16.3.1975. S. A. Papandreou, Von der PAK zur PASOK, Athen 1976, S.100.

2) A. P. verlangte, daß die PASOK-Parlamentarier "eine disziplinierte Opposition" im Parlament darstellen. S. A. P., 1976, S.100.

3) S. Vortrag A. P. an der Parlamentsgruppe der PASOK, in der Zeitung 'Eleftherotypia', 11.1.1978.

4) Kinowouleftikos Tomeas Ergasias (K.T.E.).

5) Diefthindis tis Ypyresias Kinowouleftikis Omadas.

6) Ypyresia Meleton kai Tekmiriosis tis Kinowouleftikis Omadas.

Durch diese Maßnahmen wird jeder Gesetzentwurf vom zuständigen Berichterstatter des P.A.S übernommen und von ihm entweder über den D.d.P oder direkt dem D.S.D.P weitergeleitet.

Der Berichterstatter des P.A.S entscheidet zusammen mit dem Sekretär (des P.A.S) über die Frage, wer der Referent des Gesetzentwurfs sein soll.

Sowohl der Berichterstatter als auch der Sekretär des PAS sind gewählte Personen vom Vorsitzenden der PASOK, die nur von ihm vertreten werden können, wenn sie nicht anwesend sind. 1)

Der Referent des Gesetzentwurfs muß die Ansichten des Berichterstatters des P.A.S, des P.A.S als Organ und des Sekretariats des D.S.D.P berücksichtigen.

Wenn es aber dem Parteivorsitzenden notwendig erscheint, ernennt er direkt einen Referenten für Pläne oder Gesetzentwürfe 2) - also unabhängig davon, ob der P.A.S nun einverstanden ist oder nicht.

Ferner werden die Vorschläge zu Gesetzentwürfen durch Abgeordnete der PASOK erst vom P.A.S beurteilt, der sie dem D.S.D.P zur 'weiteren Stellungnahme' weiterleitet. 3)

Die Einschränkungen, denen die PASOK-Abgeordneten in Bezug auf ihre Rapporte, Eingaben, Anfragen usw. unterworfen werden, sind wesentlicher Natur.

Der Abgeordnete muß, bevor er eine Eingabe, Anfrage etc. im Parlament einbringt, diese dem D.d.P vorlegt haben, der die Anfrage dann an den zuständigen P.A.S weiterleitet.

Befindet der D.d.P, daß z.B. eine Anfrage im Parlament die PASOK-Fraktion in 'schiefem Licht erscheinen lassen' könnte, so wird diese weiter vom Sekretär und dem zuständigen Berichterstatter des P.A.S überprüft. Die Entscheidung über das Zulassen, die Rücknahme oder Vertagung der Anfrage fällt dann durch Mehrheitsentscheid des P.A.S oder Beschluß des Vorsitzenden.

Für den Fall eines eventuellen Konflikts der Mehrheit des P.A.S mit dem Vorsitzenden der PASOK wird es nirgendwo erklärt, wer die endgültige Entscheidung trifft.

1) Vortrag A. Ps an der parlamentarischen Gruppe der PASOK, in: 'Eleftherotypia', 11.1.1978, 3. Paragraph (10).

2) Ebenda, 4. Paragraph (7).

3) Ebenda, 3. Paragraph (2).

4) Ebenda, 3. Paragraph (9).

Von der Formulierung des Vortrages A. Pš an der parlamentarischen Gruppe her, läßt sich aber vermuten, daß der Vorsitzende der PASOK ein Vetorecht hat: "Das Zurückziehen oder die Verschiebung einer Anfrage usw. auf Initiative eines oder mehrerer der sie ursprünglich tragenden Abgeordneten kann nur nach Einwilligung des Parteivorsitzenden stattfinden". 1)

Grundsätzlich ist das Einbringen von Anfragen oder anderer parlamentarischer Initiativen zusammen mit Abgeordneten anderer Parteien grundsätzlich verboten.

Ausnahmsweise kann dies aber "nach Zustimmung des Vorsitzenden der PASOK" erlaubt werden. 2)

Die eindrucksvollste Einschränkung aber, die den PASOK-Abgeordneten auferlegt wird, ist folgende:

"Mitteilungen und Interviews für die in- und ausländische Presse oder für Runkfunk- und Fernsehanstalten sowie Artikel in Zeitungen und Zeitschriften dürfen nur nach vorheriger Absprache mit dem Parteivorsitzenden oder dem Regierungssprecher stattfinden, falls diese Interviews, Artikel usw. den offiziellen Thesen der PASOK etwas hinzufügen. 3)

Anders gesagt, werden die Abgeordneten dazu bewegt, nur den offiziellen Standpunkt der PASOK zu vertreten und für die Abgabe jeder persönlichen Stellungnahme muß das Placet des Vorsitzenden eingeholt werden.

Schließlich muß erwähnt werden, daß "bei jedem Empfang von PASOK-Parlamentariern in Botschaften, Teilnahme an Feierlichkeiten, Kongressen, politischen Diskussionen oder Konferenzen und öffentlichen Versammlungen von Vereinen oder Berufsorganisationen die D.d.P unerläßlich informiert werden muß". 4)

Von den oben ausgeführten Einschränkungen wird der Umfang der strikten Kontrolle, die die Parteiführung den Abgeordneten auferlegt hat, offensichtlich.

1) Vortrag A. Pš an der parlamentarischen Gruppe, in: Eleftherotypia, 11.1.1978, 3. Paragraph (11).

2) Ebenda, 4. Par. (3).

3) Ebenda, 4. Par. (12).

4) Ebenda, 4. Par. (13).

Diese Kontrolle umfaßt nicht nur deren parlamentarische Tätigkeit, sondern auch ihre außerparlamentarische Aktivität, sogar solche Aktivitäten, die nicht unbedingt eine Stellungnahme über ein Thema mit sich bringt, wie z.B. die Teilnahme an den Empfängen einer Botschaft.

Die wichtigste Kontrolle und Einschränkung der PASOK-Parlamentarier von der Führung ist also diejenige, die den freien Meinungs Ausdruck untersagt.

Diese Praxis steht im Gegensatz zu Artikel 60 der griechischen Verfassung von 1975, nach dem: "die Abgeordneten haben ein unbeschränktes, nur ihrem Gewissen unterworfenes Meinungs- und Stimmrecht".

Trotzdem wurde 1978 bei der 5. Sitzung des Z.Kš der PASOK in diesem Zusammenhang festgelegt:

"Die Beschlüsse des Z.Kš, des Vorsitzenden und des E.Bš bestimmen verbindlich den allgemeinen Rahmen, in dem sich die Parlamentsfraktion bewegt". 1)

1) S. '5. Sitzung des Z.Kš der PASOK', S.55, gr.

C. Entscheidungsprozesse und -strukturen in der PASOK

1. Innerparteiliche Demokratie 1)

Die Frage, ob eine Partei demokratisch strukturiert und ob in ihr die Möglichkeit demokratischer Willensbildung gegeben ist, läßt sich nur durch die Untersuchung einer Reihe von Einzelproblemen beantworten:

Ausgehend von den vorangegangenen Feststellungen soll hier die Stellung des einzelnen Mitglieds analysiert werden, ebenso seine Möglichkeiten, auf die Politik der Partei Einfluß zu nehmen sowie die Mechanismen der politischen Willensbildung innerhalb der Partei.

Dabei muß allerdings von vornherein berücksichtigt werden, daß die PASOK, wie jede andere Partei, eine politische Bewegung mit ganz bestimmten Zielvorstellungen ist und daß zwischen diesen Zielen und der organisatorischen Struktur ein enger Zusammenhang besteht. Eine politische Partei, deren Ziel es ist, die Macht im Staate zu erringen, um aus dieser Position heraus ihre Zielvorstellungen zu realisieren, muß notwendig zu Organisationsprinzipien finden, die am geeignetsten erscheinen, dieses Ziel zu erreichen.

Die innerparteiliche Demokratie spiegelt den Entwicklungsstand der griechischen Demokratie als solcher wider:

Daher läßt sich ersterer naturgemäß nur schlecht an irgendwelchen demokratietheoretischen Idealtypen messen; verwiesen sei hier z.B. nur, auf die Partizipationsmöglichkeiten der Basis im innerparteilichen Entscheidungsprozeß.

Allerdings kann und muß untersucht werden, ob die parteiinterne Demokratie der PASOK mit den von dieser Partei selbst postulierten Grundsätzen und Zielen übereinstimmt.

Organisatorisches Grundprinzip der PASOK ist das demokratische Verfahren, das sowohl eine breite innerparteiliche Partizipation gewährleisten soll, wie auch eine hohe politische Effizienz; denn:

1) Vgl. in dem Zusammenhang:

See H., Volkspartei im Klassenstaat oder das Dilema der innerparteilichen Demokratie, Hamburg 1972;

Wernicke I.H., Die Bedingungen politischer Partizipation, Meisenheim am Glan, 1976;

Zeuner B., Innerparteiliche Demokratie, Berlin 1970.

"Demokratie heißt gleichwertige und allgemeine Teilnahme der organisierten Mitglieder an dem innerparteilichen Leben, an der Auswahl der Taktik und der Strategie, Teilnahme an der gesamten Gestaltung und Entwicklung der Bewegung.

Politische Effizienz heißt geschlossenes Auftreten nach außen und einheitliches Vorgehen, heißt entscheidendes Einwirken auf die Massen.

Demokratie und politische Effizienz verbinden sich unzertrennlich und dialektisch in einem einheitlichen Ganzen" 1)

Das demokratische Verfahren - so die PASOK - setzt folgende Bedingung voraus: Die Schaffung eines einheitlichen, demokratisch und kollektiv gewählten Führungszentrums, das immer den Gesamtwillen und das vereinigte Gewissen der ganzen organisierten Basis der PASOK vertreten und die einheitliche politische Linie festlegen wird.

Innerhalb dieses Rahmens erhalten Ortsvereine und Zweigorganisationen zwar das Recht zu politischen Initiativen, nicht aber Entscheidungskompetenzen: die jeweils übergeordneten Parteiorgane erhalten gegenüber den nachgeordneten gleichsam eine Weisungsbefugnis.

Dementsprechend hat A.P. in der Vergangenheit wiederholt betont, daß "das Funktionieren des demokratischen Verfahrens Homogenität und Unterordnung unter die Beschlüsse der Parteiorgane voraussetzt". 2)

In seinem Buch "Von der PAK zur PASOK" präziserte A.P. das demokratische Verfahren wie folgt:

"Das demokratische Verfahren setzt eine wesentliche Bedingung voraus, nämlich, daß uns gemeinsame Grundsätze, sowie Glauben an die Bewegung und Respekt vor der Meinung des anderen fest verbinden. Ohne diese Voraussetzung führt das demokratische Verfahren zum Konflikt, zur Entscheidungsmanipulation und schließlich zur Auflösung. Außerdem bringt das demokratische Verfahren die Bewegung nur weiter, wenn es von Verantwortlichkeit und Gehorsam () begleitet wird." 3)

1) 'Politischer Antrag über die Satzung', O.K.A /5 (organisatorischer Konferenzausschuß), Athen 10.3.1977, S.5 sowie 'Exormisi' 15.7.1977, S.7.

2) A. Papandreou, Griechenland den Griechen, Athen 1976, S.577, gr.

3) A. Papandreou, Von der PAK zur PASOK, Athen 1976, S.101, gr.

Diese Aussage zu dem demokratischen Verfahren läßt den Verdacht aufkommen, daß in der PASOK ein freier Austausch der politischen Effizienz untergeordnet, ja als Gegensatz gesehen wird, etwa nach dem Motto "Demokratie ja, aber erst wenn eine 'Homogenisierung' und ein 'Gleichklang' der Meinungen erreicht worden ist".

Daher drängt sich die Frage auf, durch welche Mechanismen die PASOK in Theorie und Praxis das demokratische Verfahren zu verwirklichen sucht und wie weit diese Mechanismen das einzelne Parteimitglied an der innerparteilichen Willensbildung 1) teilnehmen lassen - und damit an der Festlegung der für alle Mitglieder verbindlichen Politik der Partei.

Die PASOK legt in der Satzung nicht nur die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft fest, 2) sondern sie definiert auch im einzelnen die Rechte und Pflichten der Parteimitglieder. 3)

Mitglieder haben danach die Pflicht, am Parteileben teilzunehmen (in O.V. und Z.O.), für die Verbreitung der Grundsätze, der Politik und des Programms der Bewegung zu arbeiten, zur Stärkung der Bindung der PASOK mit dem Volk beizutragen, ihr politisches Wissen und ideologisches Verständnis zu vertiefen, Unterstützung für die Politik und Ziele der Partei zu gewinnen und neue Mitglieder zu werben.

Sie sollen in den Basisorganisationen tätig sein und sich um das Erreichen der Forderungen der Arbeitnehmer bemühen.

Sie müssen aktiv an den Beschlüssen ihrer Organisationen teilnehmen, die politischen und ideologischen Thesen der Bewegung nach außen vertreten, für die Beschlüsse der Partei eintreten und die Parteidisziplin wahren. 4)

Jedes Parteimitglied hat das Recht 5), sowohl in seinem Ortsverein als auch auf den Kongressen und Parteitagen an den Diskussionen und den Beschlüssen teilzunehmen, sich an der Wahl der führenden Parteigremien aktiv und passiv zu beteiligen, Fragen und Erklärungen an die zuständigen Organe oder durch sie an die höheren Organe der Partei zu richten und Kritik im Rahmen der Parteiorgane zu üben.

1) Müller U., Die demokratische Willensbildung in den politischen Parteien, Mainz 1967, S.122.

2) Art. 14 der Satzung.

3) Art. 18-20 der Satzung.

4) Art. 18 der Satzung.

5) Art. 19 der Satzung.

Obwohl Recht und Pflichten der Mitglieder damit satzungsgemäß verankert sind, ist es doch schwer festzustellen, wie weit die einzelnen Regelungen in der Praxis befolgt werden.

Die Satzung legt nicht ausdrücklich fest, auf welche Weise und in welchem Rahmen die Teilnahme an der Diskussion zu erfolgen hat, doch dürfte klar sein, daß die Mitglieder das Recht haben, ihre Ansicht zu Fragen der Parteipolitik in den Versammlungen der Ortsvereine bzw. der Zweig- und Präfekturorganisationen zu äußern.

Ob kontroverse Meinungen in der Parteipresse erscheinen, ist allerdings fraglich: erstens wegen Artikel 11 der Satzung, demzufolge Kritik und Selbstkritik keinesfalls 'nach Draußen getragen' werden darf und zweitens wegen der Gängelung der Parteipresse durch die Parteiführung.

Es ist also kaum anzunehmen, daß letztere einen Beitrag zur Veröffentlichung freigibt, dessen allgemeine Diskussion in der Partei sie für nicht opportun hält.

Natürlich kann man verstehen, daß die Hauptfunktion der Parteipresse jene ist, die Politik der Partei zu vertreten und daher kein uneingeschränktes Publikationsrecht für einzelne Parteimitglieder bestehen kann, allerdings sollte die Parteipresse ein breiteres Meinungsspektrum reflektieren und damit ein Forum innerparteilicher Diskussion sein - nicht nur ein bloßes Verlautbarungsorgan der Führung.

Ferner müssen sich Minderheiten im Interesse der gemeinsamen Zielsetzung aller Parteimitglieder den Beschlüssen der Majorität unterordnen. 1) Die Minorität hat allerdings das Recht ihr Problem durch die zuständigen Organe vor höheren Parteiinstitutionen zu bringen.

Es läßt sich also unschwer vorstellen, daß dieser 'Dienstweg' durchaus als Filter für abweichende Meinungen gebraucht werden kann. Bestätigt wird diese Vorstellung, betrachtet man Artikel 5 der Satzung: Verboten wird hier die Fraktionsbildung innerhalb der Partei, wobei Fraktion verstanden wird als "Gruppe mit eigener Disziplin, die für die Durchsetzung der eigenen Ansichten arbeitet".

1) Artikel 8 der Satzung.

Dieses Fraktionsbildungsverbot, auf das sich die Parteiführung immer dann berufen kann, wenn innerhalb der Mitgliedschaft Bedenken gegen die offizielle Parteilinie laut werden, wurde in der Vergangenheit auch entsprechend oft eingesetzt.

Fraktionsverbot, zentralistische Entscheidungsgewalt und absolute Kontrolle über die Kommunikationskanäle der Partei stärken die Parteiführung zweifellos weiter.

Ob die PASOK damit nun eine demokratische Partei ist oder nicht, ist indes dennoch schwierig zu beurteilen:

Wie die Verfasserin der vorliegenden Arbeit in ungezählten Einzelgesprächen herausgefunden hat, empfindet das "Fußvolk" der Partei diese durchaus als demokratisch, während viele ehemalige Parteimitglieder ihr anti-demokratisches Verhalten vorwerfen. 1) Viele dieser Kritiker scheinen sie allerdings an einem idealistischen Demokratiebegriff zu messen - besonders Intellektuelle tendieren weit eher dazu, als Vertreter der Arbeiterklasse oder der Mittelschichten. Sie sind auch weniger geeignet als Arbeiter, Veränderungen in der politischen Linie, der Taktik oder der Ideologie der Partei unbefragt zu akzeptieren.

So schreibt Peter Gay über die deutsche Sozialdemokratie:

"Eine demokratische sozialistische Bewegung, die sich zum Ziel gesetzt hat, eine kapitalistische in eine sozialistische Ordnung zu transferieren, sieht sich notwendig mit der Wahl zwischen zwei nicht zu vereinbarenden Begriffen konfrontiert - Prinzipien und Macht." 2)

Die PASOK ist in der Theorie ihrer Satzung durchaus demokratisch, in der Praxis aber hat sie die innerparteiliche Demokratie, insbesondere in den ersten Jahren ihres Bestehens wiederholt mißachtet.³⁾

Einer der Hauptpunkte der Vorwürfe seitens der Kritiker der PASOK bildet die Person des Vorsitzenden A. Papandreou und seine Rolle in der Partei.

1) S. u.a. 'PASOK und die Macht', Athen 1980, S.145, 160ff, 475, gr.

Diese Aussagen der Verfasserin durch ein repräsentatives Sample wissenschaftlich hieb- und stichfest abzusichern war nicht möglich: Entsprechende Daten liegen nicht vor, solche für diese Arbeit zu erheben scheiterte an dem Mangel der Kooperationsbereitschaft der PASOK.

2) P. Gay, The Dilemma of Democratic Socialism: Eduard Bernstein's Challenge to Marx, New York 1952, S.9.

3) S. S.40ff.

2. Die Rolle des Vorsitzenden A. Papandreou in der PASOK

Der Vorsitzende der PASOK 1) ist eine sehr umstrittene Figur. Er hat fanatische Anhänger ebenso eingefleischte Feinde.

1961 kehrte er nach langjähriger Abwesenheit aus den USA nach Griechenland zurück und gründete das 'Zentrum für Wirtschaftsforschung', dessen Präsident er wurde; außerdem arbeitete er als Berater der 'Bank von Griechenland'.

1963 wurde er in Patras zum Abgeordneten der Zentrumsunion-Partei seines Vaters G. Papandreou gewählt. Nach dem zweiten klaren Sieg 2) der Zentrums-Partei bei den Wahlen vom 16.2.1964 wurde er von seinem Vater zeitweilig zum stellvertretenden Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit ernannt.

In diesen Jahren repräsentierte er den linken Flügel der Zentrumsunion, von 30-50 Abgeordneten unterstützt; er setzte durch, daß die Union während ihrer kurzen Regierungszeit (vom November 1963 bis zum 15. Juli 1965) beachtliche Reformen durchführte, die die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung des Landes zum Ziel hatten und aus Griechenland einen modernen, europäischen Staat machen wollten.

1) A. Papandreou, am 5.2.1919 in Athen geboren, ist Sohn des Politikers Georg Papandreou, der bis zu seinem Tod Präsident der Zentrums-Partei war. A. P. besuchte das American College in Athen, danach studierte er Rechtswissenschaften in Athen; schon während der Studienzeit war er politisch aktiv und wurde wegen seines Protestes gegen die Diktatur Metaxas verhaftet und gefoltert.

1940 emigrierte er in die USA, wo er an der Harvard University Wirtschaftswissenschaften studierte und 1943 den Dokortitel erhielt.

1946 wurde er "instructor" in Harvard, später lehrte er an der Universität von Minnesota und an der North Western University.

1955 wurde er ordentlicher Professor an der Universität Berkeley, Kalifornien, wo er auch Dekan der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät gewesen war.

2) S. S.17.

A. P. formulierte im Sommer 1966 ein zehn Thesen umfassendes Grundsatzprogramm, das unter anderem die Verurteilung ausländischer Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes enthielt sowie die Forderung nach der Beschränkung der Rolle des Königs, nach Selbstverwaltung, freien Gewerkschaften, Modernisierung der Parteien und nach der Anhebung des Bildungsniveaus des Volkes; außerdem verlangte er gleiche Rechte für alle Bürger. 1) Mit diesem Programm begann sich für A. P. die geistige Grundlage der Entstehung einer Partei des demokratischen Sozialismus abzuzeichnen.

Hier sollte man auf eine Behauptung über die Bedeutung dieses Programms hinweisen, die oft geäußert worden ist und über die A. P. selbst in seinem Buch "Griechische Tragödie" berichtet:

"Man sagt oft, daß wir, und besonders ich, die Schuld daran tragen, das Establishment herausgefordert und durch ein zu radikales, zu exzentrisches Reformprogramm eine Krise provoziert zu haben. Unterstellt wird dabei, daß die Reformvorschläge weniger radikal, die Parolen weniger phantasievoll hätten sein sollen. Das, so behauptet man, hätte das Aufkommen eines Militärregimes in Griechenland verhindern können". 2)

Diese Behauptung empfinde ich nicht als richtig und in diesem Punkt stimme ich mit A. Papandreou überein, nämlich daß "die Kräfte des Fortschritts, des Wandels und der Reform nicht durch Furcht erstickt werden sollten.

1) Etwa auch die Kommunisten, die verfolgt und diskriminiert wurden. Vgl. S.14ff.

2) A. Papandreou, Griechische Tragödie, Wien 1970, S.334, gr.

Sie sollten nur dafür sorgen, ihre Basis im Volk so zu organisieren, daß sie für die Konfrontation mit den Kräften des Konservatismus und der Reaktion gewappnet sind, sollte eine solche drohen". 1)

Während der Diktatur wurde A. P. schon im April '67 von den Obristen verhaftet, jedoch im Dezember 1967 wieder freigelassen. Er ist im Jan. '68 ins Ausland geflüchtet und in Toronto, Kanada, wurde er im Exil zum Wortführer der in- und ausländischen Gegner der Diktatur.

Er hat die Widerstandsorganisation "PAK" im Ausland gegründet, deren Präsident er war.

Während dieser Zeit hat er freundschaftliche Verhältnisse zu den progressiven politischen Kreisen Europas, besonders zu den sozialistischen Parteien unterhalten. Nach dem Zusammenbruch des Militärregimes kehrte er am 17. August 1974 heim und gründete die PASOK. Er war zu dem Zeitpunkt also schon ein erfahrener Politiker, der sowohl intellektuell-theoretische Fähigkeiten als auch ein Augenmaß für das realpolitisch Mögliche besaß. 2)

Am 3. September 1974 gründete A. P. die PASOK und machte sich selbst zu deren Vorsitzenden.

Im Kapitel über die innerparteilichen Auseinandersetzungen konnten wir verfolgen, wie die autoritäre Führung A.P's jede abweichende Meinung und Tendenz bekämpfte, "Dissidenten" entfernt und sie mit antidemokratischen Methoden aus der Partei ausgeschlossen hatte.³⁾

Als die innere Krise 1975 zur Auflösung des ersten Z.K's der PASOK geführt hatte, ernannte A.P. ein neues und übernahm selbst sowohl formell als auch tatsächlich die Verantwortung für die Entwicklung der Bewegung. 4)

1) A. Papandreu, 1970, S.335.

2) Vgl. P. Bakojanis, Anatomie der griechischen Politik, Athen 1977, S.201, gr.

3) S. S.16ff.

4) Vergl. A. Elefantis, M. Kavouriaris, PASOK: Populismus oder Sozialismus?, in der Zeitschrift 'Politis', Oktober 1977, gr.

Es ist offensichtlich, daß "man in der PASOK die Basisdemokratie sich nur in dem Maße entwickeln läßt, daß sie nicht mit den Ansichten und der Politik A. Papandreous in Gegensatz gerät".1)

Dies wurde vom Vorsitzenden selbst bestätigt, als er zur Beratung des ersten vorläufigen Z.Ks am 19.1.1975 sagte:

"... ich möchte klarmachen, daß auch der Parteitag, der berufen werden wird, kein Recht hat, von den Grundsätzen des 3. Septembers abzuweichen. Diese bilden die Satzungsurkunde, die auch den Parteitag bindet. Aber sie können fragen: ist denn keine Revision möglich? - Jawohl: nur durch Revolution.

Denn es gibt kein rechtmäßiges Verfahren in der Bewegung, das die Abänderung irgendeines Grundsatzes, der am 3. September formuliert wurde, erlaubt." 2)

Ferner betonte er, daß diejenigen, denen das nicht gefällt, "anderswo ihr politisches Dach finden müssen als in dieser Bewegung". 2)

In dem Zusammenhang wirft man 3) A. P. vor, die Satzung, die hauptsächlich sein Werk ist, zum Dogma gemacht zu haben, an dem keiner etwas ändern kann, selbst der Parteitag nicht, der ja von allen modernen bürgerlichen Parteien als das höchste Organ betrachtet wird.

Was allerdings den Vorwurf angeht, A. P. versuche die Grundsätze der Partei 'von oben' den Massen aufzuzwingen, 4) trifft wohl nicht ganz zu, denn keine Persönlichkeit - so mächtig sie auch sein mag - kann ihre politischen Ideen derart prägen, wenn nicht manche Elemente, seien sie noch so vage und emotional, als Überzeugung im Volk vorhanden sind.

1) A. Elefantis et al., in 'Politis' Okt. 1977.

2) A. P., VOn der PAK zur PASOK, Athen 1976, S.85,86.

3) N. Mouzelis, Gedanken über den spektakulären politischen Aufstieg der PASOK, in der Zeitung 'To Vima', 12.3.1978; sowie in 'PASOK und Macht', Athen 1978, S.275, gr.

4) A. Elefantis, M. Kavouriaris, PASOK: Populismus oder Sozialismus?, in: PASOK und Macht, S.167.

A. P. selbst setzte seine Person ins Zentrum jeder parteilichen oder politischen Aktivität. Aufschlußreich ist seine Antwort an einen Ausschuß, der im April 1975 mit ihm über die Legitimität der von ihm ernannten Parteigremien zu beraten suchte. A. Papandreou hat darüber gemeint:

"Ich bin die Legitimität in der Bewegung". 1)

Dementsprechend schätzte er seine Rolle für die Bewegung einmal so ein:

"Ich messe meiner Rolle in der Bewegung große Bedeutung zu, die für eine Übergangsphase über die Grenze eines gewählten und absetzbaren Vorsitzenden hinausgeht." 2)

Konsequenterweise übernahm er selbst die Festlegung der Dauer dieser 'Übergangsphase'.

Für die Mitglieder und Sympathisanten der Partei ist A. P. sogar mit der PASOK identifiziert, wie es z.B. A. Tsochatzopoulos, einer der "starken Männer" der Partei, in einem Interview formulierte:

"A. P. ist die führende Physiognomie nicht nur in der Partei- und Wählerbasis der PASOK, sondern auch breiter im ganzen linken demokratischen Spektrum... Für uns werden A. P. und die Bewegung gleichgesetzt und bilden eine untrennbare Einheit. Die PASOK ist aus der Kombination des 'Existenz-Symbols' A. Papandreous und der autonomen Initiative der Volksmassen geboren und weiterentwickelt worden". 3)

Außerdem rechtfertigt die Partei selbst 4) die Rolle A. P's wie folgt:

"... Durch seine in echten demokratischen Verfahren sich abspielende, entscheidende Teilnahme an der Gestaltung und Organisation, der Struktur und den Grundsätzen der Bewegung wird deutlich dieselbe Gesetzmäßigkeit bestätigt, die in der historischen Entwicklung der internationalen Volksbewegung zu bemerken ist.

1) S. P. Bakojanis, Anatomie der griechischen Politik, Athen 1977, S.204.

2) Ebenda, S.205.

3) S. in der Zeitung 'Eleftherotypia', 5. Sept. 1979.

4) Berichterstattung des Exekutivsekretariats der PASOK in der Zeitung 'Exormisi', 15.7.1977, S.5.

Das heißt, wie in den entsprechenden Entwicklungen nationaler Befreiungsbewegungen oder sozialistischer Bewegungen etwa in Jugoslawien, Kuba, Algerien, Vietnam, China und anderen Ländern, so war auch für die historische Entwicklung der PASOK das Erscheinen einer Führerpersönlichkeit notwendig, damit eine starke sozialistische Bewegung gegründet werden, funktionieren und Wurzeln schlagen konnte". 1)

Hier wird offensichtlich auf die Rolle der charismatischen Führerperson bei den charismatischen populistischen Bewegungen hingewiesen (Vgl. Kap.IV,C) 2).

Wenn man nach den Gründen, die das politische Ansehen, A. P^s erklären und ihn zur charismatischen Führerperson gemacht haben, sucht, stößt man unter anderem auf folgende Faktoren:

- A.P. gilt als fähiger Ökonom, sein Ruf erreicht fast mythologische Dimensionen - nach dem Motto: Der Super-Ökonom, der unsere wirtschaftlichen Probleme lösen wird;
- Seine ehemalige Stellung innerhalb des Brain-Trusts Kennedy^s, wo er politisch engagiert war sowie seine kritische Einstellung gegenüber manchen Faktoren der damaligen amerikanischen Politik;
- Weiterhin gilt er als Hauptfigur des Streis 3), der zum Juli-Putsch 1965 und zum Sturz der Regierung G. Papandreous geführt hat; einer Regierung, an die nach langjähriger Herrschaft der Rechten sehr breite Volksschichten gefolgt waren;
- Der traditionelle Mythos, demgemäß nach dem "Alten", dem Vater, der "Sohn-Erlöser" kommen wird, um das Volk zu retten;
- Seine Aktivität als PAK-Führer im Ausland, die ihn mit den progressiven Bewegungen Europas verbunden hatte;
- Die Tatsache, daß nach der Wiederherstellung der Demokratie viele Widerstandskämpfer, Persönlichkeiten der Wissenschaft und auch Führer der Linken der PASOK beitraten, was A. P. größeres politisches Ansehen gab und ihm die Zugangsmöglichkeit zu den Massen erweitert hat;
- Nicht zu unterschätzen für den Erfolg A. P^s sind auch seine rhetorischen Fähigkeiten: 4)

1) S. 'Exormisi', 15.7.1977, S.5.

2) 'PASOK und Macht', 1978, S.162.

3) S. S.17.

4) P. Bakojanis, 1977, S.202.

Er ist gleichsam in der Lage zu spüren, was der Hörer von ihm erwartet. Außerdem weiß er, daß man in Griechenland insofern Chancen für Popularität hat, wenn man Themen mit ausgeprägten emotionalen Elementen anspricht, wie z.B. die griechisch-türkischen Beziehungen, das Zypernproblem, die NATO, die U.S.-Stützpunkte usw. 1)

Aus all diesen Faktoren zusammen erklärt sich die ungeheure und unangefochtene Machtposition A. P's in der PASOK.

Diese Position ist derart stark, daß keinerlei Kontroll- bzw. Parallel-Organe zum Parteivorsitzenden geschaffen wurden.

Es gibt natürlich das Zentralkomitee und das Exekutivbüro, aber de facto steht Papandreu's Macht über allen.

A. P. als Vorsitzender ist außerdem das einzige Parteiorgan, das bis zum Parteitag im Mai 1984 - also zehn Jahre lang - nie zur Wahl gestellt worden ist und der selbst ernannt als Vorsitzender der PASOK fungierte.

Daß diese Tatsache, von den PASOK-Mitgliedern und Sympathisanten kaum kritisiert wird, ist dadurch zu erklären, daß in Griechenland der Personenkult traditionell eine wichtige Rolle spielt. Traditionell haben die griechischen Parteien starke Führerpersönlichkeiten; bis vor kurzem (1977) war sogar auf den Stimmzetteln das Foto des Führers der jeweiligen Partei als Kennzeichen abgebildet. 2)

Diese Führerpersönlichkeiten waren der Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen, sie inspirierten, begeisterten und fanatisierten die Griechen: Vor dem zweiten Weltkrieg waren E. Venizelos, König Konstantin I. und deren politische Nachfolger, nach dem Krieg Plastiras, Papagos, Karamanlis, Georg und Andreas Papandreu solche Führer.

Das Phänomen der 'Vergötterung' des Führers dürfte allerdings heute nicht mehr so schwer wiegen (A. P. wird nicht im traditionellen griechischen Sinn vergöttert); dazu hat der Wandel der sozialen Strukturen, die Entwicklung des Bildungsniveaus, die politischen Erfahrungen und nicht zuletzt das Fernsehen beigetragen.

1) S. S.284.

2) S. P. Bakojanis, 1977, S.93-104, sowie G. Dafnis, Die griechischen Parteien, Athen 1961, S.20, gr.
Bis 1977 war z.B. das Foto K. Karamanlis auf den Stimmzetteln der N. Demokratie abgebildet.

Die Zahl der fanatisch-bedingungslosen Anhänger hat sich im Vergleich zu früher reduziert. Heutzutage zählen generell Ideen und Grundsätze eines Politikers mehr als ein charismatischer Führerstil.

Trotz dieser Veränderungen in der politischen Kultur Griechenlands, ist A. Papandreou zweifelsohne ein charismatischer Führer, der vor allem in den ersten Jahren der Partei als solcher fungierte: übermächtig, souverän und autoritär.

Die Vorwürfe 1) innerhalb und außerhalb der Partei, die auf ihre paternalistische Struktur und die Alleinherrschaft des Vorsitzenden zielen, treffen zumindest auf die Zeit von der Gründung der PASOK bis zur ersten Panhellenischen Konferenz (15.-17. Juli 1977) vollkommen zu. Seitdem ist mehr innerparteiliche Demokratie hergestellt worden und wurde die Obermacht A. Papandreous teilweise eingeschränkt. 2)

Als Zusammenfassung kann man sagen, daß es der PASOK gelungen ist, die organisatorische Schwäche, die charakteristisch für die anderen griechischen Parteien (außer der kommunistischen) sind, zu überwinden und eine landesweite Parteiorganisation mit Ortsvereinen in den entlegensten Dörfern des Landes aufzubauen.

Tatsächlich wurden die Basisorganisationen der PASOK vervielfacht und aktiviert und damit gleichzeitig die Grundsteine für die Bildung eines breiten politischen Bewußtseins gelegt; parallel dazu bildete die PASOK ausreichend Kader aus.

Diese organisatorische Leistung hat sich als sehr wertvoll für die Partei erwiesen, denn diese hätte alleine aus Mangel an Parteikadern nicht schon sieben Jahre nach ihrer Gründung die Regierungsgewalt übernehmen können, dies umso weniger, wenn man berücksichtigt, daß ihre Mitglieder aus ursprünglich verschiedenen politischen Strömungen und ebenso unterschiedlichen sozialen Schichten entstammen und die meisten Funktionäre zuvor keine politische Erfahrung oder Schulung gehabt hatten.

1) Vgl. u.a. K. Epitropakis, in 'Anti', 31.3.1979: "Es ist eine historische Tatsache, daß die PASOK mit A.P. überlebt und mit ihm untergeht.... A. P. bleibt der einzige, der die Ideologie und politische Linie der PASOK bestimmt. Er ist der einzige, der Interviews gibt, welche breit in 'Exormisi' veröffentlicht werden, der einzige, dessen Texte Objekte offizieller Beschäftigung ausmachen".

Vgl. auch

A. Zervos, 'Von den dreien die eine Strategie, in 'Anti', 12.5.1979, S.19; P. Papasarrantopoulos, PASOK und Macht, Athen 1980.

2) S. S.60.

Schließlich hat die PASOK einen Mechanismus der Selbstinformation auf der lokalen Ebene geschaffen und Informationskanäle nach oben und unten aufgebaut.

Das Organisationsmodell der PASOK unterscheidet sich aber dennoch von dem anderer westeuropäischer Parteien, die von innerparteilicher Demokratie geprägt sind. 'Innerparteiliche Demokratie' hieße z.B. den freien Wettbewerb um die Parteiführung, die Kontrolle der Führung durch die Basis und die Existenz von Strömungen innerhalb der Partei, die ein breiteres ideologisches Spektrum widerspiegeln: Merkmale innerparteilicher Demokratien die sich die PASOK jedoch nicht leisten will, da diese angeblich die 'politische Effizienz' gefährden - wie immer diese aussehen mag.

Sogar die Abgeordneten müssen sich streng in dem von der Führung bestimmten ideologischen Rahmen bewegen.

Aber auch jedes Mitglied, das eine andere Meinung, als die der Führung vertritt, wird als "Spalter" bezeichnet und entsprechend behandelt.

3. Soziale Struktur des Mitglieder- und Wählerpotentials der PASOK

Ihrem eigenen Selbstverständnis nach betrachtet sich die PASOK als die Partei der 'nicht-privilegierten' Griechen, als einzige Partei, die konsequent auf die Errichtung des Sozialismus in Griechenland hinarbeitet.

Um ihre Rolle im Kampf für den Sozialismus effektiv auszufüllen, bedarf die Partei einer Massenbasis.

Parteiführung und Parteikongresse (Sitzungen des Z.Kš) riefen daher immer wieder die Mitgliedschaft auf, neue Mitglieder zu werben und die Basis der Partei zu vergrößern. 1)

Da aber keine zentrale Mitgliederkartei existiert, besteht kein nachprüfbares Material über die soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft der PASOK - ergo entstehen erhebliche Schwierigkeiten die soziale Zusammensetzung der eingeschriebenen Mitglieder exakt zu ermitteln.

1) '5. Sitzung des Z.Kš der PASOK', S.33ff.

	1974			1977			1981		
Präfektur	gültige Stimmzettel	ND %	PASOK %	gültige Stimmzettel	ND %	PASOK %	ND %	PASOK %	
Fokya	32.690	66,4	8,5	32.506	54,8	23,9	43,2	46,3	
Evritania	24.992	64,2	13,1	21.868	46,4	28,4	41,2	53,1	
Thessprotia	22.413	61,6	14,2	24.806	34,1	30,5	34,7	55,7	
Preveza	33.289	59,0	17,1	34.319	44,2	34,5	41,1	46,2	
Grevena	26.064	59,3	13,4	27.487	32,4	18,1	34,2	47,9	
Kastoria	25.424	63,4	4,7	27.174	44,2	19,5	52,3	39,8	
Florina	31.458	70,6	6,0	34.594	47,0	15,6	48,7	39,5	
Athen A	388.882	54,0	11,7	408.469	42,8	22,6	34,4	44,4	
Athen B	462.024	46,6	13,2	511.464	36,1	27,6	26,9	48,7	
Saloniki A	206.027	54,5	11,0	217.708	45,8	22,1	33,6	46,8	
Saloniki B	118.421	56,9	14,9	126.203	46,2	27,5	38,6	46,8	
Gesamt :	14.908.974	54,4	13,6	5.129.771	41,9	25,3	35,9	48,0	

Quelle: für 1974 und 1977, R. Tourkovassili-Galanou
 Die politischen Parteien, nach 1967, Athen 1980, S.94,95
 und 100, 101, gr.

Für 1981, 'Elefterotypia', 19.6.1984, S.20,21.

Eine These die plausibel erscheint, jedoch wegen fehlender Daten aus der PASOK-Zentrale nicht mit konkreten Zahlen-Beispielen belegt werden kann.

Man kann lediglich allgemein behaupten, daß die PASOK nach und nach die Klein- und Mittelschichten, die Bauern, die Jugend und dann die Arbeiter angesprochen und aus ihren Reihen Anhänger gewonnen hat. 1)

In den Städten hat sie durch ihr Wirtschaftsprogramm erhebliche Teile der unteren und mittleren sozialen Schichten ansprechen können, insbesondere viele kleine Selbständige, die sich durch die Konkurrenz der Großkonzerne bedroht fühlten.

Auf dem Lande hat sie durch intensive Hinwendung zu den gravierenden Problemen der kleinen Landwirte Erfolge gehabt, die im Zuge der Kommerzialisierung der Landwirtschaft in Abhängigkeit von Geldverleihern und Großabnehmern geraten waren. 2)

1) A. Zervos, PASOK: Von den dreien die eine Strategie, in der Zeitschrift 'Anti', 12.5.1979, S.18.

2) Die folgende Tabelle belegt diese Aussagen; dabei sind auf der einen Seite Präfekturen mit ausgesprochenen ländlichem Charakter (niedrige Einwohnerzahl, kleine Städte) und auf der anderen Seite die zwei größten Städte Griechenlands, Athen und Saloniki.

Wie auch S. Pesmatzoglou bemerkt, spielt in der sozialen Basis der PASOK "eine unbestimmte Masse aus Unter- und Mittelschichten in Stadt und Provinz die zentrale Rolle. Es sind die sozialen Schichten, die während der 25 Jahre nach dem Bürgerkrieg durch die massenweise Landflucht (hauptsächlich nach Athen und Saloniki) entstanden sind.

Sie verflochten anfänglich eine anti-bürgerliche, anti-kapitalistische Ideologie, die durch Militärdiktatur und Zyperninvasion starke antiimperialistische und antiamerikanische Komponente enthielt." 1)

Wegen der fehlenden Daten über die soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft der PASOK mag ersatzweise die soziale Zusammensetzung der Parlamentsfraktion und des Z.K.S herangezogen werden, um in etwa erstere widerzuspiegeln.

1977 waren es unter den 93 Parlamentariern der PASOK 45 Mandatäre aus juristischen Berufen 2), zehn waren Ärzte, zehn Ingenieure, vier Landwirte, sieben Volkswirte, 17 waren Vertreter anderer Berufe - darunter elf Frauen.

Unter den Z.K.-Mitgliedern waren aber 1977 nur 15 Rechtsanwälte, fünf Ärzte, jedoch 20 Ingenieure, acht Studenten, fünf Volkswirte, 14 Personen aus verschiedenen nichtakademischen Berufen, acht Landwirte und sieben Arbeiter.

1981 waren von den 39 Kabinettsmitgliedern der PASOK 16 Rechtsanwälte, fünf Universitätsprofessoren, sechs Ingenieure und Techniker, zwei Ärzte, zwei ehemalige Offiziere, ein Jurist, ein Nationalökonom, ein Philologe, ein Bankangestellter, ein Schauspieler und ein Journalist. 3)

Einen weiteren Hinweis der sozialen Herkunft der Mitglieder der PASOK gibt uns die soziale Zusammensetzung der Teilnehmer der Präfekturversammlungen in vier Präfekturen: 4)

1) S. Pesmarzoglou, Die rätselhafte Natur der doppelten Unkontinuität, in der Zeitschrift 'Politis', Juni-Juli 1982, S.30,gr.

2) Die starke Präsenz von Juristen in der Parlamentsfraktion sollte nicht zu falschen Folgerungen über deren Anteil an der PASOK-Mitgliedschaft verleiten, da traditionsgemäß die "Advokaten" 70-80% aller Abgeordneten stellen. In der PASOK-Fraktion war dieses Übergewicht 1977 bereits eingedämmt und wurde 1981 weiter vermindert. Vgl. dazu 'Eleftherotypia', 22.10.1981, S.2.

3) S. 'Eleftherotypia', 22.10.1981, S.2.

4) '6. Sitzung des Z.K.S der PASOK', S.34.

	<u>Evros</u>	<u>Arta</u>	<u>Thesprotia</u>	<u>W. Attika</u>
Bauern	44,1%	40,4%	29,0%	-
Arbeiter/ Angestellte	29,2%	29,3%	30,9%	65,6%
Wissenschaftler	12,5%	11,1%	11,8%	6,5%
Gewerbetreibende	9,7%	11,1%	25,0%	21,3%
Studierende	2,7%	2,3%	2,72%	6,6%
Rentner	-	1,5%	-	-
Frauen	1,3%	1,5%	-	-

Regional und geschlechtsspezifische Wählerverteilung zeigt uns folgende Tabelle: 1)

	<u>1981</u>		
	<u>Ländliche Gebiete</u>	<u>Stadt ²⁾</u>	<u>Kleinstadt</u>
PASOK	48,4% der erhaltenen Stimmen	48,2%	46,7%
N.D.	39,6% "	30,9%	39,3%
K.P.G.	8,0% "	14,6%	9,1%

	<u>Frauen</u>	<u>Männer</u>
PASOK	47,1%	48,8%
N.D.	36,3%	33,7%
K.P.G.	11,3%	12,1%

1) Von der Analyse der Wählerresultate des Innenministeriums, in der Zeitschrift 'Epikentra', Sept.-Okt. 1981, S.52, gr.

2) Gemäß der griechischen Statistik hat eine Stadt über 10.000 Einwohner, eine Kleinstadt von 2.000 bis 10.000 und ein Dorf unter 2.000 Einwohner. S. Babanassis/Soulas, Griechenland an der Peripherie der entwickelten Länder, Athen 1976, S.175, gr.

Von den an der PASOK-Regierung beteiligten Parlamentariern kamen zehn aus Athen, einer aus dem übrigen Attika, zwei aus Piräus, drei aus dem Peloponnes, vier aus Mazedonien-Thrazien, drei aus Epirus, zwei aus Kreta, einer aus den ionischen Inseln und zwei aus Thessalien. 1)

Die starke Präsenz der jüngeren Generation, die sich sehr stark am Widerstand beteiligt hatte, in der Partei, hat zur Folge, daß das Durchschnittsalter der PASOK-Mitglieder im Verhältnis zu anderen Parteien ziemlich niedrig ist.

Ähnlich wie bei der sozialen Zusammensetzung der PASOK-Mitgliedschaft, existieren auch über deren Altersstruktur aber nur Angaben über Parlamentarier, Z.K.-Mitglieder und den Ministerrat.

Das Durchschnittsalter der Parlamentsfraktion lag demnach 1977 bei 47 Jahren, das der ZK-Mitglieder bei 38; somit war die PASOK in dieser Zeit die 'jüngste Fraktion' im griechischen Parlament. 2)

1981 waren in der Parlamentsfraktion

39	Abgeordnete zwischen 25 - 39 Jahre	(22,9%)
73	" " 40 - 49 "	(42,9%)
32	" " 50 - 59 "	(18,8%)
26	" " über 60 "	(16,3%)

Das Durchschnittsalter des am 21.10.1981 vereidigten 39köpfigen Ministerrats der PASOK betrug 50 Jahre. Nur fünf von diesen waren über 60 Jahre alt und fünf waren unter 40 Jahre.

Die Mehrheit stand zwischen 40 und 59 Jahre. 3)

Geht man davon aus, daß die Z.K.-Mitglieder, die Parlamentarier und der Ministerrat der PASOK in etwa die Gesamtmitgliedschaft repräsentieren, so ist die Altersgruppe zwischen 40 und 50 Jahren am stärksten vertreten.

1) S. 'Eleftherotypia', 22.10.1981, S.2.

2) Vgl. H. Karras, 1964-1981. Kontinuität und Änderung, in 'Anti', 27.10.1981.

3) Der älteste war E. Gianopoulos, Verkehrsminister, mit 63 Jahren gefolgt vom Staatssekretär für Verteidigung A. Drossogiannis mit 61 Jahren. Der jüngste war der Minister für die Handelsflotte S. Giotas mit 41 Jahren und G. Petsos, ehemaliger Staatssekretär für Verteidigung mit 34 Jahren. Darunter waren 1981 zum ersten Mal in einer griechischen Regierung drei Frauen beteiligt (Kulturministerin Melina Merkouri, Ministerin für Sozialdienst Maria Kyriotaki-Peraki und Roula Kallamanaki, Staatssekretärin für Gesundheit und Sozialordnung. Insgesamt waren 1981 15 Frauen im Parlament: zehn von der PASOK, drei von der N.D. und zwei von der K.P.G. 1974 waren unter den PASOK-Parlamentariern sieben Frauen, 1977 elf und 1981 15. S. 'To Vima', 25.10.1981, S.16.

Dies steht im Gegensatz zu der Mehrheit der griechischen Wahlberechtigten, die in der Altersgruppe ab 45 Jahren aufwärts vertreten ist, wie folgende Tabelle zeigt:—

Zusammensetzung der Wahlberechtigten in Altersgruppen

<u>Alter</u>	<u>1961</u>	<u>%</u>	<u>1964</u>	<u>%</u>	<u>1974</u>	<u>%</u>
21-44	3.017.000	56,69	2.976.000	54,39	2.960.000	48,68
45-64	1.694.000	31,83	1.740.000	31,80	2.037.000	33,50
65 aufw.	611.000	11,48	755.000	13,80	1.083.000	17,82
Gesamt	5.322.000	100,00	5.471.000	100,00	6.080.000	100,00

<u>Alter</u>	<u>1977</u>	<u>%</u>	<u>1981</u>	<u>%</u>
21-44	3.183.000	49,19	3.131.000	47,88
45-64	2.110.000	32,61	2.185.000	33,41
65 aufw.	1.177.000	18,20	1.223.000	18,70
Gesamt	6.470.000	100,00	6.539.000	100,00

Quelle:

Bearbeitung der Studie G. Siambou, 'Demographische Evolution des neuen Griechenlands 1821-1985', in der Zeitung 'To Vima', 23.8.1981, S.3.

Die politische Herkunft der Mitglieder der PASOK wie auch der Abgeordneten und Regierungsmitglieder ist, wie schon erwähnt, recht unterschiedlich.

Die PASOK hat Mitglieder und Anhänger des linken Flügels der ehemaligen Zentrumsunion für sich gewinnen können (hauptsächlich der Jugendorganisationen der Z.U, E.D.I.N und D.N.E.K - 55 der 93 Abgeordneten der PASOK 1977 stammten aus diesen Organisationen); viele von diesen haben sich durch den Aufruhr von 1965 und nach der Diktatur radikalisiert und sich der Linken zugewandt. 1)
Auch Teile der bürgerlichen Intelligenz näherten sich in Folge der Krise der bürgerlichen Ideologie sozialistischer Ideen. 1)

1) Vgl. A.Zervou, Von den dreien die eine Strategie, in: 'Anti', 12.5.1979, S.18.

Die PASOK hat außerdem große Erfolge in der durch die Militärdiktatur stark politisierten, radikalisierten Jugend und besonders in der studentischen Jugend, wie der große PASP-Einfluß in den griechischen Universitäten zeigt (schon seit 1974 ist sie die zweitstärkste Macht).

Die Tiefschläge, die die alte linke Bewegung zu verkraften hatte, aber auch ihre Krisen, haben eine Reihe von Kräften des Nationalen Widerstands (gegen die Besatzungsmächte), der EDA und manche K.P.-Inlands-Mitglieder zur neugegründeten PASOK übertreten lassen. 1) Die starke Beteiligung der jungen Generation in der PASOK spiegelt sich in der Zusammensetzung der Abgeordneten im Parlament, in Bezug auf ihre 'politische Geschichte und Herkunft' wider: 1977 waren von den 93 Abgeordneten nur 14 schon einmal als Abgeordnete anderer Parteien im Parlament gewählt worden (elf von der Z.U im Jahre 1963-64, drei noch vor 1963 von verschiedenen Zentrumsströmungen). 2) Die übrigen 79 Abgeordneten (85%) wurden erst nach der Wiederherstellung der Demokratie bei den Wahlen 1974 (6 Abgeordnete) bzw. 1977 (73 Abgeordnete) zum ersten Mal gewählt.

1981 war die Erneuerung noch stärker ausgeprägt; sie nahm die völlige Gestalt des Risses mit der Vergangenheit - die die ZU ausdrückte - und bildete die massivere und radikalere Erneuerung des politischen Personals der letzten 60 Jahre. Dies belegen folgende Daten: 3)

1981 waren von der Parlamentsfraktion in der Gesamtheit von 170 Abgeordneten:

- 14 schon mit der Z.U;
- 6 erst mit der Z.U-N.K und
- 150 erst mit der PASOK gewählt worden.

Von diesen 150 erst mit der PASOK gewählten Abgeordneten haben,

- 8 sich schon vor der Diktatur politisch befaßt;
- 4 erst mit anderen Parteien kandidiert;
- 138 nur mit der PASOK kandidiert.

1) S. S.38.

2) H. Karras, Eine erste Bekanntschaft mit der heutigen 'unbekannten' PASOK, in: Anti, 31.12.1977, S.14.

3) H. Karras, 1964-1981 die Kontinuität und die Änderung, in Anti, 27.11.1981, S.12.

Wie bei jeder politischen Partei ist auch bei der PASOK die Zahl der Sympathisanten innerhalb der Bevölkerung erheblich größer als die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder; darunter befindet sich allerdings auch ein Protestpotenzial gegen die Politik der Rechten, das nicht notwendigerweise mit dem PASOK-Programm übereinstimmt. 1)

Die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder entwickelt sich wie folgt:

1977	27.000 Mitglieder	2)
1980	65.000 "	3)
1981	100.000 "	4)
1983	200.000 "	5)

1) S. S.102 über die Psychologie der verlorenen Stimme.

2) S. 'Exormisi', 15.7.1977, S.9.

3) S. Zeitung 'To Vima', 13.1.1980 und '6. Sitzung des Z.Ks der PASOK', S.32.

4) S. R. Makridis, Die PASOK und die Autoritätsaussichten in Griechenland, in der Zeitschrift 'Epikentra', Jan.-Febr. 1983, S. 30.

5) Nach mündlichen Angaben des KEMEDIA.

TEIL IV

A. Ideologie und politische Praxis der PASOK

1. Theoretische Konzeptionen

Einer der wichtigsten theoretischen Grundsätze, der die Identität der PASOK eindeutig prägt, zu ihrer Verfestigung in der griechischen politischen Szene in kurzer Zeit beigetragen hat und gleichzeitig ein Novum in der griechischen Parteiengeschichte darstellt, ist die Übernahme der Zentrum-Peripherie-Theorie. Dieser Umstand entspricht einer relativ kurzen aber umfassenden Darstellung dieser Theorie, welche im ersten Kapitel dieses Teils stattfinden soll.

Im zweiten Kapitel folgen die konkreten Positionen der PASOK bezüglich der Zentrum-Peripherie Theorie; schließlich werden im dritten Kapitel diese Positionen eingehend diskutiert.

1.1 Anmerkungen zu den Zentrum-Peripherie Theorien 1)

Nach den Zentrum-Peripherie-Theorien zeigt sich die kapitalistische Welt ²⁾ nicht einheitlich ³⁾; vielmehr gliedert sie sich in zwei Untergruppen, nämlich

- a) Die entwickelten kapitalistischen, im allgemeinen hochindustrialisierten Länder, die als "Zentrum" oder "Metropole" bezeichnet werden ⁴⁾;

1) Es gibt mehrere theoretische Ansätze zum Gegensatz "Metropole-Peripherie", die nicht immer konvergieren. Aus diesem Grunde kann man nicht von einer einheitlichen Theorie sprechen, sondern von Metropole-Peripherie-Theorien.
S. u.a. D.Senghaas, Peripherer Kapitalismus, Frankfurt 1974;
(Hrg), Kapitalistische Weltökonomie, Frankfurt 1979;
Berger P.L, Welt der Reichen, Welt der Armen, München 1974;
Berg-Schlosser D.(Hrg), Die politischen Probleme der Dritten Welt, Hamburg 1972;

Bohnet M. (Hrg), Das Nord-Süd-Problem, München 1971;
Cordova A., Strukturelle Heterogenität und wirtschaftliches Wachstum, Frankfurt 1973;

Jalée P., Die Ausbeutung der Dritten Welt, Frankfurt 1968;
Die Dritte Welt in der Weltwirtschaft, Frankfurt 1969;

Matthies V., Neue Weltwirtschaftsordnung, Opladen 1980.

2) Darunter versteht man: Die Vereinigten Staaten, Kanada, Westeuropa, Japan, Israel, Australien und Neuseeland im Gegensatz zu der sozialistischen Welt, zu der die Sowjetunion, die Volksdemokratien Osteuropas, China, Nord-Korea, Vietnam, Kuba usw. zählt.

3) Jalée P., 1968, S. 10.

4) Senghaas D., Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik, Frankfurt 1977.

hier existiert jeweils eine einigermaßen ökonomisch ausgeglichene, technologisch hochstehende und auf differenzierten Infrastrukturen aufbauende Gesellschaftsordnung. 1)

- b) Die unterentwickelten Länder, deren Wirtschaftsstruktur außen-geleitet, von der Metropole beherrscht ist und vergleichsweise nur geringe positive Effekte zeitigt, um so mehr jedoch negative, die als Peripherie betrachtet werden. 1)

Der Peripherie zugerechnet werden Lateinamerika (ausgenommen die Vereinigten Staaten, Kanada und Kuba), Asien (ausgenommen die sozialistischen Länder, Japan und Israel), Ozeanien (ausgenommen Australien und Neuseeland) sowie ganz Afrika.²⁾

Der Terminus von den "Metropole-Peripherie-Strukturen" begreift diese indes nicht nur "als in sich geschlossene dyadische Beziehungen", sondern vielmehr sieht sie als "jede derartig dyadische Beziehung in ihrer relativen Position ihrerseits in die gesamte Struktur internationaler Schichtung und stufenförmiger Abhängigkeit eingebettet".³⁾

Als Beispiel hierfür sei Mexiko genannt, das verglichen mit anderen mittelamerikanischen Staaten als Zentrum bezeichnet werden kann, bezüglich der USA und Westeuropa bzw. Japan jedoch, als Peripherie eines übergeordneten Zentrums gesehen wird.

Dasselbe gilt für die ehemalige Kolonialmacht Portugal, die in ökonomischer Hinsicht selbst "kolonialisiert" und unterentwickelt ist. 4)

Es bestehen also innerhalb der Peripherie wie auch innerhalb der Metropole Differenzierungen, d.h. es gibt eine konkrete Variabilität der kapitalistischen Metropole und der kapitalistischen Peripherie, die allerdings bei der Behandlung dieser Theorien aus methodologischen Vereinfachungsgründen hier unbeachtet bleiben sollen. Laut der Zentrum-Peripherie-Theorien besteht das Hauptmerkmal der Peripherie in der Unterentwicklung, die sich als Resultat aus der Abhängigkeit 5) von der Metropole ergibt:

1) Senghaas D., Imperialismus und strukturelle Gewalt, Frankfurt 1978, S.19

2) Jalée P., 1968, S.11.

3) Senghaas D., 1978, S.16.

4) Jalée P., 1968, S.12.

5) D. Senghaas definiert Abhängigkeit wie folgt:

"Als Abhängigkeit verstehen wir eine Situation in der die Wirtschaft bestimmter Länder bedingt ist durch die Entwicklung und Expansion der Wirtschaft eines anderen Landes, der sie unterworfen ist", in: D. Senghaas, 1978, S.243.

Unterentwicklung hat nichts mit Rückständigkeit zu tun; sie ist das Ergebnis einer mangelnden Mobilisierung wirtschaftlicher Kräfte. Wo Rückständigkeit und mangelnde Dynamik vorliegen, wäre es sinnvoll von unterentwickelten Ökonomien zu sprechen. Unterentwicklung ist vielmehr ein Ausdruck fehlgeleiteter Kraftentfaltung, 1) Ausdruck einer falsch angelegten Mobilisierung der tatsächlich oder potentiell verfügbaren Wirtschaftskräfte.

Es handelt sich mithin um Wachstum ohne soziale Entwicklung. D. Senghaas definiert Unterentwicklung "als das Ergebnis des Prozesses der Eingliederung von Gesellschaften Lateinamerikas, Afrikas und Asiens in ein durch die kapitalistischen Metropolen dominiertes Weltwirtschaftssystem, mit dem Ergebnis strukturell heterogener Gesellschaftsformationen, in denen eine koordinierte, auf die eigenen Bedürfnisse hin orientierte Entwicklung der Produktionskräfte verhindert wird" 2).

Zur Präzisierung der Theorien seien hier folgende Fragen gestellt:

- Welche Mechanismen verursachen die periphere Rolle eines Landes im Rahmen der internationalen Wirtschaftsordnung?
- Was sind die Hauptgründe für die Unterentwicklung der Peripherie?
- Welche sind die Faktoren, die bei der Herausbildung und Reproduktion abhängiger Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen eine Rolle spielen?

1) Senghaas D., 1974, S.53.

2) Senghaas D., Strukturelle Abhängigkeit und Unterentwicklung, in: Politische Ökonomie, Geschichte und Kritik, Handbuch 2, S.132. Unterentwicklungsmerkmalkataloge bzw. Entwicklungs-Unterentwicklungsindikatoren s. in: Nohlen D., Nuscheler F., Handbuch der Dritten Welt, Band 1, 1. Auflage, S.15-16 bzw. 208-360.

Die Frage nach den Mechanismen, die die Peripherie in Abhängigkeit bringen, soll uns zunächst beschäftigen.

Durch die ungleiche internationale Arbeitsteilung - die freilich schon vor der industriellen Revolution im Grundsatz bestand - wurden die Gesellschaften der Peripherie nach den Interessen der Metropolen auf die Produktion von Exportgütern (Rohstoffe, Agrarprodukte, Halbfertigwaren) für die metropolitanen Märkte spezialisiert, im Gegensatz zum Zentrum, das sich auf industrielle Erzeugnisse spezialisierte.

Diese ungleiche Spezialisierung 1) hatte zur Folge, daß in der Peripherie die Instrumente für die Verbesserung der Arbeitsproduktivität und weitgehend auch die Produkte, die im Fall eines steigenden Binnenkonsums nachgefragt worden wären, aus den kapitalistischen Industrieländern eingeführt werden mußten, so daß angesichts der nur begrenzten Nachfrage nach Produkten der Peripherie auf dem Weltmarkt deren Konsumptionsmöglichkeit zwangsläufig begrenzt blieben.

Die für die Peripherie ungünstige internationale Spezialisierung und die konkrete Gestalt des Außenhandels, - nämlich Konsumgüter versus Kapitalgüter - wird durch die von Arghiri Emmanuel 2) wieder in Gang gebrachte Diskussion zum ungleichen Tausch verdeutlicht.

Zwar können die unterschiedlichen Positionen hier nicht vollständig wiedergegeben werden, doch sollen einige ihrer zentralen Punkte kurz angesprochen werden:

o Arbeitsproduktivität und -intensivität sind in den Peripherieländern zumal aufgrund ihrer Akkumulationsschwierigkeiten geringer entwickelt als in den Zentren. 3)

1) Vgl. Amin S., Die ungleiche Entwicklung, Hamburg, 1975, S.107 - 111.

2) S. L'`échange in`egal, Paris 1972 2); vgl. dazu Busch K., Multinationale Konzerne, Frankfurt 1974.

3) Vgl. Leggewie-Nikolinakos, Europäische Peripherie, Meisenheim am Glan 1975, S.19.

o Für Zentren und Peripherien bedeuten Außenmärkte die Chance erweiterter Akkumulation; jedoch bedeutet - vorausgesetzt die Tatsache ungleicher Entwicklung der Produktivkräfte -, daß bei gleichen Wertgrößen das periphere Land einen größeren Betrag notwendiger Arbeitsstunden aufwenden muß, d.h. daß ungleiche Arbeitsquanten getauscht werden und die produktivere Arbeit eine höhere Vergütung erfährt.

Resultat des ungleichen Tausches 1) ist die Erzielung eines Surplusprofites für das produktivere Kapital durch den Warenexport, da es nicht gezwungen ist, den Verkaufspreis der Waren auf ihren Wert zu senken.

o Die Struktur der Austauschverhältnisse wird vor allem durch die unausgeglichene Nachfragestruktur der Warengruppen fortgeschrieben (zunehmende Nachfrage der Industrieprodukte, tendenzielle Senkung der Produkte aus der Peripherie), wobei immer mehr Arbeitsprodukte aus Peripherieländern gegen die gleiche Menge Arbeitsprodukte aus den Industrieländern getauscht werden müssen. (Verschlechterung der 'terms of trade').

Auch in der Argumentation von S. Amin spielt der ungleiche Tausch eine zentrale Rolle, jedoch koppelt Amin die Arbeitsproduktivität und das Lohnniveau in den abhängigen Gesellschaften aneinander, im Sinne notwendiger Proportionalität von Produkten und Konsumtion. Der Reallohn könne deswegen niemals 'unabhängige Variable' sein, wie Emmanuel dies unterstellt. 1)

Ein langsamerer Rhythmus der Kapitalakkumulation, wie in den Peripherieländern, bedingt gerade wachsende Unterbeschäftigung und niedrige Löhne:

Das internationale Gefälle von Wert/Preis der Arbeitskraft ist also Folge unterschiedlicher Arbeitsproduktivitäten.

Wie sehen nun aber die Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen in den Peripherieländern aus?

1) S. Amin, 1975, S.111-125 sowie A. Schmidt, Ungleicher Tausch, in: Nohlen/Nuscheler (Hrsg), 1982, Bd.1, S.117-132.

Nach der erstmals von T. Szentes formulierten Theorie des Dualismus 1) bestehen in den unterentwickelten Gesellschaften, als Resultat der Abhängigkeit 2) zwei autonome Bereiche:

Ein moderner, d.h. kapitalistischer und relativ entwickelter Wirtschaftsbereich, der durch die Aktivität des ausländischen Kapitals entstanden ist, und ein traditioneller Bereich mit extrem niedriger Produktivität, der sich auf präkapitalistische Produktions- und Ausbeutungsweisen stützt. 3)

1) Szentes T., Politische Ökonomie der Entwicklungsländer, Frankfurt/Budapest, 1974.

2) Gegenthesen s. in: Cardoso F.H., Das brasilianische Entwicklungsmodell, San Paulo, 1972.
Esser K., Lateinamerika: Industrialisierungsstrategien und Entwicklung, Frankfurt, 1979.
Hurtienne Th., Peripherer Kapitalismus und autozentrierte Entwicklung, in der Zeitschrift PROKLA, Nr. 44, 1981.
Die Gegenthese behauptet, daß es in der Peripherie eine begrenzte Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise existiert aus Gründen, die auf die inneren klassenspezifischen und politischen Machtkorrelation, auf den Klassenkampf und die sozialen Machtverhältnisse im Inneren der peripheren sozialen Formationen, beziehen.

D.h. daß die Gründe der Unterentwicklung in inneren Gegebenheiten und nicht in Außenfaktoren wie Abhängigkeit, zu suchen sind.

3) Als Gegensatz zu dieser Theorie hat A.G. Frank behauptet, daß die Weltökonomie kapitalistisch sei, denn Kapitalismus "eine Produktionsweise ist und zwar die, wo eine Gewinnerzielung am Markt gestrebt wird" (Wallerstein, Aufstieg und künftiger Niedergang des kapitalistischen Weltsystems, in: Senghaas D., 1979, S.44,47).
Demnach sind die Peripherien, als Teil des Weltsystems auch kapitalistisch, nur daß der peripherer Kapitalismus verschiedener Struktur (qualitativ) sei, als der der Metropolen. Es ist ein 'unterentwickelter Kapitalismus'.

Was in der Peripherie stattfindet, ist 'eine Entwicklung der Unterentwicklung'. (Vgl. A.G. Frank, Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika, Frankfurt 1969, S.27).
Frank bringt in seiner Theorie den Begriff des 'Hypoimperialismus' oder 'Halbperipherie' ein, mit dem er diejenigen Länder beschreibt, die "mit anderer Art an der internationalen Arbeitsteilung teilnehmen, d.h. sie exportieren nicht nur Rohstoffe und Produkte leichter Industrie, sondern auch Industriegüter, die von der Schwerindustrie stammen.... solche Fälle sind Brasilien, Mexiko, Argentinien, Indien, Iran und manche OPEC-Länder (Venezuela, Nigeria, Indonesien, Algerien)".
S.A.G. Frank, Weltwirtschaft in der Krise, Reinbeck bei Hamburg 1978, S.91-93.

Dieser Theorie zufolge bleiben diese zwei Bereiche ohne Verbindung zueinander; allerdings werden dabei Interdependenzen zwischen den beiden Sektoren verkannt.

Dieser Dualismus trägt dazu bei, daß die Erträge der Entwicklung des modernen Bereiches - wie immer diese auch aussehen mag - nicht der übrigen Gesellschaft zugute kommt, weil sie außenorientiert ist, und nicht für den Weltmarkt produziert.

So bleibt der Binnenmarkt der Peripherie eng und ohne Dynamik. Das Verständnis eines Dualismus bedeutet den inneren 'Zerfall' der unterentwickelten Länder in "zwei Gesellschaften", nämlich eine dünne Oberschicht und die große Masse der armen meist ländlichen Bevölkerung. 1)

Der moderne kapitalistische Bereich hebt nach der Dualismus-Theorie die Unterentwicklung ²⁾ nicht auf, führt aber allmählich zu einer fortschreitenden Integration und Homogenisierung ('Durchkaritalisierung') der Strukturen.

Eine ähnliche Erklärung über den 'Zerfall der Gesellschaft' in der Peripherie gibt uns A. Cordoba mit der Theorie der 'strukturellen Heterogenität':

Demnach ³⁾ gibt es in der Peripherie nicht zwei Gesellschaften, die nebeneinander existieren, wie die Dualismus-Theorie behauptet, sondern 'ein heterogenes Klassensystem' (Koexistenz mehrerer Bereiche mit unterschiedlichen Produktionsverhältnissen), in dem die Führungselite der Peripherie sich mit dem Imperialismus verbündet hat.

1) Dabei wird die Komplexität peripherer Gesellschaftsstrukturen nur unzureichend wiedergegeben.

2) "Unterentwicklung ist eng mit sozialer Ungleichheit, Arbeitslosigkeit, Randgesellschaft und Verelendung eines großen Bevölkerungsteils verbunden". S. Cordoba A., Strukturelle Heterogenität und wirtschaftliches Wachstum, Frankfurt 1973, S.15. Vgl. auch Senghaas D., Wachstum ohne soziale Entwicklung, in: Politische Ökonomie, Geschichte und Kritik, Handbuch 2, S.121.

3) Cordoba A., 1973, S.26-27,64. S. auch Senghaas D., Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik, Frankfurt 1977, S.41.

Es handelt sich dabei um die nationalen Eliten, die sogenannten 'Brückenköpfe', die "als Privilegierte in den Kernbereich des von den kapitalistischen Metropolen beherrschten Weltwirtschaftssystem eingegliedert sind und auch vielfach heute noch für die Metropolen eine politische Stellvertreterrolle hinsichtlich der Aufrechterhaltung des 'Status quo' in den Peripherien spielen". 1)

Die strukturelle Heterogenität ist nicht als Resultat des Auseinanderdriftens des kapitalistischen vom nicht kapitalistischen Wirtschaftsbereich, sondern ein Resultat der Verflechtungen dieser Bereiche miteinander.

Sie erzeugt Unterentwicklung und wird praktisch mit der Abhängigkeit identifiziert. 2)

Im Unterschied zu Dualismus - oder modernisierungstheoretischen Annahmen - wird also strukturelle Heterogenität nicht als Übergangsphase verstanden in der das 'moderne' (kapitalistische) Zentrum allmählich die 'traditionelle' (vorkapitalistische) Peripherie zurückdrängt, sondern vielmehr als ein Prozeß, der Desintegration und Verarmung, also Marginalität 3) und Unterentwicklung immer weiter fortschreibt.

Die Frage, die sich jetzt stellt, nämlich nach dem Zusammenhang von Unterentwicklung und Abhängigkeit bildet auch das zentrale Thema der Dependencia-Theoretiker 4):

Wie beeinflussen sich exogene und endogene Faktoren bei der Herausbildung und Reproduktion abhängiger Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen?

1) D. Senghaas, Strukturelle Abhängigkeit und Unterentwicklung, in: Politische Ökonomie, Geschichte und Kritik, Handbuch 2, S.130.

2) Vgl. Zur Analyse der strukturellen Heterogenität, D. Nohlen, F. Nuscheler (Hrsg) Handbuch der Dritten Welt, S.115-138 sowie in der neuen Auflage (1982) D. Nohlen R. Sturm, Ober das Konzept der strukturellen Heterogenität, S.92-116.

3) Marginalität dient häufig als Umschreibung oder gar als Inbegriff von Unterentwicklung: "... hierbei handelt es sich um den sichtbarsten und die Mehrheit der Bevölkerung betreffenden Ausdruck von Unterentwicklung: Um Armut, Hunger und Krankheit". S. Bennholdt-Thomsen V: Marginalität in Lateinamerika - Eine Theoriekritik, in: Lateinamerika Analyse und Berichte, S.56 sowie S.45-85, 1979.

4) Wichtige dependenztheoretische Beiträge machen die beiden deutschsprachigen Editionen von D. Senghaas über Imperialismus und strukturelle Gewalt (1972) und Peripherer Kapitalismus (1974) zugänglich.

Die Dependencia-Ansätze, die um die Mitte der 60er Jahre die entwicklungstheoretische Diskussion in Lateinamerika zu prägen begannen, beschäftigten sich mit dieser Problematik, aber auch mit einer neuen Problematisierung des Entwicklungsbegriffes, weit von der damals verbreiteten Gleichstellung von Entwicklung mit Wachstum.

Die Ergebnisse dieser forschungsmäßigen Neuorientierung waren jedoch keineswegs so eindeutig und kohärent, wie der häufig gebrauchte Begriff der Dependencia-Theorie(n) es zunächst vermuten läßt.

Da es den Rahmen dieser Arbeit bei Weitem sprengen würde, wollte man die Vielfalt der vorgestellten Aussagen 1) über den Zusammenhang von Abhängigkeit, Unterentwicklung und Entwicklung genau nachzeichnen, seien diese auf zwei Grundpositionen reduziert, die bei den meisten Autoren in einer Mischform auftreten, wobei die Akzente in den jeweiligen Argumentationsrängen zum Teil unterschiedlich gesetzt werden.

Die eine Denkrichtung innerhalb der Dependencia-Forschung geht davon aus, daß das konstitutive Merkmal von Abhängigkeit die Ausbeutung der EL durch die kapitalistischen IL ist, Unterentwicklung wird als Konsequenz dieser Ausbeutung angesehen.

Dabei werden zwei Formen von Ausbeutung unterschieden, denen bei den verschiedenen Ansätzen unterschiedliche Bedeutung zugemessen wird. Während einige Autoren 2) vor allem indirekte Formen der Ausbeutung (Verschlechterung der terms of trade bzw. den ungleichen Tausch) abheben, die - wie oben dargestellt - aus den Besonderheiten der internationalen Arbeitsteilung erklärt werden,

1) S. Cardoso F.H., The Consumption of Dependency Theory in the United States, in: Latin America Research Review 12(3), 7-24, 1977;
Dos Santos Th., Dependencia económica y cambio revolucionario en América Latina, Caracas 1970;
Marini R.M., Subdesarrollo y revolución, Mexiko 1969 und Dialektik der Abhängigkeit, in: D. Senghaas, 1974, S.98-136;
Amin S.1975, S.196-233 sowie 107-157;
Cardoso F.H./Faletto E., Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika, Frankfurt 1977.

2) in Lateinamerika vor allem, Marini R.M., Dialektik der Abhängigkeit, in D. Senghaas, 1974, S.98-136;
Schmidt A., Internationale Arbeitsteilung oder ungleicher Tausch, Frankfurt, N.York 1979;
Massarrat M., Die Theorie des ungleichen Tausches in der Sackgasse, in: Die Dritte Welt 6(1), 1978 S.40-73;
Sieber H., Die realen Austauschverhältnisse zwischen Entwicklungs- und Industriestaaten, Tübingen/Zürich 1968.

stellen andere 1) die direkte Form der Ausbeutung an erste Stelle, die ihren Ausdruck in den Gewinntransfers ausländischer (multi-nationaler) Konzerne in die Zentralen in die IL, in übererhöhten Patentgebühren und in übererhöhten Kosten des Technologietransfers finden.

Was die Gewinntransfers der ausländischen Firmen an die Firmenzentralen in den IL angeht, so behaupten die Verfechter der direkten Ausbeutungsform, daß diese die Summe der in den EL getätigten Investitionen bei weitem übersteige:

Dies bedeute eine stetige Dekapitalisierung der Gastländer, die auf Kosten des in den EL verfügbaren Akkumulationsfonds gehe und damit zur Blockierung der Produktivkraftentwicklung beitrüge.

Die ständige Dekapitalisierung bei einer gleichzeitigen Blockierung einer Entwicklung der Produktivkräfte führe zwangsläufig zu einer zunehmenden Überausbeutung der Arbeitskraft, d.h. zu einem Realeinkommensverlust größerer Bevölkerungsteile, und damit zu einer Verengung des internen Marktes.

Für die zweite Denkrichtung konstituiert sich Abhängigkeit und der Zusammenhang von Abhängigkeit und Unterentwicklung auf der Ebene der Distribution: Die internationalen Verteilungsprozesse mit ihrer systematischen Benachteiligung der EL beeinflussen in entscheidender Weise die Verteilungsprozesse in den EL, was sich dort in der Überausbeutung der Arbeitskraft (= wachsende Einkommensungleichheit) äußere, die ihrerseits zwangsläufig in wirtschaftlicher Stagnation münde.

Die Aufmerksamkeit dieser Denkrichtung richtet sich vor allem auf drei eng miteinander verknüpfte Aspekte: die strukturellen Verflechtungen der Produktion in abhängigen Ländern und in den Metropolen, die strukturellen Merkmale der Produktion in den abhängigen Ländern und die jeweiligen Klassenstrukturen und -allianzen, die sich auf abhängige Produktionsstrukturen gründen, diese stabilisieren oder in Frage stellen.

1) Bejarano J.A., El capital monopolista y la inversion norteamericana en Colombia, Bogotá 1972;
Arango J.I., Inversion extranjera en la industria manufacturera colombiana, im: Boletín mensual del estadística del DANE 302 (Sept. 1976), S.112-223, 303; sowie Okt. 1976, S.95-158.
Maza Zavala D.F., Los mecanismos de la dependencia, Caracas 1973. Dos Santos, Dependencia económica y cambio revolucionario en América Latina, Caracas 1970, S.91ff.

Der erste Aspekt, nämlich die strukturellen Verflechtungen der Produktion in der Peripherie und im Zentrum wurde von S. Amin mit dem Begriff der 'abhängigen Reproduktion' 1) charakterisiert, die sich zumal von der 'autozentrierten Reproduktion' dadurch unterscheidet, daß aufgrund des kleinen Ober- und Mittelschichtenmarktes, auf den sich die Industrialisierung in den abhängigen Ländern stützt, keine Verbindung zwischen dem Konsum- und dem Kapitalgütersektor im Lande selbst zustande kommt, aus der die 'autozentrierte Entwicklung' ihre Dynamik beziehen würde.

Ähnlich argumentiert auch Cardoso 2), der eine "abhängige Volkswirtschaft" als Volkswirtschaft bezeichnet,

"... in der sich der Akkumulationsprozeß nicht vollständig entwickelt: Die Nichtexistenz eines Kapitalgütersektors - oder seine Schwäche - hat zur Folge, daß das Schema der erweiterten Reproduktion des Kapitals erst in den zentralen Volkswirtschaften vollständig wird" 2).

Die Erklärung der Situation, in der trotz hoher wirtschaftlichen Wachstumsraten die Unterentwicklung fort dauert, verlangt nach einer Analyse der Beziehung des modernen kapitalistischen Sektors zu den nicht-integrierten Sektoren und ihren Produktionsformen.

Mit dem Begriff der 'strukturellen Heterogenität' (s. oben) versucht man dieses Verhältnis als ein hierarchisch gegliedertes Beziehungsgeflecht zu verstehen, bei dem der moderne kapitalistische Sektor die anderen (vorkapitalistischen) Sektoren zwar nach Bedürfnissen hin ausrichtet, gleichzeitig aber deren Reproduktionsfähigkeit einschränkt und sie in einer Weise zersetzt, daß die in ihnen beschäftigte Bevölkerung in zunehmendem Maße verarmt und teilweise freigesetzt wird, ohne aber vom modernen Sektor beschäftigungsmäßig integriert zu werden.

1) S. Amin, Zur Theorie von Akkumulation und Entwicklung in der gegenwärtigen Weltgesellschaft, in: Senghaas 1974; S.71-97
auch Dos Santos, Struktur der Abhängigkeit, in: Senghaas 1978 S. 256.

2) F.H. Cardoso, Estado y sociedad en América Latina, Buenos Aires 1973, S.50.

Die politischen Schlüsse, die sich aus diesen Theorien ableiten lassen, sind für uns, in Bezug auf die PASOK sehr aufschlußreich: Die Theoretiker des internationalen und des ungleichen Tausches lassen die These ableiten, daß es sich im Falle der Entwicklungsländer um Ausbeutung der Peripherie durch die Industrieländer handelt, nicht aber um Ausbeutung der Dritten Welt durch das imperialistische bzw. das einheimische Kapital.

Dieser Ansicht nach ist die Arbeiterklasse in den EL in Aristokratie 1) des Weltsystems verwandelt worden und profitiert gemeinsam mit den Kapitalisten des Zentrums von den unterentwickelten Ländern. 2)

A. Emmanuel betont in dem Zusammenhang:

"Es wird also de facto eine gemeinsame Front - wenn nicht Solidarität - zwischen den Arbeitern und dem Kapital der reichen Länder gegenüber den armen Ländern gebildet, eine Front, die mit dem inländischen syndikalistischen Kampf um die Beuteverteilung koexistiert". 3)

1) Der Begriff 'Arbeiteraristokratie' ist jedenfalls von Lenin im Rahmen einer nationalen sozialen Einheit bestimmt worden. Er hatte sie als eine Schicht der Arbeiter definiert, die die Interessen des Kapitals in der Arbeiterklasse vertritt und somit die Arbeiterklasse von der Aussicht der sozialistischen Revolution zu desorientieren zielt: "Der Imperialismus hat die Tendenz, auch zwischen den Arbeitern privilegierte Kategorien zu unterscheiden und sie von der breiten Masse des Proletariats wegzunehmen", S. Lenin, Imperialismus, Athen 1964, S.131, gr.

2) Vgl. auch A. Papandreou, Von der PAK zur PASOK, Athen 1976, S.114,gr.

3) S. A. Emmanuel, Der ungleiche Tausch, Athen 1978, S.269,gr.

Dagegen haben sich viele 'Metropole-Peripherie' -Theoretiker geäußert, wie z.B. Charles Betelem, der der Meinung ist, daß "die Proletarier der reichen Länder nicht nur an der imperialistischen Ausbeutung nicht teilnehmen, sondern daß sie in der Wirklichkeit... allgemein mehr ausgebeutet werden (mit dem engen Sinn des Begriffes) ... auf Grund des hohen Intensivitätsniveaus der Produktivität der Arbeit in den reichen Ländern". 1)

Ähnlicher Meinung ist auch S. Amin, der betont:

"Die Ansicht, daß das Proletariat des Zentrums in seiner Gesamtheit privilegiert und folglich mit der bürgerlichen Klasse seines Landes an der Ausbeutung der Dritten Welt solidarisch ist, ist nichts anderes als eine Vereinfachung der Realität, die einen oberflächlichen Charakter hat". 2)

In seinem Buch 'die ungleiche Entwicklung' äußert sich Amin präziser hierzu:

"Der Gegensatz liegt nicht mehr zwischen der bürgerlichen Klasse und dem Proletariat jedes einzelnen Landes separat, sondern zwischen der internationalen bürgerlichen Klasse und dem internationalen Proletariat. Die internationale bürgerliche Klasse ist erstens die bürgerliche Klasse des Zentrums und sukzessiv die bürgerliche Klasse die sich ringsherum der Peripherie bildet ... Die bürgerliche Klasse des Zentrums ... beutet überall das Proletariat aus, viel heftiger jedoch das Proletariat der Peripherie". 3)

"Dies bedeutet, daß der Klassenkampf im Rahmen des internationalen Systems und nicht auf nationaler Ebene stattfindet". 4)

Die These von Amin über die Ausbeutung des internationalen Proletariats von der internationalen Bourgeoisie scheint doch der Realität etwas näher zu sein, als die oben dargestellten Ansichten, obwohl dabei der Klassenkampf in nationaler Ebene und die wichtige Rolle des Staates in den unterentwickelten Ländern außer Acht gelassen werden.

1) C. Betelem, Theoretische Bemerkungen, in A. Emmanuel, Der ungleiche Tausch, Athen 1978, S.414,gr.

2) S. Amin, Die Akkumulation auf internationaler Ebene, Athen 1976, S.47,gr.

3) S. Amin, Die ungleiche Entwicklung, Athen 1976, S.194,358.

4) Ebenda, S.47.

Nach diesem gestrafften Überblick der 'Zentrum-Peripherie-Theorien' können wir im folgenden die theoretischen Konzeptionen der PASOK analysieren, die sich auf diese Theorien beziehen, um eventuellen Übereinstimmungen bzw. Differenzen zwischen beiden theoretischen Konzepten festzustellen, welche anschließend diskutiert werden sollen.

1.2 Die PASOK - Konzeption

Der theoretische Ausgangspunkt der PASOK ist die Anerkennung und Übernahme der 'Zentrum-Peripherie-Theorie', die expressis verbis den "Grundstein ihrer ideologisch-politischen Einstellung" 1) bedeutet.

Dieses Konzept zieht sich dementsprechend durch die gesamte Ideologie der PASOK, wobei sie zuerst theoretisch Ursachen und Wirkungen des Zentrum-Peripherie-Gegensatzes aufzeichnet und dann konkrete Vorschläge zu ihrer Überwindung macht. 1)

In den kapitalistischen Industrieländern, so die PASOK, stieg durch die Akkumulation vom Kapital im gewerblichen Sektor die Produktivität der Arbeit und über zunehmende Nachfragemöglichkeiten - auch der unterprivilegierten Massen - das Produktionsvolumen, so daß alle Wirtschaftssektoren durchkapitalisiert wurden.

In der Peripherie dagegen war wegen der Spezialisierung auf Produkte (Rohstoffe, Agrarprodukte, Halbfertigwaren), deren Anteil am Weltverbrauch tendenziell sank und wegen der Unmöglichkeit, im Falle einer Zunahme der Massenkaufkraft ein erweitertes Warenangebot im eigenen Land zu produzieren, die Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise auf dem Exportsektor beschränkt.

1) A. Papandreou, Übergang zum Sozialismus, Athen 1982 4), S.49,gr.

Daher die Feststellung, daß "in den Wirtschaften der Peripherieländer die Neigung dazu besteht, daß die kapitalistische Produktionsweise sich nicht durchsetzt und nicht in der Lage ist, die vorkapitalistische Produktionsweise zu beseitigen". 1)

Griechenland ist für die PASOK Teil der kapitalistischen Peripherie.²⁾

So ist auch in Griechenland, nach der Auffassung der PASOK, die kapitalistische Produktionsweise nicht in allen Bereichen durchgesetzt worden:

In der Agrarwirtschaft, Gewerbe und Kleinhandel herrsche die vorkapitalistische Produktionsweise, d.h. es dominieren die Familien- oder Ein-Mann-Betriebe (Subsistenzwirtschaft). Die Gründe der Verhinderung der kapitalistischen Vervollständigung und folglich der Unterentwicklung des Peripherielandes Griechenland sieht die PASOK wie folgt:

- o Dem ungleichen Austausch von Waren, Rohstoffen und billiger Arbeitskraft auf Kosten der Peripherie.
- o Die 'Ausbeutung' der Peripherie durch die sofortige Übertragung eines Teiles des sozialen Überschusses ³⁾ von der Peripherie zur Metropole (Export von Kapital, Gewinne, Zins- und Tilgungszahlungen durch in der Peripherie investierende ausländische Firmen).

1) Aus der Konferenz der sozialistischen Parteien des Mittelmeeres in Malta, 22.-25.7.1977 in der Zeitung 'Agonistis', Juli 1977, S.3.

2) A. Papandreou, Übergang, 1982, S.50.

3) Als realer wirtschaftlicher Überschuß ist von P. Baran, der die Theorie des Überschusses 1957 erst zum Ausdruck brachte, der Unterschied zwischen der Produktion einer Gesellschaft und ihrem Verbrauch bestimmt worden. S.P. Baran, Die politische Entwicklungsökonomie, Athen 1977, S.74,gr.
Später definierte Baran in dem Buch 'Monopolistischer Kapitalismus' (Athen 1973), das er mit P. Sweezy zusammenschrieb, den wirtschaftlichen Überschuß als den Unterschied zwischen der Produktion einer Gesellschaft und ihrer Produktionskosten. (Die zweite Definition scheint der marxistischen Kategorie des Mehrwerts näher zu sein.)

- o Die Lenkung der Wirtschaft der Peripherie von den Entscheidungszentren der Metropole aus.

In der Peripherie spielte der Agrarsektor in einer ersten Phase die entscheidende Rolle, mit der Zeit aber gewann auch die Leichtindustrie und der Dienstleistungssektor an Bedeutung. Die Schwerindustrie bleibt aber weiterhin unterentwickelt, gleichzeitig besteht die Tendenz zum Export von Produkten (Agrar- und Halbfertigwaren) und zum Import von Kapital durch multinationale Firmen.

Aus diesen Gründen bleiben nach der Meinung der PASOK die Hauptmerkmale der Unterentwicklung an der Wirtschaft des Peripherielandes trotz 'Entwicklung' bestehen 1) (These der strukturellen Heterogenität) und der Unterschied zwischen der kapitalistischen Metropole und Peripherie vergrößert sich.

Nicht nur Unterentwicklung sondern auch Abhängigkeit ist das Merkmal des Peripherielandes, also auch Griechenlands. 2)

Konkret sei Griechenland politisch von den USA und wirtschaftlich von den Metropolen Westeuropas abhängig.

Diese vielfältigen Abhängigkeitsbeziehungen zu den Zentren lassen sich in allen Bereichen der wirtschaftlichen und sozialkulturellen Strukturen Griechenlands ablesen:

Im wirtschaftlichen Bereich sei die Handhabung des Geld- und Kreditwesens, der Investitions- und Technologie, insgesamt der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie des Außenhandels relevant; 3) im politisch - strategischen Bereich gehe es um die nationale Verteidigung, die innere Sicherheit, Außenpolitik, Politik gegenüber den Gewerkschaften und der lokalen Selbstverwaltung - generell könne man darunter den gesamten Bereich der Staatsstruktur subsumieren -;

1) A. Papandreou, Übergang zum ..., Athen 1982, S.51,52.

2) Vgl. auch N. Poulantzas, Die Krise der Diktaturen, Portugal, Griechenland, Spanien, Frankfurt 1977, S.10-21.

3) "Die Hauptgestalten der Abhängigkeit Grs von der Weltwirtschaft sind: Die einseitige und bestimmende wirtschaftliche und technologische Abhängigkeit vom Ausland, die schwache Konkurrenzfähigkeit, die schlechte Struktur des Außenhandels und das große Handelsbilanzdefizit, die übermäßige Abhängigkeit der griechischen Wirtschaft von den unstabilen stillen Ressourcen, die bestimmende Rolle der multinationalen Monopole in Gr., die hohe Anleihe des Staates und die bestimmende Rolle des Exports von Arbeitskraft." S. Babanassis S./Soulas K., Griechenland in der Peripherie der entwickelten Länder, Athen 1976, S.172,gr.

im sozialpolitischen Bereich drücke sich Abhängigkeit in Bildung, Mentalität, Sitten und Gebräuchen, in den individuellen Präferenzordnungen der Gebrauchsgüter und generell dem 'Lebensstil' aus. 1) Das Peripherieland müsse dementsprechend also, um von den negativen Einwirkungen des Zentrums zu befreien, gegen dieses kämpfen. Die entscheidende Frage jedoch ist, wie?

Die politische Schlußfolgerung der 'Metropole-Peripherie-Theorien', die ja auch von der PASOK übernommen worden sind, behaupten, daß die Völker der Peripherieländer gegen ihren 'Feind', den metropolitanen Kapitalismus, der Unterentwicklung und Abhängigkeit hervorruft, nicht direkt bekämpfen können und müssen, sondern nur indirekt durch einen 'nationalen Weg', der sie aus dieser Abhängigkeit herausführt.

Der Weg zu einer gleichmäßigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Peripherie 2) könne also nur mit der nationalen Unabhängigkeit identifiziert werden.

Den Ansatzpunkt zu einem Aufbrechen der vielschichtigen Abhängigkeitsstrukturen sieht die PASOK in den - ebenfalls durch den peripheren Charakter Griechenlands geprägten - Sozialstrukturen:

Ausbeutungsobjekte sind nicht nur die Arbeiter -deren Zahl im Vergleich zur Gesamtbevölkerung eine Minderheit darstellt-, 3) sondern auch die Bauern, die Kleingewerbetreibenden, Selbstständigen und Angestellten. 4)

1) Vgl. A. Papandreou, Übergang ...1982, S.55.

2) Es geht um die Konzeption 'Wachstum plus Wandel', die ein UNRISD-Dokument umreißt: "Im weitesten Sinne umfaßt sie die Steigerung des Volkseinkommens wie die Verbesserung des Lebensstandards; sie impliziert die Einführung neuer Technologien, die Übernahme neuer Erkenntnisse und Erfahrungen, Bewußtseinswandel, Veränderungen in der Berufsstruktur und sozio-ökonomischen Schichtung, Reformen in der Sozialstruktur, die Errichtung neuer Institutionen, etc." UN-Research Institute for Social Development (UNRISD), in: D: Nohlen/F. Nuscheler, 1982, S.239.

3) S. im Anhang.

4) S. A. Papandreou, Übergang ..., 1982, S.52,53 auch die PASOK-Broschüre 'Sozialistische Umwandlung', Athen 1979, S.16,gr.

Alle diese stellen die Unterdrückten und 'Nicht-Privilegierten' 1) dar, die gemeinsam darauf hinarbeiten müssen, um das in- und ausländische Kapital zu entmachten, die nationale Unabhängigkeit zu erlangen und eine sozialistische Umwandlung zu erreichen.

Die bürgerlichen Schichten bleiben ausgeklammert, so die PASOK, weil "in den Ländern, die am Rande des Weltkapitalismus stehen, diese parasitär, abhängig und unfähig zum Kampf für die nationale Unabhängigkeit sind, weil sie trotz Unstimmigkeiten mit der Oberschicht 2) in den wichtigsten Themen mit ihr einig sind." 3)

So nimmt der 'Klassenkampf', für die PASOK "die Gestalt des Zusammenpralls zwischen Zentrum und Peripherie an". 3)

Durch die Übernahme des Gegensatzes zwischen Metropole und Peripherie als den Hauptgegensatz auf internationaler Ebene, ergreift die PASOK gleichzeitig Partei im Streit zwischen den Anhängern der Strömung 'Zentrum-Peripherie' und den prosowjetischen kommunistischen Parteien. Der Hauptpunkt der Streitigkeiten besteht darin, die Rolle der Sowjetunion und des sowjetischen Lagers zu beurteilen.

Für den sowjetischen Marxismus besteht der Hauptgegensatz auf internationaler Ebene "in dem Gegensatz 'Kapitalismus - Sozialismus', also zwischen dem Lager des Imperialismus und der Länder der sozialistischen Gemeinschaft, und in den zwischen ihnen ununterbrochenen Kampf" 4) und nicht zwischen der Metropole und der Peripherie.

1) Dieser Ausdruck ist zum ersten Mal von der PASOK im politischen Vokabular Griechenlands eingebracht.

2) Man unterscheidet zwischen der Oligarchie bzw. Oberschicht, der ca. 200 Familien in Gr. angehören (auslandsorientierte Großkapitalisten, Reeder sowie wenige Großunternehmer) und der Bourgeoisie (Großbourgeoisie: ca. 50.000 Personen, mittlere Industrielle, Kaufleute, Großhändler, Vertreter usw., Kleinbourgeoisie: Kleinindustrielle, höhere Beamte, Akademiker usw.)

3) A. Papandreou, Obergang ...1982, S.53.

4) S.P. Metaxas, Die Theorie Metropole-Peripherie, in der Zeitschrift 'Kommunistischer Monatlicher Überblick und Politik' (K.O.M.E.P), Heft 11, 1979,gr.

Auf der Basis dieser Annahme der PASOK, daß der Hauptgegensatz zwischen den Metropolen und den Peripherien liegt, läßt sich die Schlußfolgerung ableiten, daß die nationale Unabhängigkeit, d.h. die Beseitigung der Abhängigkeit Griechenlands von den metropolitanen Entscheidungszentren und generell von den mehr oder weniger subtilen politischen Kontrollen von Außen ihr vorrangiges Gebot ist:

"Die PASOK will im Rahmen der Proklamation vom 3. September die nationale Unabhängigkeit, die Volksherrschaft und die sozialistische Umwandlung der gesellschaft mit demokratischem Verfahren erreichen." 1)

Dabei wird der nationalen Unabhängigkeit Vorrang eingeräumt. 2) Sie bedeutet das Hauptziel für "die große Masse der Arbeitnehmer in der Peripherie des Kapitalismus" 3) und "die erste politische Tat einer zukünftigen sozialistischen Regierung dar". 4)

Diese theoretischen Positionen der PASOK sollen nun im folgenden mit der griechischen Realität verglichen und analysiert werden.

1) Art.4 der Satzung.

2) Aus der Proklamation vom 3. September 1974, S.15,gr.

3) A. Papandreu, Übergang..., 1982, S.53.

4) Ebenda, S.64.

1.3 Diskussion

Die von der PASOK unternommene Einordnung Griechenlands in der Peripherie bildet einen wesentlichen Punkt für die theoretischen Streitigkeiten der Befürworter und Gegner dieser These. 1)

Von den ersteren kann man N. Mouzelis ²⁾, K. Vergopoulos ³⁾, S. Babanassis, K. Soulas ⁴⁾ und M. Nikolinakos ⁵⁾ als die wichtigsten nennen. 6)

Zu den wichtigsten Gegnern 7) der These der Zugehörigkeit Grs in der Peripherie zählt der Historiker N. Psyroukis.

Eine Mittelposition vertreten Thesen, die Gr. als ein kapitalistisches Land mit mittlerem Entwicklungsniveau der Produktionskräfte und hohe Entwicklung der Produktionsverhältnisse (staatsmonopoler Kapitalismus) halten. 8)

Pierre Jalée, einer der ersten Theoretiker, die sich mit der Problematik der Dritten Welt beschäftigt haben, hat über Griechenland geschrieben:

"Unter die imperialistischen Länder, d.h. unter die entwickelten, kapitalistischen Länder, werden südeuropäische Länder, wie Portugal, Spanien und Griechenland gezählt, die unter verschiedenen Gesichtspunkten unterentwickelt sind.

-
- 1) "Griechenland passen die Merkmale des Peripherielandes zu", S.A. Papandreou, Übergang ..., S.12,50,gr.
 - 2) S. N.Mouzelis, Neugriechische Gesellschaft -Unterentwicklungsaspekte, Athen 1978, gr.
 - 3) S. K. Vergopoulos, Der periphere Kapitalismus in Gr., sowie sein Beitrag in A. Papandreou, Übergang ..., 1982,gr.
 - 4) S. S. Babanassis/K.Soulas, Griechenland in der Peripherie der entwickelten Länder, Athen 1976, gr.
 - 5) S. C. Leggeie/M. Nikolinakos, Europäische Peripherie, Meisenheim am Glan 1975.
 - 6) Der Entwicklungshilfesausschuß DAC der OECD (in der auch Griechenland Mitglied ist), betrachtet als E.L. in Europa: Gibraltar, Griechenland, Jugoslawien, Malta, Portugal, Spanien, Türkei und Zypern. Die BRD schließt sich dieser Liste ohne Gibraltar an. S. D. Nuscheler (Hrg), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1, Hamburg 1982, S.21, Anm. 6.
 - 7) G. Milios, Griechische Gesellschaft - der Mythos der Unterentwicklung, in der Zeitschrift 'Agonas', Nr.7, gr.
 - 8) G. Samaras, Staat und Kapital in Griechenland, in der Zeitschrift 'Synchroni Epochi', 1982, gr.

Aber es scheint uns, daß durch viele andere Merkmale diese Länder sehr eng mit der Gruppe verbunden sind, der wir zugerechnet haben, innerhalb der sie nur ein vernachlässigteres Gebiet bilden". 1) Der Verfasserin scheint die Ansicht von Jalée der griechischen Wirklichkeit mehr zu entsprechen, nämlich daß Griechenland - streng nach der 'Zentrum-Peripherie' Definition gesehen - keineswegs alle typischen Merkmale eines Peripherielandes aufweist.

Da die PASOK auf eine präzise Begründung der Einordnung Grs in die Peripherie verzichtet, so erklärt sie z.B. nicht, ob sie Grs für ein 'unterentwickeltes Land' mit rückständigem Kapitalismus, wie das zaristische Rußland oder gewisse Länder Mitteleuropas zu Beginn des Jahrhunderts hält, oder aber für ein kapitalistisches Land, das zwischen den 'klassischen' E.L. zumal in Afrika, aber auch in Asien und Lateinamerika und den entwickelten steht. Wegen dieser fehlenden Präzisierung ist hier auch keine präzise Kritik der PASOK möglich; es bleibt uns also nicht anderes übrig, als die PASOK-Behauptungen als 'gegeben' zu nehmen und sie davon ausgehen kritisch zu diskutieren.

Die Feststellung der PASOK, in Griechenland habe sich die kapitalistische Produktionsweise nicht durchgesetzt und mit der vorkapitalistischen Produktionsweise (im Gewerbe, Kleinhandel, in der Agrarwirtschaft) koexistiere, scheint gänzlich zu zutreffen.

Wenn wir die Entwicklung der griechischen Wirtschaft betrachten, fällt uns auf, daß es noch große Bereiche in der Industrie und in der Agrarwirtschaft gibt, wo die Kleingewerbeproduktion herrscht und die Verbindung dieser mit dem 'modernen Industriesektor' eindeutig negativ ist.

1) S. P. Jalée, Die Ausbeutung der Dritten Welt, Frankfurt 1968, S.12.

Das bedeutet, daß, obwohl die traditionellen Sektoren bestehen bleiben, sie dauerhaft 'gedrückt' und ihre Geldmittel systematisch mit verschiedenen Mechanismen in den technologisch entwickelten Bereich und ins Ausland transferiert werden.

Der moderne und der traditionelle Bereich sind also so verbunden, daß die Entwicklung des einen die Stagnation des andern bedeutet. 1)

In der griechischen Industrie bildet die Existenz einer Reihe kleiner Familienbetriebe ein ihrer typischen Merkmale:

1930 beschäftigte 93,2% des verarbeitenden Sektors weniger als 5 Personen, 1958 war dieser Prozentsatz (nur) auf 84,9% gefallen. 2) Parallel zeigte die Industriestatistik von 1969, daß es in Gr. 124.600 verarbeitende Einheiten gab, was bedeutet, daß in Relation mit der Bevölkerung in der Zeit 15 Einheiten pro 1.000 Personen existierten (im Vergleich mit 3 in Chile, 3,8 in Spanien und 0,6 in USA). 3)

Auf der anderen Seite finden wir parallel mit den kleinen Produktionseinheiten manche sehr große Unternehmen, die quasi monopolistische Kontrolle auf den Binnenmarkt ausüben.

So beschäftigen gemäß der Industriestatistik von 1971 die 49 größten Unternehmen 33% des industriellen Arbeitspotentials und besaßen 51,5% des gesamten aktiven Kapitals.

Dieselbe Studie zeigte, daß innerhalb der Kapitalgesellschaften die 100 größten, die 70.000 Personen beschäftigten (47% der gesamten Beschäftigungszahl, die in solchen Unternehmen arbeiten) 65% des aktiven Kapitals besaßen und 68% der gesamten Gewinne erzielten.

-
- 1) Diesem Verbindungstyp zwischen den Produktionsbereichen nennt S. Amin 'Zerfall'. S. L'Accumulation du Capital à l'échelle mondiale, Paris 1970 sowie Le Développement Inégal, Paris 1973. Vgl. auch R. Stavenhagen, Seven Erroneous Theses about Latin America, in: L. H. Horowitz et al, Latin American Radicalism, N. York 1969, S.102-117.
Als Beispiel der mangelnden Verflechtung zwischen der Agrarwirtschaft und dem Industriebereich kann man die Tatsache nennen, daß es in Gr. keine Industrie zur Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen gibt.
- 2) S. G. Koutsoumaris, Die Morphologie der griechischen Industrie, KEPE, Athen 1963, S.37,gr.
- 3) KEBA, Statistical field investigation of small and medium industry in Greece, Band II, S.12.
Für die Gründe, die die Entwicklung der kleinen Betriebe in Gr. verhindern, S. E. Kartakis, Le Développement Industriel de la Grèce, Lausanne 1970, S.20 ff.

Die Mehrheit dieser Unternehmen gehören zu technologisch entwickelten und vom ausländischen Kapital kontrollierten Industriebereichen (Chemieindustrie, Stahlindustrie). 1)

Diese Struktur des griechischen Industriebereiches, wo es viele kleine Betriebe parallel mit wenigen großen Unternehmen existieren sowie das Fehlen eines mittelständischen Gewerbes, gibt uns ein klares Bild des bestehenden ökonomischen Dualismus in Griechenland.

Die Existenz vieler kleiner Betriebe mit niedriger Produktivität zeigt sich noch klarer in der Agrarwirtschaft, wie die folgende Tabelle zeigt:

Tabelle I

"Landwirtschaftliche Betriebsgrößen in Griechenland" 2)

Region	Durchschnittsgröße in ha	Durchschnittszahl der Landstücke je Hof	Durchschnitt Entfernung d.Landstücke in km
Mazedonien	1,83	7,5	2,5
Thessalien	2,76	10,0	2,4
Stereia Hellas	3,47	11,0	2,8
Peloponnes	2,30	7,9	2,2
sämtl. Regionen	2,43	9,2	2,5

Quelle: K. Thompson, Farm Fragmentation in Greece, Athen 1963, S.32

Aus der geringen Mechanisierung der Landwirtschaft und der Fragmentierung der Nutzfläche resultiert sich eine niedrige Arbeitsproduktivität in diesem Bereich.

1) S. G. Photopulos 'Die Abhängigkeit der gr. Wirtschaft vom ausländischen Kapital', in der Zeitschrift 'Oikonomikos Tachydromos' ('der Wirtschaftskurier'), Nr. 1107, S.12,gr.

2) Vgl. auch Babanassis-Soulas 'Griechenland in der Peripherie der entwickelten Länder', S.74,gr.

Tabelle II

Arbeitsproduktivität (pro-Kopf-Output) in der Agrarwirtschaft

Land	Jahr	Output in Mio. Dollar	Beschäftigte (in 1000)	Agrar- bevölkerung (in 1000)
USA	1970	29.800	3.259	8.216
BRD	1970	5.617	2.564	3.514
Frankreich	1970	9.054	3.113	7.255
Italien	1970	8.366	4.276	9.735
Griechenland	1969	1.400	1.836	4.134 (1970)
Portugal	1970	942	1.277	3.523
Syrien	1969	350	756	2.976 (1970)
Libyen	1968	95	219	841 (1970)
Marokko	1969	719	2.489	9.407 (1970)

Im Gegensatz zu der niedrigen Arbeitsproduktivität in der Agrarwirtschaft besteht eine hohe Arbeitsproduktivität in der Industrie 1), wie folgende Tabelle zeigt:

Tabelle III

Arbeitsproduktivität in der Industrie in manchen Ländern.

Jahreszuwachs der pro-Kopf-Produktion in der Industrie im
Zeitraum zwischen 1960 - 1970

<u>Länder</u>	<u>Industrie</u>	<u>Verarbeitung</u>
Belgien 1)	5,1	4,8
Österreich 1)	5,2	5,2
Dänemark	5,0 2)	5,1 1)
Großbritannien 2)	2,4	-
Finnland 1)	6,6	5,0 3)
Frankreich 2) 4)	5,1 4)	-
BRD 1)	5,2	5,1
Norwegen 1)	4,3	4,0
Italien	6,6	-
Schweden 1)	6,5	7,2
Griechenland 5)	9,5	9,7

1) 1960 - 1969 4) Produktivität pro Arbeitsstunde

2) 1960 - 1967 5) 1961 - 1971

3) 1960 - 1968

Für alle Länder außer Frankreich geht es um die Produktivität pro Beschäftigten

1) Diese hohe Arbeitsproduktivität, die eigentlich ein Merkmal der Industriestaaten ist, war nicht genug, um die große Kluft, die Gr. und die hoch entwickelten Länder trennt, zu überwinden und hatte negative Einwirkungen beim Beschäftigungsmarkt (1963=100, 1965=86, 1968=99, 1970=65).

Quelle: UN, Statistical Yearbook 1971.

Analog zur differierenden Arbeitsproduktivität zwischen dem agrarischen und industriellen Sektor in Griechenland (ein Unterentwicklungsmerkmal), läßt sich das Produktivitätsgefälle zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern registrieren, das konstitutiv für ungleiche Tauschprozesse ist.

Tabelle IV

Wertzuwachs pro Kopf der aktiven Bevölkerung (in \$)

USA	16.000	Libyen	6.202	Tunesien	2.975
BRD	8.835	Portugal	4.627	Spanien	2.617
Griechenland	2.603	Marokko	3.804	Türkei	5.062

Quelle: UN, Statistical Yearbook 1971.

Darüber hinaus kann indirekt auch mit einem Vergleich des Lohnniveaus gezeigt werden, welches Gefälle herrscht.

Tabelle V

Durchschnittliche Pro-Kopf-Monatslöhne (in \$)

USA	534 (1970)	Jugoslawien	90 (1970)
BRD	280 (1970)	Zypern	78 (1970)
Frankreich	148 (1970)	Portugal	44 (1968)
Italien	155 (1970)	Türkei	58 (1970)
Israel	149 (1970)	Syrien	38 (1970)
Griechenland	95 (1970)	Ägypten	29 (1967)
Spanien	90 (1970)	Marokko	26 (1968)

Quelle: UN, Statistical Yearbook 1971; ILO, Labor Statistics, 1972.

Diese hohen Lohndifferenzen unter Berücksichtigung der Produktivitätsdifferenz zwischen Griechenland und den Industrieländern, liefern uns den Beweis ungleicher Tauschprozesse zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern und bestätigen die Annahme der PASOK von dem ungleichen Tausch.

Die relativ hohe Arbeitsproduktivität des industriellen Sektors in Griechenland kann diese Annahme nicht hinreichend widerlegen, da der größte Teil des Außenhandels GrS aus Verarbeitungsgütern und Agrarprodukten betrieben wird 1) (S. auch Anhang, Tabelle 1 und 2).

1) Vgl. Leggewie-Nikolinakos, 1975, S.79-80.

Außerdem bestätigt die Dominanz der Dienstleistungen in der griechischen Wirtschaft (47,6% des Bruttosozialprodukts 1974, 52% 1978, S. Anhang, Tabelle 3) sowie die Tatsache der Dominanz der Leichtindustrie (Verarbeitung, Verbrauchsgüter) im Industriesektor 1) die These der PASOK vom peripheren Charakter Griechenlands.

Die von der PASOK vertretene Behauptung der Unterentwicklung durch die Ausbeutung der Peripherie mittels der Übertragung des Überschusses von dem ausländischen Kapital in die Metropole scheint indes nicht hinreichend zu sein:

Wie aus den Angaben K. Busch ²⁾ hervorgeht, läßt die Ausbeutung der Peripherie von der Metropole, mittels der Kapitalübertragung, nach. Dies ist ein Rätsel, denn warum sollten die Metropolen, angesichts der Ausbeutung der Peripherie und ihren großen Gewinnen, die Kapitalübertragung nachlassen?

Busch gibt an, daß die Exporte des amerikanischen Kapitals in die Dritte Welt von 45% der gesamten amerikanischen Investitionen im Ausland im Jahre 1950 auf 38,3% 1959 und auf 28,5% 1969 sank,

Eine ähnliche Verringerung wird an dem Kapitalprozentsatz der von der BRD, Großbritannien und Frankreich in die Dritte Welt exportiert wird, beobachtet.

1) "In Griechenland überwiegt noch die Leicht- der Sschwerindustrie, trotz deren Steigerung in den letzten Jahren", S. Babanassis-Soulas, 1976, S.56,gr. S. auch im Anhang, Tabelle 4

2) K. Busch, Die multinationalen Konzerne. Zur Analyse der Weltmarktbewegung des Kapitals, Frankfurt 1974.

Fröbel et al. berechneten, daß 1970 28,7% der amerikanischen Investitionen in Richtung Dritte Welt gingen. 1)

Konkreter wurde 1970 amerikanisches Kapital in Höhe von \$ 6,2 Mld. in den OECD-Ländern investiert und \$ 2,5 Mld. in die Dritte Welt.

Aus den OECD-Ländern sind im gleichen Jahr \$ 3,8 Mld. (61% des exportierten Kapitals) in die USA zurückgekommen, aus der Dritten Welt aber \$ 4,1 Mld. (164% des exportierten Kapitals).

Dieselbe Tendenz, nämlich eine geringere Intensität von Handelsbeziehungen der Industriestaaten mit der Peripherie kann man trotz der ungünstigen 'terms of trade' für die Dritte-Welt-Länder auch auf Handelsebene bemerken.

Aber auch die wirtschaftliche Kontrolle, die das amerikanische Kapital in den Unternehmen, die es gründet oder an denen es beteiligt ist, ausübt, ist in den Industrieländern wesentlich höher als dessen Kontrolle in solchen Unternehmen in der Dritten Welt. 2)

Schließlich sind die Industrienationen Europas und -hauptsächlich- Kanada 3) mehr mit dem amerikanischen Kapital verbunden als die Dritte Welt, ohne daß diese Tatsache ihre Umwandlung in Peripherieländer bedeuten würde.

Das ausländische Kapital produziert nicht notwendigerweise Unterentwicklung und fließt nicht hauptsächlich in unterentwickelte Länder. Der Grund warum das ausländische Kapital manche Länder 'ausbeutet' und in manchen anderen die innere Akkumulation beschleunigt, ohne sie in 'Zerfall' zu bringen und zu marginalisieren, erklären uns die 'Metropole-Peripherie-Theorien' nicht.

1) F. Fröbel, J. Heinrichs, O. Kreye, O. Sunkel, Die Internationalisierung von Kapital und Arbeitskraft, in: O. Kreye (Hrg), Multinationale Konzerne, München 1974.

2) K. Busch, 1974, S.144.

3) In Kanada befand sich 1961 90% der Autoindustrie, 45% der Chemieindustrie, 19% der Eisen- und Stahlindustrie und 64% der Elektroapparateindustrie unter amerikanischer Kontrolle. Vgl. K. Busch 1974, S.292.

In der Tatsache, daß die Arbeitsproduktivität, aber auch die Renditen wesentlich niedriger in der Peripherie als in den Industrieländern sind, scheint mir die Antwort zu liegen.

Der dritte von der PASOK genannte Grund der Unterentwicklung ist die 'Lenkung' der Wirtschaft der Peripherieländer durch ausländische Entscheidungszentren. 1)

Diese PASOK-Position findet man bei D. Senghaas wieder, der gleichfalls betont, daß

"die für die peripheren Gesellschaftsformationen typischen Strukturen sich je nach den vom metropoliten Kapitalismus erzwungenen und geforderten Erzeugnissen herausbildeten (wie Edelsteine, billige landwirtschaftliche Produkte, billige Rohstoffe, billige Arbeitskräfte, aber auch profitable Anlagefelder für Kapitalinvestitionen u.a. und sie rekonstruierten, sich gemäß den jeweils neuen, von außen gesetzten Imperativen" 2).

Entsprechend orientieren sich also alle Sektoren im den Entwicklungsland auf den dynamischen, auf den Weltmarkt bezogenen Sektor; das Ergebnis ist jedoch immer strukturelle Heterogenität, wobei trotz der Entwicklung die Merkmale der Unterentwicklung bestehen bleiben.

Daß Griechenland, trotz vieler angedeuteter zutreffenden Peripheriemerkmale kein 'wirklich unterentwickeltes' Land ist, scheint mir zumal in den folgenden Gründen zu liegen:

1. Stagnation des Bevölkerungszuwachses 3), durch die die große Höhe der Pro-Kopf-Wachstumsrate des Brutto-Sozialprodukts 4) erreicht wird. 5)

1) A. Papandreou, Übergang..., 1982, S.51.

2) D. Senghaas, 1977, S.48.

3) Durchschnittlich jährliches Bevölkerungswachstum:
1960-70: 0,5%, 1970-78: 0,7%, in: Weltentwicklungsbericht,
Weltbank, Washington 1980.

4) S. Anhang, Tabelle 5.

5) Vgl. Th. Pangalos, Die Grenzen des Ausschlußcharakters der abhängigen kapitalistischen Entwicklung.
Der Fall Griechenland, in: Leggewie-Nikolinakos, 1975, S.190.

2. Das Abwandern griechischer Arbeiter ins Ausland, das den Geburtenüberschuß vollkommen absorbiert 1):

Die Geldtransfers der griechischen Emigranten verbessern die Zahlungsbilanzkraft Grs, wie folgende Tabelle zeigt:

Tabelle VI

<u>Capital Flows (z.T. incl. private long-term flows) 1965-69,</u>	
<u>Tourismus-Einkünfte und Emigranten-Rimessen (in Mio. US-Dollar)</u>	
Capital Flows	933
Touristik	649
Rimessen	1.191

Quelle: IMF Balance of Payments Yearbook, 1970/71, Washington, 1972.

3. Der große Ausbau des Tourismus (s. Tabelle VI) und die Deviseneinkünfte aus der griechischen Handelsflotte, die die größte der Welt ist. 2)

Wir können also berechtigt behaupten, daß es in Gr. angesichts dieser spezifischen Gegebenheiten keine Verarmung (Marginalität) der großen Mehrheit der Bevölkerung durch die Industrialisierung entstand.

Allerdings hängt die auch in Gr. festgestellte Heterogenität nach der Auffassung A. Papandreous mit der strukturellen Abhängigkeit zusammen.

Er vertritt die Meinung, daß Gr. als Peripherieland auch abhängig ist (von den USA und Westeuropa).

1) Abwanderung aus Griechenland:

1967: 163.251
1968: 136.974
1969: 136.138
1970: 102.462
1971: 115.004
1972: 158.675

Quelle: in der Zeitung 'Agonistis', 15.Febr.- 15.März 1976, S.13

2) Die griechische Handelsflotte umfaßte in besten Zeiten 4.500 Schiffe. 1970 waren es 276,9 Millionen Dollar, die dem Staat durch die Handelsmarine an Devisen zufließen.
1975 waren es schon 853 Mln. Dollar und 1979 waren es beachtliche 1,5 Milliarden Dollar. S. 'Süddeutsche Zeitung', 27.-28.11.1982, S.54.

Strukturelle Heterogenität decke also den internen Bereich ab, strukturelle Abhängigkeit den externen, wobei die interne Struktur oder die Deformation der ökonomischen und sozialen Strukturen das Ergebnis externer Faktoren sei, strukturelle Heterogenität die interne Konsequenz struktureller Abhängigkeit.

Was die strukturelle Heterogenität, die die strukturelle Abhängigkeit beinhaltet, betrifft, erkennt A. Papandreou mit Recht, daß diese keinesfalls mit traditionellen Mitteln der Wirtschaftspolitik überwunden werden kann, quasi als Ergebnis zwangsläufig fortschreitender Expansion des modernen, dynamischen, wachstumsorientierten Sektors in den traditionellen, stagnierenden Sektor der Wirtschaft.

Er erkennt, daß die Gesellschaft in Griechenland sich nicht in einem Übergangsstadium befindet, sondern in einem Prozeß sich fortlaufend reproduzierender struktureller Heterogenität.

Der Schlüssel zur Überwindung der 'Unterentwicklung' also liege nicht mehr in Wachstum und Expansion des modernen Sektors. Er liege vielmehr in den internen und externen Faktoren, die strukturelle Heterogenität und Abhängigkeit verursachen und aufrechterhalten: entwicklungsstrategisch in -strukturalistisch gesehen- homogenisierten Reformen der Produktionsstruktur der Ökonomie des Landes und -dependenztheoretisch gesehen- in Reformen der Weltmarkbeziehungen des Peripherilandes und der von ihnen abhängigen internen Reproduktionsdynamik.

Außerdem macht dabei A. Papandreou zu recht darauf aufmerksam, daß strukturelle Heterogenität nicht nur im ökonomischen Bereich auftritt, sondern auch im sozialen und politischen.

Deswegen ist die notwendige Transformation im Peripherieland von grundlegenden Veränderungen der Machtverhältnisse im Lande selbst abhängig.

Dementsprechend lautet die Forderung A. Papandreou nach nationaler Unabhängigkeit im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich.

Im politischen Bereich drückt sich diese in der politischen Ungebundenheit des Landes und in dem Sozialismus aus.

Im wirtschaftlichen Bereich bedeutet sie eine autozentrierte Entwicklung 1) und Dissoziation 2), im sozialen Bereich schließlich innergesellschaftliche soziopolitische Reformen (die strukturelle Heterogenität betreffend).

1) S. S. 221ff.

2) Dissoziation bedeutet die Abkoppelung der Ökonomien und der Gesellschaften der Entwicklungsländer von der gegebenen internationalen Ökonomie auf Zeit. S. D. Senghaas, Autozentrierte Entwicklung, in: Nohlen/Nuscheler (Hrg), 1982, S.366, 367-371.

2. Die Programmatik der PASOK

"Das Ziel der PASOK ist die nationale Unabhängigkeit, die Volksherrschaft und die soziale Befreiung zu erreichen". 1)

Ihr Streben nach "ein sozialistisches und demokratisches Griechenland" stützt sich, so die PASOK, auf den Grundsatz, daß "die nationale Unabhängigkeit Voraussetzung ist für die Erlangung der Volksherrschaft, die Volksherrschaft wiederum die Voraussetzung für das Erreichen der sozialen Befreiung und diese wiederum die Voraussetzung bildet für die Realisierung der politischen Demokratie". 1)

Eine nationale Unabhängigkeit nach Lesart der PASOK erfordert zweierlei: Das Betreiben einer nicht-blockgebundenen Außenpolitik, verbunden mit dem Streben nach weltweiter Abrüstung und einer entsprechend ausgestalteten nationalen Verteidigungsdoktrin; und - analog dazu - zweitens, die Begründung einer autonomen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.

1) Proklamation des 3. September 1974, S.15,16, gr.

2.1. Außenpolitik: "Die nationalen Fragen".

c) Allgemeine außenpolitische Konzeption

Die PASOK glaubt, daß die Metropolen hauptsächlich zwei Methoden für die Ausübung ihrer Kontrolle über die Peripherien benutzen: "Erstens, die innere 'Erosion' und zweitens, das Treffen bilateralen Abkommen und die Teilnahme des Peripherielandes an militärischen oder wirtschaftlichen Bündnissen". 1)

Die Erosion des Systems der Peripherie sei dabei die wichtigste Methode der Metropole.

Unter "Erosion" versteht die PASOK den Prozeß "des Herausfindens kooperationswilliger Personen, die eine wichtige Rolle in Schlüsselpositionen des politischen Lebens des Peripherielandes spielen, oder - durch die entsprechende Unterstützung (von der Oligarchie, B.d.V.) - spielen werden sowie ihre angemessene Ausbildung mit dem Ziel, ihre Eingliederung (bewußt oder nicht) in den Kontrollmechanismen des Landes zu erreichen". 2)

In der engen Zusammenarbeit der amerikanischen Streitkräfte mit den griechischen Streitkräften sowie zwischen den amerikanischen und den griechischen Nachrichten- und Sicherheitsdiensten, aber auch, so A. P., in der Stipendienvergabe in den USA oder in den NATO-Ländern, der beruflichen Förderung... und schließlich dem Technologietransfers 2) sieht die PASOK die Stützung der "Erosion".

Die Korruption der politischen Entscheidungsträger sowie der Staatsbediensteten erfolge durch die Erzeugung eines geistigen Klimas (z.B. durch Medien oder Bildungswesen), in dem die nationalen Interessen des Peripherielandes als identisch mit den Interessen der Metropole erscheinen.

In Griechenland habe nach dem Bürgerkrieg die "Nationalgesinnung" dem Zweck der Bildung eines solchen Klimas gedient. Der Beitritt des Landes in militärische und wirtschaftliche Bündnisse bilde den 'gesetzlichen' Rahmen der Abhängigkeit. 3)

1) A. P., Übergang zu Sozialismus, Athen 1982 4, S.55, gr.

2) Ebenda, S.56.

3) Ebenda, S.58.

Aus den oben genannten Erkenntnissen schließt die PASOK, daß Griechenland sich von den Mechanismen der NATO und der USA 1) abkoppeln, die Aufhebung der US-Stützpunkte anstreben und auf eine hinreichende Ausrüstung der Streitkräfte abzielen muß, damit diese die Verteidigung des griechischen Territoriums gewährleisten können. 2)

Damit wären für die PASOK die Voraussetzungen für eine politische und militärische Unabhängigkeit Griechenlands geschaffen.

Von der militärischen zur wirtschaftlichen Abhängigkeit übergehend, stellt die PASOK fest:

"Die nationale Unabhängigkeit... ist auf das engste mit der Befreiung unserer Wirtschaft von der Beherrschung durch das ausländische Monopolkapital und das ihm hörige einheimische Kapital verbunden, welche unsere wirtschaftliche, soziale, politische und kulturelle Entwicklung nicht nach den Interessen des Volkes gestalten, sondern nach denen der Oligarchie". 3)

Folglich müsse sich Griechenland aus wirtschaftlichen Verflechtungen 4), die sein Recht auf Selbstbestimmung seiner Entwicklung behindern, lösen. 5)

So beabsichtigt die PASOK, "eine dynamische bündnisfreie Außenpolitik zu verfolgen, mit den Zielen die Sicherung der territorialen Integrität und der Blockfreiheit sowie die bestmögliche Realisierung der Interessen des griechischen Volkes"; 6)

gleichzeitig strebt sie die Entwicklung wirtschaftlicher Beziehungen mit allen Ländern an, 7) wobei die Regel des 'gleichen Austausches' gelten müsse.

1) A. P., Übergang, S.58.

2) Diese PASOK-Aufforderung ist dadurch erklärbar, daß 1974 die Munition fehlte und die gr. Streitkräfte völlig unvorbereitet für eine eventuelle militärische Auseinandersetzung mit der Türkei waren.

3) Grundsätze der PASOK, S.3.

4) A. P., Übergang, S.58.

5) Gemeint ist hier die EG, die auch von anderen Theoretikern der 'Metropole-Peripherie-Strömung' als Hauptzentrum des Imperialismus bezeichnet wird. A. P. hält die EG als "die andere Seite der NATO, die die Interessen des internationalen Monopolkapitals der Metropolen des Westens dient".
S. A. P., Übergang, S.60.

6) Grundsätze der PASOK, S.8, sowie Proklamation der Regierungspolitik, Broschüre, S.34-37.

7) Richtlinien der Regierungspolitik, S.37.

Unzweifelhaft sieht die PASOK die griechischen Prioritäten im Balkan- 1) und Mittelmeerraum und wird deswegen aktiv den Ausbau der Zusammenarbeit und die Annäherung dieser Länder zu fördern versuchen.

Nach ihren Vorstellungen ist im Mittelmeerraum folgendes notwendig: 1)

- Fremde Flotten und alle Atomwaffen müssen entfernt werden, damit eine atom- und raketenfreie Zone entsteht; die Küstenländer müssen von politisch-militärischen Bündnissen abgekoppelt werden;
- Die Investitionsprogramme und die Handelspolitik des Mittelmeerraumes müssen koordiniert werden und der Aktivität internationaler Organisationen, wie der Weltbank, gemeinsam gegenüberstehen; der Mittelmeerraum muß eine gemeinsame Haltung bei den Verhandlungen mit den Industriestaaten im Rahmen des "Nord-Süd-Dialogs" zeigen. (A. P. zählt zum 'Süden' auch Südfrankreich, Süditalien, Spanien).

"In Zukunft soll der Mittelmeerraum eine Reihe kollektiver Garantien für seine Agrarexporte erhalten, parallel dazu sollen Investitionen und Kredite durch die EG und ihre Mitglieder das Wirtschaftswachstum dieser Länder so gestalten, wie es ihren Bedürfnissen und Planungen entspricht". 2)

Eine solche Politik könnte nach der Meinung des Vorsitzenden der PASOK zur Entstehung einer wirtschaftlichen Mittelmeergemeinschaft 3) führen;

- Es muß ein gemeinsames Forschungszentrum für die Technologieentwicklung aufgebaut werden, das die speziellen Bedürfnisse der Mittelmeerländer befriedigen soll.

Bei der Zusammenarbeit dieser Länder sei von großer Bedeutung, daß jedes Bündnis, jede Vereinbarung und Verpflichtung auf dem Prinzip der zwischenstaatlichen Gleichwertigkeit,

1) Richtlinien der Regierungspolitik, S.37.

2) 'Agrarwirtschaft und EG', Broschüre, Athen 1977, S.72, gr.

3) A. P., Von der PAK zur PASOK, S.235, 243.

des gegenseitigen Respekts und auf einer solchen internationalen Politik beruhen müsse, die die Stärkung des internationalen Friedens, die friedliche Lösung der internationalen Streitigkeiten und die Entwicklung bzw. Intensivierung von Freundschaftsverhältnissen und wirtschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit mit allen Ländern fördere. 1)

Bestandteil des Versuchs der PASOK für eine unabhängige Politik sei ihre Teilnahme an "PSOM", der Organisation der Progressiven und Sozialistischen Parteien des Mittelmeerraumes, ihre Unterstützung der Bewegung der "Unabhängigen" sowie aller sozialistischen progressiven Kräfte in der Welt.

Ferner hat die PASOK erklärt, sie werde den Kampf der Palästinenser 2) für ihre Rückkehr in ihre Heimat unterstützen, die Organisation für die Befreiung Palästinas als ständigen Repräsentant des palästinensischen Volkes sowie die Regierung Vietnams und Kambodschas anerkennen und jeglichen Befreiungskampf unterstützen, der um die Selbstbestimmung der Völker kolonialen oder rassistischen Regimes gegenüber geführt wird: "Wir solidarisieren uns aktiv mit allen Völkern, die gegen den Imperialismus und für ihre nationale Unabhängigkeit kämpfen". 3)

Dementsprechend erklärte die PASOK, daß sie sowohl die unverhüllte amerikanische Forderung und Unterstützung diktatorischer, militärischer Regime - wie in der Türkei und in Lateinamerika - verurteilt, als auch Einmischungen in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, unter welchem Vorwand und welcher Gestalt auch immer.

Für dieselben Gründe hat sie den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan verurteilt und betreffs Polen die Meinung vertreten, daß es das Recht haben, allein seine Probleme zu überwinden und den vom Volk gewollten Weg zu gehen. 3)

1) Richtlinien..., S.15.

2) Proklamation der Regierungspolitik, S.36.

3) Richtlinien..., S.16 sowie Proklamation..., S.36.

b) Exkurs: Wirtschaftspolitische Alternativvorstellung

Was das Konzept A. Pö zu einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik der Mittelmeerländer angeht, handelt es sich dabei um das Konzept der "collective self-reliance" (kollektives Selbstvertrauen) 1): Dabei geht es um die Herausbildung neuer Formen von Arbeitsteilung zwischen den Volkswirtschaften der E.L. selbst; einer internationalen Arbeitsteilung im subregionalen, regionalen und kontinentalen Umkreis und natürlich zwischen den drei südlichen Kontinenten, die durch die Abkoppelung ihrer Volkswirtschaften vom Weltmarkt erfolgreich wäre und ihnen Chance geben würde, ihre eigenen Volkswirtschaften aufeinander bezogen zu entwickeln.

Dabei käme es nicht nur auf eine Arbeitsteilung im rein ökonomischen Sinne an, sondern auch auf den Aufbau subregionaler und kontinentaler Infrastrukturen hinsichtlich gemeinsamer Verkehrs- und Kommunikationssysteme, Versicherungsgesellschaften, Nachrichtenagenturen usw.

Dies könnte dazu beitragen, daß die heute extrem hierarchisch aufgebaute internationale Gesellschaft allmählich umstrukturiert würde und die Dritte Welt auf dieser Grundlage wirkliche Gegengewichte zu den heute beherrschenden Industriegesellschaften entwickeln könnte.

Der bekannte Wirtschaftswissenschaftler W. Arthur Lewis hat 1969 die praktische Philosophie, die dieser These zugrunde liegt, wie folgt formuliert:

"Es ist wahr, daß der Wohlstand der unterentwickelten Länder in der Vergangenheit davon abhing, was sie den Industriegesellschaften verkaufen konnten, aber es gibt keinen Grund, warum dies weiterhin so sein soll. Die unterentwickelten Gesellschaften haben alle Ressourcen, die sie für ihre eigene Entwicklung benötigen.

1) Vgl. u.a. J. de Bandt, Nationale and Collective Self-reliance, in: Liaison Bulletin der OECD, No. 1, S.52-60, 1977; P. T. Bauer, Collective Self-reliance as Development Strategy, in: Intereconomics 5/6, S.120-125, 1977; E. A. Floto/A. A. Shalaby/I. S. Abdalla, Economic Integration and Third World Collective Self-reliance (= Third World forum Occasional Paper, No. 4), Nyon, 1979; R. Frohnhöfel, Die Verstärkung der ökonomischen Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern in den siebziger Jahren - das Konzept des 'Collective Self-reliance', in: Asien, Afrika, Lateinamerika 6(5), 1978, S.990-993.

Zusammengenommen haben sie einen Überfluß an Öl, Fasern, Eisenerz, Kupfer, Bauxit und praktisch jedem anderen Rohstoff. In der Landwirtschaft sind sie vollkommen fähig, durch wechselseitigen Austausch sich selbst zu ernähren und sie müssen nicht die USA darum bitten, mehr Tee und Kaffee zu kaufen, damit sie amerikanisches Getreide bezahlen können, während sie mehr Getreide für sich selbst erzeugen könnten. Fertigkeiten sind in den unterentwickelten Ländern Mangelware, aber diese könnten gelernt werden, so daß sie die gesamte industrielle Verarbeitung selbst tätigen könnten. Mit Ausnahme von diesen Fähigkeiten könnte die Entwicklung Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sich fortsetzen, selbst wenn der Rest der Welt im Meer versinken sollte. Wenn es so ist, bedeutet dies, daß diese Länder die Lösung für ihre Probleme selbst besitzen und sie sollten aufhören, immer nur darüber nachzudenken, was sie den Industriegesellschaften verkaufen können bzw. was sie von diesen selbst einkaufen wollen". 1)

Die Strategie kollektiver Self-Reliance gründet sich nach dem Verständnis der Bewegung der Blockfreien und der Gruppe der 77 auf folgende zentrale Prämissen und Zielsetzungen: 2)

- a) Die EL stellen in ihrer Gesamtheit einen strukturell gesonderten Teil der Wirtschaft und Weltgesellschaft dar, der wegen der Zeichnung von Dependenz und Unterentwicklung gegenüber dem entwickelten Teil des Weltsystems fundamentale gemeinsame Interessen hat.
- b) Diese gemeinsamen Interessen bestehen hauptsächlich darin, das ungleiche Beziehungsgeflecht zwischen beiden Teilen des internationalen Systems aufzulösen, den EL ein größeres Maß an politischer, wirtschaftlicher und kultureller Eigenständigkeit zu verschaffen und das internationale System auf eine Grundlage zu stellen.
- c) Zur Realisierung dieser Vorhaben sind kollektive Anstrengungen der EL in zwei Richtungen erforderlich: Zum einen die gewerkschaftsähnliche Solidarisierung und Organisation der EL gegenüber den IL zum Zweck des Aufbaus von

1) W. A. Lewis, Some Aspects of Economic Development, Accra, 1969, S. 15.

2) Volker Matties, Kollektive Self-Reliance, in Nohlen/Nuscheler (Hrg), Handbuch der Dritten Welt, Band 1, 1982, S.385.

Gegen- und Verhandlungspositionen in den Nord-Süd-Beziehungen, 1) zum anderen die Intensivierung der Zusammenarbeit der EL untereinander, um durch die gemeinsame Mobilisierung und Bündelung ihrer Ressourcen und Fähigkeiten den Kampf gegen die Unterentwicklung aufzunehmen und zu führen". 2)

Wegen der bis jetzt nicht sehr beeindruckenden Bilanz an konkreten Ergebnissen läßt das Konzept der kollektiven Self-Reliance Skepsis und Pessimismus aufkommen.

Trotzdem muß betont werden, daß es sich bei der kollektiven Self-Reliance um ausreifende Veränderungsprozesse handelt, die eben einige Zeit zur Überwindung von Anfangsschwierigkeiten brauchen.

Aus dem Grund sollte, trotz der wenigen konkreten Ergebnisse, die symbolische Bedeutung dieser Zielsetzungen für die Zukunft sowie der Willen und die bisherigen Bemühungen um kollektive Self-Reliance (etwa im Rahmen der Bewegung der Blockfreien und der Gruppe 77) geschätzt werden.

Das Konzept der Self-Reliance scheint mir in dem Punkt zu scheitern, daß wegen der wachsenden sozioökonomischen Differenzierung und Heterogenität in der Dritten Welt die Möglichkeit bzw. Wahrscheinlichkeit einer für den Erfolg der Strategie kollektiver SR notwendigen tragfähigen Solidarität der EL untereinander gering ist.

Außerdem sollte es dabei um Gleichheitsbeziehungen gehen und auf jeden Fall eine Reproduktion von 'Zentrum-Peripherie-Beziehungen' und Dominanz-Subordinations-Beziehungen zwischen "starken" und "schwachen" Teilnehmern der Süd-Süd-Beziehungen verhindert werden.³⁾ (Etwa wie Brasilien, Mexiko, Indien, Nigeria, die gegenüber schwächeren EL als "Subzentren" fungieren).

Nach diesen allgemeinen außenpolitischen Vorstellungen der PASOK beschäftigen wir uns konkret mit den sogenannten "nationalen Fragen", d.h. mit dem Problem der NATO, der Stützpunkte, der EG sowie mit der Zypern- und Ägäisproblematik.

1) V. Matthies, in Nohlen/Nuscheler, 1982, S.386.

2) Ebenda, S.387.

3) Mit dieser Frage beschäftigt sich K. Eßer, Industrialisierungsprozesse und Weiterentwicklung der Weltwirtschaftsordnung. Starke und schwache Akteure der Nord-Süd und Süd-Süd-Beziehungen, in Matties V. (Hrg.), 1980.

c) Die NATO

Die PASOK erklärt, daß die von ihr angestrebte unabhängige Außenpolitik nicht isolationistisch sei; 1) "sie weist nicht prinzipiell Verpflichtungen zurück; sie akzeptiert solche Verpflichtungen, wenn diese, erstens, dem Land dienen, zweitens, sich auf freier Entscheidung ohne Druck und Erpressung begründen, drittens, keine Einmischung Dritter in die inneren Angelegenheiten bedeuten und viertens, ohne Furcht vor Vergeltung revidiert werden können, sollte dies dem Land zugute kommen". 2)

Diese Bedingungen aber schließen für das unabhängige Griechenland die Mitgliedschaft in der NATO aus, die den Verlust seiner nationalen Souveränität bedeuten würde, weil im Falle Griechenlands - nach Erkenntnis der PASOK - alle vier genannten Bedingungen nicht erfüllt werden:

Erstens, schütze das Bündnis die griechischen Grenzen in der Ägäis und Thrazien nicht und gäbe Gr. keine Sicherheitsgarantien gegenüber der Türkei. Die PASOK sähe eher ein Sicherheitsrisiko in der Türkei als in dem Norden. 3)

Zweitens, wäre der Entschluß des Beitritts Gr.ß zur NATO Resultat von Erpressungen und Druck gewesen.

Drittens, bedeute die Mitgliedschaft in der NATO eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Gr.ß; die siebenjährige Diktatur habe nach der PASOK die schlimmste Intervention von außen verkörpert. 4)

1) "Richtlinien der Regierungsprogrammatik der PASOK", S.15.

2) A. P., Übergang, S.59.

3) Auch die Regierung K. Karamanlis hatte festgestellt, daß "eine Drohung nicht nur vom Ostblock, sondern auch von der Türkei ausgeht". Vgl. die Rede des Konsuls und Generalsekretärs des Außenministeriums V. Theodoropoulos, am 20.4.78 in Bonn, in der Zeitschrift "Epikentra", Juli-August 1978, S.24.

4) Die Beharrlichkeit, mit der die PASOK auf den NATO-Austritt besteht, erklärt sich durch die Annahme, daß die NATO als Werkzeug der USA die Demokratie des Landes und seine Unabhängigkeit untergraben habe: Die Erfahrung von 1965, der Putsch von 1967, die Zypern Invasion von 1974, die Agressivität der Türkei und ihre Unterstützung durch das Bündnis, belegen diese Annahme der PASOK, für die es allerdings keine Beweise, sondern nur Indizien gibt. S. 'Der Wandel', Broschüre der PASOK, S.41.

Viertens, sei jeder Versuch eines Austritts aus der NATO von Repressalien begleitet: So besitzt die Türkei auf Grund ihrer strategischen Eckposition ohnehin einen gewissen Freiraum innerhalb der NATO (-politik), den sie im Falle eines griechischen Austritts aus dem Bündnis wohl erst recht gegen Athen nutzen könnte. Die griechischen Streitkräfte wiederum sind innerhalb des Bündnisses organisiert und ausgerüstet, d.h. also ihr Auftrag liegt in der Abwehr einer Bedrohung aus dem Norden - mithin von Seiten des Warschauer Paktes - nicht etwa einer aus dem Osten - also der Türkei.

Außerdem scheint, daß die NATO Krisensituationen innerhalb des Bündnisses auf keine Weise zu verhindern versuche, wie z.B. während der griechisch-türkischen Krise im Juli-August 1974, wo sie nur "als einfacher passiver Zuschauer agierte und dabei den Eindruck erweckte, sie befürwortet die türkische Invasion auf Zypern" 1).

Ferner dürfe die Möglichkeit eines gefährlichen Informationsflusses von der NATO in Richtung Türkei nicht unterschätzt werden. Aus alldiesen Gründen fordert die PASOK den Austritt Grs aus der strategischen und politischen Integration der NATO, ohne aber "sowohl die Ausrüstungsbedürfnisse der griechischen Streitkräfte als auch die Entwicklung der Machtverhältnisse in internationalem und speziell in unserem Raum" 2) außer Acht zu lassen.

Was damit gemeint ist, ist indes nicht vollkommen klar.

Denn, wie kann man aus der NATO austreten und gleichzeitig die Ausrüstungsbedürfnisse der griechischen Streitkräfte in Betracht ziehen?

Gr. bekommt, wie bekannt, vorwiegend seine militärische Ausrüstung von den USA 3) und ein eventueller Stop dieser Lieferungen hätte verheerende Folgen für die griechische Verteidigung angesichts des Spannungsverhältnisses zwischen Gr. und der Türkei, die treues NATO-Mitglied ist und bleibt.

1) 'Epikentra', Juli-Aug. 1978, S.24.

2) 'Der Wandel', S.42.

3) So waren z.B. 1975/76 von den 1060 griechischen Kampfpanzern 1000 aus amerikanischer Produktion, bei der Luftwaffe waren nur vereinzelte Transportmaschinen (12 Noratlas) und Hubschrauber (12 AB 205/206) nicht amerikanischen Ursprungs.
Vgl. The military Balance 1975/76.

Solange dieses Spannungsfeld nicht beseitigt wird, scheint die Möglichkeit eines sofortigen Austritts aus der NATO begrenzt zu sein. 1)

Man müßte zuerst eine andere Lieferquelle ausfindig machen - ohne daß sie Griechenland wiederum abhängig macht ²⁾ - und erst dann aus der NATO austreten.

Außerdem müßte die PASOK-Regierung die Unterstützung und Zustimmung des Militärs erhalten und wäre auch auf die Zustimmung des Staatspräsidenten angewiesen - beides scheint jedoch wenig wahrscheinlich.³⁾

d) Die amerikanischen Stützpunkte

Mit alldem sind auch die Ansichten der PASOK über die amerikanischen Stützpunkte 4) in Griechenland verbunden.

Die PASOK ist aufgrund ihrer Ideologie gegen die Einbeziehung Grß in Bündnisse, folglich ist sie grundsätzlich gegen die Präsenz fremder Stützpunkte auf griechischem Boden, weil diese die nationale Unabhängigkeit beeinträchtigen würden.

Auch die bloße Existenz fremder Stützpunkte auf griechischem Boden unterstütze die eindeutige Interessenlage dieser Fremdmacht an der politischen Entwicklung Griechenlands.

Außerdem glaubt die PASOK, daß die fremden Stützpunkte für die Verteidigung Grß im begrenzten, lokalen Krieg nicht geeignet seien und im Falle eines Weltkrieges zur großen Zerstörung Grß führen könnten. 5)

1) Vgl. Ch. Rosakis, Kontinuität und Änderung in der griechischen Außenpolitik, in 'Anti', 26.11.1982, S.23.

2) Vgl. Proklamation der Regierungspolitik, S.34.

3) Die Stellung A. Ps der NATO gegenüber war nicht immer so aggressiv: 1965, als die Z. U. seines Vaters Georg Papandreou die Regierung bildete, an der er auch teilnahm, schreibt er über die NATO: "Wir halten unsere Bündnisse ein und wir führen unsere Verpflichtungen vollständig aus". Obwohl türkische Flugzeuge Zypern 1965 bombadierten, hatte die Regierung G. P. und A. P. selbst keinerlei Gedanken an einen NATO-Austritt verwendet (sei zumindest aus deren militärischen Integration). S. D. Vlantas, A. P. Anschein und Realität, Athen 1978 ², S. 106, gr.

4) 'Der Wandel', S.43,44.

5) Es scheint aber in einem solchen Fall, daß die eventuelle deklarierte Neutralität Grß, wegen dessen geopolitischen Lage, wenig helfen würde. Denn was hat Gr. die Neutralität 1916 und 1940 geholfen? Es wurde trotzdem im Krieg einbezogen.

Gleichzeitig könnten die elektronischen "Horchposten" der NATO (in N. Makri bei Athen) zugunsten der Türkei genutzt werden, "indem sie Informationen über Bewegungen griechischer Streitkräfte an den Generalstab in Ankara weitergeben könnten". 1)

Eine solche Annahme scheint mir indes recht gewagt zu sein, denn auch die US-Horchposten in der Türkei könnten dieselben Resultate zugunsten der griechischen Streitkräfte zeitigen; selbst wenn man also von einer einseitig pro-türkischen Haltung der USA ausgeht, bestünde für Washington keine Notwendigkeit, seine elektronischen Stützpunkte in Griechenland gegen Athen zu verwenden.

Ferner sieht die PASOK die Möglichkeit bestehen, daß die US-Stützpunkte (Operationsstützpunkte in Suda auf Kreta und in Ellinikon in Athen) 2) gegen dritte Länder, mit denen Griechenland gute Beziehungen unterhält, gebraucht werden könnten. Schließlich habe die ausländische Präsenz einen ausgesprochenen negativen Effekt auf Tradition, Kultur und Selbstverständnis der betroffenen Regionen. Kategorisch ist die PASOK gegen die Stationierung von Atomwaffen 3) 4) im Lande, die sofort entfernt werden müßten.

Für den konkreten Abbau der Stützpunkte schlägt die PASOK ihre "Abschottung" 3) aus dem Leben des Landes vor, was bedeutet, daß sie als Regierung über einen Zeitplan, eine Übergangsperiode, für deren Schließung verhandeln will. Für den Zeitraum dieser vorgesehenen Übergangsperiode müsse es wirksame griechische Kontrollen geben, die dafür bürgen, daß keine amerikanischen, militärischen Operationen von Stützpunkten, auf griechischem Boden aus stattfinden und daß Gr. das Recht erhalte die Stützpunkte zu schließen, falls dies im griechischen Interesse erforderlich sein sollte. 3) Es werde gleichzeitig dem Bündnis versichert, daß seine militärische Präsenz bis zur Stunde, wo sie abläuft, geachtet werde. Falls alle diese von der PASOK geforderten Bedingungen nicht erfüllt werden, werde es, so die PASOK, keinen Verhandlungsspielraum geben und die griechische sozialistische Regierung werde dann einseitig entscheiden. 5)

1) S. 'Die Bedrohung in der Ägäis', Broschüre, S.32, gr.

2) Die US-Streitkräfte benutzen außerdem einen militärischen Horchposten bei Heraklion auf Kreta sowie ein Nachschublager der Luftwaffe bei Athen. Es sind 800 Bodentruppen in Gr. stationiert, Teile der 17ten Air Force und der 6. Flotte.

3) 'Der Wandel', S.43, 44.

4) Obwohl A. P. in einem Interview an die New York Times am 12. April 1978 erklärt hatte, daß Gr. Atomwaffen bekommen müsse, "angesichts der atomaren Vorbereitung der Türkei, die schon begonnen hat". Vgl. 'Exormisi', 16.4.1978.

5) A. P. Übergang, S.65.

e) Die EG

Die PASOK ist gegen 1) den Beitritt Gr $\ddot{S}$ zur EG ²⁾, der ihrer Meinung nach "die periphere abhängige Rolle des Landes festschreiben wird" ³⁾, weil die Entscheidungen über wichtige wirtschaftliche Themen von den mächtigeren Mitgliedern nach Maßstab ihrer eigenen Interessen getroffen werden. 4)

Dieses PASOK-Argument verfängt allerdings nur auf den ersten Blick, bedenkt man, daß der EG-Ministerrat in der Praxis nach dem Einstimmigkeitsprinzip verfährt.

So werde nach der PASOK die griechische Wirtschaft gezwungen, nach den Mechanismen des kapitalistischen Marktes zu funktionieren:

Eine nationale wirtschaftliche und soziale Planung für die Entwicklung Gr $\ddot{S}$ würde unmöglich sein; daraus ergäben sich große Gefahren für die griechische Industrie, weil ihre wenigen dynamischen Industrieunternehmen von den Multinationalen absorbiert würden 5); ferner würde es zur finanziellen Ausblutung der Bauernschaft 6) und zur Verödung des Landes kommen, wegen der negativen Einkommenseffekte des Beitritts:

-
- 1) A. P. war nicht immer gegen die EG. In seinem Buch 'Demokratische und nationale Renaissance', Athen 1966 schreibt er: "Durch die Assoziierung Gr $\ddot{S}$ mit den Ländern der EG ertönten die Trompeten für alle Griechen, für die Erhaltung der Demokratie zu kämpfen, damit die Umgestaltung der Institutionen, die für ein modernes demokratisches Griechenland nötig ist, realisiert werden kann". (S. 131-132). Aus welchem Grund hat A. P. seine Meinung über die EG ab 1974 geändert und welche 'Verschlechterungen' innerhalb der EG seitdem stattgefunden haben, die ihn zu dieser Meinungsänderung veranlaßte, hat er bisher nicht erklärt.
 - 2) Die PASOK charakterisiert die EG "EG der Monopole" (A. P., Von der PAK zur PASOK, S.89) oder "die andere Seite der NATO" (A. P., Übergang, S.60); charakteristisch ist auch das Schlagwort der PASOK "EG und NATO, dasselbe Syndikat".
 - 3) N. Martinos, Die Thesen der PASOK über die EG, in 'Anti', 19.7.1981, S. 20.
 - 4) 'Agrarwirtschaft und EG', 1977, S.37, gr.
 - 5) Ebenda, S.50.
 - 6) 1977 waren 34% des aktiven Arbeitspotentials in der Landwirtschaft beschäftigt, erbrachten aber nur 17% des Bruttosozialprodukts.

Nur wenige Ergänzungsagrарprodukte 1) würden von der EG aufgenommen.

Schließlich würde die Umwelt von den Multinationalen verschmutzt²⁾ und die Bodenschätze würden ausgeplündert. ³⁾

Außerdem hat A. P. ideologische Einwände gegen die EG:

"Es ist metaphysisch zu Europa zu gehören, weil Europa, erstens, nicht einig, sondern in zwei Blöcke geteilt ist, zweitens, weil W. Europa in großem Ausmaß von den USA dominiert wird, drittens, weil dort wo es unabhängig von den USA ist, von nationalen Gegensätzen heimgesucht wird und weil in diesen Fällen die Interessen der stärksten Länder und nicht die Griechenlands vertreten werden". 4)

Demnach drückt der Vorsitzende der PASOK die Schlagwörter aus:

"Ja zum Europa der Völker. Nein zum Europa des Status quo".

"Ja zum sozialistischen Europa. Nein zum Europa des Kapitals". 5)

Aus diesen Gründen forderte die PASOK einen Volksentscheid über den Beitritt zur EG, 6) der nach vollständiger Aufklärung der griechischen Bevölkerung durchgeführt werden sollte; eine Forderung, die die PASOK in ihrem Regierungsprogramm aufnahm, allerdings bis 1984 noch nicht einlöste. 7)

Weiterhin bestand sie darauf, daß die richtige Lösung für Gr. weder der Beitritt noch die Assozierung sei, sondern die Entwicklung solcher Beziehungen mit der EG (durch Sondervereinbarung), die die nationale und wirtschaftliche Planung erlauben, was die Erhaltung der Kontrolle über den Produkt- und Kapitalverkehr

1) Ergänzungsprodukte deshalb, weil diese griechischen Produkte bei Einfuhr in die EG mit solchen aus anderen Ländern konkurrieren; dies betrifft a priori Erzeugnisse, die durch Präferenzabkommen der EG mit der Türkei, Marokko, Algerien, Tunesien (den Maghreb-Ländern), mit Ägypten, Syrien, Jordanien (den Machrek-Ländern), mit Zypern, Israel, Malta und Portugal erfaßt sind bzw. durch die Lomé-Abkommen (mit 46 unterentwickelten Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifiks) und entsprechende Vereinbarungen (Präferenzabkommen) mit 104 unterentwickelten Ländern.

2) Weil die griechischen Gesetze (2687/53, 4171/61, 1116/81) die ausländischen Investoren mit keinerlei Auflagen belasten. S. D. Poprelkas, Das ausländische Kapital in Gr., München 1981.

3) S. 'Agrarwirtschaft und EG'.

4) D. Katzoudas, PASOK und EG, in der Zeitschrift 'Epikentra', Mai-Juni 1983, S.34.

5) A. P., Griechenland den Griechen, S.449.

6) Schon 1977 ausgesprochen. S. 'Der Wandel', S.45.

7) Die Durchführung eines Referentums würde vermutlich auf das Veto des Präsidenten der Republik K. Karamanlis stoßen, der wenig dazu geneigt scheint, sein eigenes Werk auf den Kopf zu stellen.

bedeute, ferner die Interessen der griechischen Wirtschaft sichern und die negativen Einwirkungen vermindern. 1)

A. P. denkt an einen neuen Vertragstyp nach Muster Norwegens, ein Vertrag "der richtig und vorteilhaft für Gr. wäre, ihm erlauben würde, den Handel sowohl mit anderen Ländern West- und Osteuropas als auch mit der ganzen Welt ²⁾ aufzunehmen und zu entwickeln". 1) Es ist aber nirgendwo im Bezug auf den Sondervertrag Norwegens von der PASOK erwähnt, daß dieser Vertragstypus den Charakter einer Präferenzregelung allein für Fischerei und Aluminium hat.

Für diese Produkte gewährt die EG Norwegen Einfuhrerleichterungen, die sie im Gegenzug für bestimmte Exporte nach Norwegen in Anspruch nimmt. Norwegen ist weder in einer Zollunion mit der EG verbunden, noch besteht Schutz für ihre Agrarprodukte, ganz zu schweigen von finanzieller Hilfe für die norwegische Wirtschaft, die allerdings ein höheres pro Kopf Einkommen im Vergleich zur EG aufweist. ³⁾

Der norwegische Schutz der Agrarprodukte ist außerdem besser als der der EG und eindeutig besser als der Griechenlands im Bezug auf Steuer und Stützpreise. 4)

Trotz der unterschiedlichen wirtschaftlichen und rechtlichen Situation, zieht A. P. Vergleich zwischen Gr. und Norwegen, bringt aber gleichzeitig Beispiele anderer nicht EG-Mitglieder (Österreich, Schweiz, Schweden), die wirtschaftlich prosperieren, um zu zeigen, daß ein EG-Beitritt nicht zwangsläufig Wohlstand und wirtschaftliche Entwicklung mit sich bringt.

1) Agrarwirtschaft und EG, S.71.

2) Gemeint sind hier hauptsächlich die Balkanländer, die Unabhängigen, der Nahe-Osten sowie die arabische Welt. Das Bestehen der PASOK auf die Handelsbeziehungen mit diesen Ländern beruht auf der Tatsache, daß ein wesentlicher Teil der gesamten griechischen landwirtschaftlichen Exporte, die 1975 500 Millionen \$ betrugen, von den Ostblock-Ländern und vor allem von der Sowjetunion gekauft wurden (Rosinen, Weine, Baumwolle, Öl, Oliven, Tabak usw.).

Zwischen 1973 und 1976 verfünffachte sich der Handelsaustausch zwischen Gr. und dem Nahen-Osten und Nordafrika. Vgl. Agrarwirtschaft und EG, S.69,70.

3) Ebenda, S.60.

4) P. Ioakimidis, in der Zeitschrift 'Oikonomikos Tachydromos' (Wirtschaftskurier), Nr. 1247, 30.3.1978, S.21, gr.

Diesen Positionen entsprechend ist A. P. im April 1982 mit einer 16seitigen "Wunschliste" an den EG-Ministerrat herangetreten, die die schwierige wirtschaftliche Lage GrS bei der Anwendung der EG-Regelungen schilderte und die Hilfe der anderen Mitglieder bei der Ausarbeitung eines Fünf-Jahres-Planes forderte, damit Gr. die Anpassung an die Erfordernisse im Rahmen der EG bewältigen könne.

"Eben wegen des lieben Geldes 1) redet Ministerpräsident A. P. auch kaum mehr von einem Austritt aus der EG. Jene rund 500 Millionen Deutsche Mark, die die EG in harter Valuta an Strukturhilfen für Gr. gewährte, hat man zur Milderung der Finanzmisere sehr gut brauchen können" 2), kommentiert man im Ausland und diese Ansicht ist am grano salis richtig.

Aufgrund dieser geänderten Einstellung der PASOK und A. P. zur EG, läßt sich vermuten, daß auch in Zukunft ein eher gemäßigter Kurs beibehalten wird - ein großer Spielraum dürfte Gr. angesichts der prekären finanziellen Lage der EG auch nicht bleiben.

f) Das Zypernproblem

Das Zypernproblem ist für die griechische Nation 3) ein vorrangiges Thema. Es ist aber auch ein brisantes internationales Problem, weil die militärische Besetzung eines großen Teils eines unabhängigen, freien Staates, der UNO-Mitglied ist, weiterbesteht.

1) Gr. hat zwischen 1962 und 1975 141 Millionen Dollar und bis 1981 noch 280 Millionen Dollar von der EG erhalten. S. K. Kolmer, Die Wirtschaftspolitik der PASOK, in der Zeitschrift "Epikentra", Juli/August 1978, S. 59.

2) "Süddeutsche Zeitung", Nr. 244, 22.10.1982, S.3.

3) Nation ist "eine besondere Einheit für die Reproduktion des Ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse... Ihre Konstituierung fällt mit dem Übergang von den klassenlosen (linearen) Gesellschaften zu den Klassengesellschaften zusammen, insofern sie neue Grenzen, Orte und Zeiten der gesellschaftlichen Reproduktion angibt".

Die Nation deckt sich nicht genau mit dem Staat; die moderne Nation aber fällt tendenziell mit dem Staat zusammen in dem Sinne, daß der Staat die Nation einverleibt und die Nation in den Staatsapparaten Gestalt annimmt, denn sie wird zur Verankerung seiner Macht in der Gesellschaft und umreißt ihre Grenze.

Der kapitalistische Staat funktioniert auf der Grundlage der Nation deren konstitutiven Elemente "ökonomische Einheit, Territorium, Tradition" sind.

S. N. Poulantzas, Staatstheorie, Hamburg, 1978, S.85,91.

Gr., als Garantiemacht habe das Recht, aber auch die Verpflichtung, so die PASOK, aktiv den Kampf des zypriotischen Volkes zu unterstützen.

Dieser Kampf zielt auf den Abzug der fremden Truppen und Stützpunkte aus Zypern, auf die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Dörfer, auf die Sicherstellung der freien Niederlassung und des freien Verkehrs, auf die Festlegung klarer ethnischer Grenzen, die sowohl die Einheit der zypriotischen Republik sichern als auch dieselben Rechte und Pflichten an alle ihre Bürger (der griechischen und der türkischen Zyprioten) gewährleisten sollte.

Ohne die Erfüllung dieser Bedingungen befürchtet die PASOK eine Erhärtung des Status quo und schließlich eine Anerkennung der de facto Teilung Zyperns.

Dazu führen, ihrer Meinung nach, die bilateralen Gespräche über das Zypernproblem, weil nicht die türkischen Zyprioten dabei Verhandlungsführer sind, sondern vielmehr Ankara, das mit seinen Besatzungstruppen auf der Insel die Gewichte von vornherein zu seinen Gunsten verteilt habe.

Dementsprechend hat die PASOK betont, daß die sozialistische Regierung sich darum bemühen werde, daß die internationale Öffentlichkeit darüber informiert wird und alle Kräfte für die möglichst weitgehende, gerechte Lösung des Problems von ihr in Gang gesetzt werden.

Schließlich versprach sie, die Fakten über Zypern zu veröffentlichen, "damit das griechische und zypriotische Volk endlich erfährt, wer verantwortliche für die Zyperntragödie ist." 1)

1) Proklamation der Regierungspolitik, S.33.

Die Fakten sind streng geheim; dieses Versprechen hat die PASOK allerdings 1984, 3 Jahre nach der Regierungsübernahme noch nicht eingelöst.

g) Das Ägäisproblem

Dieses Problem umfaßt die Streitigkeiten zwischen Gr. und der Türkei um die Meeresgrenzen, den Festlandssockel in der Ägäis und die Kontrolle des Luftraumes über diesem Gebiet.

Die Türkei erhebt Ansprüche auf die angesprochenen Bereiche und verlangt bilaterale Gespräche mit Gr. um das Problem "friedlich" zu lösen.

Die PASOK erklärte dazu kurz:

"Es muß sowohl der Türkei als auch der NATO klar gemacht werden, daß unsere Land-, Luft- und Meeresgrenzen und insbesondere der griechische Festlandssockel keine 'Verhandlungsthemen' sind, weil diese Grenzen mit Blut und Opfern festgesetzt und durch internationale Verträge abgesichert worden sind". 1)

Eine Versöhnungs- und Zugeständnispolitik, wie sie die ND-Regierung betrieben habe, beurteile die PASOK als falsch, weil durch bilaterale Gespräche nur Griechenland etwas von seinem Ägäisraum abgeben müßte, nicht aber die Türkei, die die Ägäis als Verlängerung Kleinasiens ansehe und angeblich "eine friedliche Lösung" des Problems des kontinentalen Festlandssockels anstrebe. 2)

Griechenland sieht jedoch kein Problem bestehen:

Nach dem Vertrag von Genf 1958 (den Gr. unterzeichnet und ratifiziert hat, die Türkei dagegen nicht) wird auch den Inseln ein Festlandssockel zuerkannt, der sich weiter als das Küstenmeer ausdehnt und zwar bis zu einer Tiefe von 200 Metern "oder darüber hinaus, soweit die Tiefe des darüber befindlichen Wassers die Ausbeutung der Naturschätze dieser Zone gestaltet". 3)

Die griechischen Inseln bilden demnach einen integralen Teil des Festlandes und können ihren Küstenraum auf 12 Seemeilen erweitern, eine Wirtschaftszone von 200 Meilen und Festlandssockel beanspruchen. 4)

Der Festlandssockel der griechischen Inseln beende den türkischen kontinentalen Festlandssockel, folglich gehöre die Ägäis ganz eindeutig zu Griechenland.

1) 'Proklamation der Regierungspolitik', S.33.

2) A. P., Territoriale Integrität und nationale Außenpolitik, Athen 1976, S. 5, gr.

3) Art. 1 der Genfer Übereinkunft über den Festlandssockel vom 29.4.1958 (UN-Treaty Series Vol. 499, S.311).

4) Näheres s. in der PASOK-Broschüre 'Die Bedrohung in der Ägäis', Athen 1977, gr.

Wie ein Vergleich des Textes des Genfer Übereinkommens mit einem auch nur halbwegs zuverlässigen Schulatlas zeigt, stünden bei Verhandlungen nur griechische Positionen zur Debatte, die Türkei würde umgekehrt nur gewinnen: Es liegt auf der Hand, daß bei dieser Sachlage von Seiten Athens kein Interesse an Verhandlungen bestehen kann. Kompliziert wird diese Lage, durch die türkische Forderung 1), einen türkischen Festlandsockel westlich der Ägäis- Inseln anzunehmen.

A. P's Vorschlag einer Erweiterung des griechischen Küstenmeerraumes von sechs auf 12 Seemeilen wurde von der PASOK als die einzige Möglichkeit einer endgültigen Lösung des Problems des griechischen Festlandsockels gesehen.

Weiter wurde von A. P. gefordert, Gr. müsse seine offizielle Landkarte veröffentlichen ²⁾ - was in dieser enthalten sei, müsse als Tatsache angesehen werden.

Eine solche Handlung würde aber den offenen Konflikt mit der Türkei bedeuten, deswegen bestand A. P. nicht lange darauf und erwähnte diesen Lösungsvorschlag - insbesondere nach der Regierungsübernahme - nicht wieder.

Das zweite Problem in der Ägäis neben dem Festlandsockel betrifft die Kontrolle des Luftraumes.

Wie bekannt hat die International Civil Aviation Organisation (I.C.A.O.) Kontrollbereiche des Flugverkehrs bestimmt, die sogenannten Flight Information Regions (F.I.R.). ³⁾

Die Grenzen der griechischen F.I.R. befinden sich in der Ägäis östlich der griechischen Inseln und sind in Bezug auf die griechischen nationalen Souveränitätsgrenzen festgelegt. ³⁾

Im Juli 1974 hat die Türkei im Rahmen der Landunternehmen auf Zypern (Attilas I und II) einseitig erklärt, daß sie die F.I.R. nicht mehr anerkenne und daraufhin den Zuständigkeitsbereich ihrer Flugkontrolle von Ankara bis zur Mitte der Ägäis erweitert.

1) Natürlich verbergen sich hinter dem Ägäisproblem Ansprüche auf das Erdöl, das dort vermutet wird.

2) 'Die Bedrohung in der Ägäis', S.73.

3) Vgl. die Rede des Konsuls und Generalsekretärs des Außenministeriums V. Theodoropoulos in Bonn, am 20. April 1978, in der Zeitschrift 'Epikentra', Juli-Aug. 1978, S.21.

Nach dieser Handlung der Türkei erklärte Griechenland die Verbindung Griechenlands und der Türkei durch Flugkorridore als unsicher, mit dem Ergebnis, daß diese seitdem nicht mehr benutzt werden.

Trotz zahlreicher bilateraler Verhandlungen war bei diesem Problem bis Ende 1984 keine Einigung erreicht worden.

Die Türkei hat während all diesen Jahren nach der Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland 1974 eine provokative Politik praktiziert und wiederholt griechischen Luft- und Meeresraum verletzt. Krassestes Beispiel dieser Obergriffe waren die Aktionen der türkischen Schiffe 'Sismik' und 'Chora' in der Ägäis u.a. im Sommer 1976, 1977 und 1980: Durch eine vorgeblich wissenschaftliche Mission beider Schiffe war versucht worden, eine de-facto Duldung der Verletzung griechischer Hoheitsgebiete zu erreichen.¹⁾ A. P. hat daraufhin die Regierung K. Karamanlis aufgefordert, dies nicht mehr zu dulden ²⁾ und 'Chora' entweder zu kapern oder zu versenken. ³⁾

Er hat außerdem verlangt, man müsse militärische und psychologische Vorbereitungen treffen, um dem türkischen Druck auf Griechenland, der auf die NATO und die USA zurückgänge, zu widerstehen.

Zum Schluß muß betont werden, daß die PASOK die Schwierigkeit der Realisierung aller ihrer außenpolitischen Vorstellungen erkannt hat; diese Schwierigkeit bezieht sich auf die Interdependenz, die "zwischen dem Zypern- und dem Ägäisproblem, der Frage der NATO, der Stützpunkte und dem Beitritt in die EG besteht. Jeder Lösungsversuch eines dieser Themen wird von dem Ganzen bestimmt und unterliegt dem politischen Druck und Zwang, der von den übrigen Themen ausgeht". ⁴⁾

1) Im Bereich des gr. Festlandsockels darf jeder Staat wissenschaftliche Untersuchungen durchführen - z.B. zur Prospektion unterseeischer Bodenschätze - vorbehaltlich der Zustimmung der gr. Regierung und der Offenlegung der Untersuchungsergebnisse. Freilich ist für die Türkei mit einer solchen Zustimmung nicht zu rechnen, solange sie einen Teil Zyperns besetzt hält.

2) 'Exormisi', 20.8.1976.

3) G. Loulis, Versenken sie 'Chora', in 'Epikentra', Sept. 1977, S. 1. (A. P's Reden am 7. und 8. Aug. 1976 in Drama und Alexandroupolis).

4) '2. Konferenz des ZKs der PASOK', S.105.

2.2 Allgemeine Richtlinien der Wirtschaftspolitik der PASOK

Entsprechend zur theoretischen Übernahme des Gegensatzes 'Zentrum-Peripherie' von der PASOK und der nachdrücklichen Betonung der 'Dependenz' als dem zentralen Hindernis für Entwicklung, wurde auch der positive Gegenbegriff zur Dependenz, nämlich die Unabhängigkeit von ihr hervorgehoben.

So erklärt die PASOK, daß sie eine "autodynamische Entwicklung" anstrebt. 1) 2)

Der Begriff 'autodynamisch' bezieht sich auf das Ausmaß der Selbstkontrolle und Selbststeuerung im Unterschied zu diversen Formen der Fremdbestimmung. 3)

Auch für die PASOK sei der Begriff 'autodynamisch' das Gegenteil des Begriffes 'abhängig' und beziehe sich auf das oder die Entscheidungszentrum/en, die die Nutzbarmachung der Produktionsmittel, d.h. den Rhythmus, die Richtung und die Struktur der Kapitalakkumulation eines Landes, bestimmen.

Die Frage sei also für sie, ob diese Entscheidungen von fremden Zentren oder durch das griechische Volk getroffen werden.

Selbstkontrolle und Selbststeuerung (Self-reliance) 4), das Vertrauen in die eigenen Kräfte also, ist von der Cocoyoc-Erklärung 5) definiert worden:

-
- 1) Richtlinien, S.27.
 - 2) Der Begriff 'autodynamische' oder 'autozentrierte Entwicklung' geht auf eine von Samir Amin im afrikanischen Kontext forcierte entwicklungspolitische Diskussion zurück. Vgl. seinen Aufsatz, Zur Theorie der Akkumulation und Entwicklung in der gegenwärtigen Weltgesellschaft, in: D. Senghaas (Hrg), Peripherer Kapitalismus, Frankfurt 1974, S.71-98; s. auch D. Senghaas, Autozentrierte Entwicklung, in Nohlen/Nuscheler, 1982, S.359-379.
 - 3) Vgl. K. Deutsch, Politische Kybernetik, Freiburg 1969, Teil III.
 - 4) S. S. Amin, Self-reliance und die Neue internationale Wirtschaftsordnung, in D. Senghaas (Hrg), Kapitalistische Weltökonomie, Frankfurt 1979; J. Galtung/P. O'Brien/P. Preiwerk (Hrg), Self-Reliance, A Strategy for Development, Genf/London 1980; Grosse-Jütte A./Jütte R., Neue Weltwirtschaftsordnung und Self-Reliance: Konzeptionelle Beiträge und institutionelle Entwicklung der Blockfreienbewegung (Beitrag für den Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaften in Augsburg), 1979; K.M. Khan (Hrg), Self-Reliance als nationale und kollektive Entwicklungsstrategie, München/London 1980; Self-Reliance and Countervailing Power 1976: Report of the Interregional Seminar on the New International Order and UNCTAD IV., held in Colombo, Sri Lanka, 24.-26. March 1976, MARGA Industry.
 - 5) Die Cocoyoc-Erklärung ist das Ergebnis einer Beratung einer internationalen Gruppe von Sozialwissenschaftlern, die im Oktober 1974 in Cocoyoc, Mexiko, stattfand. Die Konferenz wurde von UNCTAD und dem UN-Umweltprogramm (UNEP) unterstützt. S. in Entwicklungspolitik. Materialien, Nr. 49, hrg. vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bonn, Juni 1975, S.5.

"Sie schließt Abhängigkeit von äußeren Einflüssen und Mächten, die zu politischem Druck werden könnten, aus. Sie schließt auch ausbeuterische Handelsstrukturen aus, die die Länder ihrer natürlichen Hilfsquellen für die eigene Entwicklung berauben.

Es besteht offensichtlich ein Bedarf an Spielraum für Technologietransfer, aber das Hauptgewicht sollte in der Anpassung und Erfindung örtlicher Technologie liegen. Das beinhaltet auch die Dezentralisierung der Weltwirtschaft und manchmal auch der nationalen Volkswirtschaft, um das Gefühl der persönlichen Teilnahme zu erhöhen. Die Konzeption beinhaltet aber auch wachsende internationale Zusammenarbeit für kollektives Selbstvertrauen.

Vor allem bedeutet sie Vertrauen in Völker und Nationen, Vertrauen in die Fähigkeit der Menschen selbst, neue Hilfsquellen und Techniken zu erschließen, um ihre Fähigkeiten zu verstärken, sie zu übernehmen und zum sozialen Nutzen anzuwenden, die Wirtschaft zu beherrschen, zu steigern und einen eigenen Lebensstil zu schaffen".

Die PASOK macht gleichzeitig klar, daß autozentrierte Entwicklung nicht mit der Autarkie zu verwechseln sei, d.h. mit der Abkapselung der griechischen Volkswirtschaft vom Weltmarkt.

D. Senghaas verweist ebenfalls darauf, daß eine Strategie der autozentrierten Entwicklung in der Regel nicht mit einer Autarkiepolitik identisch ist:

"Eine Politik des Selbstvertrauens, des Sichverlassens auf die eigenen menschlichen und natürlichen Ressourcen und auf die Fähigkeit zu selbständiger Zielsetzung und Entscheidungsfindung setzt eine Abkoppelung gegebener Peripherie-Ökonomien von den dominanten Strukturen des gegebenen kapitalistisch bestimmten Weltmarktes voraus, jedoch nicht notwendigerweise eine totale Abschottung". 1)
Die wichtige Frage für Griechenland, so betont die PASOK, ist, "unter welchen Bedingungen wir an der internationalen Wirtschaftsstruktur teilnehmen werden: Als arme Verwandte oder als eine vollwertige und autodynamische Wirtschaft". 2)

1) D. Senghaas, Versuch über autozentrierte Entwicklung, in Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik, S.277.

2) Richtlinien..., S. 27.

Die entscheidende Frage dabei ist allerdings, wie man die auto-dynamische Entwicklung in Gang bringt.

Für D. Senghaas z.B. besteht autozentrierte Entwicklung aus der organischen Verbindung folgender Aktivitäten: 1)

- Erneute Prospektierung der lokal verfügbaren Ressourcen;
- Lokale Nutzung lokaler Ressourcen;
- Aufbau eines eigenen industriellen Sektors für die Produktion von Produktionsmitteln;
- Weiterentwicklung bestehender und Entwicklung angepaßter Technologien;
- Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft;
- Industrielle Produktion von Massenkonsumgütern.

Franz Nuscheler faßt die notwendigen strukturändernden Maßnahmen zur autozentrierten Entwicklung so zusammen:

"1) Abbau der vertikalen und feudalen Handelsstruktur durch die Umstellung von exportorientierten Monopolproduktion auf eine versifizierte Produktion der notwendigen Versorgungsgüter für die eigene Bevölkerung und eine Diversifizierung von Exportgütern und Handelspartnern;

2) Abbau der 'außenorientierten Entwicklung' mit ihren internen regionalen und sozialen Deformationseffekten durch die forcierte Entwicklung von Produktionszweigen, die für die Bedürfnisse der Masse der eigenen Bevölkerung produzieren (Entwicklung nach innen) d.h. zunächst vor allem Hunger und Unterernährung zu beseitigen;

3) Ausrichtung der Investitionen auf die Herstellung der wichtigsten Massenbedarfsmittel und vor allem der notwendigen Arbeitsmittel, um das quantitative und qualitative Beschäftigungsniveau zu erhöhen; entsprechende Umstellung der bislang für den unproduktiven Bedarf der Ober- und Mittelschichten produzierten Konsumgüterindustrie;

4) Eigenständige bzw. kooperative Entwicklung angepaßter Technologien, polytechnischer Curricula, qualitativ neuer Konsummuster;

1) D. Senghaas, Versuch über autozentrierte Entwicklung, a.a.O., S. 266.

5) Aufbau größerer Wirtschaftsräume und transnationaler sozio-ökonomischer Infrastrukturen durch regionale Integration - allerdings mit der gezielten Vorsorge, daß sie nicht zu neuen Investitionspolen der 'Multinationalen' werden". 1)

Nuscheler betont in dem Zusammenhang aber, daß

"die notwendigen sozio-ökonomischen Strukturveränderungen und Innovationen ohne eine Umwälzung der Besitz- und Klassenverhältnisse und damit der politischen Machtverhältnisse, ohne neue Organisationsformen von Produktion und Verteilung und ohne eine Umverteilung des Volkseinkommens weder eingeleitet noch verwirklicht werden können.... Wenn Abhängigkeit als strukturelle erkannt wird, die sowohl in internationalen Beziehungen wie in innergesellschaftlichen Strukturen begründet ist, müssen Überwindungsstrategien an dieser doppelten und komplementären Front ansetzen. Internationale Deklarationen können nicht interne Strukturveränderungen ersetzen. Die entwicklungspolitische Problemlösung liegt nicht in der Alternative, sondern in der Kombination von internen und externen Strategien und Maßnahmen". 2)

In Anerkennung dieser Tatsachen verfolgt die PASOK ihr Ziel, nämlich die 'autodynamische Entwicklung', durch koordinierte Investitionen zur Steigerung der Produktionsgüter 3) hauptsächlich in den Bereichen Agrarwirtschaft und Bodenschätze, Leicht- und Schwerindustrie. 4)

Der Rhythmus der Steigerung der Produktionsgüter des Landes hängt von dem Ausmaß der oben erwähnten koordinierten Investitionen ab, der wiederum von der nationalen Auswahl abhängt, die die Verteilung der Investitionen bestimmt, nämlich zwischen die, die bei der Steigerung der Produktionsgüter und die bei der Steigerung des sozialen und privaten Konsums beitragen. 5)

Nicht nur die Steigerung der Produktionsgüter sei aber das Ziel der PASOK, sondern auch die Erweiterung des sozialen Konsums, also z.B. die nationale Verteidigung, Verwaltung, medizinische

1) Fr. Nuscheler, Formen, Wirkweisen und Indikatoren von Abhängigkeit, in Nohlen/Nuscheler (Hrg), 1982, S.160.

2) Ebenda, S.161.

3) Vgl. in diesem Zusammenhang D. Nohlen/F. Nuscheler, Entwicklungstheorien und Entwicklungsbegriff, in Handbuch der Dritten Welt, 1982, S.30-33, 158-161.

4) Proklamation der Regierungspolitik, S.64ff.

5) Richtlinien, S.28.

Versorgung, Schulwesen, Wohnungs-, Umwelt- und Baupolitik sowie der kulturelle Bereich.

Die PASOK strebe sozusagen nicht nur ein quantitatives wirtschaftliches Wachstum, sondern mit diesem als Basis auch ein qualitatives Wachstum an, das die Lebensqualität der Bevölkerung verbessere.

Als wichtige Voraussetzung für die Erreichung ihrer wirtschaftlichen Ziele, aber auch als Schutz ihrer Wirtschaftspolitik von der "methodischen Untergrabung der in- und ausländischen Oligarchie" 1) sieht die PASOK die schrittweise Vergesellschaftung mancher wichtiger Wirtschaftsbereiche.

"Diese Politik (der Vergesellschaftung), die einen klaren anti-monopolistischen und unabhängigen Charakter hat, zielt darauf ab, daß die Kontrolle der wichtigen Bereiche der Wirtschaft in die Hände der Regierung und des Volkes übergeht, damit der erwünschte Funktionsrhythmus der Wirtschaft und die langfristigen Aussichten der Entwicklungsstrategie gewährleistet werden". 1) Vergesellschaftung bedeute daher nicht Verstaatlichung, sondern, daß "die Arbeitnehmer in den vergesellschafteten Unternehmen diese selbst-verwalten, im Rahmen von Beschlüssen, die von Betriebsräten, an denen sie teilnehmen, getroffen werden". 1) "Diese Betriebsräte müssen die sozialen Interessen zum Ausdruck bringen, was wiederum bedeutet, daß sie sowohl die allgemeine Entwicklungsplanung als auch die Interessen der in dem Betrieb Beschäftigten fördern sollen". 2) An den Betriebsräten nehmen nach den Vorstellungen der PASOK teil: 3)

1. Der Arbeitnehmer selbst. 4)

Die Beteiligung der Arbeitnehmer in den Betriebsräten bürgt nach der PASOK für die Politisierung der ganzen Bevölkerung und für ihre aktive Teilnahme an allen Problemen der Gesellschaft;

2. Gewählte Repräsentanten der Region, der Stadt usw., in der das Unternehmen ansässig ist, wenn die Funktion des Unternehmens direkte Einwirkungen auf die Region, die Stadt oder Stadtgemeinde hat;

1) 'Richtlinien', S.29.

2) S. der "Wandel", Broschüre, S.24.

3) Vgl., Sozialistische Umwandlung, S.22.

4) Es wird nicht mehr präzisiert.

3. Auch die zentralen Regierungsorgane im Falle direkter Einwirkungen der Funktion des Unternehmens auf die Gesellschaft im ganzen, oder wenn das Unternehmen Filialen in mehreren Regionen und/oder strategische Bedeutung für die Wirtschaft und die Planung hat. 1)

Dies ist aber ein Punkt, der Raum zu verschiedenen Interpretationen läßt, denn jedes wichtige Unternehmen des Landes könnte in diese Kategorie eingereiht werden.

Außerdem räumt A. P. ein, daß es in diesem letzten Fall um eine "gewisse Art von Verstaatlichung" 2) gehe; mit dem Unterschied, daß die Arbeitnehmer dabei an der Kontrolle des Unternehmens teilnehmen und die Produktionsmittel selbst verwalten.

Im Gegensatz dazu werde bei der Verstaatlichung (Verstaatlichungen haben in wichtigen Bereichen wirtschaftlicher Aktivität auch in kapitalistischen Ländern stattgefunden, z.B. in England, Italien, Frankreich) der Besitz und die wirksame Kontrolle einer Produktionseinheit oder eines Unternehmens vom Staat übernommen.

Trotz der ständigen Wiederholung, daß die Arbeitnehmer an der Kontrolle des Betriebes, des Unternehmens usw. teilnehmen, wird von der PASOK das Machtverhältnis zwischen den Arbeitnehmern und den sozialen Trägern in den Betriebsräten nicht erklärt.

Eine solche Erklärung sollte sowohl in Bezug auf die Anzahl und den Proporz der in den Betriebsräten teilnehmenden Partner als auch in Bezug auf die Art der Mitbestimmung der Arbeitnehmer abgegeben werden, d.h. ob es dabei um Mitverwaltung (ohne wirtschaftliche Kompetenzen), um Mitentscheidung (auch in Wirtschaftsfragen) oder um einfache Beratungen geht.

Angesichts der Tatsache aber, daß die "Entwicklungsplanung" den Rahmen der Aktivitäten der vergesellschafteten Unternehmen schon durch die zentralen Organe - unter Berücksichtigung der ihrer Ansicht nach sozialen Interessen - bestimmen wird, bleibt den Arbeitnehmern anscheinend die Rolle der exekutiven Organe überlassen, die schon getroffenen Entscheidungen auszuführen.

1) Die Teilnahme der zuständigen sozialen Träger bürgt, nach der Überzeugung der PASOK, für die richtige Organisation der Gesellschaft, weil sie die kurzfristigen Arbeitnehmerinteressen mit ihren langfristigen und mit dem Interesse des sozialen Ganzen zu vereinigen versuchen.

2) S. 'Sozialistische Umwandlung', S.22.

Die Frage, die jetzt auftaucht, ist, an welchen Unternehmen und nach welchen Kriterien wird die Vergesellschaftung vollzogen.

Vergesellschaftet müssen die Industrieunternehmen werden, deren größter Teil vom ausländischen Kapital kontrolliert wird, 1) anhand folgender Kriterien:

- a) Die 'strategische' Bedeutung des Unternehmens für die Wirtschaft und für das Erreichen der Ziele des nationalen Entwicklungsprogrammes;
- b) Die Wettbewerbskonzentration ²⁾ eines Unternehmens in der betreffenden Branche;
- c) Die kapitalmäßige und de facto-Kontrolle des ausländischen Kapitals an den Unternehmen.

Um die Eigner solcher großer Unternehmen zu beruhigen, versichert die PASOK, daß diese aufgrund eines Gutachtens einer von der Regierung eingesetzten Prüfungskommission entschädigt werden.

Was die ausländischen Investitionen betrifft, akzeptiert auch die PASOK, daß diese zur Entwicklung des Landes beitragen können, allerdings unter folgenden Bedingungen:³⁾

- Sie müssen tatsächlich im Industriebereich eingesetzt sein und nicht im Handelsbereich;
- Sie müssen entwickelte Technologie importieren, die der Wirtschaft nach deren richtiger Aufnahme zugute kommen kann;
- Es muß ihnen eine Kapitalflucht ins Ausland nicht möglich sein;
- Sie müssen unter wesentlicher griechischer Kontrolle stehen.

Für die mittleren und kleineren Unternehmen, die nicht vergesellschaftet werden sollen, sieht die PASOK eine bevorzugte Behandlung vor, die durch Finanzierung, Infrastrukturbeschaffung und Förderungspolitik parallel mit den von der nationalen Planung gesetzten Zielen in die Tat umgesetzt werden sollte,

1) S. Anhang. Vgl. auch Babanassis-Soulas, 1976, S.176, 221, 222.

2) Hier sei die extreme Konzentration der wenigen hochproduktiven griechischen Unternehmen erwähnt: So machten 1971 die 100 größten Industrieunternehmen nur 7% aller Unternehmen aus (1975 4,6%), realisierten aber 55% des Gesamtumsatzes (1975 56%), hielten 59% des investierten Kapitals (51% 1975), 57% der Gewinne (53% 1975) und 43% (35% 1975) der Beschäftigten. Von diesen 100 Unternehmen wurden nahezu 40 vom ausländischen Kapital kontrolliert.
Quelle für 1971: Papanoussis-Iliou-Chatziargiris, Multinationale Konzerne und Zerfall des Imperialismus, Athen 1973, gr. S. 409.
Für 1975: A.P., Übergang..., S.73.

3) Proklamation..., S.63.

um eine Verstärkung deren Produktionsaktivität zu erreichen. 1)
Die Betriebsräte dieser Unternehmen werden durch Repräsentanten
des Bezirks, in dem sie ihren Standort haben, erweitert. 2)

Das Gewerbe betreffend, sieht die PASOK eine Unterstützung der
Kreditversorgung und des Handels durch die zu gründenden Genossen-
schaften vor und in manchen Fällen könne diese Hilfe sogar die Be-
reitstellung von Startkapital bedeuten.

Die Vergesellschaftung der schon verstaatlichten Bereiche 3) be-
deutet, daß als Kriterium für die Verwaltung dieser Betriebe die
Belange der Gesellschaft und nicht wie bisher die der großen pri-
vaten Interessen dienen.

Auf dem Agrarsektor ist die Vergesellschaftung durch die Einfüh-
rung und Förderung genossenschaftlicher Produktion und Vermarktung
geplant:

Die PASOK sieht hierin die einzige Möglichkeit zu einer Steigerung
der agrarischen Produktivität 4), denn 95% der landwirtschaft-
lichen Betriebe haben weniger als 10 Hektar; 5) Hunderttausende
von Kleinbauern sollen nunmehr die Felder kollektiv bestellen, be-
halten aber durchaus die Eigentumsrechte des Landes, das sie in
die Genossenschaft einbringen. Diese Eigentumsrechte seien auch
dadurch gewährleistet, daß das Einkommen nicht nur auf der Basis
der persönlichen Arbeit verteilt werde, sondern auch nach Umfang
und Bonität der eingebrachten Flächen.

Die Teilnahme an den Genossenschaften müsse freiwillig sein, in
dem Sinn, daß das Ziel der Bauern, eine höhere Produktivität der
Genossenschaft zu erreichen, sie dazu veranlaße, freiwillig mitzu-
machen. 6)

1) Richtlinien..., S.30 sowie Proklamation..., S.68.

2) A. Ps Übergang ..., S.74.

3) 95% des Energiebereiches, 95% der Kreditanstalten und 100% des
Düngemittelhandels werden direkt oder indirekt vom Staat kon-
trolliert. S. K. Kolmer, die Wirtschaftspolitik der PASOK, in
"Epikentra", Juli/August 1978, S.51.

4) Der Anteil der Agrarwirtschaft im Bruttosozialprodukt machte
1950 31%, 1965 24% und 1975 17% der gesamten Produktion aus.
S. 'Agrarwirtschaft und EG', S.12; vgl. auch Anhang 1.

5) Einzelheiten s. in 'Agrarwirtschaft und EG', S.44 sowie
Proklamation..., S.70ff.

6) 'Der Wandel', S.17.

In einem Anfangsstadium sollte die Getreideproduktion gefördert werden, weil die Industrialisierung des Getreides leicht sei. Danach sollten schrittweise auch andere Agrarprodukte bestellt werden, damit die Monokultur bekämpft werde.

Ferner sollte die Art und Weise des landwirtschaftlichen Anbaus 1) verändert, nämlich industrialisiert werden, damit die landwirtschaftliche Arbeit leichter und ertragsreicher werde.

Die Genossenschaften sollen die Beschaffung der Rohstoffe, die Kreditgewährung, die Produktion, Verarbeitung, den Transport und Handel ihrer Produkte selbständig in die Hand nehmen.

(Direkter Handel im Inland durch ein Zwischenorgan, damit der Außenhandel auch rational organisiert werde). Somit werden sie den Zwischenhandel, der die Arbeit der Bauern ausbeute, abschaffen. 2) Diese 3) verwalten selbst die Genossenschaft, an deren Leitung auch Repräsentanten der jeweiligen Region oder des jeweiligen Bezirks, teilnehmen. 4) Große Bedeutung wird auch der Wiederbelebung des flachen Landes gegeben, ebenso der Aufforstung und Nutzbarmachung der bestehenden Wälder und der Fischerei. 5)

Unabhängig von allen diesen Erwägungen zur Vergesellschaftung, hat sich die PASOK auf eine Liste von unbedingt zu vergesellschaftenden Unternehmen geeinigt; diese sind: die Kreditwirtschaftsunternehmen, das Banksystem 6), die von den Banken kontrollierten Versicherungsgesellschaften, der Energiebereich 7), die öffentliche

1) 1966 hatte Gr. 12.931.000 Hektar Fläche, 2.780.000 ha Anbaufläche, 21,5% ständig bebaute Fläche, 1.156.000 agrarisch Beschäftigte. (Quelle: FAO, Production Yearbook, 1971, in: Leggewie-Nikolinakos, Europäische Peripherie, Meisenheim am Glan 1975, S.37. Von den 13.000.000 ha sind nur 700.000 ha bewässert. S. K. Kolmer, Die Wirtschaftspolitik der PASOK, in 'Epikentra', Juli-Aug. 1978, S.56. 1971 war von der gesamten Fläche (100)

1. Urbar	22,7%
2. Wiesen und Weiden	45,5%
3. Baumzucht	5,5%
4. Weinbau	1,8%
B. Wälder	19,7%
C. Andere nicht produktive Flächen	4,8%

- 2) "Wenn man den Preis, den der Verbraucher zahlt, mit dem, den der Bauer bekommt, auch oberflächlich vergleicht, merkt man eine riesige Spanne. Die Mittelsmänner steigern also die Inflation und drücken das Einkommen der Bauern". S. Der Wandel, S.12.
- 3) 1971 stellten die Bauern 41% des aktiven Arbeitspotentials, hingegen nur 25% bzw. 34% in der Industrie und Dienstleistungen
- 4) 'Agrarwirtschaft', S.75.
- 5) Einzelheiten s. 'Richtlinien...', S.49 und 'Agrarwirtschaft und EG', S.7.
- 6) Mit Vergesellschaftungen der (schon in der Mehrheit dem Staat gehörenden bzw. von ihm kontrollierten) Banken meint die PASOK, daß eine derartige Kreditpolitik betrieben wird, die mit einer langfristigen Wirtschaftsplanung koordiniert, dieser dient. Vgl. Der Wandel, S.20 sowie Proklamation..., S.69.
- 7) Proklamation..., S.64

Versorgungs-, Transport- und Nachrichtenübermittlungsunternehmen, die großen Bergbau- und Werftgesellschaften, der Stahlsektor, die Zementindustrie, die Rüstungsindustrie 1), die chemischen Werke²⁾, der große Im- und Exporthandel, der Arzneimittel- und der Sozialbereich. ³⁾

Die Frage stellt sich, ob nach der Durchführung all dieser Vergesellschaftungen noch einige Unternehmen übrig bleiben, auf die sich die von der PASOK erarbeiteten Kriterien anwenden lassen und ob ein solches Verfahren, das im Grunde vom Staat geleitet wird, zur Dezentralisierung führt, oder als Folge einen stärkeren Zentralismus haben wird.

Die Vergesellschaftungsmaßnahmen einer sozialistischen Regierung müssen nach Vorstellung der PASOK von einer sozialistischen demokratischen Planung der gesamten Wirtschaft begleitet werden, einer Planung, die einhergeht mit der Kontrolle der Arbeitnehmer über die Produktionseinheiten und der Selbstverwaltung.

Als Ziel der Planung sieht die PASOK "das aktive Mitwirken der ganzen Bevölkerung an den sie betreffenden Entscheidungen" 4), in allen Stadien und Verfahren, von dem Entwurf der Planung bis zur Kontrolle ihrer Durchführung, denn

"die politische Mobilisierung und eine genuine Partizipation der Menschen am Entwicklungsprozeß sind Bedingungen dafür, daß die generellen Zielsetzungen einer Strategie autozentrierter Entwicklung mit den zu ihrer Verwirklichung erforderlichen Teilmaßnahmen auf den verschiedenen Ebenen angemessen rückgekoppelt bleiben. Ohne das ständige kritische Korrektiv von Mobilisierung und Partizipation, droht stets Verbürokratisierung der Entwicklungsplanung und des Entwicklungsprozesses". 5) 6)

Eine weitere Funktion der Planung sei der Ausgleich eventuell aneinandergeratener Interessen, durch das Mitwirken sozialer Träger, damit die Bedürfnisse der Bevölkerung in allen Teilen des Landes berücksichtigt werden können.

1) 'Der Wandel', S.20.

2) 'Proklamation...', S.66.

3) A. P., Übergang..., S.73.

4) 'Sozialistische Umwandlung', S.26.

5) D. Senghaas, Versuch über autozentrierte Entwicklung, in: Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik, S.285.

6) Vgl. auch N. Poulanzas, 1978, S.182, 149-184.

Zuständiger sozialer Träger seien je nach Größe, Typus und Bedeutung der betroffenen Produktionseinheit der Staat, die Region, die Stadt oder die Dorfgemeinde.

Den organisatorischen Rahmen des Planungssystems bilden 1)

- a) - der Planungsrat der Regierung;
- b) - die technische Planungsgruppe, und
- c) - die Entwicklungsausschüsse der Basis.

ad a) Dem Planungsrat gehören an, der Wirtschaftsminister und Vertreter verwandter Ministerien, seinen Vorsitz führt der Premierminister. Das Gremium beschließt namens des Kabinetts über Höhe und Verteilung der zu tätigenenden Investitionen, fungiert als Koordinationsorgan auf nationaler Ebene und verantwortet die Vorlage und Unterstützung der Entwicklungsplanung im Parlament.

ad b) Die technische Planungsgruppe gliedert sich in

- das Zentralbüro, sowie
- die Abteilungen für sektorale und
- regionale Planung,

die in der Regel mit Fachleuten besetzt sind.

Das Zentralbüro erstellt die Entwicklungsplanung und koordiniert ihre einzelnen Bereiche; seine Mitglieder werden von den regionalen Vertretungen gewählt.

Die Abteilungen für sektorale Planung arbeiten im Rahmen der jeweiligen Ministerien (Landwirtschaft, Industrie, Handel etc.), denen sie auch unterstellt sind.

Die Abteilungen für regionale Planung sind Beratungsorgane der jeweiligen Gebietskörperschaften, in deren Bereich sie für die Koordination der einzelnen Planungsziele verantwortlich sind.

ad c) Die Entwicklungsausschüsse der Basis ²⁾ werden gebildet aus Vertretern der Gewerkschaften und Berufsorganisationen sowie aus Repräsentanten der Gebietskörperschaft - hier in der Regel die Gemeinde. Die Mitglieder werden von ihren Organisationen gewählt. Die Aufgabe dieser Gremien besteht in der Beratung der Selbstverwaltungsorgane in wirtschaftlichen und sozialen Fragen; im Interesse einer realitätsnahen Arbeit halten sie ständige Kontakte zur technischen Planungsgruppe und den Basisausschüssen anderer Gemeinden.

1) Richtlinien..., S.36ff.

2) Anaptyxiakes Epitropes Basis (AEB).

Die PASOK stellt sich das Funktionieren der dezentralisierten sozialen Planung so vor 1):

Das Land werde in zehn Planungsregionen aufgeteilt, jede davon müsse ein Komitee wählen, ²⁾ das die Erarbeitung einer regionalen Planung übernehmen und die Verantwortung tragen werde.

In diesen regionalen Gremien müssen grundsätzlich alle Berufe sowie alle Gemeinden der Region vertreten sein.

Diese in jeder der zehn Regionen erarbeitete Planung werde als Vorschlag von der zentralen Planungsbehörde angenommen, welche die langfristigen Ziele der Gesellschaft unter Berücksichtigung eben dieser Vorschläge der Regionen festsetze.

Die Koordination aller dieser regionalen Entwicklungsprogramme werde die Planung der sozialen Entwicklung des Landes ausmachen.

"So werden die Randdaten, innerhalb derer die Peripherie des Landes entwickelt, zwar letztlich vom Zentrum bestimmt, aber der Spielraum der Peripherie wird groß genug sein, um die gemeinsame Initiative und Aktivität zu stärken". ³⁾

Bei eventuell auftretenden, aufgrund des unterschiedlichen Entwicklungsgrades der Regionen, Interessenkonflikte, denkt die PASOK an die eventuelle Einführung einer negativen bzw. positiven Steuer zum Ausgleich zwischen den Regionen.

Es wird dabei allerdings nicht klar, ob im Falle von negativen Steuern die Zustimmung der betroffenen Regionen und ihren Räten eingeholt werden wird oder nicht.

Finanzpolitik

Die Finanzpolitik wird hauptsächlich von der nationalen Planung und allgemein der Entwicklungspolitik des Landes bestimmt.

- Die Fiskalpolitik: Durch hohe Steuern auf die Wertschöpfung solle eine Umstrukturierung des Steueraufkommens erreicht werden; ferner solle die Einkommenssteuer so gehandhabt werden, daß sie die Ungleichheit der Einkommen kompensieren könne. ⁴⁾

1) Richtlinien..., S.36.

2) Es wird nicht präzisiert, wer dieses Komitee wählt.

3) Sozialistische Umwandlung, S.26.

4) Richtlinien..., S.42.

Über die staatliche Kreditaufnahme erklärt die PASOK vage, 1) daß deren Höhe in Bezug auf die Ziele und den Rhythmus der Planung und der allgemeinen wirtschaftlichen Lage ermittelt werde. 2)

Die nötige Anleihe werde von Quellen und unter Bedingungen gewährleistet, die keine weitere Bindung wirtschaftlicher oder politischer Natur mit sich bringe außer die Rückzahlung der Anleihe.

Ferner werden dem Staat Gelder durch Verstärkung des Volkssparens 3) und Bekämpfung der Steuerflucht 4) zufließen.

- Die Preiskontrolle: Für wichtige Konsumgüter und Dienstleistungen werden die Preise amtlich festgesetzt - außerdem werde eine unterste Einkommensgrenze festgesetzt.

Die Preise der meisten Konsumgüter sollen weiterhin durch den Markt festgelegt werden, d.h. der Kleinhandel werde nicht angetastet. Der Außenhandel 5) werde unter amtlicher Kontrolle betrieben und zwar aufgrund der Planungsziele und der Verpflichtungen, die das Land in dem Rahmen bi- oder multilateraler Handels-Vereinbarungen habe.

Es werden "schemenhaft" Kalkulationspreise (im Gegensatz zu den Marktpreisen) bestimmt, die von den vergesellschafteten Unternehmen berücksichtigt werden müssen; damit sollen nicht länger überzogene Gewinnerwartungen die Verwirklichung sozialer und wirtschaftlicher Ziele verhindern.

- Kräftige Kreditkontrolle (Vergesellschaftungen des Kreditwesens) damit die produktive Nutzung der Kredite und das Vermeiden von Spekulation gesichert werde. Dazu werde bei der Kreditgewährung darauf geachtet, ob diese zur wirtschaftlichen Selbständigkeit des Landes beitrage, ob sie die technologische Entwicklung fördere und der Realisierung der Planung für die Staatsinvestitionen behilflich sei. 6)

1) Proklamation, S.63.

2) Richtlinien, S.42.

3) Durch die Vergesellschaftung der Banken hofft die PASOK auf eine bessere Planung zur Anziehung des Volkssparens. S. Richtlinien, S.43.

4) Die Steuerflucht wurde 1977 auf 100 Milliarden Drachmen jährlich geschätzt, 1981 sogar auf 181 Milliarden. Interview A. Ps in der Zeitung "To Vima", 26.4.1981, S.12, sowie "Süddeutsche", 24.10.1981, S.17.

5) S. im Anhang.

6) Richtlinien, S.43.

"Es wird denjenigen Investitionen der Vorrang gegeben, die direkte und hohe Nettoeffekte haben und die schnelle Steigerung der Verbrauchsgüterproduktion, oder die Importsubstitution oder die Exporterhöhung oder die Vermehrung der Arbeitsplätze fördern". 1)

- Die Inflation 2), die 2-4mal so hoch ist, wie in anderen europäischen Staaten, könne nach Meinung der PASOK durch die Herabsetzung der nicht-produktiven Kredite (gemeint sind wohl Konsumkredite) und die Erhöhung der produktiven Kredite effektiv beeinflußt werden. 3)

Weitere finanzpolitische Maßnahmen seien:

- Ankurbelung der Produktion durch Förderung der nachfragewirksamen Kaufkraft der Arbeitnehmer. Die Umverteilung des Einkommens, die durch die Steuerpolitik erreicht werde, solle den Konsum importierter Luxusgüter reduzieren.
- Sanierung der problematisch verschuldeten Unternehmen, nach ausführlichen Gutachten über die Lebensfähigkeit, Möglichkeiten der radikalen Umorganisation und der sozialen Kontrolle.
- Radikale strukturelle und organisatorische Änderungen in den staatlichen Unternehmen zum Zweck der Kostenminderung, flexibler Verwaltungsmechanismus und die Abschaffung der unwirtschaftlichen staatlichen Interventionen sollen den öffentlichen Sektor reformieren.
- Maßnahmen für die entscheidende Kontrolle der Aktivität der Monopole. 4)
- Kleine griechische Banken sowie ausländische Kreditinstitute werden strengen Kontrollvorschriften unterworfen, damit sie keine Möglichkeit haben, die Währungs-, Kredit- und Devisenpolitik der Regierung negativ zu beeinflussen. Parallel werde die Befreiung und Förderung der Initiative der kleinen und mittleren Unternehmen zur Überwindung der Krise beitragen.

1) S. Proklamation der Regierungspolitik, S.60.

2) Während der letzten Regierungsjahre der N.Demokratie-Partei stieg sie von 13% auf 25% 1981. 1982 ist sie auf 20% zurückgefallen und 1983 betrug sie 22,5%. S. K. Kolmer, die Wirtschaftspolitik der PASOK, "Epikentra", Januar/Februar 1983, S.48.

3) S. Proklamation, S.59.

4) S. im Anhang.

Ferner werde eine Tourismus- 1), Energie- 2) und Verkehrspolitik³⁾ verfolgt, die das Streben der PASOK nach quantitativem und qualitativem Wachstum, in dem die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Ziele sich verwirklichen lassen, erreicht.

Als sehr wichtig für den Erfolg der sozialistischen Umwandlung bewertet die PASOK den "Rhythmus" der strukturellen Veränderungen.⁴⁾ Ein sehr langsamer Rhythmus berge die Gefahr, daß die strukturellen Änderungsversuche durch die Sachzwänge der kapitalistischen Gesellschaft nicht greifen. Ein sehr rascher Rhythmus dagegen könne bedeuten, daß die Regierungsmaßnahmen im Verhältnis zum Stand des Volksbewußtseins zu radikal und zu weitgehend seien; könne das Volk den Regierungsaktivitäten nicht folgen, so komme es leicht zu Enttäuschungen, Rückschritten und Desaggregationen der Wirtschaft und der Gesellschaft.

Deswegen müsse der optimale Einführungsrhythmus der strukturellen Änderungen gefunden werden, d.h. es müsse der Volksmeinung ermöglicht werden, diesen Rhythmus zu verstehen und diesem wiederrum, die breite Unterstützung des Volkes zu gewinnen. 5)

1) Richtlinien..., S.52 sowie Proklamation..., S.76.

2) Ebenda, S.53 sowie Ebenda, S.64.

3) Ebenda, S.55 sowie Ebenda, S.65.

4) S. A. Ps Übergang, S.72 sowie 'Proklamation...', S.22-28.

5) Ein Beispiel für ein zu schnelles Vorgehen der PASOK-Regierung war der Plan von 1982, die kirchliche Trauung als obligatorisch und allein gültig abzuschaffen, dagegen die zivile Trauung als verpflichtend und die kirchliche als wahlfrei einzuführen - wie es im ganzen Europa üblich ist. Das Volk aber war dagegen und deswegen wurde der Gesetzesentwurf aufgehoben und einfach die Möglichkeit der zivilen Trauung sichergestellt.

2.3 Politische und soziale Reformen

Die Grundzüge der sozialistischen Zielsetzung der PASOK sind im Buch A. P¹ Übergang zum Sozialismus niedergelegt.

Das Ziel der PASOK ist, den sozialen Wandel in Griechenland herbeizuführen. 1)

Der Weg zum sozialen Wandel basiert nach der Überzeugung der PASOK auf der Demokratie 2), deren Säulen das Parlament, die Gewerkschaftsbewegung und die lokale Selbstverwaltung sind: 3)

"Wir befürworten das Parlament, die mehrparteiliche politische Struktur. Aber dies reicht für die Vollkommenheit der Demokratie nicht aus. Es ist eine kraftvolle und unabhängige lokale Selbstverwaltung nötig, denn wir glauben an die Dezentralisation". 3)

Wichtig sei dabei, daß die Staatsmacht nicht im Namen des Volkes ausgeübt werde mit ihm sozusagen als Zuschauer, sondern mit ihm als Protagonisten bei allen es betreffenden politischen, ökonomischen und sozialen Entscheidungen; dies bedeute, daß das Volk politisch mobilisiert werden müsse, um an allen Entscheidungen teilnehmen zu können.

"Die politische Mobilisierung der Bevölkerung, vor allem der Masse der Bauern und Arbeiter, bildet eine wesentliche Vorbedingung für die Durchsetzung von Machtverlagerungen in Peripherie-Gesellschaften, ohne die ein alternativer Entwicklungsweg politisch blockiert bleibt". 4)

Diese Meinung D. Senghaas teilt auch S. Amin, der betont, daß eine autozentrierte Entwicklung die reale Teilnahme der Masse der Menschen am politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Reproduktionsprozeß einer Gesellschaft verlangt:

"Man benötigt das Vertrauen in die Massen, um gleichermaßen die drei notwendigen Revolutionen durchzuführen: diejenige der Produktionsverhältnisse, welche die übrigen bestimmt; diejenige der Techniken, welche die Entwicklung der ersten ermöglicht; und diejenige der Ideologie und Kultur, welche es erlaubt, die Entwicklung in die richtige Richtung zu führen.

Die politische, ökonomische und soziale Demokratie an der Basis, die reale Selbstbestimmung sind die unerläßlichen Bedingungen dieser Wiederaneignung der Welt". 5)

1) Vgl. A. P., Übergang zum Sozialismus, Athen 1982 4, S.63-79.

2) S. S.257ff.

3) Der Wandel, S.34.

4) D. Senghaas, in Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik,

5) S. Amin, L' imperialisme et le développement inégal, Paris 1976, S. 191.

Die politische Mobilisierung des Volkes und seine Beteiligung an allen es betreffenden Entscheidungen bildet also für die PASOK die Voraussetzung für die Verankerung und Entwicklung der Volksherrschaft. Das Prinzip der Volksherrschaft ist ein Wesenselement der Demokratie; 1) demnach ist in einer Demokratie jede Machtausübung nur dann legitim, wenn sich diese Macht vom Volk herleitet. Das Prinzip der Volksherrschaft ist für die PASOK untrennbar mit der parlamentarischen Regierungsform und dem Mehrparteiensystem, also mit Pluralismus und Meinungsfreiheit verbunden.

Das Parlament werde zu einer Hauptinstitution der Demokratie erhoben und sein Funktionieren radikal verbessert, damit es seine legislative Tätigkeit und die Kontrolle der Exekutive substantiell ausführen könne. 2)

Die Volksherrschaft im oben erklärten Sinn impliziere die lokale Selbstverwaltung 3), durch die das Volk an der Auswahl der Lösungen für seine lokalen Angelegenheiten aktiv teilnehme.

Den Gemeinden solle Verwaltungsautonomie und Mitspracherecht in Wirtschaftsentscheidungen zugestanden werden: Verwaltungs- und Wirtschaftsbefugnisse werden vom Zentrum zur Peripherie des Landes übertragen, damit diese die ihr zustehende Hauptrolle bei der Realisierung des eigenen Entwicklungsprogrammes spielen könne. 4)

Durch die Verstärkung der politischen und sozialen Strukturen der lokalen Selbstverwaltung und durch die Erweiterung der Machtbefugnisse der unteren Verwaltungsbezirke werde die geplante Dezentralisation realisiert.

Die PASOK zielt ferner auf eine aktive Gewerkschaftsbewegung, die allerdings demokratisiert werden müsse. Die Demokratisierungsforderung der PASOK basiert auf der Erkenntnis, daß in Griechenland die offizielle gewerkschaftliche Bewegung in hohem Maß 'von oben' kontrolliert werde, d.h. von den Spitzen der gewerkschaftlichen Führung und letzten Endes von der Regierung selbst.

Dies werde durch verschiedene Mittel und Verfahren durchgesetzt, hauptsächlich: 5)

1) Vgl. C. Schmitt, Verfassungslehre, Berlin 1954, S.235.

2) Richtlinien..., S.70 sowie Proklamation der Regierungspolitik, S. 39-40.

3) Richtlinien..., S.85.

4) Vgl. in diesem Zusammenhang S. 230 über die Planung.

5) Th. Katzanewas, Die moderne gewerkschaftliche Bewegung in Griechenland, Athen 1981, gr. S.71,72.

- a) Durch die Gewährung von Repräsentanzrechten an Berufsfunktionären, die allein das Recht zu Tarifabschlüssen hatten und praktisch die direkten Gesprächspartner mit den regierungsfreundlichen Organisationen und Unternehmern waren;
- b) Durch die Kontrolle der gewerkschaftlichen Finanzen durch die Regierung;
- c) Durch die 'von oben' Kontrolle (von der Regierung) der gewerkschaftlichen Kader;
- d) Durch die Zersplitterung der gewerkschaftlichen Bewegung ¹⁾ und die Verweigerung an politisch unerwünschten gewerkschaftlichen Organisationen zum 'Allgemeinen Gewerkschaftsbund Griechenlands' (GSEE) beizutreten;
- e) Durch verschiedene Wahlmanipulationen, Verstöße und andere Interventionen.

Aus diesen Tatsachen leitet die PASOK ihre Forderung ab, daß die Organisation der Arbeiter und Bauern in den jeweils entsprechenden Vereinen gefördert werden müsse, Vereine, die eben unabhängig vom Staat, den Arbeitgebern und den Parteien ²⁾ sein sollten, um die Ansprüche und Interessen der Arbeitnehmer vertreten zu können.

Die PASOK habe demzufolge vor, die Schulung gewerkschaftlicher Kader und Arbeitnehmer in allen für das Arbeitsleben relevanten Bereichen in eigener Verantwortung zu fördern.

Die Gewerkschaften sollen aktiv an der Gestaltung des nationalen Programms zum sozialen und wirtschaftlichen Wachstum teilnehmen und allgemein die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse sowie die Verringerung der Einkommensunterschiede anstreben.

Ferner müsse nach der PASOK die gewerkschaftliche Loyalität wiederhergestellt und die Einigung und der Zusammenhalt der Gewerkschaftsbewegung angestrebt werden.

1) Gemäß aktuellen Schätzungen gibt es heute 107 Arbeiterbünde, 103 Arbeiterzentren und mehr als 4200 Verbände. Ein großer Teil von diesen Organisationen gehört nicht zum 'Allgemeinen Arbeiterbund Griechenlands' (GSEE). S. M. Evagelopoulou, in der Zeitung 'Risospastis', 2.11.1980; über die Zersplitterung der gewerkschaftlichen Bewegung s. auch O. Chatzivasilou in der Zeitung 'Eleftherotypia', 27.8.1978 und Th. Papadopoulos in der Zeitung 'Avgi', 27., 28.2.1979.

2) Der Allgemeine Arbeiterbund Griechenlands war vor der Diktatur von den Rechten kontrolliert. Nach 1974 gelang es der N.D.-Regierung den Hauptanteil der offiziellen gewerkschaftlichen Bewegung in großem Maße zu kontrollieren. Der übrige Teil der Gewerkschaftsbewegung ist von der PASKE, der ESAK-S und der AEM beeinflußt, die jeweils mit den politischen Parteien PASOK, KPG und KP-Inland verbunden sind. Die Existenz dieser Fraktionen stehen freilich im Gegensatz zu dem Vorbild einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung. Vgl. Katsanewas, 1981, S.146-152.

Bezüglich der Einigung und des Zusammenhalts der Gewerkschaftsbewegung besteht allerdings eine Gefahr, angesichts der Überzeugung der PASOK, daß sie selber die Interessen der Arbeitenden (Nicht-Privilegierten) vertritt. 1)

Dementsprechend könnte der oben genannte Satz so interpretiert werden, daß die Gewerkschaften der Politik der PASOK-Regierung folgen sollten, weil, wie A. P. sich ausdrückte: "die Gewerkschaften dürfen nicht vergessen, daß der Träger der Regierungsmacht heute 'ihr eigener' ist und wenn sie ihn untergraben, würde der Weg zum Wandel gefährdet". 2)

Gleichzeitig fügte 'Exormisi' hinzu, daß die Regierung jetzt einer sozialistischen Bewegung 'gehört', die "gemeinsamen Ausgangspunkt und gemeinsame Ziele mit den Arbeitenden hat". 3)

Bei einer Gleichsetzung der Regierung mit den Arbeitnehmerinteressen kann nun der Fall eintreten, daß jede Aktion der Arbeitenden, die nicht amtlich gebilligt ist (z.B. Streiks) als Untergrabung ihrer eigenen Interessen und der sozialistischen Umwandlung denunziert werden kann.

Die soziale Befreiung

Neben der Volksherrschaft sei die soziale Befreiung der Gesellschaft notwendig, damit die sozialistische Umwandlung realisiert werden könne.

Nach der Vorstellung der PASOK sollen Gesetzesänderungen in vielen wichtigen Bereichen des öffentlichen und sozialen Lebens durchgeführt werden, damit die Demokratie vollständig verwirklicht werden kann.

So stehen Reformen in der öffentlichen Verwaltung 4) an, die saniert und modernisiert werden sollten, um effektiv und leistungsfähig zu werden.

Dies sei durch Bekämpfung des Hyperzentralismus (durch Übertragung der Machtbefugnisse von der Zentralverwaltung hin zu den lokalen Trägern), der Bürokratie und des Klientelsystems zu erreichen; direkte Beziehungen der Bürger zur Verwaltung (durch Vereinfachung bzw. Abschaffung der komplizierten Formulare, Anträge usw.) machen eine Vereinfachung, vor allem aber eine Beschleunigung der Verfahrenswege möglich.

1) 'Exormisi', 19.12.1982: "Die PASOK-Regierung vertritt die Arbeitnehmerinteressen, aus dem Grund sollten diese den Weg zur sozialistischen Umwandlung nicht gefährden".

2) Rede A. P. in 'Exormisi', 2.2.1982.

3) 'Exormisi', 24.4.1982.

4) Richtlinien..., S.81.

Nicht nur die öffentliche Verwaltung sondern der ganze Staatsapparat 1) sollte "gesäubert" und demokratisiert und dessen Neutralität gegenüber politischen Gruppierungen gewährleistet werden.

Die Demokratisierung und Säuberung bezieht sich insbesondere auf das Ausschalten von Juntaanhängern und angeblichen ausländischen Spionen aus wichtigen Staatspositionen (Ministerien, Justiz, Armee, Polizei, Verwaltung) 2) sowie aus Wirtschaftsorganisationen (etwa vergesellschaftete Unternehmen oder unter Staatskontrolle stehende Institutionen). 3)

Außerdem müsse die Abkoppelung sowohl der griechischen Nachrichtendienste von den 'internationalen Netzen', als auch der Streitkräfte von den Verbündeten durchgeführt werden. 4)

Was die Streitkräfte betrifft, 5) müssen sie, nach der Auffassung der PASOK, Respekt vor dem Volkswillen zeigen als auch Neutralität gegenüber den politischen Parteien und Gruppierungen beweisen.

Zur Verbesserung der Lebensqualität, die die sozialistische Befreiung zum Ziel hat, gehöre u.a. das Bildungswesen. 6)

Nach der Vorstellung der PASOK sollte ein Schulsystem aufgebaut werden, das die Erweiterung des Wissens anstrebe und der Änderung der Werte, des Inhalts und der Richtlinien des Bildungswesens diene, damit freidenkende und im sozialistischen Sinne verantwortliche Bürger herangebildet werden. 7)

Konkret müsse die Chancengleichheit in der Schule gefördert und das Schulsystem modernisiert werden.

Letzteres war bis 1981 derart schlecht, daß praktisch jeder Schüler (der es sich leisten konnte) privaten Nachhilfeunterricht nehmen mußte; sowohl diese Praxis als auch das private Bildungswesen beabsichtigt die PASOK abzuschaffen, aber auch die Schulpflicht auf das 15. Lebensjahr 8) und die Vereinfachung

1) Richtlinien..., S.75.

2) Ein durchgehendes Ausschalten von Juntaanhängern hat während der Regierungszeit der N.D. (1974-81) nicht stattgefunden; dieses hat sich oberflächlich auf die 'unverbesserten' und bekannten Juntaanhänger beschränkt. Vgl. P. Efthimiou, Militär und Demokratie, in 'Anti', 19.6.1981.

3) A.P., Übergang..., S.64.

4) Ebenda, S.65.

5) Richtlinien..., S.72; Proklamation..., S.46; A.P., Von der PAK zur PASOK, 1976, S.127.

6) Proklamation..., S.49-56; Vgl. auch in Anhang, Tabelle 10.

7) Richtlinien..., S.131.

8) Bis 1981 galt die Schulpflicht bis zum 12. Lebensjahr.

der Rechtschreibung (Ein-Ton-System) 1) einzuführen.

Auch das Hochschulwesen solle demokratisiert und modernisiert, die Zugangsregelungen geändert und allgemein das technische Bildungsniveau angehoben werden.

Die Autonomie der Hochschulen werde gesetzlich verankert, die Möglichkeit in allen Fachbereichen zu promovieren eingeführt (was bis 1981 nicht möglich war) und zwar in Kombination mit Forschungstätigkeit an den entsprechenden Institutionen; Volkshochschulen werden eingerichtet (es gab bis 1981 keine in Griechenland).

Ein weiterer Punkt auf dem Weg zu einer unabhängigen sozialistischen Gesellschaft sei die Entwicklung eigener Technologien ²⁾, die den Bedürfnissen des eigenen Volkes und nicht ausländischen Interessen entsprechen - denn technologische Abhängigkeit bedeute Kontrolle durch das Zentrum laut den 'Metropole-Peripherie' Theorien.

Die Schaffung einheimischer moderner Technologien könne, nach Einschätzung der PASOK, durch die Entwicklung der wissenschaftlichen Forschung unter Berücksichtigung der griechischen Gegebenheiten erreicht werden; dazu gehöre auch der Ausbau technischer Bildungstätten, in die das nötige Know-how zur Nutzbarmachung schon existenter technischer Anlagen gewährleisten sollen. Nennenswert ist, daß in Griechenland für die Forschung nur 0,2% des Nationaleinkommens ausgegeben werden; das ist der kleinste Prozentsatz innerhalb der OECD. ²⁾

Trotz der von der PASOK geplanten Erhöhung des Budgetanteils für Forschung und Entwicklung von eigenen Technologien, bleibt die Frage zu beantworten, ob die vom Staat gewährenden Gelder ausreichen, denn die Praxis der technologisch hochentwickelten Länder zeigt, der Hauptträger der 'Technologieproduktion', d.h. des Prozesses der Einsetzung der wissenschaftlichen Kenntnisse und Erfindungen im Produktionsprozeß, das private Kapital ist. Die Technologieproduktion wird daher hauptsächlich vom

1) Bisher gab es vier Betonungsakzente in der neugriechischen Sprache: ' "Psili", ' "Dassia", ' "Okssia" und - "Perispomeni", die der Mehrheit der Bevölkerung große Schwierigkeiten bereiteten. Von der PASOK wurde vorgeschlagen, nur auf der betonten Silbe jedes Wortes ein Akzent, nämlich "Okssia", zu setzen. Dies wurde tatsächlich nach 1981 eingeführt.

2) Richtlinien..., S.142.

Grad der Konzentration dieses Kapitals bestimmt: 28 Unternehmen vereinigen z.B. 62,7% der gesamten Summe, die die amerikanische Industrie für Forschung und Entwicklung zur Verfügung stellt. 1) Es sind also nicht die Erfindungen oder die wissenschaftlichen Kenntnisse so wichtig als die Einsetzung in der Produktion und deren Finanzierung.

Die PASOK will die Vergesellschaftung ²⁾ des Gesundheitswesens ³⁾ durchführen, damit alle Griechen kostenlose und qualitativ hochstehende medizinische und pharmazeutische Versorgung genießen können. Dies impliziere einen Ausbau der Krankhausbettenkapazität und die Einrichtung eines Netzes von Gesundheits- und Sozialpflegezentren, die das ganze Land überziehen; die hohe Konzentration des medizinischen Personals (Ärzte, Pflegepersonal usw.) in Athen und Saloniki ist derzeit ein großes Problem, das Unterversorgung auf dem Land bedeutet.

Was die Krankhausbetten der privaten Kliniken ⁴⁾ betrifft, die 40% aller Betten ausmachen, werden sie schrittweise in das nationale Gesundheitswesen eingegliedert; bis dahin werden die privaten Kliniken kontrolliert.

Der Aus- bzw. Neubau von privaten Kliniken solle nicht mehr durch Darlehen gefördert werden. Die pharmazeutische Industrie werde vergesellschaftet und eine nationale pharmazeutische Industrie für die Herstellung von Rohstoffen gegründet; außerdem solle die Zulassung von Medikamenten sehr restriktiv gehandhabt werden.

Parallel werde ein Sozialversicherungssystem ⁵⁾ aufgebaut, das die Kranken-, Unfall-, Alters- und Arbeitslosenversorgung umschließt.

1) K. Busch, Die multinationalen Konzerne. Zur Analyse der Weltmarktbewegung des Kapitals, Frankfurt 1974, S.169.

2) Näheres S. S.225ff.

3) Richtlinien..., S.107, sowie Proklamation..., S.81ff.

4) Zu erwähnen ist, daß fast alle guten spezialisierten Ärzte (Professoren usw.) private Kliniken unterhalten, wo man sehr kräftig zahlen muß (Privatpatienten), um aufgenommen und gepflegt zu werden.

5) Richtlinien..., S.114.

Zum Ziel der 'sozialen Befreiung' werde das Wahlsystem der einfachen Mehrheit und das aktive Wahlrecht ab dem 18. Lebensjahr eingeführt, 1) die Organisation der Justiz verbessert und demokratisiert, das uralte Familienrecht, das Arbeits-, Strafrecht und das Strafvollzugssystem modernisiert. 2)

Auf dem Gebiet der Bürgerrechte werde die Gleichheit aller Bürger und speziell die Gleichheit der Geschlechter 3) durch eine Reihe von Maßnahmen sichergestellt, die die Gleichheit in allen Ebenen des politischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und familiären Lebens durchsetzt.

Ferner werde die Praxis, unliebsame Bürger wegen ihrer politischen Einstellung datenmäßig zu erfassen und damit von hohen und öffentlichen Stellen fernzuhalten, ausgeschaltet.

Der nationale Widerstand gegen die Besatzungsmächte werde im nachhinein offiziell anerkannt sowie den politischen Flüchtlingen das Recht zur Rückkehr eingeräumt.

Im ganzen Land solle die soziale Gerechtigkeit ausgebaut werden; Maßnahmen hierzu seien: der Schutz der Arbeitnehmer durch Anpassung der Löhne, Gehälter und Renten, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Einführung der 40-Stunden-Woche! und die Erfüllung des Rechts auf Arbeit.

Damit letzteres Ziel erreicht werden könne, solle die Arbeitslosigkeit 4) durch Beschaffung neuer Arbeitsplätze hauptsächlich in kleinen und mittleren Unternehmen bekämpft werden. 5)

A. P. hat sich darüber präziser geäußert: "Wir haben ein Programm zur Schaffung von 20 000 neuen Arbeitsplätzen für Leute unter 30 gestartet und übernehmen auch einen Teil der Beschäftigungskosten. Darüberhinaus planen wir Umschulungsprogramme. Und natürlich erhoffen wir uns positive Ergebnisse von unseren Bemühungen auf

1) Proklamation..., S.40.

2) Ebenda, S.41,42.

3) Ebenda, S.42,43.

4) Die Arbeitslosigkeit beträgt etwa 7% des zur Verfügung stehenden Arbeitspotentials.

Arbeitslosigkeit 1963 = 100

1962 100

1965 86

1968 99

1970 65

Quelle: UN, Statistical Yearbook, 1971; ILO, Yearbook of Labor Statistics, 1972.

5) Näheres s. Richtlinien..., S.58.

dem Agrarsektor, wo wir versuchen, die Bevölkerung an ihren ländlichen Arbeitsplätzen festzuhalten und so die Landflucht einzuschränken, die einen zusätzlichen Druck auf den städtischen Arbeitsmarkt erzeugt." 1)

Weitere Maßnahmen zum sozialen Wandel seien:

Die Demokratisierung der Massenmedien 2), die verwaltungsmäßige Trennung von Kirche und Staat und die Vergesellschaftung des kirchlichen und klösterlichen Vermögens sowie die Einführung der zivilen Ehe. 3) Der Schutz der Konsumenten "vor irreführenden Werbungen" werde durch eine autonome Konsumentenorganisation auf zentraler, regionaler und lokaler Ebene 4) gewährleistet.

Große Bedeutung werde dem Umweltschutz 5) und dem Stoppen der bis heute rücksichtslosen Zerstörung der Natur zugeschrieben.

Damit bezieht die PASOK ein sehr wichtiges Thema in ihrer Programmatik ein, das die Ökologiebewegungen in anderen europäischen Ländern als Hauptforderung stellen, wie z.B. die Grünen in der BRD; somit erschwert sie praktisch die Entstehung einer ähnlichen Bewegung in Griechenland.

Schließlich stelle die kulturelle Wiederbelebung 6) einen wesentlichen Punkt der Politik der PASOK dar; darunter versteht sie, daß man von den eigenen Oberlieferungen ausgehend, auch positive moderne kulturelle Strömungen aus dem Ausland aufnehmen solle. Dabei sei nicht nur die Belebung der kulturellen Aktivitäten, sondern auch die Dezentralisierung des Kulturbereiches vorgesehen, angesichts der praktisch ausschließlichen Konzentration jedes kulturellen Lebens in den Städten. 5)

1) Spiegel Nr. 48/1982, Interview A. Ps.

2) Darunter versteht die PASOK die Abschaffung der Zensur und die Abkoppelung der Massenmedien von privaten Interessen sowie die Gewährung von gleichen Rechten (z.B. Ausstrahlungszeit) an alle Parteien in den Medien. Vgl. Richtlinien..., S.93 sowie Proklamation..., S.43.

3) Bis 1981 war die kirchliche Trauung obligatorisch. Die Möglichkeit der Zivilehe bestand nicht, ebensowenig die Möglichkeit des Austritts aus der Kirche oder der freien Entscheidung über die Taufe der Kinder. Vgl. Proklamation..., S.45.

4) Richtlinien..., S.63. Über die Rolle der Werbung, die von multinationalen Konzernen getrieben wird, meint der frühere Generalsekretär des UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und spätere langjährige Generalsekretär der UNCTAD, Raul Prebisch: "Die multinationalen Konzerne tragen in der Tat zur Verherrlichung der Konsumgesellschaft bei, indem sie Imitationen mit Hilfe von Werbemaßnahmen fördern, mittels derer sie die sogenannte Souveränität des Verbrauchers zu manipulieren imstande sind". R. Prebisch, Statement to the 142nd Plenary Meeting, 4. UNCTAD-Konferenz in Nairobi 1976 (Dokument UNCTAD IV/CA-19.NBO. 76-589)

5) Richtlinien..., S.128, sowie Proklamation, S.91ff.

6) Ebenda, S.145 sowie Proklamation..., S.95-98.

7) Einzelheiten über die Programmatik der PASOK, s. Proklamation der Regierungspolitik, 1981, gr.

B. Selbstverständnis und Konzeptionen - der dritte Weg zum Sozialismus

In diesem Kapitel werden wir das Selbstverständnis der PASOK behandeln, dies insbesondere anhand ihrer offiziellen Erklärungen zu den Sozialismuskonzepten der Sowjetunion, Jugoslawiens, der westeuropäischen Sozialdemokratie und der Eurokommunisten. Allerdings ist vorzuschicken, daß diese Erklärungen nicht immer ideologisch und redaktionell ausgefeilt sind - ein Mangel, der jedoch hingenommen werden kann, weiß man, daß die PASOK die erste und bislang einzige 1) Partei Griechenlands ist, die sich offiziell zu den genannten Konzepten äußerte.

1. Die PASOK im Verhältnis zu anderen sozialistischen Bewegungen und Parteien

1.1 Einige Perzeptionen des sowjetischen Modells

Auf eine globale detaillierte Darstellung des sowjetischen Modells wird wegen zweier Gründe verzichtet: Zum einen, weil dies den Rahmen der Arbeit bei weitem sprengen würde und zum anderen, weil das sowjetische Modell hier nur in Bezug auf seine Perzeption durch die PASOK angesprochen werden soll.

Wir werden also nur einige wichtige Punkte des sowjetischen Modells kurz umreißen, insbesondere diejenigen die A. P. in seinem Buch 'Übergang zum Sozialismus' ²⁾ anspricht, um anschließend auf seinen 'Dritten Weg' zum Sozialismus zu gelangen.

Im einzelnen handelt es sich bei diesen Punkten ³⁾:

- um die Rolle von Staat und Partei;
- um die Demokratie und ihre Institutionen;
- um das Wirtschaftssystem.

1) Die KPG nimmt auch manchmal zu den Problemen vereinzelt Stellung, diese ist aber lediglich unkritische Wiedergabe von UdSSR-Positionen.

2) A. P., Übergang zum Sozialismus, Athen 1982 4, S.9ff, gr.

3) S. u.a. L. Schapino, Partei und Staat in der Sowjetunion, Köln-Berlin 1965; R. Bahro, Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln 1977; H. J. Lieber, K. H. Ruffmann (Hrg), Der Sowjetkommunismus, Dokumente, Bd.1, Köln-Berlin 1963.

Der kapitalistische Staat wird von der sowjetischen Ideologie als bloßes Objekt bzw. Instrument betrachtet, das als Produkt der Bourgeoisie von dieser eingesetzt wird.

Er wird als monolithischer Block begriffen - man gesteht ihm keine inneren Widersprüche zu -, dem die Volksmassen gegenüberstehen. Daher könne der Kampf des Volkes um die Staatsmacht nur ein von 'außen' geführter Kampf gegen den Staat sein (etwa durch Generalstreik oder Revolution).

Dieser Theorie nach müßte das Volk zuerst die Staatsgewalt ergreifen, um dann en bloc den gesamten Staatsapparat durch eine zweite Macht, die Sowjets, zu ersetzen, die als Staat neuen Typs konstituiert werden. 1) Dieser proletarische Staat werde 'von oben' durch die revolutionäre 'Einheitspartei' kontrolliert.

Im sowjetischen Sozialismusmodell besteht ein fundamentales Mißtrauen gegenüber den Institutionen der repräsentativen Demokratie und der politischen Freiheiten, als Schöpfungen und Instrumente der Bourgeoisie. 2)

Das Mißtrauen gegenüber der repräsentativen Demokratie heißt aber noch lange nicht, daß sie durch die direkte Basisdemokratie ersetzt würde, welcher die sowjetischen Sozialisten keine Hochachtung schenken.

Dementsprechend neigt der Staat zur Unterwerfung jeglicher politischen und sozialen Tätigkeit und nimmt solcherart eine totalitäre Gestalt an, mit dem Ergebnis der Schaffung einer regierenden Kaste, die den Staatsapparat zum eigenen Machterhalt mißbraucht. Es entsteht eine hierarchisch strukturierte Gesellschaft, in der die leitenden Parteikader die absolute politische Macht innehaben und sich die Mehrheit der Bevölkerung mit 'marginalen' Steigerungen des Lebensstandards begnügen muß.

-
- 1) Die Ansicht, nach der mit dem Wegfall der bürgerlichen Herrschaft alle Hindernisse, die der Bewußtseinsentwicklung bislang im Wege standen, schlagartig verschwänden, eine weitgehende Vereinheitlichung also von politischen Positionen und Denkformen unter den Lohnabhängigen scheint mir keine realistische Konzeption zu sein, weil, "die moderne Lohnarbeiterschaft nicht die gleichgeartete, im Bezug auf Eigentum, Familie usw. gleich ungebundene Masse sei, die das 'Kommunistische Manifest' vorausieht, daß sich gerade in den vorgeschrittensten Fabrikindustrien eine ganze Hierarchie differenzierter Arbeiter finde, zwischen deren Gruppen nur ein mäßiges Solidaritätsgefühl bestehe". E. Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Reinbeck bei Hamburg 1969, S. 118.
 - 2) "Lenin reduzierte häufig die Institutionen der repräsentativen Demokratie und die politischen Freiheiten auf ihre Herkunft aus der Bourgeoisie (was Marx nie getan hat): Repräsentative Demokratie - bürgerliche Demokratie - Diktatur der Bourgeoisie". S. N. Poulantzas, Staatstheorie, Hamburg 1978, S.230.

Im Wirtschaftsbereich sind die Hauptmerkmale des sowjetischen Sozialismusmodells die Verstaatlichung, d.h. daß die entscheidenden Produktionsmittel nicht Privatpersonen, sondern dem Staat gehören, und die zentralisierte Planung.

Die Kritik der PASOK konzentriert sich auf die angesprochenen Problembereiche; so distanziert sich die PASOK von der sowjetischen Staatstheorie bereits in punkto "Art der Machtergreifung": Sie ist gegen den bewaffneten Zusammenstoß, den revolutionären Weg zum Sozialismus und befürwortet eine friedliche Machtübernahme durch Parlamentswahlen, weil es durch den revolutionären Weg keinen demokratischen Entscheidungsprozeß geben könne und daher der Staat die Gestalt einer Diktatur annehme, die sowohl Staat wie auch Gesellschaft entscheidend bestimme. 1)

Ferner ist die PASOK gegen jegliche Art von 'beispielhaftem Vorgehen' der Arbeiterklasse, quasi als 'Speerspitze des Proletariats' 2) nach sowjetischem Verständnis - folglich akzeptiert sie die im 'realen Sozialismus' praktizierte Diktatur des Proletariats nicht.

Die PASOK ist mehr für ein Mehrparteiensystem und damit gegen den Einparteien-Sozialismus leninistischer Prägung, d.h. sie stellt sich gegen die These, die politische Macht gehöre entweder ganz dem Proletariat (im Fall, wo die sozialistische Umwandlung in einem metropolitischen kapitalistischen Land stattfindet - was sich noch nie ereignet hat) oder einem Bündnis, das vom Proletariat angeführt werde (das trifft im Falle eines, mit heutigem Vokabular, Peripherielandes zu). 3)

Zu dieser Überzeugung gelang die PASOK angesichts der Tatsache, daß in den Peripherieländern, in denen die sozialistische Umwandlung schon stattgefunden hat, viele unterdrückte Klassen existieren: so etwa - außer dem eigentlichen Proletariat - die Bauern, Gewerbetreibenden, Angestellten, Handwerker und sogar Wissenschaftler als Elemente des revolutionären Potentials; das Proletariat bildete lediglich eine kleine Minderheit in der Gesamtheit des unterdrückten Volkes: Warum, argumentiert die PASOK, sollten die unterdrückten Volksklassen von der politischen Arena ausgeschlossen werden?

1) A. P., Übergang ..., S.31.

2) In diesem Zusammenhang vgl. 'Proletarische Avantgarde', in: Der Sowjetkommunismus. Dokumente, Bd.1, S.39-49 sowie A.P., Für eine sozialistische Gesellschaft: Vergesellschaftungen, Selbstverwaltung, Dezentralisierung, lokale Selbstverwaltung, Gewerkschaftsbewegung, Athen 1977, S.37.

3) A. P., Übergang..., S.25-27 sowie A.P., Von der PAK zur PASOK, Athen 1976, S.226.

Aber auch im Fall, wo die sozialistische Umwandlung in einem metropolitischen Land des Kapitalismus stattfinden sollte, müßte man das Mehrparteien-System beibehalten.

Weil die sozialen Strukturen, die sich im Kapitalismus herausgebildet haben, komplexer seien als Marx und Lenin es sich vorstellten, gebe es in ihm mehr oder weniger privilegierte Arbeiter, verschiedene Mittelschichten, 1) eben eine Differenzierung innerhalb der Klassen.

Daher bestehen innerhalb der Gesellschaft Gegensätze, die auch ihren politischen Ausdruck im Rahmen eines breiten Bündnisses aller unterdrückten Klassen und Schichten haben müssen. 2) Folglich ist die PASOK im Gegensatz zum sowjetischen Sozialismusmodell für die parlamentarische Demokratie und die politischen Freiheiten.

Was die Wirtschaft in der Sowjetunion betrifft, vertritt die PASOK die Meinung, daß trotz der dort stattgefundenen Verstaatlichung der Produktionsmittel 3) kapitalistische Oberbleibsel beibehalten worden seien: Als folgenschwerstes Oberbleibsel zähle das Hauptmerkmal der kapitalistischen Gesellschaft, nämlich die abhängige Arbeit, das Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnis. 4)

"Der Arbeiter verkauft, wie in der kapitalistischen Gesellschaft, seine Arbeitskraft und gehört einer Gewerkschaft an, deren Hauptaufgabe es ist, die Parteilinie durchzusetzen". 5)

Natürlich habe das sowjetische System nicht die Dynamik des Kapitalismus, so die PASOK, die von der Kapitalakkumulation charakterisiert sei, mit Ziel die Maximierung des Überschusses, das den Kapitalisten zufließe.... Die Kapitalakkumulation in der Sowjetunion werde von einer von der Partei kontrollierten Planung bestimmt und diene den von der Partei gesetzten Zielen.

1) Über die Konzeption der Mittelschichten s. N. Poulantzas, Marxismus zwischen Sozialdemokratie und realem Sozialismus, in: Annäherungen an den Sozialismus, J. Bischoff, J. Kreimer (Hrg), Hamburg 1980, S.68-69.

2) A. P., Übergang..., S.30.

3) Verstaatlichungen werden auch von kapitalistischen Staaten vorgenommen (z.B. Frankreich), sie sind also kein ausschließliches Merkmal des Sozialismus.

4) 'Sozialistische Umwandlung', Athen 1977, S.16, gr.

5) A. P., Übergang...., S.15.

Der Unterschied zum Kapitalismus sei, daß im sogenannten staatlichen Kapitalismus 1) eine Machtverlagerung von den Kapitalisten auf den Staat stattfinde, d.h. auf eine elitäre Parteigruppe, die den Staatsapparat im Namen der Arbeiterklasse verwalte.

Aus diesen Überlegungen heraus hält die PASOK das sowjetische Experiment für mißlungen und distanziert sich davon:

Der Weg der Sowjetunion sei ein Weg zurück zum Kapitalismus, zu einem neuen Kapitalismus, der von manchen Staatskapitalismus genannt werde... "Volksherrschaft" und "soziale Befreiung" stehen für die PASOK in krassem Gegensatz zur Allmacht einer Parteibürokratie und der Unterwerfung des arbeitenden Volkes durch neue Herren - wie diese sich immer auch nennen mögen. 2)

1.2 Exkurs: Die PASOK - marxistisch?

Anschließend dazu stellt sich die Frage, wie es die PASOK wohl mit Marx hält: Laut ihrer offiziellen Texte ist diese "die sozialistische Bewegung des Landes" 3) und als solche "könne sie nicht anders als auch marxistisch sein". 4)

Damit meint sie, daß die marxistische Methodik als Analysemittel der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen akzeptiert werde. Marxismus sei aber kein Dogma, sondern eine Wissenschaft und als solche werde er mit neuen Erfahrungen bereichert, entwickelt und der Realität angepaßt. Er sei kein statisches Theoriemodell, 5) kein geschlossenes vollendetes System, das ewigen Wert habe, das der Praxis Form und Schranken setze und an den die Realität sich anzupassen habe. Vielmehr meint die PASOK, daß das Leben, die tägliche Praxis die Wissensquelle sei, deren Unkenntnis zu Mißinterpretationen, falschen Einschätzungen und verkehrten Kampfaktiken führe.

1) Von der PASOK auch 'Kapitalismus ohne Kapitalisten' genannt. S. 'Sozialistische Umwandlung', S.19.

2) Ebenda, S.16.

3) 'Sozialistische Umwandlung', Athen 1979², S.15.

4) A. P., Von der PAK zur PASOK, Athen 1976, S.91.

5) Vgl. E. Balibar, Krise des Marxismus, Aktualität des Marxismus, in der Zeitschrift 'Thesis', Nr. 6., Jan.-März 1984, S.103-125, gr.

Deswegen sieht die PASOK weitere theoretische Beziehungspunkte in der angesammelten historischen und politischen Erfahrung der Volksbewegung und ihrer Träger auf internationaler Ebene.

Die PASOK ist also marxistisch, aber "nicht dogmatisch und läßt sich mit Leninismus sowohl auf der theoretischen Ebene als auch auf der Ebene der politischen Praxis nicht vereinigen". 1)

Der Leninismus betont A. P. "bildet eine bestimmte Interpretation des Marxismus und gleichzeitig eine bestimmte politische Praxis, die aus dieser Interpretation abgeleitet wird.... Der Marxismus als System historischer Analyse identifiziert sich nicht mit dem Leninismus". 1)

Die PASOK mißbilligt also den Leninismus, weil dieser zum "Zentralismus" 2) und folglich zur "Allmacht des Staates" 3) und zur Verneinung des Pluralismus führt.

1.3. Das jugoslawische Modell

Der jugoslawische Sozialismustyp distanziert sich vom sowjetischen hauptsächlich dadurch, daß die Produktionseinheiten von den betreffenden Arbeitnehmern selbstverwaltet werden. In den selbstverwalteten Unternehmen partizipieren die Arbeitnehmer an allen politisch-ökonomischen Entscheidungen, die das Unternehmen betreffen, über eine Geschäftsführung, die von der Arbeitnehmerversammlung gewählt wird und welche deren Entscheidungen in die tägliche Unternehmenspraxis umsetzt.

In der jugoslawischen Gesellschaft besteht also kein Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnis.

Die PASOK grenzt sich jedoch gegenüber diesem System ab, 4) dessen Nachteil sie darin sieht, daß die von den Arbeitnehmern getroffenen Entscheidungen fast ausschließlich von der Interessenkonstellation der jeweiligen Produktionseinheiten bestimmt seien und somit die Gesamtinteressen der Gesellschaft tendenziell unberücksichtigt bleiben.

1) A. P., Übergang, S.9.

2) Ebenda, S.12.

3) Ebenda, S.17.

4) 'Sozialistische Umwandlung', S.21.

So könne, wie A. P. meint, diese Art der Selbstverwaltung dazu führen, daß Arbeitnehmer mit einem festen Arbeitsplatz von Rationalisierungsmaßnahmen begünstigt werden, da damit ein erhöhtes Einkommen für sie abfalle. So werde in Jugoslawien das Phänomen der Arbeitslosigkeit und der massiven Auswanderung beobachtet, ein Phänomen, das dem Sinn des Sozialismus entgegenstehe. Diesem gemäß müsse die sozialistische Gesellschaft allen ihren Mitgliedern Überlebensmöglichkeiten anbieten.

Bei diesem Sozialismusmodell wurden also keine radikalen sozialen Änderungen durchgeführt und dabei haben sich die Arbeitnehmer in jeder Produktionseinheit zu "Kollektivkapitalisten" verwandelt.

So lehnt die PASOK dieses System ab, weil es "die Arbeiterklasse teile und sie zur gegenseitigen Konkurrenz anstacheit". 1)

1.4. Eurokommunismus

a) Italien

Der Eurokommunismus in Italien, der 'historische Kompromiß' (Compromesso Storico) der K.P. Italiens, der von Berlinquer nach der bitteren Erfahrung Chiles deklariert wurde, stütze sich, so die PASOK, auf die Anerkennung und Akzeptierung der Struktur der politischen Mächte im europäischen Raum - d.h. die Aufteilung Europas in zwei Einflußsphären - sowie im besonderen die Polarisierung der italienischen Wähler in zwei Lager, nämlich die Christdemokraten und die - hauptsächlich kommunistische - Linke. Der Grundstein des 'historischen Kompromisses' sei die Anerkennung der Christdemokratie als einer großen 'Volksmacht'; sein Hauptvorschlag bestehe in der Zusammenarbeit der zwei Fronten (Linke aller Schattierungen und Sozialdemokraten).

Der 'historische Kompromiß' beinhalte keine Perspektive für einen Übergang zum Sozialismus, sondern bedeute vielmehr einen "Waffenstillstand" unbekannter Dauer.

1) 'Sozialistische Umwandlung', S.21.

Somit trete der 'historische Kompromiß' auf ideologischer Ebene nicht im Gegensatz zu der marxistischen Ideologie, da er ja keinen Verzicht auf den marxistisch verstandenen Klassenkampf bedeute, sondern eben nur einen "Waffenstillstand".

Die PASOK kritisiert die KP-Italiens, 1) weil diese die ausgesprochene Klassenzusammenarbeit anstrebe und dadurch auf die wirtschaftliche und soziale Krise des Kapitalismus in Italien durch Erneuerung der Institutionen und eben diesen Waffenstillstand zu überwinden ziele.

A. P. sieht hier einen Gegensatz zwischen dem Streben des Kapitalismus, den Arbeitnehmeranteil am Sozialprodukt zu beschränken und dem Versuch des 'historischen Kompromisses', dieses Streben durch die Forderung nach Erneuerung im Rahmen der Austerität zu hindern. 2)

Nach Einschätzung A. P. dürfte die KPI, "die Gegenleistungen, die sie für ihre Offerte - den Waffenstillstand - erwartet, d.h. die wirtschaftliche und soziale Erneuerung des Kapitalismus, nicht bekommen: So werde der 'historische Kompromiß', nach der PASOK, "unvermeidlich in eine Sackgasse führen". 3)

b) Frankreich

Der französische Typus von Eurokommunismus, die sogenannte 'Union de la gauche' unterscheidet sich strukturell von Italiens 'historischen Kompromiß'. Er schlägt keinen Waffenstillstand im Klassenkampf vor, sondern bietet eine alternative Lösung: Er fordert ein gemeinsames Programm für eine demokratische Regierung Frankreichs, indem er gleichzeitig auf die traditionelle Stärke der - allerdings zersplitterten - französischen Linken vertraut, die - geeint - einen eindeutigen Wahlsieg erringen können (was in der Tat durch den Sieg der Sozialisten geschehen ist).

1) A. P., Übergang, S.35-40.

2) Ebenda, S.38.

3) Ebenda, S.39.

Das gemeinsame Programm werde aber nicht als ein Programm für die Errichtung des Sozialismus dargestellt, sondern als ein Übergangsstadium gefördert, das den Weg in Richtung sozialistischer Umwandlung der Gesellschaft bahnen werde.

Es schlage bestimmte Maßnahmen, Verbesserungen und Reformen vor, ziele aber auf keine radikale Systemänderung.

Diese Ansicht gewinnt die PASOK bei der näheren Betrachtung des 'Programms' und bei der Analyse der Ziele und Bestrebungen jedes seiner vier Teile.

Der erste Teil betrifft die Gehälter, die Beschäftigung, die Arbeitsverhältnisse, Gesundheit, Sozialversicherung, Bildung, Städtebau usw. Die PASOK beurteilt diesen Teil:

"Sein Inhalt - was die konkreten vorgeschlagenen Maßnahmen angeht - hat Reformcharakter; es geht um Verbesserungen und nicht um radikale Strukturveränderungen". 1)

Der zweite Teil betrifft die Unternehmensverwaltung, die Demokratisierung und Erweiterung des öffentlichen Sektors, die demokratische Planung, die Agrar- und Industriepolitik, den Handel, das Gewerbe, die Finanzpolitik, usw.

Es ist der wichtigste Teil des Programms, weil er die strukturellen Änderungen, die beabsichtigt sind, vorstellt.

Es werden Änderungen bei den Produktionsverhältnissen vorgeschlagen, wie z.B. eine wesentliche Beteiligung der Arbeitnehmer und deren Organisationen an den verstaatlichten und öffentlichen Unternehmen, die eine Art von Vergesellschaftung ist. 2) Die Vergesellschaftung beschränkt sich in einem Teil des großen monopolistischen Bereichs.

Im übrigen Teil der Volkswirtschaft, die in privaten Händen bleibt, wird eine vielseitige Kontrolle, im Rahmen einer demokratischen Planung vorgesehen.

Für das internationale Kapital, die multinationalen Firmen wird erst später die Vergesellschaftung vorgesehen, nachdem die 'strategischen Bereiche' der Wirtschaft gleichmäßig entwickelt worden sind.

1) A. P., Übergang, S.42.

2) Ebenda, S.43.

In der Übergangszeit werden sie vom Staat und von anderen sozialen Trägern kontrolliert und mit dem vergesellschafteten Bereich koexistieren.

Die PASOK beurteilt den zweiten Teil des 'gemeinsamen Programms' positiv und betont, daß:

"Im Gegensatz zu den von den Sozialdemokraten unternommenen V e r s t a a t l i c h u n g e n, die allerdings der bürgerlichen Klasse dienen, existiert im 'gemeinsamen Programm' ein Anzeichen von Wandel der Produktionsverhältnisse, die V e r g e s e l l s c h a f t u n g e n". 1)

Der dritte Teil des 'gemeinsamen Programms' beschäftigt sich mit dem Thema Staatsmechanismus. Dabei ist die Dezentralisierung, die Stärkung der lokalen Selbstverwaltung, die Teilvergesellschaftung der Massenmedien angetastet: Pluralismus, Mehrparteien-System, freier politischer Ausdruck sind fundamentale Elemente des Programms.

A. P. sieht hierin zwei Problemkreise: Erstens, ob der bürgerliche Staat solche Vorhaben dulden werde, und zweitens, wie werde der Staat, der nicht neutral, sondern ein Instrument der herrschenden Klasse sei, die Schwächung und schließlich die Beseitigung der kapitalistischen Institutionen erlauben und sogar beaufsichtigen, wenn er selbst nicht umgewandelt werde?

An diesem Punkt besteht für A. P. der Widerspruch des 'gemeinsamen Programms', der es entweder zur sozialdemokratischen Praxis oder zum Konflikt mit unübersehbaren Folgen führen werde. 2)

Im vierten und letzten Teil des 'gemeinsamen Programms' geht es um den Beitrag der Linken zum Frieden und um die Förderung der internationalen Zusammenarbeit.

Der wesentliche Punkt dieser Position ist, daß Frankreich unter der Regierung der Linken in der NATO und der EG bleiben wird.

1) A. P., Übergang, S.44.

2) Konflikt zwischen dem Staat und den Kräften des Wandels.
Ebenda, S.45.

Die Kritik der PASOK richtet sich verstärkt auf diese Position der Eurokommunisten in Frankreich, die "das strategische, politische und wirtschaftliche Netz des internationalen Kapitals nicht in Anrede stellen, das unter amerikanischer Anleitung das Schicksal Westeuropas bestimmt." 1)

A. P. bezweifelt die Möglichkeit der linken Regierung, das Vorhaben des 'gemeinsamen Programms', nämlich die Demokratisierung der EG und die Verstärkung der Arbeitnehmerposition gegenüber dem wirtschaftlichen Status quo des Westens zu fördern, in die Tat umzusetzen.

Der Grund dafür, ist in der Überzeugung A.P.s zu finden, daß der Staatsapparat Frankreichs im Einflußbereich von NATO und EG die Rolle des Statthalters der Interessen des Monopolkapitals in Frankreich spiele und somit die linke Regierung mit dessen Machtsystem kollidieren werde.

Die linke Regierung habe also die Alternative, entweder nachzugeben oder mit den Interessen der NATO und der EG zusammen zu stoßen.

In beiden Fällen werde das 'gemeinsame Programm' scheitern 2) und der Traum des Sozialismus nicht in Erfüllung gehen.

Aus diesen Überlegungen heraus distanziert sich die PASOK vom Eurokommunismus 3), der ihrer Meinung nach, nicht geeignet sei, den Weg zum friedlichen Übergang zum Sozialismus zu ebnen.

1.5. Die Sozialdemokratie 4)

Die ideologischen Differenzen der PASOK mit der Sozialdemokratie beziehen sich auf die Einschätzung der Natur des Staates und die Art der erforderlichen Umwandlungen von Staat und Gesellschaft.

1) A. P., Übergang, S.45.

2) Ebenda, S.46.

3) A. P. hält übrigens den Begriff 'Eurokommunismus' für nicht gelungen, weil "er nichts sagt und wegen der wesentlichen Differenzen zwischen den Programmen und den Strategien der kommunistischen Parteien Europas desorientiert".
Ebenda, S.35.

4) A.P., Von der PAK zur PASOK, 1976, S.87,93,114,142.

Der Staat existiere, so die Sozialdemokraten, außerhalb der Klassen, widerstehe der herrschenden Klasse, unterwerfe sie und entziehe ihr die Macht zu seinem eigenen Nutzen; er werde zum Schiedsrichter zwischen den gesellschaftlichen Klassen, indem er den konkurrierenden und divergierenden Interessen der bürgerlichen Gesellschaft 'seine' Politik aufzwinge, die Politik der Bürokratie oder der politischen Eliten.

Die Sozialdemokraten sind nämlich der Meinung, daß "die liberalen Einrichtungen der modernen Gesellschaft sich gerade darin von jenen (starren Einrichtungen des Feudalismus) unterscheiden, daß sie biegsam, wandlungs- und entwicklungsfähig sind. Sie brauchen nicht gesprengt, sie brauchen nur fortentwickelt zu werden. Dazu bedarf es der Organisation und energischen Aktion, aber nicht notwendig der revolutionären Diktatur". 1)

Diese Einschätzung der Sozialdemokratie kritisiert J. Elleinstein und behauptet: "Unter dem Vorwand, die gewaltsame Revolution abzulehnen und von dem Wunsch getragen, die politische Demokratie zu retten, gaben sie (die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien) ihre Politik der Strukturreformen auf. Trotz ihrer beträchtlichen Stärke begnügten sie sich mit geringfügigen Reformen, die den Kapitalismus nicht erschütterten, sondern, ob sie es wollen oder nicht, zu seiner Konsolidierung beitrugen, indem sie ihn den neuen Bedingungen unserer Zeit anpaßten". 2)

So sei die Sozialdemokratie "eine Bewegung zur Verwaltung des Kapitalismus geworden". 3)

Die PASOK ist mit J. Elleinstein der Meinung, daß es mit Marginalreformen im existierenden Staat nicht möglich sei, die sozialistische Umwandlung der Gesellschaft zu erreichen, weil eben "Marginalreformen" die Gestalt, nicht aber die wesentliche Struktur des Kapitalismus ändern können: 4)

1) E. Bernstein, 1969, S.169.

2) J. Elleinstein, Eurokommunismus und Sozialdemokratie, in: J. Bischoff, J. Kreimer (Hrg), Annäherungen an den Sozialismus, Hamburg 1980, S.11.

3) Ebenda, S.9.

4) A. P., Übergang, S.28. Die PASOK nennt die Sozialdemokraten 'Reformisten' (Sozialistische Umwandlung, S.4) und die Sozialdemokratie 'Kapitalismus mit höflichem Gesicht' (Sozialistische Gesellschaft und Umwandlung, S.45).

Ergo müsse man sich nicht nur darum bemühen die Einrichtungen der repräsentativen Demokratie (Parlament usw.) so wie sie sind beizubehalten, sondern sie gleichzeitig grundlegend zu verändern. 1)

1.6. Der dritte Weg zum Sozialismus

Die PASOK grenzt sich gegenüber den oben erwähnten 'Sozialismustypen' ab und versucht einen eigenen, den sogenannten 'dritten Weg' zum Sozialismus anzustreben, einen Typ 'griechischen Sozialismus', der:

"Sowohl in seiner Struktur als auch in seiner organischen Zusammensetzung durch völlige Unabhängigkeit von fremden Entscheidungszentren den griechischen Verhältnissen entspricht". 2)

Der dritte Weg zum Sozialismus, so erklärt A.P., eifert keinem Modell nach, sondern versucht im Gegenteil die Nachteile und Schwachpunkte aller anderen Sozialismustypen zu vermeiden. Konkret tritt die PASOK für die parlamentarische Demokratie 3) und für einen Mehrparteien-Sozialismus, der im Rahmen einer geplanten sozialistischen Verfassung funktioniert. 4)

1) Vgl. den Beitrag N. Poulantzas, Marxismus zwischen Sozialdemokratie und realem Sozialismus, in: Bischoff/Kreimer, Hamburg 1980.

2) A. P., Griechenland den Griechen, Athen 1976, S.598, gr.

3) Näheres darüber S. S.236.

4) Die Änderung der Verfassung von 1975 wäre allerdings ein schwer zu realisierendes Ziel, weil die PASOK die Abstimmung von drei Fünfteln der Parlamentsmitglieder gebraucht hätte, nach Art. 110 der Verfassung, wo steht:

§1. Die Bestimmungen der Verfassung können geändert werden, mit Ausnahme der Bestimmungen über die Staatsgrundlage und die Staatsform als parlamentarische Republik...

§2. Die Erforderlichkeit der Verfassungsänderung wird durch Parlamentsbeschluß festgestellt, der auf Vorschlag von mindestens fünfzig Abgeordneten ergeht und mit den Stimmen von drei Fünfteln der Gesamtzahl der Parlamentsmitglieder in zwei, mindestens einen Monat auseinanderliegenden Abstimmungen gefaßt wird. Durch diesen Beschluß werden die zu ändernden Bestimmungen im einzelnen festgelegt.

§3. Ist die Verfassungsänderung beschlossen, entscheidet das nächste Parlament in seiner ersten Sitzungsperiode über die zu ändernden Bestimmungen mit absoluter Mehrheit der Gesamtzahl seiner Mitglieder.

§4. Stimmt einem Verfassungsänderungsvorschlag zwar die Mehrheit der Gesamtzahl der Abgeordneten zu, jedoch nicht die nach Absatz 2 erforderliche Mehrheit von drei Fünfteln derselben, kann das nächste Parlament in seiner ersten Sitzungsperiode mit einer Mehrheit von drei Fünfteln der Gesamtzahl seiner Mitglieder über die zu ändernden Bestimmungen entscheiden.

Dabei "müssen die politischen Parteien, die in der sozialistischen Gesellschaft aktiv sind, die den Sozialismus stützenden Verfassungselemente akzeptieren ... und wichtige 'Verbündete' am Werk des sozialistischen Aufbaus sein". 1)

Die Gegensätze und Differenzen der politischen Parteien beziehen sich auf die Auswahl einer bestimmten Taktik, wie z.B. das Festlegen der Entwicklungsplanung und der in ihr enthaltenen Ziele, die Einteilung der wirtschaftlichen Aktivität in jeder Region, die Außenpolitik usw.

Diese Gegensätze werden im Rahmen von Gesetzen, die in der sozialistischen Verfassung enthalten sind, gelöst.

Damit sei die sozialistische Verfassung die oberste Schlichtungsinstanz. Ferner betont die PASOK, daß

"im Rahmen der sozialistischen Gesellschaft Parteienpluralismus und periodische Wechsel an der Regierungsverantwortung die angestrebte neue Machtstruktur (die sozialistische) nicht beeinträchtigen". 1)

Abgesehen davon glaubt die PASOK, daß der mehrparteiliche Charakter des sozialistischen Staates allein, dessen demokratische Vervollständigung nicht garantiere:

"Die Dezentralisation und die lokale Selbstverwaltung ²⁾ als auch die unabhängige gewerkschaftliche Organisation ²⁾ und die Aktivität des arbeitenden Volkes bilden die Voraussetzungen für die Festigung und Entwicklung der Volksherrschaft ²⁾, die ein wesentliches strukturelles Element des Sozialismus ist". ³⁾

Als wichtigste Voraussetzung für die sozialistische Umwandlung der Gesellschaft werde die fundamentale Umwandlung des Staates und der Staatsapparate ⁴⁾ bewertet.

Diese Position leitet die PASOK aus der von ihr übernommenen instrumentalistischen Konzeption des Staates her.

1) A. P., Übergang, S.19.

2) S. S.237.

3) A. P., Übergang, S.30.

4) Unter Staatsapparaten versteht man die Justiz, die Armee, Verwaltung, Schule, Kirche, politische Parteien, Parlament usw.

Demnach sei der Staat ein passives, wenn nicht sogar neutrales Werkzeug, das von einer einzigen Klasse (der Bourgeoisie) oder Gruppe eingesetzt werde.

Dabei werde die Beziehung "Staat - gesellschaftliche Klassen" und besonders die Beziehung zwischen dem Staat und den herrschenden Klassen und Gruppen als rein äußerliche Beziehung begriffen. Die herrschenden Klassen unterwerfen den Staat durch "Einflußprozesse" und pressure groups, sie absorbieren den Staat, indem sie ihn seiner Macht berauben.

Nach dieser Theorie etabliere sich die Politik des Staates zugunsten der Bourgeoisie durch bloße Inbesitznahme des Staates als Instrument durch eine einzige Gruppe, die Bourgeoisie - gegenwärtig durch das Monopolkapital 1), das selbst angeblich eine in gewissem Sinn dem staatlichen Handeln vorgeordnete politische Einheit besitze. Der Staat bedeute also für die PASOK "einen Mechanismus für die Gewaltausübung mit allen Mitteln, der die Aufrechterhaltung und Verfestigung der Produktions- und allgemein der gesellschaftlichen Verhältnisse, auf die die Struktur eines Sozialsystems stützt, gewährleistet" 2).

"Der Staat ist nichts anderes als der Beschützer der Institutionen, die einer Oberschicht dienen. Der Staatsapparat und speziell die Streitkräfte des Landes sind die Instrumente der Bourgeoisie, um ihre privilegierte Stelle verankern und aufrechterhalten zu können. " 3)

Aus dieser Position wird deutlich, daß der Staat 4) nicht "neutral" in Bezug auf die in Konflikt geratenen Klasseninteressen sei und daß er immer, wenn auch nicht im Sinn, daß der Staat nun blind die Aufträge der herrschenden Klasse ausführt, deren langfristigen Interessen vertrete. 5)

Demzufolge ist für die PASOK die sozialistische Umwandlung unter Anleitung eines Staates, der im Dienst der kapitalistischen Gesellschaft stehe, unmöglich, weil in diesem Fall Reformen leicht vom kapitalistischen System konterkarriert werden, oder es sich in der Erscheinungsform und nicht jedoch in seiner Grundstruktur verändere.

1) Die einzelnen Kapitalfraktionen sind: Monopolkapital, nicht monopolistisches Kapital, Industrie-, Bank-, oder Handelskapital.

2) "Sozialistische Umwandlung", S.10.

3) Ebenda, S.16.

4) Verschiedene Ansichten über den Staat s. W. Schätzel, Der Staat. Staatsmänner und Philosophen über den Staat, Wiesbaden (ohne Jahresangabe).

5) A. P., Übergang, S.10.

Voraussetzung sei folglich die fundamentale Umwandlung des Staatsapparates in einen solchen, der ganz der Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaft diene.

Es sei also selbstverständlich, daß in der sozialistischen Gesellschaft, in der die nicht Privilegierten an die Macht kommen, der Staat derart strukturiert werde, daß er für die politische Vorherrschaft aller bis dahin Unterdrückten bürgen werde. 1)

Die PASOK will die Vorherrschaft der nicht Privilegierten an der Macht durch Kontrolle des Staatsapparates 2), Demokratisierung sowie möglichst Entpolisierung der Streitkräfte sichern, in dem Sinn, daß diese Respekt vor den Volksentscheidungen zeigen und sich nicht in die Politik einmischen sollten.

Es leuchtet ein, daß nicht nur die "ideologischen Apparate", also Parlament, Presse usw., sondern auch der "Repressionsapparat" (Polizei, Armee) grundlegend umgewandelt werden müssen.

Im Wirtschaftsbereich stützt sich der "dritte Weg" zum Sozialismus auf die Vergesellschaftung 3) der Produktionsmittel, die die Teilnahme der Arbeitnehmer und der zuständigen Sozialträger an der Verwaltung der Produktionsmittel vorsieht.

Weiter zielt die PASOK auf "soziale Planung", 4) d.h. auf Beteiligung der Bevölkerung an sie betreffenden Entscheidungen im Rahmen eines zentralisierten Planungssystem; erreicht wird damit ein Ausgleich divergierender Partikular- oder Fachinteressen, 5) den man z.B. in Jugoslawien zu vermissen glaubt, wo die autonome Verwaltung der Betriebe das gesamtwirtschaftliche Ganze aus dem Blick verloren habe.

1) A. P., S.19.

2) Nach Ansicht der PASOK bedient sich die herrschende Klasse zweier Methoden, um den Staat nach ihrem Wunsch zu formen:
a) die Auswahl der Staatsbediensteten durch ein Klientelsystem, das die gewünschte Loyalität zum "System" leistet,
b) durch Massen-Indokration zugunsten der herrschenden Klassen via Erziehungssystem und Medien. S. 'Sozialistische Umwandlung', S.5.

3) S. S.225.

4) S. S.230.

5) S., Sozialistische Umwandlung, S.25/26.

Damit aber die radikale Änderung der sozialen Struktur gewährleistet und vor der Reaktion des in W.Europa herrschenden multinationalen Kapitals geschützt werde, müsse die sozialistische Regierung nach Überzeugung der PASOK das Land von der NATO und EG abkoppeln 1), weil die NATO "einen Kontrollmechanismus im west-europäischen Raum" darstelle 2) und die EG als "die andere Seite derselben Medaille" (der NATO) betrachtet werde. 3)

Aus diesen Gründen "setzt der Weg zur sozialistischen Umwandlung die nationale Unabhängigkeit voraus. Dies bildet die erste zutreffende Maßnahme (der sozialistischen Regierung), weil der Hauptgegner der Imperialismus in all seinen Gestalten ist, militärischen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen". 4)

Der "dritte Weg" zum Sozialismus spiegelt sich also im Hauptziel der PASOK wider, nämlich "die nationale Unabhängigkeit, die Volksherrschaft und die sozialistische Umwandlung der Gesellschaft durch demokratische Verfahren zu erreichen". 5)

Zusammenfassen läßt sich das Selbstverständnis der PASOK wie folgt: Sie kämpft für eine Gesellschaft, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufhört....

Sie beansprucht für die Verteidigung des griechischen Territoriums und der griechischen Demokratie zu stehen, ebenso für eine auf die eigenen Kräfte gestützte und im Gleichgewicht zwischen Stadt und Land bleibende wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Sie strebt weiterhin die kulturelle und geistige Erneuerung, die Wiederbelebung der Provinz, die Steigerung der Lebensqualität sowohl in der Stadt als auch auf dem Land, die soziale Gerechtigkeit und Befreiung der Arbeitnehmer und generell der Nicht-Privilegierten zu realisieren.

Die PASOK will sich nicht auf 'marginale Änderungen' beschränken und zielt auf radikale Erneuerungen im Wertsystem und in den sozialen, politischen und ökonomischen Strukturen. 6)

1) S. S.209.

2) A. P., Übergang, S.20 sowie Von der PAK zur PASOK, 1976, S.89, S.114.

3) Ebenda, S.60 sowie A. P., 1976, S.305.

4) Ebenda, S.22,23.

5) Art. 4 der Satzung.

6) 'Grundsätze der PASOK', S.6.

1.7. Diskussion

Die Stellungnahme der PASOK für das Mehr-Parteien-System und die parlamentarische Demokratie und ihre dadurch vorgenommenen Distanzierung von totalitären Systemen kann nur als positiv bewertet werden.

Einige Punkte aber der PASOK-Position über die Demokratie benötigen eine nähere Betrachtung.

Fangen wir mit dem Sinn an, den die PASOK der Demokratie zuschreibt. A. P's Position, daß in der sozialistischen Gesellschaft der Staat die Vorherrschaft der 'Nicht-Privilegierten' gewährleisten sollte, scheint nicht so liberal. Die Verfasserin dieser Arbeit teilt vielmehr die Ansicht von E. Bernstein, der schreibt: "Wenn wir aber Demokratie mit Abwesenheit von Klassenherrschaft, als Bezeichnung eines Gesellschaftszustandes, wo keiner Klasse ein politisches Privilegium gegenüber der Gesamtheit zusteht, übersetzen, fällt es uns schwer eine Demokratie vorzustellen, die für die politische Oberherrschaft eines Bevölkerungsteiles gegenüber der übrigen bürgt". 1)

"Der 'wahre' Sozialismus will im Gegensatz zum 'falschen' Sozialismus keine Herrschaft einzelner Gesellschaftsklassen oder keine Bevorzugung einzelner Berufskreise, sondern eine Befreiung der ganzen Gesellschaft durch eine größere Ausglei- chung des Besitzes und der Mittel, mit denen jeder Einzelne seinen Kampf um das Dasein kämpfen muß". 2)

Ferner scheint mir die Auffassung der PASOK, daß die politischen Parteien in der sozialistischen Gesellschaft die sozialistische Struktur des Staates nicht in Abrede stellen dürfen, widersprüchlich zu sein. Die PASOK erlaubt sich selbst, die gegebene kapitalistische Machtstruktur anzugreifen und zu ändern, den anderen politischen Parteien aber ist in der sozialistischen Gesellschaft nicht gestattet, die neue Machtstruktur in Frage zu stellen.

1) E. Bernstein, 1969, S.152.

2) Büchner's 'wahrer' Sozialismus zur Unterscheidung vom marxistischen Sozialismus. S. L. Büchner, Darwinismus und Sozialismus, Leipzig 1910³, S.44.

A. P. Position über die Rolle der politischen Parteien in der sozialistischen Gesellschaft scheint auch problematisch. Er stellt sich eine sozialistische Verfassung vor, im Rahmen derer die politischen Parteien ihre Aktivitäten entfalten, aber auch ihre politische Ideologie einschränken sollten;

denn wie A. P. betont: "die politischen Parteien, die in der sozialistischen Gesellschaft aktiv sind, müssen die den Sozialismus stützenden Verfassungselemente akzeptieren und wichtige 'Verbündete' am Werk des sozialistischen Aufbaus sein". 1)

Tatsächlich dürfte es irrational sein, wenn eine Partei alle anderen politischen Parteien dazu bringen will, ihre politische Einstellung und noch dazu das von ihr errichtete politische System zu akzeptieren, ohne die Tatsache zu bedenken, daß jede Partei verschiedene Vorstellungen, Werte und Ziele verfolgt und diese realisieren will.

Es ist nicht klar, wie die PASOK die anderen politischen Parteien als 'Verbündete für den Aufbau des Sozialismus' gewinnen will: Durch überzeugen oder manipulieren?

Es ist allerdings schwer vorzustellen, daß z.B. die rechtskonservative Neue-Demokratie-Partei, (ganz zu schweigen von der rechtsradikalen 'Nationalen-Front') oder die Kommunisten nicht für ihre eigenen politischen Ziele, sondern für den PASOK-Sozialismus arbeiten würden.

Die PASOK bleibt indes nicht nur die Antwort auf diese Frage schuldig, sondern auch darauf, wie sie sich gegenüber denjenigen verhalten wird, die die sozialistische Verfassung nicht akzeptieren und nicht für den Sozialismus arbeiten wollen.

Anscheinend hat die PASOK eine utopische, der Realität fremde Einstellung in Bezug auf die sozialistische Gesellschaft, in der sie wahrscheinlich glaubt, daß alle Menschen brüderlich zusammenleben und dieselben Interessen und Ziele verfolgen werden.

Diesen fragwürdigen Positionen der PASOK gleicht ihre Einschätzung über die Rolle der direkten Demokratie zur Vervollständigung der Demokratie teilweise aus, nämlich daß zum besagten Zweck nicht nur die repräsentative Demokratie, sondern gleichzeitig die direkte Demokratie entfaltet werden solle.

1) A. P., Übergang ..., S.19.

Diese Meinung vertritt auch N. Poulantzas, der schreibt:

"solange man nur auf der Ebene der repräsentativen Demokratie bleibt, läuft man immer Gefahr, in eine sozialdemokratische Strategie abzuleiten... man muß sich parallel dazu auf Bewegungen an der Basis stützen, auf Bewegungen der Selbstverwaltung, auf einen Kern direkter Demokratie". 1)

Parallel zur Entfaltung der direkten Demokratie müsse nach der PASOK, die radikale Transformation des Staates und des Staatsapparates stattfinden.

Der Terminus 'radikale Transformation' bezeichnet zugleich Richtung und Mittel der Veränderungen des Staatsapparates.

Diese Transformation kann sich nur auf ein gesteigertes Eingreifen der Volksmassen in den Staat stützen - mit Hilfe der gewerkschaftlichen und politischen Vertreter des Volkes, aber auch durch die Entfaltung dessen eigenen Initiativen innerhalb des Staates. Diese Transformation wird ein etappenweises Vorgehen sein, das sich nicht auf die bloße Demokratisierung des Staates beschränken wird.

Jedenfalls müssen die notwendigen Transformationen des Staates diese Richtung einschlagen, ob es sich nun um das Parlament, die Freiheiten, die Rolle der Parteien, die Demokratisierung der gewerkschaftlichen und politischen Apparate der Linken selbst oder um die Dezentralisierung handelt.

Diese Transformation muß, wie erwähnt, von der Entfaltung neuer Formen der direkten Basisdemokratie und der Verbreitung von Netzen und Zentren der Selbstverwaltung begleitet werden.

N. Poulantzas meint in diesem Zusammenhang:

"Das Grundproblem eines demokratischen Wegs zum Sozialismus und eines demokratischen Sozialismus ist die Frage, wie man eine radikale Transformation des Staates in Gang setzen kann, wenn man die Ausweitung und die Vertiefung der Freiheiten und der Institutionen der repräsentativen Demokratie.... mit der Entfaltung von Formen der direkten Demokratie und von Selbstverwaltungszentren verbindet". 2)

1) N. Poulantzas, Marxismus zwischen Sozialdemokratie und realem Sozialismus, in: Bischoff, Kreimer, 1980, S.58.

2) N. Poulantzas, Staatstheorie, Hamburg 1978, S.234.

Es leuchtet ein, daß eine Transformation des Staatsapparates allein und eine Entwicklung der repräsentativen Demokratie könnten dem Etatismus nicht entgehen.

Andererseits aber könnte die einseitige Verschiebung des Schwerpunktzentrums auf die Bewegung der Selbstverwaltung nicht das Scheitern verhindern, d.h. den technisch-bürokratischen Etatismus und die autoritäre Konfiszierung der Macht durch die Experten.

Dies könnte z.B. in Form der Zentralisierung der Bewegung der Selbstverwaltung zu einer Macht, die die Mechanismen der repräsentativen Demokratie schlicht und einfach ersetzt.

Es geht also hier um die 'richtige' Verbindung der beiden Prozesse, nämlich der Transformation 1) des Staates und der repräsentativen Demokratie sowie der Entfaltung der direkten Demokratie und der Bewegung der Selbstverwaltung.

Diese Verbindung muß derart strukturiert sein, daß kein Prozeß den anderen unterdrückt, weder durch die schlichte Eliminierung eines Prozesses, noch durch die Integrierung eines Prozesses in den anderen.

Da es sich also nicht um eine Assimilierung der Prozesse handelt, stellt sich dabei die Frage: In welchen Bereichen, für welche Entscheidungen und in welchem Augenblick muß ein Prozeß Vorrang vor dem anderen haben (die Vertreterversammlung oder die Zentren der direkten Demokratie, das Parlament oder die Fabrikkomitees usw.)? Wie kann man die bis zu einem bestimmten Punkt unvermeidlichen Konflikte vorher regeln, so daß sie in keiner Konfrontation geraten, wie z.B. in Portugal, wo sozusagen der Sozialismus auf der einen Seite (die Linksregierung) und die Demokratie (die organisierte Volksmacht) auf der anderen gegenüberstehen?

Wie kann man angesichts der in einer solchen Situation drohenden Gefahr, nämlich die Reaktion der Bourgeoisie,

1) Transformation im Sinne eines langen Prozesses und nicht im Sinne der Destruktion des Staatsapparates und seiner Ersetzung durch eine zweite Macht.

(die Portugal mit knapper Not vermieden hat, Chile dagegen nicht) begegnen? 1)

Anworten auf diese Fragen gibt es noch nicht.

Es existiert weder ein theoretisches Modell noch ein schon gelungenes Experiment des demokratischen Weges zum Sozialismus; im Gegenteil hat die Geschichte uns negative Beispiele gezeigt, die man vermeiden und Irrtümer, über die man nachdenken muß.

1) A. P. schlägt für diesen Fall folgende Maßnahmen vor:

Die Träger der sozialistischen Umwandlung sollten einen Plan zur Konfrontation und Abwehr einer solchen Aktion bereit haben und das schon vor der Machtübernahme; diese Wachsamkeit muß auch während der Machtausübung aufrechterhalten bleiben durch die Mobilisierung der lokalen Selbstverwaltung, der Genossenschaften und Verbände, aller Parteimitglieder und des ganzen Volkes.

Nur durch die breite Organisation des Volkes im Rahmen der Partei, starke gewerkschaftliche Organisationen, unabhängige, dynamische lokale Selbstverwaltung sowie durch die Säuberung der Streitkräfte von den "Assoziierten" kann einem Versuch, die Demokratie abzuschaffen, entgegnet werden; dieser wird auf eine feste granitene Volksmauer stoßen und jegliche Chance zu gewinnen entledigt sein.

Vgl. A. P., Übergang...., S.66, sowie N. Poulantzas, 1978, S.242.

C. Politische Physiognomie der PASOK

1. Die PASOK: Eine charismatische bzw. populistische Bewegung?

Die Frage, ob die PASOK eine charismatische oder eine populistische Partei sei, bildet den Kern langer und heftiger Diskussionen in Griechenland.

Die Bezeichnung "charismatisch" () ist schon vor der Gründung der PASOK mit bestimmten Politikern (Venizelos z.B. oder auch K. Karamanlis) verbunden worden, von einer "charismatischen Bewegung" aber war zuvor nie die Rede gewesen.

Ähnlich ging es mit den Begriffen 'Populismus' und "populistische Bewegung" bzw. "Partei", wobei dieser erstmals im griechischen Vokabular im Bezug mit dem Erklärungsversuch der politischen Physiognomie der PASOK eingetreten ist.

Aufgrund aber der in Griechenland bestehenden Verwirrung 1) über diese politischen Phänomene und der beliebten Praxis der griechischen Politiker und manchen Intellektuellen, entweder ein Merkmal oder einige davon des einen oder anderen Phänomens hervorzuheben und es nicht umfassend zu betrachten, wird eine genaue Analyse dieser Phänomene und eine eventuelle Obereinstimmung dieser mit der PASOK in der Wirklichkeit fast unmöglich gemacht.

Von dieser Tatsache ausgehend, werden wir uns im ersten Abschnitt dieses Kapitels mit der Phänomenologie der charismatischen Bewegung befassen, im zweiten Kapitel die Charakteristika der populistischen Bewegung aufzeichnen und gleichzeitig die politischen Physiognomie der PASOK im Vergleich zu den Idealtypen der charismatischen und der populistischen Bewegungen ableiten lassen.

1) Der Begriff 'Charisma' hat eine Bedeutungsumwandlung im Bewußtsein der Mitglieder bzw. Anhänger der PASOK (und allgemein der griechischen Bevölkerung), durchgemacht; diese verstehen unter "charismatisch" bzw. charismatische Bewegung eine Person, die viele gute Eigenschaften besitzt: Gütigkeit, Kompetenz, Schönheit usw. bzw. eine Bewegung mit einer solchen Person an der Führung.

1.1 Charismatische Bewegung

Die ursprüngliche Bedeutung des Wortes Charisma wird von dem Begriff 'Charites' (), einer Bezeichnung aus der griechischen Mythologie, abgeleitet. 1)

Charites war die Bezeichnung für die Grazien der griechischen Mythologie, die drei Töchter des Zeus (Agläa, Thalia, Euphrosyne), die alles was zur Anmut und Lebensverschönerung gehört, personifizierten.

Damit ist eine wichtige Voraussetzung für den charismatischen Führer angesprochen; seine Erscheinung muß seine Anhänger in irgendeiner Weise faszinieren.

Charisma ist aus dem Verb 'charizomai' abzuleiten, was soviel bedeutet wie Gunst bezeugen und wird als eine Gabe oder ein Talent mit dem jemand natürlich versehen ist, verstanden.

Das griechische Wort erfährt durch den Apostel Paulus im Neuen Testament eine religiöse Bedeutung 1) und dient Mitte des 19. Jahrhunderts R. Sohn zur Beschreibung kirchlicher Autorität und Hierarchie. 2)

Max Weber technisiert 'Charisma' zu einem Idealtyp, der in der Charakterisierung bestimmter Führungs- und Herrschaftsphänomene Anwendung findet 3):

"Es gibt drei reine Typen legitimer Herrschaft. Ihre Legitimitätsgeltung kann nämlich primär sein: 1. rationalen Charakters., 2. traditionellen Charakters... und endlich 3. charismatischen Charakters: auf der außeralltäglichen Hingabe an die Heiligkeit oder die Heldenkraft oder die Vorbildlichkeit einer Person und der durch sie offenbarten oder geschaffenen Ordnungen (ruht) (charismatische Herrschaft)". 4)

1) Vgl. Paulus 1, Korinther 12, 4-6, Korinther 11,12; er versteht darunter eine übernatürliche vorübergehende Gabe z.B. die Fähigkeit der Prophetie, des Heilens, die als Gnade Gottes betrachtet ist -Gnadegabe.

2) Vgl. R. Sohn, Kirchenrecht, München 1918, Bd.1, S.6,26.

3) M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1956, S.662.

4) M. Weber, Die drei reinen Typen der legitimen Herrschaft, in: Staat. Gesellschaft. Wirtschaft, Heidelberg 1967, S.51.

Charisma ist nach M. Weber "eine als außerordentlich geltende Qualität einer Persönlichkeit..., um derentwillen sie als mit übernatürlichen oder Übermenschlichen oder mindestens spezifisch außeralltäglichen, nicht jedem anderen zugänglichen Kräften oder Eigenschaften begabt oder als gottgesandt oder als vorbildlich und deshalb als Führer gewertet wird". 1)

Das Charisma ist also weder eine Person noch das Kollektiv der 'Gläubigen', es ist das internationale Medium zwischen beiden. 2) D. Goetze spricht von 'charismatische Interaktion', 3) wobei die Beziehung zwischen 'Führerperson' () und 'Geführten' bezeichnet ist.

Die charismatischen Qualitäten sind subjektive Perzeptionen, genauer gesagt, etwas in den Glauben des Menschen von der Führerpersönlichkeit Ausstrahlendes, ohne daß man dieses Ausstrahlende als solches in objektiven persönlichen Eigenschaften definieren darf:

"Charisma is thus a function of recognition" 4), dessen "Kern das emotionelle Band ist" 5) - woraus folgt, daß der charismatische Führer stets eine Kreation seiner Anhänger ist. 6)

1) M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Köln 1964, S.179.

2) W. E. Mühlmann, M. Weber und die rationale Soziologie, Tübingen 1966, S.19.

3) D. Goetze, Castro -Nkrumah -Sukarno. Eine vergleichende soziologische Untersuchung zur Strukturanalyse charismatischer politischer Führung, Berlin 1977, S.14.

4) P. Worsey, The Trumpet Shall Sound, London 1963, S.12.

5) 'The core of charisma', S. L.A. Froman, People and Politics, An Analysis of American political System, N. York 1963, S.75.

6) "...charismatic appeal is validated through the perception of the followers", A. P. Willner/D.Willner, The Rise and Rolle of Charismatic Leaders, in: Annals of the American Academy of Political and Social Science, Bd.358 March 1965, S.77.

M. Weber betont dementsprechend:

"es gibt nicht Führereigenschaften, die unabhängig vom Charakter der zugehörigen Gesellschaften allein in der Natur des Führers gefunden werden können. Führereigenschaften sind Korrelate zu Erwartungen, Hoffnungen, Glaubenserwartungen, Bedürfnissen aller Art in Gefolgschaften". 1)

Man glaubt mithin an den 'Führer', rein subjektiv, weil sein Charisma sich in irgendeiner Weise manifestiert hat - sei es in Form von Wundern, Erfolg oder Wohlergehen. 2)

Wird aber -so Weber weiter- der Führer von seinem Gott verlassen, seiner Heldenkraft oder des Massenglaubens beraubt, verfällt sein Einfluß. 3)

Charisma muß also als ein vorübergehendes Phänomen verstanden werden, das in reiner Form nur zum Zeitpunkt seines Auftretens existiert.

Um zu überleben, muß Charisma einen Wechsel verursachen, durch den es wiederum seine eigentlichen dynamischen Qualitäten verliert, da es dem Prozeß der Veralltäglicung und Rationalisierung ausgesetzt ist.

Die Versachlichung des Charisma findet wiederum nach M. Weber immer in der Form statt, daß aus einer streng persönlichen Gnadengabe eine Qualität wird, die entweder übertragbar, persönlich erwerbbar oder an den Inhaber eines Amtes geknüpft ist. 4) 5)

Trotz der Tatsache, daß es in der gesamten Charismadiskussion nicht möglich gewesen ist, "objektive Charismakriterien zu entwickeln, die eindeutig operationalisiert intersubjektiv nachprüfbar wären, ... besteht die Möglichkeit, mit Hilfe brauchbarer inhaltlich klar umrissener Charismaelemente das Phänomen der charismatischen Führerschaft, ihre Entstehungsbedingungen, ihre Wirkungsformen und Vergänglichkeiten in einen vernünftigen soziopolitischen Erklärungsrahmen zu stellen." 6)

1) M. Weber, 1967, S.67.

2) Ebenda, S.58.

3) Ebenda, S.59.

4) M. Weber, 1956, S.685.

5) Das Problem der Veralltäglicung diskutiert M. A. Toch, Towards a Theory of Routinisation of Charisma, in: Rocky Mountain Social Science Journal, 9/1972, S.93-98 sowie W. Peterson (ed.), Biographies in popular Magazines, in: American Social Patterns, Chicago 1966, S.106ff.

6) K. Tuchhändler, De Gaulle und das Charisma, München 1977, S.15

Dabei sind folgende Charismaelemente 1) relevant:

a) Die Existenz einer Krise.

Wie M. Weber betont, ist Charisma "stets das Kind ungewöhnlicher äußerer politischer oder seelischer, namentlich religiöser Situationen oder beider zusammen und entsteht aus der einer Menschengruppe gemeinsam aus dem Außerordentlichen geborenen Erregung und aus Hingabe an das Heroentum gleich welchen Inhalts". 2)

Diese Äußerung Webers ist ganz offensichtlich reichlich unscharf und daher unbefriedigend und bedarf der Spezialisierung:

Die Existenz einer Krise als Erklärung für die Entstehung des Charismas unterstreicht z.B. auch K. Tuchhändler:

"sie (die Krise) kann hervorgerufen sein durch Unsicherheit und Angst, daß fundamentale Dinge, wie Nahrung, Wohnung und Gesundheit nicht mehr garantiert sind oder durch Unzufriedenheit mit dem sozialen und politischen System." 3)

Tucker vertritt ähnlich die These, daß der politische Führer ein "saviour in a state of acute distress" 4) sei und A.R. Willner unterscheidet zwischen 'Spannungen' und 'beschleunigenden Krisen', bleibt aber sehr stark in dem Rahmen, den Weber angedeutet hat. 5)

A.R. und D. Willner 6) konstatieren insbesondere für Gesellschaften der sogenannten Dritten Welt als wichtigste Bedingung für das Auftreten einer charismatischen Bewegung den Zusammenbruch von Ordnungsmustern und -systemen, zumal solcher traditioneller Natur.

1) K. Tuchhändler, De Gaulle und das Charisma, München 1977, S.15.

2) M. Weber, 1964, S.846.

3) K. Tuchhändler, 1977, S.31.

4) R. C. Tucker, The Theory of Charismatic Leadership, in: Daedalus, Bd.97, 1968, S.743.

5) Vgl. R. A. Willner, Charismatic Political Leadership. A Theory, Princeton 1968, S.36.

6) A. R. und D. Willner, 1965, S.77-88.

Im Gegensatz zu dieser Position der mit dem Definitionsproblem des Charisma beschäftigten Autoren, differenziert sich D. Goetze indem er betont:

"in der Verbindung eines Zustandes gesamtgesellschaftlicher Notlage mit dem Auftreten charismatischer politischer Führung ist jedenfalls keine Lösung zu finden, die zu befriedigen vermöchte, vielmehr scheint charismatische Interaktion eher dann aufzutreten, wenn die Talsohle dieser relativen Notsituation bereits durchschritten ist." 1)

Goetze entwickelt seine These aus der Untersuchung bestimmter Fallstudien (Kuba, Ghana, Indonesien), wobei er feststellt, daß in den untersuchten Fällen "das Auftreten einer beschleunigten ökonomischen Entwicklung in den Jahrzehnten vor dem Beginn charismatischer Interaktion" 2) ein wichtiges gemeinsames strukturelles Merkmal gewesen sei.

Weiter meint Goetze, daß der Beginn charismatischer Interaktion dann einsetze, wenn "die betreffende Gesellschaft nacheinander zwei verschiedene politische Systeme 3) kennengelernt (hat), die in ihren strukturellen Komponenten und in ihren Auswirkungen auf die Gesellschaft stark voneinander abwichen.

Der kritische Punkt jedoch liegt nicht alleine in der Erfahrung mit zwei unterschiedlichen politischen Systemen, sondern in der Wahrnehmung, daß diese beiden alternativen Systeme, jedes auf seine Weise versagt haben...

Somit stellt sich die Genese charismatischer Interaktion vorwiegend dar, als das Ergebnis der Suche nach einer Alternative, die die Schwächen der vorangegangenen Systeme vermeidet und eine zufriedenstellende Lösung verspricht". 4)

Eine These, die zumindest im Falle Griechenland realitätsnäher sein dürfte, als die vorangegangenen.

1) D. Goetze, 1977, S.263.

2) Ebenda, S.265,266.

3) Es kann sich auch um mehrere alternativ gegensätzliche politische Systeme handeln.

4) D. Goetze, 1977. S.266.

Wie im Kapitel II,C dieser Arbeit gezeigt worden ist, sind durch die beschleunigte aber ungleiche 1) Entwicklung, die Griechenland hauptsächlich ab den 60er Jahren erfahren hat, radikale Veränderungen hervorgerufen worden.

Die Landflucht und damit das überproportionale Anwachsen der städtischen Bevölkerung, ohne daß die nötigen infrastrukturellen Rahmenbedingungen für die Integration der in die Städte drängenden Menschenmassen gab, führte zu einer zunehmenden Ungleichheit innerhalb der Bevölkerung, speziell aber zur Marginalisierung der angesprochenen sozialen Schichten 2) die der Hauptträger politischer Mobilität und sozialer Radikalisierung wurden. 3)

Damit zusammenhängend ist die Tatsache des Versagens der politischen Parteien in den Jahren 1965-1967, aber hauptsächlich das Trauma der Militärdiktatur (1967-1974) und die aus dieser resultierende Desorganisation des Staatsapparates und der Wirtschaft, die das Verlangen nach einer Alternative unterstützten, welche eine zufriedenstellende Lösung verhieß.

Nach der Wiederherstellung der Demokratie im Juli 1974 befand sich Griechenland nicht nur in einer wirtschaftlichen, politischen und sozialen aber auch in einer ideologischen Krise; eine Krise der bürgerlichen Ideologie aber auch jener der linken - zumal der kommunistischen - auf nationaler und internationaler Ebene 4).

1) Ungleiche Entwicklung in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen, aber auch zwischen Stadt und Land. Vgl. S.90ff.

2) S. S.282 über die Marginalitätsthese.

3) Vgl. N. Mouzelis, Gedanken über den politischen Aufstieg der PASOK, in der Zeitung 'To Vima', 12.,15.,16. März 1978 sowie N. Mouzelis, Modern Greece, facts of underdevelopment, London 1978.

4) Vgl. in diesem Zusammenhang A. Elefantis/M. Kavouriaris, PASOK: Populismus oder Sozialismus?, in der Zeitschrift Politis, Oktober 1977, gr.

Diese Krise verlangte nach einem sozialen Wandel, der die vielen bedrückenden Probleme der Gesellschaft lösen sollte.

b) Das Auftreten einer außergewöhnlichen Persönlichkeit ¹⁾

Ohne einen charismatischen politischen Führer kann - wie oben ausgeführt - eine charismatische Beziehung sich nicht entwickeln: Folglich nennt Tucker die "presence or absence of a genuinely charismatic leader personality" ²⁾ als zweite Bedingung der Entstehung charismatischer Interaktion.

Seine Hypothese, der charismatische Führer wäre ein Erretter aus Notlagen, also gleichsam eine 'messianische Deutung' kann nicht als typische Ausprägung angesehen werden und hat nur begrenzte Gültigkeit.

Der politische Führer mag sich zwar als 'Erretter' präsentieren, insofern er Alternativen proklamiert, er ist aber sicher kein 'Erretter' aus irgendwelchen nicht näher spezifizierten 'Notlagen', wenn man z.B. die von D. Goetze empirisch gezeigten Tatsachen vor den Augen hält; dementsprechend trifft die Genese charismatischer Interaktion in der Regel nicht mit einer akuten Notlage zusammen ³⁾.

A. R und D. Willner sprechen vom 'Charismatiker' als "the bridge between the discredited past and the uncertain future" ⁴⁾. Genau als solcher betrat A. Papandreou die politische Szene Griechenlands. Er weist eine charismatische Persönlichkeit auf, wobei er von seinen Anhängern für den richtigen Mann zum richtigen Zeitpunkt gehalten wird.

Der Aufstieg A. Papandreous zum charismatischen Führer hängt damit zusammen, daß objektive gesellschaftliche Bedürfnisse mit subjektiven psychologischen Erfahrungen der Bevölkerung zusammentreffen und daraus der Ruf nach dem Retter entsteht.

1) Schwarzenberger C., Sociologie Polique, Monchretien 1974.

2) R. C. Tucker, 1968, S.744. Dabei taucht aber die Frage auf, wann eine Führungspersönlichkeit 'genuinely charismatic' ist.

3) Als Beispiel kann man Hitler nennen: Das BSP hatte 1932 seinen Tiefstand erreicht und begann 1933 leicht zu steigen (58 Mld. RM bzw. 59 Mld. RM). Ähnliches gilt für den Produktions- und Verbrauchsgüterindex. Vgl.: T. W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1975, S.61.

4) Willner u. Willner, S.84, 1965, S.84

Der Ruf wiederum nach persönlicher charismatischer Führerschaft erklingt

"only when a kollektive desire has reached an overwhelming strenght and when on the other hand, all hopes of fullfilling this desire in an ordinary way have failed at these times, the disire is only keenly feld but also personified. It stands before the eyes of man in a concrete plastic and individual shape. The intensity of the kollektive wish is embodied in the leader." 1)

Tatsächlich verkörpert A. Papandreou die kollektiven Wünsche der griechischen Bevölkerung nach sozialem, politischem und wirtschaftlichem Wandel und erfüllt damit eine wesentliche Voraussetzung für die Zuschreibung von Charisma an seiner Person. Es besteht tatsächlich der Glaube an seine Omnipotenz und infolge des Glaubens an die moralische und soziale Richtigkeit seiner Sache orientiert man sich an der Überzeugung des Führers; außerdem besteht ein Glaube an die Unersetzlichkeit A. Pš, da man die Fortdauer einer für gültig gehaltenen Ordnung nur durch seine Person garantiert sieht. 2)

Besonders zu erwähnen sind hier manche Elemente der charismatischen Führung A. Pš, wie z.B. sein patriotischer Messianismus, 3) wobei er sich selbst und seine Bewegung als 'the last chance' eines vielgeplagten Griechenlands betrachtet. 4)

Durch seine 'superpatriotische' Stellungnahme erschien er als der einzige Politiker in Griechenland, der unverdächtig der ideologischen Ergebnislosigkeit gegenüber der einen oder anderen Supermacht nur das Wohl der Nation, des Vaterlandes als Ziel hatte und nach dessen Unabhängigkeit strebte, eine Unabhängigkeit, "die Gr. nach der Revolution von 1821 nie vollständig erreicht hat". 5)

1) A. R. Willner, 1968, S.34.

2) Die Verfasserin hat persönlich noch kein PASOK-Mitglied bzw. Anhänger getroffen, der die Unersetzbarkeit und die charismatische Persönlichkeit A. Pš bezweifelt.
Vgl. auch S. Papaspiliopoulos, Die politischen Kräfte bei den nächsten Wahlen, in: PASOK und die Macht, Saloniki 1980, S.145,gr.

3) Vgl. R. C. Tucker, 1968, seine messianische Erklärung, S.744.

4) S. Alexandropoulos et al., Für diejenigen, die keine Partei zu wählen haben, in: Anti 16.-29. Oktober 1981, S.37. Vgl. auch Exormisi, 12. Februar 1982.

5) 'Sozialistische Umwandlung', 1979, S.54,gr.

Ferner bildet seine Rhetorik einen Bestandteil seiner besonderen Qualitäten, wobei gewaltiger Pathos und beeindruckende 'rhetorische Prunkformen' kennzeichnend sind.

So verwendet er einen ganz spezifischen Sprachstil, der eine Partizipation, einen Dialog (symbolische Interaktion) 1), wenn man so will, unterstreicht.

Der feierliche Ton, in dem er seine Reden hält, sein eindringlicher Appel an das Gefühl der Zuhörer 2) und seine ungewöhnliche politische Terminologie, wobei viele Begriffe in sachlicher Hinsicht auffallend unpräzise gewählt worden sind (z.B. das Volk, die Nation usw.) und nicht ohne taktische Absicht ihr Bedeutungsinhalt oft unbestimmt bleibt (z.B. 'Privilegierte' - 'Nicht-Privilegierte'), erinnert an den charismatischen Führer De Gaulle. 3)

Außer den besonderen persönlichen Qualitäten der Führungsperson (dabei denkt man nicht immer an reale persönlichkeitsimmanente Qualitäten, sondern auch an die subjektive Perzeption einer Persönlichkeit durch ihre Umgebung), hängt der charismatische Prozeß von einer Reihe von Umständen ab, die im Zusammenhang mit der Art und Weise stehen, wie sich der Führer präsentiert.

Hierzu zählen u.a. seine Botschaft und die Möglichkeit diese zu propagieren.

1) Vgl. hierzu Strauss A.L. *Mirrors and Masks. The Search for Identity*, Glencoe/Illinois 1959, S.148. sowie E. K. Scheuch/H. Sahner (Hrg), *Verstehende Soziologie und Theorie der Symbolischen Interaktion*, Stuttgart 1977., S.150ff.

2) "Und wenn Andreas die Arme hebt, 'mein Volk' ruft und seine Rede mit der Versicherung beginnt, daß 'wir' am 18. Oktober 'einen großen Sieg erringen werden', dann scheint die Begeisterung der aufgebotenen Volksmassen grenzenlos". S.Z., 16. Oktober 1981, S.3, vgl. auch S.Z., 8.,9.Oktober 1983, S.10.

3) Vgl. K. Tuchhändler, München 1977.

c) Die Projektion einer verheißungsvollen Botschaft.

Die Botschaft des Führers wird von der Gesellschaft als außergewöhnlich und exemplarisch betrachtet. Seine Mission enthält kühne Vorschläge zur Krisenlösung und das Versprechen einer glänzenden Zukunft. Der Beginn des charismatischen Kreislaufs hängt davon ab, ob die Selbstdarstellung des Führers und die Beschaffenheit seiner Mission dem Ethos und den dringenden Erwartungen der krisengeplagten Gesellschaft entsprechen. 1)

Auf der Basis von Versprechungen, gefestigt durch Erfolge, entsteht eine charismatische Beziehung, die nicht zuletzt auch ein Prozeß des 'Mythmaking' ist. 2) Die Aufrechterhaltung des Charisma hängt daher stark mit der Fähigkeit der Führungsperson zusammen, Mythen zu entwickeln und zu bewahren.

Der erfolgreiche charismatische Führer entwickelt zwei Mythen:

Eine bezüglich seiner Mission, die andere bezüglich der eigenen Rolle, die er innerhalb der Mission spielt. Analytisch gesehen muß der charismatische Führer daher Symbolisierer sein. Er verwendet geschickt Symbole zur Verstärkung der Identifikation der Anhänger mit seiner Person. Er ist auch Artikulator, da er ausspricht, was die anderen wollen, aber selbst nicht ausdrücken können. 3)

A. Papandreu kann eine verheißungsvolle Konzeption aufweisen, die mit dem Begriff der nationalen Unabhängigkeit und der sozialistischen Umwandlung, also der Vorstellung einer sozialistischen Gesellschaft 4) entwickeln läßt.

-
- 1) Zum Zusammenspiel zwischen Ideologie der Führungsperson und den Interessen der Gefolgschaft S. K. Mannheim, Ideologie und Utopie, Frankfurt 1952.
 - 2) Ein Begriff von G. Sabine, A History of Political Theory, N. York 1961, S.894.
 - 3) M. E. Spencer nennt als weitere Funktion des charismatischen Führers die Innovation. S. M. E. Spencer, What is Charisma, in: British Journal of Sociologie, 1973, S.247.
 - 4) Die Merkmale der sozialistischen Gesellschaft, die für die PASOK das Kriterium und den Maßstab für die Bewertung jedes Schrittes auf diese Gesellschaft bilden, sind: Erstens, werde die Trennung des Arbeitnehmers von den Produktionsmitteln beendet und die Arbeitskraft nicht mehr als Handelsware angesehen. (Dieses Ziel will die PASOK durch die Teilnahme der Arbeitnehmer an der Verwaltung der Produktionseinheiten erreichen). Dies sei gleichbedeutend mit der Abschaffung der abhängigen Arbeit. Zweitens, solle die Wirtschaft nicht mehr marktabhängig sein, d.h. daß die soziale Arbeitsteilung nicht durch das Marktsystem, sondern durch die soziale Planung koordiniert werden müsse und drittens, sei die Produktion kein Mittel zur Kapitalkonzentration, sondern diene der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse. S. 'Sozialistische Umwandlung', Athen 1979, gr.

Seine Botschaft, weist alle wesentlichen geforderten Kriterien auf:

Sie enthält Vorschläge zur Krisenlösung, etwa die wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Ausland, Vergesellschaftungen usw. und allgemeine (teilweise utopische) Versprechungen einer glänzenden Zukunft, etwa die gerechte sozialistische Gesellschaft, in der alle gleich sind und die 'Ausbeutung' des Menschen vom Menschen aufhört.

Sie entspricht auch den Erwartungen der krisengeplagten griechischen Gesellschaft, die die Verbesserungen der Lebensqualität wünscht.

Erfolgreich gelingt A. Papandreu auch die Erstellung eines persönlichen Mythos: Er, Sohn des demokratischen Parteiführers der Zentrumsunion, Georgios Papandreu, Wirtschaftsprofessor, verkörpert in fast idealtypischer Weise die Rolle des Symbolisierers und Artikulierers.

Er drückt die Bedürfnisse und Interessen der Bevölkerung aus, die sie selbst nicht artikulieren konnten. 1)

Sein bewußter Nationalismus, der Appel an Griechenlands nationale Unabhängigkeit und soziale Umwandlung verweist auf die Kontinuität und Obereinstimmung zwischen dem Führer und den höchsten Werten der griechischen Gesellschaft.

Seine Botschaft enthält zweifellos eine Vielzahl von Ideen, die alle wesentlichen Bereiche umfaßt und somit Personen und Gruppen von unterschiedlicher Herkunft, Bildung und Berufsstand die Möglichkeit gibt, sich mit der einen oder anderen Vorstellung zu identifizieren.

Konkret beinhaltet die Botschaft A. Papandreous sowohl traditionelle Elemente, die einen ihrer wichtigen Bestandteile ausmachen, aber auch innovative Elemente. 2)

Die Besinnung auf die griechischen Werte, die griechische Kultur, Sitten und Gebräuche, für die die PASOK eintritt, bestätigen die Existenz traditioneller Elemente in der Bewegung.

1) Nach einer über 40-jährigen Periode rechter Regierungen wuchs das Verlangen großer Teile der griechischen Bevölkerung - verstärkt durch die siebenjährige Militärdiktatur - nach einem politischen und sozialen Wandel. Vgl. S.92.
Als Repräsentant und Artikulator dieses Verlangens trat A. P. in der politischen Szene Griechenlands auf.

2) Vgl. K. Tuchhändler, 1977, S.293.

So wird in der Proklamation der Regierungspolitik der PASOK im entsprechenden Kapitel betont, daß:

"Die Entfremdung unserer kulturellen Physiognomie durch das Eindringen fremder Konsum- und Kulturmuster führt uns zu einem Lebensstil, der der griechischen Realität fremd ist". 1)

So sei sehr wichtig für das Volk "Widerstand gegen seine kulturelle Entfremdung zu leisten". 2)

Dementsprechend sei die Aufgabe der PASOK das Volksbewußtsein wiederzubeleben und die Tradition zu bereichern. 2)

Das Zurückgreifen auf die Volkseinheit und die Betonung der Rolle der 'Masse', des Volkes als einzigen politisch ausschlaggebenden Faktor stellt eine Innovation dar.

Die Schlagwörter der PASOK "Die PASOK an der Regierung, das Volk an der Macht" oder "Unser Programm, einer Konsequenz- und 'Kampfvertrag' mit dem Volk" 3), sind Beispiele der Betonung der Rolle des Volkes für die Partei.

Aber auch die gesamte Programmatik der PASOK verkörpert die Innovation selbst, da in allen Punkten und Problemen eine völlig neue Alternative vorgeschlagen wird, weit von den alten (bewährten oder nicht) Lösungen.

d) Die Propagierung des Führers und seiner Mission 4)

Der charismatische Führer nutzt die Massenmedien und Propaganda, wie jeder andere Führertyp, um eine positive Kommunikation zwischen ihm und den anderen und damit das Charisma und die damit verbundenen Mythen aufrechtzuerhalten. 5)

1) 'Exormisi', 1.-2. August 1981, S.19.

2) 'Programmerklärung der Regierung des Wandels', Broschüre der PASOK, Athen (ohne Jahresangabe), S.62,63. In diesem Zusammenhang vgl. I. Fetscher (Hrg.), Neokonservative und Neue Rechte, München 1983, S.17-20 über 'das Recht sich selbst zu bleiben'.

3) S. 'Exormisi', 1.-2. August 1981, S.3,9.

4) Vgl. Abromeit H., Werbung für den Status Quo, in: Greffenhagen M. (Hrg.), Die Gegenreform, Reinbek 1976 sowie Das Politische in der Werbung, Opladen 1972;

- Dröge F. et al., Wirkungen der Massenkommunikation, Münster 1969;

- Schütte M., Politische Werbung und totalitäre Propaganda, Düsseldorf 1968;

- Hoffman H.J., Psychologie und Massenkommunikation, Berlin 1976;

- Bettinghaus E.P., Persuasive Communication, East Lansing 1973.

5) S. S.86 über die Rolle der Presse, insbesondere beim Wahlkampf.

Angesichts der von H. Abromeit festgestellten Tatsache, daß es "für einen politischen Kopf zu werben besser ist, als für eine Partei" 1), kommt es bei der politischen Werbung hauptsächlich darauf an, den Politiker so glaubwürdig zu präsentieren, daß der Wähler seine Wünsche und Neigungen in ihn hineinprojizieren kann. Dabei wird den rhetorischen Fähigkeiten des charismatischen Führers im Zusammenhang mit seiner (Selbst-) Darstellung besondere Bedeutung zugemessen, denn sie erlauben ihm ein bestimmtes faszinierendes Bild seiner Selbst zu entwerfen, ein Vorgang, der durch die technischen Möglichkeiten z.B. des Fernsehens unterstützt wird. 2)

A. Papandreu und seine Partei sind sehr intensiv durch Propagandamaterial wie Flugblätter, die Parteizeitung 'Exormisi', die PASOK-Jugendzeitung 'Agonistis', Veröffentlichungen des KEMEDIA, Veranstaltungen sowie durch einen großen Teil der griechischen Presse 3) unterstützt.

Da das Fernsehen bis zum Oktober 1981 fest in den Händen der rechten Regierung G. Rallis (der N. Demokratie-Partei) war, 4) half das Fernsehen der Propagierung A. Papandreus und seines Programms recht wenig.

1) H. Abromeit, Opladen 1972, S.64.

2) Vgl. R. S. Perinbanoyagom, The Dialectics of Charisma, in: Sociological Quartely 10/1969, S.399; R. Tucker schreibt auch: "morever, modern communication media make possible the projection of charismatic leaders." R. Tucker, The Theory of charismatic Leadership, in: Daedalus 97/1968, S.738; Vgl. auch Jens Walter, Rhetorik und Propaganda, in: Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Bd.20, Mannheim 1973, S.95-99.

3) S. S.86.

4) Nach Art.15 §2 der griechischen Verfassung, stehen Hörfunk und Fernsehen unter der unmittelbaren Kontrolle des Staates, was die N.D. zu einer ihr genehmen Personal-Politik verwandte. P. Bakojiannis schreibt in Anatomie der griechischen Politik: Rundfunk und Fernsehen werden auch nach der Wiederherstellung der Demokratie ausschließlich von der regierenden Partei benutzt. Die amtlichen Propagandisten treffen nicht nur die Auswahl der Nachrichten und verändern diese..., sondern entscheiden auch, welche Oppositionspolitiker, wann und wie lange in den Medien erscheinen dürfen. S. S.246,gr; Vgl. dazu D. Tsatsos, Staatsform und Politik, S.141,148,gr; Ober dieses Thema s. auch M. D. Carter, Massenmedien, Basiskommunikation und Demokratie, Tübingen 1973; J. Hackforth, Massenmedien und Ihre Wirkung, Göttingen 1976; J. Huther, Sozialisation durch Massenmedien, Opladen 1975; J. Alberts, Massenpresse als Ideologiefabrik, Frankfurt a.M. 1972; J. H. Kaiser, Presseplanung, Frankfurt a.M. 1972; C. Haensel, Rundfunkfreiheit und Fernsehmonopol, Wien 1969; F. Ossenhühl: Runkfunk zwischen Staat und Gesellschaft, München 1975;

e) Die Formierung einer Bewegung

Im Begriff des charismatischen Führers ist jener der 'charismatischen Bewegung' impliziert. Für eine Führerperson ist also logischerweise wesentliche Bedingung, um sich als charismatisch zu qualifizieren, eine Gefolgschaft um sich zu bilden und so zum Mittelpunkt einer Bewegung zu werden.

Die Kriterien zur Beurteilung einer charismatischen Bewegung ergeben sich aus der charismatischen Interaktion zwischen Führer und Geführten. 1)

Ein wesentliches Kriterium, das darüber entscheidet, ob A. Papandreou eine charismatische Bewegung geformt hat, liegt in der Beantwortung der Frage, ob zumindest eine sozial relevante Gruppe ihn als zentralen Interaktionspartner einer durch eine persönliche Gefolgschaft und Anhängerschaft gebildeten Bewegung anerkennt und ob er selbst innerhalb dieser Bewegung seinen Führungsanspruch aufgrund der in ihm geglaubten Fähigkeiten durchsetzen kann. 2)

Im Falle A. Papandreous besteht kein Zweifel darüber, daß er für die Bewegung eine primäre Rolle spielt, wobei in dem Zusammentreffen einer Krisensituation mit einem außergewöhnlichen Mann, dieser, dank der ihm zugeschriebenen ungewöhnlichen Fähigkeiten, die Bedürfnisse der Gefolgschaft befriedigen und seinen Führungsanspruch durchsetzen kann.

1) Erstmals bei den A. R. und D. Willners zu finden, wobei die Interpretation des Entstehungsprozesses von Charisma als Interaktion zwischen Führer und Geführten sich findet, die wiederum ein komplexer Vorgang ist.

2) Auf die Bedeutung der Übereinstimmung von dem Anspruch des Führers und der Anerkennung desselben durch die Gefolgschaft verweisen R. A. Jones, R. M. Anservitz, Sain Simon and Saint-Simonisme: A Weberian View, in: American Journal of Sociologie, 80/5/1975, S.1096.

Charismatische Autorität basiert also im Glaubenssystem der Gefolgschaft, denn wenn keiner von der Allwissenheit und Perfektion des Führers überzeugt ist, kann er keine charismatische Macht ausüben, gleich für wie stark, weise und integerer sich selber hält.¹⁾

Phänotypus einer charismatischen Bewegung.

Als erste Bedingung gilt die Tatsache, daß charismatische Interaktion nicht an die Gesamtgesellschaft sondern an bestimmte Gruppen gebunden ist.²⁾

Die Ablehnung der erfahrenen und erlebten politischen Systeme, ihrer Funktionsweise (auch unter Berücksichtigung der Wandlungsprozesse) und ihrer Wertskalen, durch die später entscheidend an der charismatischen Interaktion beteiligten Gruppen, beinhaltet zumindest tendenziell eine Marginalisierung dieser Gruppen durch das politische System.

Diese Marginalisierung erfolgt verstärkt in bezug auf das zuletzt etablierte politische System, wobei vorausgesetzt werden kann, daß die andere oder anderen Möglichkeiten sich bereits durch ihren Zusammenbruch als weitgehend inadäquat erwiesen haben.

Sie beinhaltet vor allem ein Partizipationsdefizit, also eine fehlende Teilhabe und direkte oder indirekte Einflußnahme am Zustandekommen der Entscheidungs- und vorgeschalteten Meinungsbildungsprozesse und im Extremfall gesellt sich zu dem Partizipationsdefizit auch eine wahrgenommene relative Unterprivilegierung in bezug auf die bedeutendsten output-Elemente der politischen Systeme, insbesondere die Allokation und Verteilung von Gütern, Leistungen, Chancen im weiteren Sinne, und den symbolischen output, die Setzung und Bestätigung von anerkannten und anzuerkennenden Werten, ihre Darstellung in sinnvollen politischen Symbolen etc.³⁾

1) Vgl. R. F. Fagen, Charismatic Authority and Leadership of Fidel Castro, in: Western Political Quarterly 18/1965 S.276.

2) Vgl. S.17.

3) S. dazu G. Almond/G. Powell, Comparative Politics. A developmental approach, Boston 1966, S.26ff.

Die Marginalisierung bestimmter Gruppen erfolgt im allgemeinen nicht in einem plötzlichen Schub, sondern sie bildet sich allmählich in einem graduellen Vorgang.

Dadurch erklärt sich auch, warum charismatische Interaktion oft erst auftritt, nachdem der Erfahrungsspielraum mit den verschiedenen politischen Systemen groß genug und ein Tiefpunkt der negativen Ergebnisse oft schon überwunden ist.

Die oben vorgestellte Marginalitätsthese erweist sich als subsidiär zu den oben erwähnten Entstehungsbedingungen charismatischer Interaktion.

Wie dargestellt, kann von einer gesamtgesellschaftlichen Relevanz im engeren Sinne nicht gesprochen werden; denn stets gibt es Gruppen, die außerhalb der charismatischen Interaktion stehen. Diese Tatsache bedeutet für die charismatische politische Führung ein permanent der Lösung harrendes Dilemma.

Sie muß auf der einen Seite ständig sich darum bemühen, möglichst viele, der für die sozioökonomische Entwicklung zentralen Gruppen zu erreichen, wenn sie ihr politisches Ziel verwirklichen will.

Die Einbeziehung möglichst vieler dieser Gruppen ist identisch mit dem Streben nach gesamtgesellschaftlicher Relevanz, erst dann ist die Möglichkeit einer tatsächlichen umfassenden Mobilisierung gegeben.

Auf der anderen Seite muß die charismatische Führung damit rechnen, daß die Einbeziehung - oder zumindest die Bemühung um Einbeziehung - einer Gruppe andere Gruppen aus der charismatischen Interaktion heraustreibt auf Grund vorgegebener Inkompatibilitäten.

Hier liegt die eigentliche Labilität und Instabilität charismatischer politischer Führung, die genau genommen eine strukturelle Labilität charismatischer Interaktion ist, nämlich in der Schwierigkeit, die unterschiedlichen Gruppenerwartungen zu koordinieren. A. Papandreou hat auch versucht, verschiedene politische Gruppen in die PASOK einzubeziehen und zwar 'alte' Linke, Kommunisten, Zentrumsanhänger, liberale und sozialdemokratisch tendierende Jugendliche u.a..

Als Problem hat sich allerdings die Schwierigkeit erwiesen, die Erwartungen aller dieser zu koordinieren und zu erfüllen, insbesondere nachdem die Bewegung an die Macht kam und ihre Versprechungen (etwa gleichzeitige Bekämpfung der Inflation und der Arbeitslosigkeit) in die Tat umsetzen mußte.

Diese Problematik eröffnet, nach D. Goetze, für den politischen Führer im Hinblick auf seine Verhaltensweisen verschiedene Alternativen: Erstens, kann er versuchen, gesamtgesellschaftliche, nationale Symbole zu aktivieren und für die Strukturierung charismatischer Interaktion einzusetzen, die für alle Gruppen einen gewissen Stellenwert besitzen und nicht oder kaum umstritten sind.

"Der gemeinsame Nenner dieser Symbole wird immer die nationale Selbstbestätigung und Selbstfindung sein, ungeachtet der speziellen Ausprägungen, die das Symbol gewinnt..."

Der Wert dieser Symbole steigt in dem Maße, in dem durch sie die fundamentale Wahrnehmung bezüglich einer notwendigen politischen Alternative und die dadurch hervorgerufene Situationskonsistenz allgemein gemacht werden kann." 1)

Die Verwendung national identifizierbarer Symbole ist also Bedingung und Folge des Bemühens um die Gewinnung gesamtgesellschaftlicher Relevanz und des Gruppenausgleichs.

A. Papandreu betont zu diesem Zweck die 'nationalen Themen' mit den Reizwörtern 'US-Stützpunkte', 'Türkei', 'Zypern' oder 'Ägäis', die ein ohnehin ausgeprägtes griechisches Nationalbewußtsein weiter stärken: Papandreous Politik beansprucht damit, sich weit über Parteien und Interessengruppen zu stellen und einzig nach dem Wohle der Nation zu streben.

Zweitens, wird nach Goetze vom politischen Führer versucht, "stark negativ geladene Symbole zu vermeiden, d.h. intensive Abwehrreaktionen von strategisch wichtigen Gruppen zu verhindern, indem das äußere Verhalten adäquat eingerichtet wird und verbale Äußerungen entsprechend formuliert werden." 1)

1) D. Goetze, 1977, S.283.

D. Goetze behauptet, daß diese Meinung am stärksten in der Anfangsphase charismatischer Interaktion festzustellen ist; sie tritt jedoch zurück, sobald diese verfestigt ist.

Auffallendes zutreffendes Beispiel für A. P. und seine sozialistische Partei, ist das Vermeiden der Anerkennung und sogar Erwähnung des Marxismus in den Anfangsjahren der PASOK 1) sowie das Vermeiden des Wortes 'Sozialismus' und dessen 'Austausch' durch das Wort 'Wandel'.

Diese letztere Feststellung gilt erst recht während Wahlperioden. 2)

Drittens, sei der Partikularismus ein wichtiger Faktor, der das Verhalten charismatischer politischer Führung mitbestimmt. Insbesondere scheint ein Partikularismus sozialer Natur vorhanden zu sein, indem der politische Führer "sich wenigstens zu einem gewissen Grad abwendet von seiner Herkunftsgruppe und dadurch auch seine Attraktivität für andere Gruppen steigert und er zahlreiche Wertstrukturen seiner Herkunftsgruppe, vor allem, soweit sie die politische Kultur betreffen, ablehnt". 3)

Auch dieser dritte Faktor ist bei der PASOK vorhanden:

Partikularismus politischer Natur, indem A. P. die nationale Unabhängigkeit als erstes Ziel der Bewegung setzt, aber auch sozialer Natur, indem er sich gewissermaßen von seiner Herkunftsgruppe (der Zentrumsunion) abgewendet hatte und eine Bewegung mit total neuen Grundsätzen und Zielen gegründet hat; auch er lehnt zahlreiche Wertstrukturen seiner Herkunftsgruppe ab, wie z.B. die NATO und die EG. 4)

Weiter meint Goetze, daß die charismatische Führung die Umwelt (die Außenfeinde) als mitverantwortlich für die Konstituierung der negativ evaluierten Situation (im sozioökonomischen und politischen Bereich), aus der die charismatische Interaktion überhaupt erst entstanden - unabhängig von objektiver Berechtigung und Realitätsgehalt - sieht; z.B. es wird dem amerikanischen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Kapitalismus usw. ein guter Teil Verantwortung für die mißliche Situation zugeschrieben. 5)

1) Erst bei der 5. Sitzung des Z.K. der PASOK, im Jahre 1978, ist der Marxismus von der Partei anerkannt worden.

2) S. S.64ff.

3) D. Goetze, 1977, S.284.

4) S. S.211, 213.

5) D. Goetze, S.295.

Diese Schuldzuweisung dient der politischen Führung zur Integration der verschiedenen an der Interaktion beteiligten Gruppen, indem durch diese eine einheitliche ideologische (Gegen) Position und ein klarer Konsensus gestiftet werden.

Sicher ist in diesem Zusammenhang auch die Bemerkung von Ratnam zu berücksichtigen, daß die Außenwelt und die Konfrontation mit dieser sehr gut als Rechtfertigung für Versagen politischer Führung dienen kann und auch oft zur Ableitung von Spannungen gesetzt wird. 1)

Ein Erfolg gegen eine als feindselig und mächtig angesehene Außenwelt wird durch die Anhänger entsprechend positiv bewertet, während ein Mißerfolg ein Beweis sowohl für die Obermacht und den bösen Willen des Gegners als auch für die Schwierigkeit der Aufgabe des politischen Führers ist.

Wichtig ist dabei die Unterscheidung Cosers zwischen echten und unechten Konflikten:

Die echten Konflikte, die mit der Außenwelt ausgetragen werden (z.B. Unabhängigkeitsbestrebungen) tendieren zunehmend dazu, unechte Konflikte zu werden, die "nicht durch die gegensätzlichen Ziele der Gegner, sondern durch die Notwendigkeit einer Spannungsentladung zumindest bei einem von beiden verursacht wird". 2)

In der Regel wird eine Verbindung behauptet zwischen den intragesellschaftlichen Gegnern des politischen Führers (etwa die Bourgeoisie), die außerhalb der charismatischen Interaktion stehen und den feindseligen Komponenten der Außenwelt, die das Wohlergehen und die gesetzten politischen Ziele der Gesellschaft gefährden wollen.

Die Zuschreibung der sozialen Gegensätze an 'fremden Einflüssen' tritt bei der PASOK ganz stark auf.

Dabei werden die Amerikaner und der Imperialismus u.a. von A. P. und der PASOK als die Verantwortlichen für die schlechte wirtschaftliche, soziale und politische 3) Situation des Landes vorgestellt.

1) J. K. Ratnam, Charisma and Political Leadership, in: Political Studies, Bd.12, 1964, S.348.

2) L. A. Coser, Theorie sozialer Konflikte, Neuwied/Berlin 1965, S.56.

3) S. 'Allagie', Broschüre der PASOK, Athen 1981, S.41 sowie A. Papandreou, Von der PAK zur PASOK, 1976, S.94, 118, gr.

So dienen die USA, ihre, nach Sicht der PASOK, imperialistische Außenpolitik, ihre Unterstützung für die Türkei, ihre angebliche Einmischung an dem Putsch vom 21.4.1967 u.a. als Sündenbock. 1)

Ferner behauptet A. P., daß eine Verbindung zwischen den USA und den griechischen Eliten besteht, wegen der gemeinsamen Interessen (wirtschaftlichen, militärischen und politischen) und weiter daß ausländische Agenten, Spione usw. den Weg zur sozialistischen Umwandlung boykottieren. 2)

Diese Ansicht führt auch zu der Überzeugung, daß wenn die ausländischen Feinde und ihre inländischen Agenten und Kollaborateure (die Bourgeoisie) entmachtet werden, alle Probleme des Landes gelöst werden könnten. 3)

Diese Fremdzuweisung der Schuld dient der PASOK zweierlei: Erstens zur Integration der verschiedenen Anhängergruppen, indem diese eine einheitliche ideologische Gegenposition haben, nämlich Antiamerikanismus bzw. Antiimperialismus und zweitens zur Rechtfertigung des eventuellen Versagens der Führung, wobei auf die große Macht des Gegners, der USA, hingewiesen und somit die Schwierigkeit der Bewegung bzw. der sozialistischen Regierung unterstrichen wird.

So weist z.B. A. Papandreou nach der Machtübernahme 1981 auf die Schwierigkeit hin, den von der PASOK versprochenen Austritt Gr's aus der NATO in die Tat umzusetzen, angesichts der angeblichen direkten oder indirekten zu erwartenden Repressalien aus den USA. 4)

In diesem Zusammenhang sind zwei Faktoren hervorzuheben:

Die Verschwörungstheorien, nach denen die Ursachen für negative Erscheinungen, die in irgendeiner Form die an der charismatischen Interaktion Beteiligten tangieren, werden zentralisiert, da eine oder mehrere kollaborierende Gruppen von 'Verschwörern' für diese negativen Erscheinungen für verantwortlich erklärt werden.

Das Verschwörungsmodell erweist sich somit als ein sehr wichtiges Element zur Krisenbewältigung von der charismatischen politischen Führung. 5)

1) S. 'Allagi' 1981, S.41 und A. Papandreou, 1976, S.94,118,gr.

2) 'Allagi', 1981, S.35.

3) Vgl. N. Mouzeli, Gedanken über den spektakulären politischen Aufstieg der PASOK, in der Zeitung 'To Vima', 12.,15.,16.3.1978

4) Vgl. 'Der Wandel', 1981, S.41 sowie A. Papandreou, Übergang..., 1981, S.59.

5) Vgl. dazu H. Toch, The social psychology of social movements, Indianapolis 1965, S.45-70.

Das Abfallen von einzelnen Anhängern, aber besonders von ganzen Gruppen hat in diesem Zusammenhang wichtige, entscheidende Auswirkungen, weil im zweiten Fall die gesamte Basis charismatischer Interaktion gefährdet werden kann. 1)

Die Reaktion der politischen Führung auf solche Abspaltungen besteht meistens in der Gleichsetzung dieser Gruppen mit dem externen Feind.

Auch A. Papandreou hat öfters innerparteiliche Krisen durch das Modell von 'vermeintlichen Verschwörern' herunterzuspielen versucht; dementsprechend hatte er letztere mit Feinden, die den Weg Gr's zum Sozialismus verhindern wollten, verglichen. 2)

f) Der Prozeß der Veralltäglichung.

Allgemein gilt für eine charismatische Führerschaft, daß sie auf die Bewältigung von außergewöhnlichen Not- und Krisenlagen gerichtet ist.

In der tatsächlichen Existenz solcher Ausnahmestände liegt ihre objektive, in der Bewährung des Führers bei der Überwindung solcher Krisen ihre subjektive Legitimation.

Sobald sich der Alltagszustand wieder herstellt, schwindet die objektive Möglichkeit des Nachweises ihrer subjektiven Legitimation.

Der Prozeß der Veralltäglichung des Charismas beginnt, der über verschiedene Zwischenstufen letztlich zu einer Auflösung der charismatischen Dynamik führt. 3)

Gnadengabe und Hingabe der Gefolgschaft an den Führer setzen sich der Versachlichung aus. Es werden bürokratische und traditionelle Elemente in die charismatische Führung aufgenommen, was letztlich zu einer Auflösung der charismatischen Dynamik führt. 3)

1) Toch H., 1965, S.157-181.

2) S. S.54, 56.

3) Vergl. dazu M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S.685; sowie M. A. Toch, Towards a Theory of Routinisation of Charisma, in Rocky Mountain Social Sciences Journal, 9/1972, S.93-98; und J. P. Rochies/S. Sachs, The Burokrat and the Enthusiast, in: Western Political Quartely, 2/1955, S.284-291.

Zusammenfassend kann man sagen, daß das Phänomen charismatischer Führung sich als das Ergebnis verschiedener interagierender Elemente, die in Form eines Komplexes von Variablen darstellbar sind, stellt.

Dabei bilden die Existenz der Krise (nicht in ihrer Höchststufe) und das Vorhandensein einer großen Führerpersönlichkeit mit Charismadisposition die beiden unabhängigen Variablen, deren gleichzeitiges Auftreten notwendige Voraussetzung für den Beginn eines charismatischen Prozesses ist.

Mehrere intervenierende Variablen bilden eine Beziehung zwischen der Krisensituation, dem Führer und der Gesellschaft.

Die persönlichen Qualitäten des Führers müssen ebenso wie der Inhalt seiner Botschaft der Krise und den kulturell konditionierten Werten der Gesellschaft entsprechen. 1)

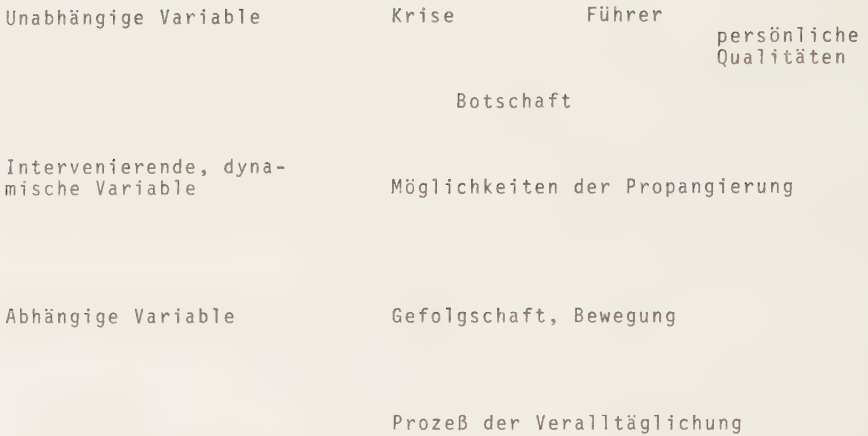
Eine wesentliche vermittelnde Funktion spielt in diesem Zusammenhang die Propaganda denn ohne eine erfolgreiche Darstellung des Führers und seiner Mission bleibt dieser unerkannt und ohne jeglichen Einfluß. Er ist abhängig von der Unterstützung einer relevanten Gruppe, die auf einen Charismaappell anspricht.

Diese Gruppe konstituiert eine Gefolgschaft bzw. eine charismatische Bewegung.

Führer und Bewegung unterliegen den Gesetzmäßigkeiten der Rationalisierung und Bürokratisierung und sind damit einer das Charisma zerstörenden Routinisierung und Veralltäglichung ausgesetzt. Den Zusammenhang der einzelnen Variablen soll die folgende Skizze verdeutlichen. 2)

1) Vergl. K. Mannheim, Ideologie und Utopie, Frankfurt a.M., 1952.

2) Siehe K. Tuchhändler, 1977, S.25.



Es steht also fest, daß die Ursachen, die dem Auftreten einer charismatischen Führerschaft Vorschub leisten, in den Eigenheiten der soziopolitischen Kultur der jeweilig sich unter einem sozio-ökonomischen Druck befindlichen Gesellschaft zu suchen sind.

1.2 Populistische Bewegung bzw. Partei

Die charismatischen Bewegungen können auch populistische Elemente und Merkmale aufweisen.

a) Begriffserklärung

Populismus ist ein "wirtschaftlich und kulturell ausgeprägter Nationalismus, der politisch und ideologisch rückständige Massen zusammenfaßt und sie damit für bestimmte Interessen organisiert. Durch oft charismatische Führung soll die 'oberhalb aller Klassen stehende politische Einheit' durch die Klassengrenzen verwischende Massenmobilisierung hergestellt werden.

Die Strategien des Populismus entsprechen nach marxistischer Auffassung den Interessen der dynamischen nationalen Bourgeoisiefractionen, die eng mit dem Industrialisierungsprozeß gekoppelt sind. Der Populismus beinhaltet eine Reihe von Nationalisierungs-, Protektions- und Umverteilungsreformen, die den Wünschen der ihn stützenden Bevölkerungsgruppen (Mittelklassen und Proletariat) entsprechen und einer Industrialisierung nicht im Wege stehen." 1)

Nach dieser allgemeinen Definition scheint die theoretische Vertiefung des Begriffes 'Populismus' nötig zu sein, ohne aber dabei die Analyse der konkreten sozialen klassenbezogenen und politischen Faktoren, die die Erscheinung und Entwicklung der PASOK zu bestimmen suchen, außer Auge zu lassen.

Aus diesem Grund sollen einige Gedanken über die verschiedenen Betrachtungsweisen der Problematik Populismus dargestellt werden.

1) Lexikon zur Soziologie, W. Fuchs, R. Klima, R. Lautmann, O. Rammstedt, H. Wienold (Hrg.), Köln/Opladen 1978².

Ein erster Erklärungsansatz lokalisiert den Begriff 'Populismus' ausschließlich auf der ideologischen Ebene. 1)

Typische Merkmale des Populismus sind nach diesem Ansatz nur seine ideologischen Merkmale: Ablehnung des Status quo, Streben nach wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit, extreme nationale Haltung, Mißtrauen gegenüber den traditionellen Eliten, Bezug auf das Volk und nicht auf die soziale Klasse usw.

Dieser Ansatz lehnt es ab, den Populismus als eine Massenbewegung zu betrachten und beschränkt sich in der Untersuchung darauf, wie dieser ideologische Komplex von Bewegungen mit unterschiedlicher sozialer Basis aufgenommen und in die Tat umgesetzt wird.

Ein zweiter Ansatz, den wir 'funktionalistisch' nennen könnten, betrachtet das Auftreten des Populismus 'unter dem Aspekt der Modernisierung' traditioneller Gesellschaften und der 'politischen Entwicklung'. 2)

Obwohl dieser Ansatz viel von seiner früheren Bedeutung eingebüßt hat, behielt er trotzdem einen wesentlichen Einfluß bei der Erklärung politischer Phänomene in den sogenannten unterentwickelten Ländern und speziell des dortigen Populismus.

Die wesentlichen Folgerungen dieses Ansatzes im Bezug auf den Populismus sind die folgenden:

-
- 1) S. E. Gellner, G. Ionescu, Populism: Its meaning and national characteristics, London 1969;
V. Niekerk, Populism and political development in Latin America, Rotterdam 1974;
H. Jaquaribe, Dynamics of Brazilian Nationalism, in: C. Veliz, Obstacles to change in Latin America, N.York 1969-70;
J. B. Allcock, Populism: A Brief Biography, in der Zeitschrift Sociology, Sept. 1971.
 - 2) S. D. Apter, Political Change, London 1973 sowie The politics of modernization, London 1969;
G. Almond, J. Coleman, The politics of developing areas, Princeton 1960; G. Almond, Crisis, choice and change, Boston 1973 sowie Political development, Boston 1970;
M. Waener (Ed.), Modernization, Basic Books, 1966;
E. Shils, Political development in new states, The Hague 1962;
J. Kautsky, Political change in underdeveloped countries, N.York 1962;
P. Organsky, Stages of political development, N.York 1965.

a) Allgemein, daß die rapide Politisierung der Massen in diesen Ländern, die unter den Einwirkungen der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Änderung erfolgt, in krassem Mißverhältnis mit der institutionellen Integrationsfähigkeit des politischen Systems steht. 1)

b) Besonders verbindet sich die politische Mobilisierung des Volkes mit der Bildung einer neuen Elite, die durch ihre 'Modernisierungsorientierung', ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Status quo, ihre Industrialisierungspläne usw. den Hauptträger und die Protagonisten der populistischen Bewegungen bildet.

c) Die Revolution der steigenden Erwartungen, die von dem bestehenden politischen System durch lokale Ressourcen nicht befriedigt werden können und der gefühlsmäßige Anklang der von der 'modernisierenden' Elite benutzten Schlagwörter tragen zur großen politischen Mobilisierung des Volkes bei; dies ist allerdings ein nötiges Instrument zum 'Bruch' des bestehenden Systems politischer Beziehungen und politischer Macht und zur Ausführung der Änderungen, die sie verkünden.

Unter Berücksichtigung dieser Elemente betrachtet man den Populismus als:

a) politischen Ausdruck von Volksschichten, denen es an politischem Bewußtsein und an Erfahrungen mangelt, um ihre politischen Forderungen zu formulieren, zu gestalten und sie dann organisatorisch umzusetzen, kurz gesagt, wenn diese keine selbstständige Basis politischer Organisation und 'Klassenideologie' entwickeln können. 2)

b) Übergangsphänomen in sich - modernisierenden Gesellschaften, das auftritt infolge einer asynchronen Entwicklung des sozioökonomischen Bereiches einerseits und des politischen andererseits.

1) Vgl. C. Geertz (Hrg.), Old Societies and New States, N.York 1963.

2) Marx hat charakteristischerweise in bezug auf die Bauern zur Zeit von Napoleon III gesagt, daß diese Klassen, die objektiv existieren aber noch nicht das Bewußtsein der Gemeinschaft ihrer Interessen erlangt haben, um ihre politische Vertretung selbst bestimmen zu können, müssen von einem selbsternannten Retter vertreten werden.

c) Phänomen eng mit bestimmten Stadien wirtschaftlicher Entwicklung verbunden 1), nach deren Überwindung sich die Bedeutung vom Populismus vermindert oder ganz verschwindet.

d) politische Mobilität von 'Menschenmassen' verschiedener sozialer Herkunft, außer dem institutionellen Rahmen der bestimmten politischen Konkurrenz.

Der marxistisch verstandene Klassenkampf und die Klasseninteressen werden von populistischen Führern in der Regel zurückgewiesen; es wird von einem 'Sozialismus des ganzen Volkes' gesprochen.

Demnach wird der Populismus als eine Bewegung vieler Klassen gewertet, die in Konkurrenz zur herrschenden an die Macht zu gelangen strebt. 2)

e) Phänomen, dessen wesentliches Merkmal der charismatische Führer ist.

Er 3) leitet die verschiedensten Volksschichten, ihm gelingt es, sich als Vehikel und Sprachrohr ihrer latenden Dynamik und ihrer noch unformulierten politischen Forderungen unentbehrlich zu machen 4); er schafft es das brüchige Netz des politischen Klientelsystems zu brechen und eine paternalistisch kontrollierte Großorganisation zu gründen.

Charakteristisch ist dabei das Vordringen des Führers in den persönlichen Bereich jedes Bürgers, so durch die alltägliche Benutzung seines Vornamens, wie im Falle von Getoulío (Vargas), Jouselino (Kubitschek) und Janio (Cuatros) in Brasilien, Juan und Evita (Peron) in Argentinien und Andreas (Papandreou) in Griechenland. 5)

Über den charismatischen Führer wurde schon oben ausführlich gesprochen, so soll er hier nicht mehr weiter analysiert werden.

1) Vgl. S.90ff.

2) Die 'Nicht-Privilegierten' gegen die Bourgeoisie nach der PASOK.

3) Solche Führer waren Peron in Argentinien, Julius Nyerere in Tansania, Paz Estensoro in Bolivien, Velasco Alvarado in Peru, Nasser in Ägypten, Nkrumah in Ghana, Boumedienne in Algerien, Varas in Brasilien.

4) Auch in Fällen, wo die populistischen Bewegungen nicht auf die Präsenz charismatischer Führer gestützt haben, haben sie solche Organisationen ausgebaut, die die politische Macht monopolisiert haben, indem sie ihre Existenz mit dem Überleben der Nation und dem Guten des Volkes identifiziert haben. (Beispiele dazu sind APRA in Peru, ACCION DEMOCRATICA in Venezuela, MNR in Bolivien und PRI in Mexiko).

5) Vgl. A. Andrianopoulos, Die politische Physiognomie der PASOK, in der Zeitschrift Epikentra, Juli-August 1978, S.28,gr.

Da der Populismus in den unterentwickelten Ländern der sogenannten Dritten Welt auftritt, Griechenland aber kein in diesem Sinn unterentwickeltes Land ist, kann man nicht behaupten, daß die PASOK eine populistische Bewegung Dritter Welt-Ausprägung sei.

Trotzdem kann man manche zutreffende Populismuselemente in der PASOK nicht übersehen. 1)

Eines von den Hauptmerkmalen des Populismus ist, daß er sich auf das Volk und nicht auf die Klassen bezieht. 2)

Der populistische Führer neigt also dazu "direkt an das 'Volk' zu appellieren... es zum bevorzugten Adressaten seiner Ankündigungen, Programme und Vorschläge zu machen, es praktisch zum Gesprächspartner (Interaktionspartner) zu machen, der unmittelbar angesprochen wird.

Es erübrigt sich beinahe, hier darauf hinzuweisen, daß diese Verhaltensweise nicht davon abhängig ist, wie das 'Volk' definiert wird und ob dem 'Volk' auch tatsächlich eine Mitsprache oder Entscheidungsfähigkeit effektiv zugesprochen wird: es ist zum Grunde für einen Tribun disponibel". 3)

Das Appellieren der PASOK an das Volk, dessen Gleichsetzung mit dem 'Guten', sowie das Gegenüberstellen des 'guten Volkes' auf der einen Seite und des 'bösen Status quo' auf der anderen bildet einen ihrer wichtigsten populistischen Züge.

Der soziale Block der von der PASOK genannten 'Nicht-Privilegierten', das verschiedene Klassen (meisten Mittelschichten, 4) das Proletariat und die Jugend) einbezieht, entspricht einem

1) Vgl. G. Loulis, 15 Monate Wandel: Was für ein Sozialismus?, in: 'Epikentra', Jan.-Febr. 1983; A. Elefantis/M. Kavouriaris, PASOK: Populismus oder Sozialismus, in: 'Politis', Heft 13, Oktober 1977, gr; V. Kapetanjanni, Die theoretische und politische Bedeutung der Diskussion über die PASOK, in: 'Politis', April 1978; A. Andrianopoulos, Das politische Profil der PASOK, in: 'Epikentra', Juli-August 1978.

2) Der Grund warum der Populismus sich nicht an bestimmte Klassen wendet, ist darin zu finden, daß die Klassen, die in den unterentwickelten Ländern leicht zu organisieren wären (Arbeiter), eine kleine Minorität bilden. Um die Macht ernsthaft bestreiten zu können, braucht aber eine Bewegung eine große Mobilität möglichst großer Teile der Bevölkerung. Aus dem Grund wendet er sich an das ganze Volk und nicht an bestimmte Klassen.

3) D. Goetze, 1977, S.293.

4) Welche von N. Poulantzas die 'neue Kleinbourgeoisie' genannt werden:
S. N. Poulantzas, Marxismus zwischen Sozialdemokratie und 'realem Sozialismus', in: Annäherungen an den Sozialismus, J. Bischoff/J. Kreimer, Hamburg 1980, S.69.

Gesellschaftsbild, das ein 'natürliches' Verhältnis der Gesellschaftsmitglieder zueinander impliziert und kommunalistisch und anti-individualistisch geprägt ist. 1)

Das ökonomische Korrelat dieses Gesellschaftsbildes ist "die Bevorzugung von Kooperativen und das Mißtrauen gegen übermächtige Organisationen im ökonomischen Bereich, seien sie nun privates oder staatliches Eigentum.

Dieses Mißtrauen gilt aber auch allen Versuchen, durch Organisation von oben oder außen die Gemeinschaft als solche zu kontrollieren, als deren ideale politische Verkörperung die große, umfassende Volks- bzw. Massenpartei ²⁾ angegeben wird, die die Werte der homogenen Gesellschaft am besten widerspiegelt". ³⁾

Ein anderes wichtiges Populismusmerkmal der PASOK ist die gute Organisation 4).

Tucker und Tuchhändler meinen, daß die Organisation nicht zu den stärksten Seiten charismatischer Führung gehört, im Gegenteil zum Populismus, der das brüchige Netz des politischen Klientelsystems bricht und eine paternalistisch kontrollierte Großorganisation gründet.

Letzteres kann man durchaus für die PASOK behaupten, wenn man ihre Organisation betrachtet. 4)

Sie hat es innerhalb von sieben Jahren von der Gründung 1974 bis zum Wahlsieg 1981 dazu gebracht, daß es in jedem Dorf Griechenlands Ortsvereine, Zweig- sowie Berufsorganisationen gibt und daß die Mitgliederzahl für griechische Verhältnisse ungewöhnlich hoch sein dürfte. 5)

1) Vgl., sozialistische Umwandlung, 1979 S.8, gr.

2) Ober die Volkspartei S. O. Kirchheiner, Der Wandel des west-europäischen Parteiensystems (1965), in: Ziebur G. (Hrg), Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre, Darmstadt 1969, S.352.

3) K. Tuchhändler, 1977, S.195.

4) S. S.109ff.

5) 1980: 65.000 Mitglieder,
1983: 200.000 Mitglieder.
Quelle, für 1980 L. Linardatos in der Zeitung 'To Vima',
13.1.80, für 1983 mündliche Angabe des KEMEDIA-Büros in Athen.

Bemerkenswert ist allerdings, daß sich viele Merkmale der charismatischen Bewegung und des Populismus überschneiden, wie z.B. die charismatische Führerperson, seine vielversprechende Botschaft, der ausgeprägte Nationalismus, die Zuschreibung der sozialen Gegensätze an fremden Einflüssen 1) oder die Voraussage des Ausgangs der charismatischen und populistischen Bewegung.

So schreibt K. Tuchhändler, daß genau an dem Punkt, wo "die Bewegung in einer großen hierarchisch organisierten politischen Partei aufgefangen ist, 2) fängt die von M. Weber genannte 'Veralltäglicung' des Charisma an, die Bewegung "verliert dann ihre Dynamik, wird abhängig von der fachlichen Qualifikation ihrer führenden Mitglieder und untersteht nicht mehr ausschließlich ihrem Führer" 2).

Ob eine Veralltäglicung des Charismas von A. Papandreu tatsächlich eingetreten ist oder nicht, oder ob die Bedeutung der populistischen Elemente bei der PASOK vermindert worden sind, kann man nur dann feststellen, wenn man die Entwicklung der PASOK nach der Regierungsübernahme am 18. Oktober 1981 analysiert, was den Gegenstand einer anderen Arbeit ausmacht und Rahmen wie Zielsetzung dieser Arbeit übertreffen würde.

Von den oben ausgeführten Überlegungen schließt man, daß die PASOK eine charismatische Bewegung mit populistischen 3) Elementen ist, wobei die charismatische Persönlichkeit als Legitimationsgestalt der herrschenden Macht des Führers über die 'Massen der Menschen' als auch die Fähigkeit der Organisation, das Einverständnis der 'Massen' wirksam zu mobilisieren und die Ideologie der Bewegung im gewissen Grade zu bearbeiten eine große Rolle spielt.

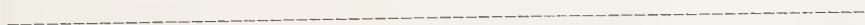
1) P. Worsley, The Third World, Chicago, 1970 2 S.165-167.

2) K. Tuchhändler, S.195, 1977.

3) "Die PASOK von A. Papandreu ist eine nach links radikalisierte populistische Bewegung, die wesentlich an das (in Gr. gewichtige) ländliche und städtische Kleinbürgertum sich wendend, um die 'charismatische' Persönlichkeit ihres Führers zentriert ist und alle Schwankungen und Metamorphosen des Populismus mitgemacht hat", S. N. Poulantzas, 1977, S.144.

I

A N H A N G



Wahlergebnisse von 1974 und 1977

<u>17. Nov. 1974 1)</u>	<u>% der Stimmen</u>	<u>Sitze</u>
"Neue Demokratie" Präsident K. Karamanlis	54,5	220
"PASOK" Präsident A. Papandreu	13,6	12
"Vereinigte Linke" Präsident I. Iliou	9,47	8
"Zentrumsunion - Neue Kräfte" Präsident G. Mavros	20,4	60
"Nationale Demokratische Union" Präsident Garoufalias	1,08	-
		300

<u>20. Nov. 1977 2)</u>	<u>% der Stimmen</u>	<u>Sitze</u>
"Neue Demokratie"	42	173
"PASOK"	25	92
"Allianz" Präsident I. Iliou	2,7	2
"EDIK" Präsident G. Mavros	12	15
"KPG" General-Sekretär Ch. Florakis	9,36	11
"Neoliberalenpartei" Führer: K. Mitsotakis	1,09	2
"Nationale Front" Präsident Stefanopoulos	6,8	5

1) R. Tourkovassili-Galanou "Die politischen Parteien" nach 1967, 1980, gr., S.98-103.

2) Ebenda, S.110.

Wahlergebnisse 18. Oktober 1981 1)

<u>Partei</u>	<u>Stimmen in</u> <u>%</u>	<u>Fürs. europ.</u> <u>Parlament</u>	<u>Sitze</u>
PASOK	48,06	39,90	172
N.D.	35,94	33,63	115
KP-Inland	1,37	4,61	-
KPG	10,99	11,47	13
EDIK	0,42	1,12	-
KODISO	0,72	4,10	-
Liberales Partei	0,37	1,14	-
Progressive Partei	1,69	1,95	-
Christliche Demokratie	0,15	1,08	-
Revolutionäre Linke	0,12	-	-
EKKE (m-l)	0,08	-	-
Byzantinische nationale Organisation	0,01	-	-
EDE-Trotzkisten	0,03	-	-
Unabhängige	0,21	-	-

Bei den Wahlen von 1981 gab es 6,9 Millionen Wahlberechtigte, S.
'SZ', 16.10.1981, S.3.

1) S. in der Zeitschrift 'Epikentra', Sept.-Okt. 1981, S.54.

Tabelle 1: Wachstum der Produktion

Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten (in %)

<u>BIP</u>	<u>Landwirt- schaft</u>	<u>Industrie</u>	<u>Fertigwaren Industrie</u>	<u>Dienst- leistungssektor</u>
1960-70	1960-70	1960-70	1960-70	1960-70
6,9%	3,5%	9,4%	10,2%	7,1%
1970-78	1970-78	1970-78	1970-78	1970-78
5,0%	1,9%	5,3%	6,6%	5,7%

Quelle: Weltentwicklungsbericht 1980, Weltbank, Washington, S. 147

Tabelle 2: Produktionsstruktur

	<u>1938</u> <u>%</u>	<u>1951</u> <u>%</u>	<u>1960</u> <u>%</u>	<u>1970</u> <u>%</u>	<u>1974</u> <u>%</u>	<u>1978</u> <u>%</u>
Landwirtschaft (Fischfang, Forst- wirtschaft usw.)	34,3	30,0	24,4	18,4	16,9	17
Industrie (Bergbau und Minen Bauwesen, beitung)	18,6	19,0	26,0	32,2	35,5	31 Verar-
Dienstleistungen	47,1	51,0	49,6	48,4	47,6	52
Gesamt	100	100	100	100	100	100

Quelle: Chr. Evelpidis, Wirtschaftliche und soziale Geschichte Griechenlands, Athen 1950, S.110; "Nationale Rechnungen Griechenlands, 1948-1970" Athen 1972, S.120, 121; Für 1978, Weltentwicklungsbericht, Weltbank, Washington 1980, S.149.

Tabelle 3: Zusammensetzung der gr. Industrie im Jahre 1970

Lebensmittel- Tabak- und Getränkeindustrie	18,4%
Webereien	15,5%
Schuh- und Bekleidungsindustrie	6,4%
Holz- und Möbelindustrie	6,4%
Druck- und Papierindustrie	4,9%
Chemische Industrie	13,6%
Industrie von nicht mineralhaltigen Produkten	7,3%
Metallverarbeitende Industrie	8,8%
Maschinenbau	16,7%
Restindustrien	2,0%
Summe	100%

Quelle: "Nationale Rechnungen Griechenlands, 1948-1970", Nr.21,
Athen 1972, gr.

Tabelle 4: Industrialisierung

Verteilung der Wertschöpfung (in %)

Nahrungs- mittel u. u. Land- wirtschaft	Textilien u. Be- kleidung	Maschinen u. Transportaus- rüstungen	Chemische Erzeug- nisse	Sonstige Fertig- waren	Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe (in Mio. \$ von 1970)	
1976	1976	1976	1976	1976	1970	1976
16%	29%	10%	7%	38%	1.642\$	2.601\$

Quelle: Weltentwicklungsbericht 1980, Weltbank, Washington, S.155.

Tabelle 5: Zufluß von Auslandskapital

Öffentliche und öffentlich-garantierte mittel- und langfristige Kredite
(in Mio. \$)

Bruttozufluß		Schuldentilgung		Nettozufluß		Private Nettodirekt Investitionen	
1970	1978	1970	1978	1970	1978	1970	1978
164	754	61	354	103	400	50	18

Quelle: Weltentwicklungsbericht 1980, Weltbank, Washington, S.171.

Tabelle 6: Erwerbspersonen

Quote der Bevöl-
kerung im arbeits-
fähigen Alter
(15-64 Jahre)
in %

%-Anteil der Erwerbspersonen in

Landwirtschaft			Industrie			Dienstleistungssektor		
1960	1978	1960 1971 1978	1960 1971 1978	1960 1971 1978	1960 1971 1978	1960 1971 1978	1960 1971 1978	1960 1971 1978
65	64	56 41 39	20 25 28	24 34 33				

Quelle: Für 1960, 1978, Weltentwicklungsbericht 1980, Weltbank, Washington, D.C., 1980, S.181; für 1971, Volkszählung von 1971 in Statistisches Jahrbuch (1971) Griechenland.

Tabelle 7:

Die Entwicklung des Außenhandels in Gr. (in Mill. Dollar)

<u>Jahr</u>	<u>Importe</u>	<u>Exporte</u>	<u>Handelsbilanz</u>
1963	731,6	295,9	- 435,7
1964	863,4	308,4	- 555,0
1965	1.016,5	330,9	- 685,0
1966	1.148,9	403,5	- 745,4
1967	1.149,3	452,6	- 696,7
1968	1.236,8	464,9	- 771,9
1969	1.418,5	520,3	- 888,2
1970	1.696,1	612,2	- 1.083,9
1971	1.927,0	624,8	- 1.302,2
1972	2.407,0	835,4	- 1.571,6
1973	4.030,8	1.230,5	- 2.800,3
1974	4.635,2	1.774,1	- 2.861,1
1975	3.634,4	1.472,3	- 2.162,0

Quelle: P. Iliopoulos 'Die Entwicklung des Außenhandels in Griechenland, 1963-1972', Athen 1973, S.93 sowie, Bank of Greece 'Bericht des Bankpräsidenten für 1973', September 1974, S.65. Vgl. auch 'Oikonomikos Tachydromos' vom 1.1.76 und 1.8.76.

1976 kamen 63,8 % der gesamten griechischen Exporte aus dem Verarbeitungssektor, 27% aus der Agrarwirtschaft, 5,8% aus dem Bergbau, 27% aus der Viehzucht und 0,3% aus der Fischerei.

Den Hauptanteil der griechischen Importe hingegen machten Maschinen und Installationen aus:

1938 15%, 1954 19%, 1962 38% und 1971 45,3%.

Vgl. Babanassis-Soulas, 1976, S.119,120, gr.

Tabelle 9: Verstädterung

<u>Stadtbevölkerung</u>				<u>%-Anteil an der gesamten Stadtbevölkerung</u>					
<u>in % der Gesamtbevölkerung</u>		<u>Durchschnittliche jährliche Zuwachsraten in %</u>		<u>große Stadt</u>		<u>Städte mit über 500000 Einwohnern</u>		<u>Anzahl der über 500000 Einwohnern</u>	
1960	1980	1960-70	1970-80	1960	1980	1960	1980	1960	1980
43	62	2,6	2,4	51	57	51	70	1	2

Quelle: Weltentwicklungsbericht 1980, Weltbank, Washington, S.183.

Tabelle 10: Erziehungswesen

<u>Anzahl der Grundschüler in % ihrer Altersgruppe</u>						<u>Anzahl der Besucher weiterführender Schulen in % ihrer Altersgruppe</u>		<u>Anzahl der Besucher höherer Schulen und Univ. in % der Bev. im Alter von 20-24J.</u>	
<u>insgesamt</u>		<u>Männlich</u>		<u>Weiblich</u>		<u>Altersgruppe</u>		<u>Alter von 20-24J.</u>	
1960	1977	1960	1977	1960	1977	1960	1977	1960	1977
102	105	104	107	101	103	37	82	4	18

Quote der Erwachsenen mit Lese- und Schreibkenntnissen (in %):

1960 : 81%.

Quelle: Weltentwicklungsbericht 1980, Weltbank, Washington, S.189.

Defizit des griechischen Staates 1981

Das Finanzdefizit des Staates betrug 1981 300 Ml. Drachmen (1980 waren es 158,6 Ml. Dr.); das Handelsbilanzdefizit 4,3 Mio. Dollar und das Defizit in den laufenden Geschäften 1,5 Mio. Dollar.

Quelle: Zeitung "To Vima", 11.10.1981.

Die Präsenz der multinationalen Konzerne in Griechenland Ein Beispiel

1971 betrug das Bruttosozialprodukt Griechenlands gut neun Milliarden Dollar. Im selben Jahr machten vier amerikanische Firmen in Gr. Verkäufe, die eine Höhe von 72,7 Mld. \$ erreichten und zwar:

General Motors	28,2 Mld. \$
Standard Oil (ESSO)	18,7 Mld. \$
Ford Motor	16,4 Mld. \$
General Electric	9,4 Mld. \$

Von den europäischen Firmen:

Royal Dutch-Shell	10,7 Mld. \$
Junileever	6,8 Mld. \$

Alle sechs zusammen haben Verkäufe zehn mal höher als das Brutto-Sozialprodukts des Landes ist gemacht.

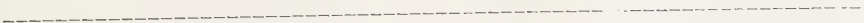
S. Iliou-Chatziargiris-Papanousis, Multinationale Konzerne. Der Zerfall des Imperialismus, Athen 1973, S.401-402 sowie Babanassis-Soulas, 1976, S.176.

Abkürzungsverzeichnis

A.P.	Andreas Papandreou
A.P.A.	Analyse und Programmierungsausschuß
D.A.C	Entwicklungshilfeausschuß
D.d.P	Dienstdirektor der Parlamentsfraktion
D.S.D.P	Dienst für Studien und Dokumentation der Parlamentsfraktion
D.V	Demokratische Verteidigung
D.Vb.	Demokratische Verbände
E.B.	Exekutivbüro
E.D.A	Vereinigte Demokratische Linke
E.D.I.K	Union des demokratischen Zentrums
E.G	Europäische Gemeinschaft
E.S.	Exekutivsekretariat
E.L	Entwicklungsländer
G.P.	Gruppe Papanastassiou
GR.	Griechenland
I.L.	Industrielländer
KE.ME.DIA	Zentrum für Studie und Aufklärung
KO.M.E.P.	Kommunistischer Monatlicher Überblick und Politik
K.P.G.	Kommunistische Partei Griechenlands
N.D.	Neue Demokratie
N.K.	Neue Kräfte
O.E.C.D	Organisation Economic Corporation Development
O.K.	Organisationskern
O.V.	Ortsverein
P.A	Präfekturausschuß
P.A.K.	Panhellenische Befreiungsbewegung
P.A.M.	Panhellenische antidiktatorische Front
PA.M.K	Panhellenische Schülerbewegung
Panh. K.	Panhellenische Konferenz
P.A.S.	Parlamentarischer Arbeitssektor
P.A.S.K.E.	Panhellenische kämpferische gewerkschaftliche *Arbeiterbewegung
PA.S.O.K	Panhellenische Sozialistische Bewegung
P.A.S.P.	Panhellenische kämpferische Studentenverbindung
S.S.	Siehe Seite
S.Z.	Süddeutsche Zeitung
Vgl.	Vergleiche
V.P.A.	Vorläufiger Präfekturausschuß

W.A.	Wahlkampfaußschuß
Z.K.	Zentralkomitee
Z.O.	Zweigorganisation
Z.U.	Zentrumsunion

L I T E R A T U R V E R Z E I C H N I S



I. Monographien und Sammelwerke

- ABROMEIT, H.: Das Politische in der Werbung, Opladen 1972
- ALBERTS, J. : Massenpresse als Ideologiefabrik, Frankfurt 1972
- ALEMANN, v.U. (Hrg): Partizipation-Demokratisierung-Mitbestimmung, Opladen 1975
- ALMOND, G./POWELL, G.: Comparative Politics. A developmental approach, Boston 1966
- ALMOND, G./COLEMAN., J.: The politics of developing areas, Princeton 1960
- ALMOND, G.: a) Political development, Boston 1970
b) Crisis, choice and change, Boston 1973
- AMIN, S.: a) Die Akkumulation in internationaler Ebene, Paris 1970, b) L' imperialisme et le développement inégal, Paris 1976
c) Die ungleiche Entwicklung, Hamburg 1975
- ANGELOPOULOS, A.: Das Wirtschaftsproblem Griechenlands, Athen 1945, gr., Wirtschaftsansichten, Athen 1946-58, gr.
- APTER, D.: a) The politics of modernization, London 1969
b) Political Change, London 1973
- BABANASSIS, S./SOULAS, K.: Griechenland an der Peripherie der entwickelten Länder, Athen 1976, gr.
- BAHRO, R.: Die Alternative, Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln 1977
- BAKOJANNIS, P.: Militärherrschaft in Griechenland, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1972, Anatomie der griechischen Politik, Athen 1977, gr.
- BARAN, P.: Die politische Ökonomie der Entwicklung, Athen 1977, gr.
- BARAN, P./SWEETZ, P.: Der Monopolkapitalismus, Athen 1973, gr.
- BARRINGTON, M.: Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie, Frankfurt 1969
- BEJARANO, J.A.: El capital monopolista y la inversion norteamericana en Colombia, Bogotá 1972
- BERG-SCHLOSSER, D. (Hrg): Die politischen Probleme der Dritten Welt, Hamburg 1972
- BERGER, P.L.: Welt der Reichen, Welt der Armen, München 1974
- BERNSTEIN, E.: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Reinbeck bei Hamburg 1969
- BETTINGHAUS, E.P.: Persuasive Communication, East Lansing 1973
- BISCHOFF, J./KREIMER, J. (Hrg): Annäherungen an den Sozialismus. Strategien eines dritten Wegs zum Sozialismus, Hamburg 1980;

- BOHNET, M. (Hrg): Das Nord-Süd-Problem, München 1971
- BOSSLE, L./HORNING, K./MEGL, G.: Blick vom Olymp, Stuttgart 1972
- BOCHNER, L.: Darwinismus und Sozialismus, Leipzig 1910³
- BUSCH, K.: Die multinationalen Konzerne. Zur Analyse der Weltmarktbewegung des Kapitals, Frankfurt 1974
- CARDOSO, F.H.: Das brasilianische Entwicklungsmodell, San Paulo 1972
- CARDOSO, F.H./FALETTTO, E.: a) Estado y sociedad en América Latina, Buenos Aires 1973; b) Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika, Frankfurt 1977
- CARTER, M.D.: Massenmedien, Basiskommunikation und Demokratie, Tübingen 1973
- CLOGG, R./YANNOPOULOS, G.: Greece under Military Rule, London 1972
- CORDOBA, A.: Strukturelle Heterogenität und wirtschaftliches Wachstum, Frankfurt 1973
- COSER, L.A.: Theorie sozialer Konflikte, Neuwied/Berlin 1965
- DAFNIS, G.: Die griechischen Parteien, Athen 1977, gr.
- DERTLIS, N.: Soziale Umwandlung und militärische Intervention, Athen 1977, gr.
- DEUTSCH, K.: Politische Kybernetik, Freiburg 1969
- DRÜGE, F. e.a.: Wirkungen der Massenkommunikation, Münster 1969
- EISFELD, R.: Pluralismus zwischen Liberalismus und Sozialismus, Stuttgart 1972
- EMMANUEL, A.: Der ungleiche Tausch, Athen 1978, gr.
- ESSER, K.: Lateinamerika. Industrialisierungsstrategien und Entwicklung, Frankfurt 1979
- EVELPIDIS, CH.: Wirtschaftliche und soziale Geschichte Griechenlands, Athen 1950, gr.
- FETSCHER, I. (Hrg): Neokonservative und 'Neue Rechte', München 1983
- FLOTO, E.A./SHALABY, A.A./ABDALLA, I.S.: Economic Integration and Third World Collective Self-Reliance (= Third World Forum OCCASIONAL Paper, Nr. 4), Nyon 1979
- FRANK, A.G.: a) Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika, Frankfurt 1969, b) Weltwirtschaft in der Krise, Reinbeck bei Hamburg 1978
- FROMAN, L.A.: People and Politics, An Analysis of American political System, N. York 1963
- FUCHS, W./KLIMA, R./LAUTMANN, R./RAMMSTEDT, O./WIENOLD, H.(Hrg): Lexikon zu Soziologie, Köln, Opladen 1978²

GALENO, J. BAILEY, P.O. FREWERT, P. (Hrsg): Self-Reliance. A Strategy for Development, Genf London 1981

GATOPOLLOS, D.: Geschichte der Besatzungszeit, Athen 1948, gr.

GA, P.: The Dilemma of Democratic Socialism: Eduard Bernsteins Challenge to Marx, N. York 1962

GEERTZ, C. (Hrsg): Old Societies and New States, N. York 1963

GELLNER, E. MATESON, J. (Hrsg): Patrons and Clients in Mediterranean Societies, London 1977

GELLNER, E. IONESCU, G.: Populism: Its meaning and national characteristics, London 1969

GEORGE, A.: Propaganda Analysis, N. York 1959

GEORGIADIS, A.: Private Auslandskapitalien in Industrialisierungsprozess Griechenlands (1955-1970), Berlin 1974

GELOS, M.: Von der Diktatur zur Demokratie, Athen 1974, gr.

GEERTZ, C.: Castro-Kardikas-Sukarno. Eine vergleichende soziologische Untersuchung zur Strukturanalyse charismatischer politischer Führung, Bonn 1977

GEERTZ, C.: Der schwierige Sozialismus, Frankfurt 1967

GEORGIADIS, M. (Hrsg): Das Politische in der Werbung, Opladen 1977

GEORGIADIS, G.: Die Geschichte der Diktatur, Athen 1975, gr.

GEERTZ, C.: Mass media and their Wirkung, Göttingen 1976

GEORGIADIS, G.: Zensur, Kontrolle und Fernsehmonopol, Wien 1969

GEORGIADIS, G.: Neureichelands Geschichte (1920 bis 1948), Bonn 1944

GEORGIADIS, G.: Von der ersten Diktatur, Zürich Freiburg 1946

GEORGIADIS, G.: Methoden der politischen Soziologie, Stuttgart 1977

GEORGIADIS, G.: Gesellschaft und Wirtschaft. Quellentexte zur Sozialwissenschaft, Bonn 1977

GEORGIADIS, G.: Die Massencommunication, Berlin 1976

GEORGIADIS, G.: The Social Sciences and the Social Sciences, Bonn 1977

GEORGIADIS, G.: Die Massencommunication, Opladen 1975

GEORGIADIS, G.: Die Geschichte des Auswärtigen Handels Griechenlands, Athen 1977

GEORGIADIS, G.: Die Geschichte der Massencommunication, Opladen 1975

JALEE, P.: Die Ausbeutung der Dritten Welt, Frankfurt 1968;
Die Dritte Welt in der Weltwirtschaft, Frankfurt 1969;
Das neueste Stadium des Imperialismus, München 1971

KAISER, J.H.: Presseplanung, Frankfurt 1972

KARAGIANNIS, G.: 1940-1952. Das Drama Griechenlands, Athen (ohne Jahresangabe), gr.

KARAMANLIS, K.: Reden und Stellungnahmen, Juli 1974-Mai 1976, Athen 1977, gr.

KATRAKIS, E.: Le Développement Industriel de la Grèce, Lausanne 1970

KATRIS, G.: Die Geburt des Neofaschismus in Griechenland, Genf 1971

KATZANEVAS, TH.: Die gegenwärtige Gewerkschaftsbewegung in Griechenland, Athen 1981, gr.

KAUTSKY, J.: Political change in underdeveloped countries, N. York 1962

KHAN, K.M. (Hrg): Self-Reliance als nationale und kollektive Entwicklungsstrategie, München/London 1980

KORDATOS, G.: Geschichte Griechenlands, Athen 1955-1958 (13 Bände), gr.

KORDT, E.: Wahn und Wirklichkeit, Stuttgart 1948

KORISIS, H.: a) Das absolutistische Regime, Athen 1975, gr.;
b) Das politische System Griechenlands, Hersbruck 1980

KOSTOPOULOS, S.: Für eine echte griechische sozialistische Volksbewegung, Athen 1975, gr.

KOUTZOUMOS, N.: Vier Jahre unbekannte griechische Geschichte, Alexandrien 1946, gr.

KOUTSOUMARIS, G.: Die Morphologie der griechischen Industrie, Athen 1963, gr.

KURZ, H. (Hrg): Volkssouveränität und Staatssouveränität, Darmstadt 1970

LEGG, K.R.: Politics in modern Greece, Stanford 1969;
Clientelism in an Changing Polica. The Case of Modern Greece, APSA 1973

LEGGIEWIE, C./NIKOLINAKOS, M. (Hrg): Europäische Peripherie. Zur Frage der Abhängigkeit des Mittelmeerraumes von Westeuropa. Tendenzen und Entwicklungsperspektiven, Meisenheim am Glan 1975

LENTAKIS, A.: Paramilitärische Organisationen und 21. April, Athen 1975, gr.

LEWIS, W.A.: Some Aspects of Economic Development, Accra 1969

LIEBER, H.J./RUFFMAN, K.H.: der Sowjetkommunismus. Dokumente, Bd.1, Köln/Berlin 1963

LINARDATOS, S.: Vom Bürgerkrieg zur Junta, Athen 1977, gr.

- MALLOY, J.M.: Authoritarianism and Corporatism in Latin America: The Modell Pattern, Pittsburg 1977
- MANNHEIM, K.: Ideologie und Utopie, Frankfurt 1952
- MANOUSAKIS, G.: Hellas - wohin? Godesberg, 1967
- MARINI, R.M.: Subdesarollo y revolición, Mexico 1969
- MERKEZINIS, S.: Politische Geschichte Neugriechenlands, Athen 1964-68, gr.
- MATHIOPOULOS, M.: a) Die Geschichte der sozialen Frage und des Sozialismus in Griechenland (1821-1961), Hannover 1961;
b) Soziale Frage und Sozialismus in Griechenland, Bonn-Bad Godesberg 1974
- MATTHIES, V.: Kollektive Self-Reliance, München/London 1978;
Neue Weltwirtschaftsordnung, Obladen 1980
- MAZA ZAVALA, D.F.: Los mecanismos de la dependencia, Caracas 1973
- MEYNAUD, J.: Bericht über die Abschaffung der Demokratie in Griechenland, Berlin 1969;
Politische Kräfte in Griechenland, Athen 1974, gr.
- MOUZELIS, N.: Neugriechische Gesellschaftliche Unterentwicklungsaspekte, Athen 1978², gr.
- MOHLMANN, W.E.: M. Weber und die rationale Soziologie, Tübingen 1966
- MÖLLER, U.: Die demokratische Willensbildung in den politischen Parteien, Mainz 1967
- NIEKERK, V.: Populism and political development in Latin Amerika, Rotterdam 1974
- NIKOLINAKOS, M.: Widerstand und Opposition in Griechenland, Darmstadt/Neuwied 1974
- NIKOLINAKOS, M./NIKOLAOU, K. (Hrg): Die verhinderte Demokratie. Modell Griechenland, Frankfurt a.M. 1969
- NOHLEN, D./NUESCHELER, F. (Hrg): Handbuch der Dritten Welt. Bd.1. Unterentwicklung und Entwicklung: Theorien Strategien-Indikatoren, Hamburg 1982
- ORGANSKY, P.: Stages of political development, N. York 1965
- OSSENBOHL, F.: Rundfunk zwischen Staat und Gesellschaft, München 1975
- PAPAKONSTANTINOÜ, TH.: Die Anatomie der Revolution, Athen 1952, gr.
- PAPANDREOU, A.: Demokratie und nationale Rennaicane, Athen 1966, gr.; Griechischen Tragödie. Von der Demokratie zur Militärdiktatur, Wien/München/Zürich 1970; Griechenland den Griechen, Athen 1976, gr.; Von der PAK zur PASOK, Athen 1976, gr.; Territoriale Integrität und nationale Außenpolitik, Athen 1976, gr.; Für eine sozialistische Gesellschaft: Vergesellschaftung, Selbstverwaltung, Dezentralisierung, lokale Selbstverwaltung, Gewerkschaftsbewegung, Athen 1977, gr.; Für einen befreiten, sozialistischen Mittelmeerraum Athen 1977, gr.; Der Wandel Athen 1981, gr.

ders.: Die Ziele der Zusammenarbeit der PASOK mit den Europäischen Sozialisten und Unabhängigen, Athen 1981, gr.; Der Übergang zum Sozialismus, Athen 1982 4, gr.

PAPANDREOU, G.: Die Befreiung Griechenlands, Athen 1950³, gr.

PAPASARANTOPOULOS, P. (Hrg): PASOK und Macht, Saloniki 1980, gr.

POPRELKAS, D.: Das AUSlandskapitel in Griechenland, München 1981

POULANTZAS, N.: Die Krise der Diktaturen: Portugal, Griechenland, Spanien, Frankfurt a.M. 1977;

Staatstheorie. Politischer Oberbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie, Hamburg 1978;

Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, Frankfurt 1980

PREBISCH, R.: Statement t the 142nd Plenary Meeting, 4. UNCTAD Konferenz in Nairobi 1976 (Dokument UNCTAD IVICA-19.NB0.76-589)

PSYCHARIS, S.: Die Kulissen des Wandels, Athen 1975, gr.

RASCHKE, J. (Hrg): Die politischen Parteien in Westeuropa, Reinbeck/Hamburg 1978

ROSAKIS, P.: Die Diktatur der Offiziere: Auf- und Absturz, Athen 1975, gr.

SABINE, G.: A History of Political Theory, N. York 1961

SCHAPINO, L.: Partei und Staat in der Sowjetunion, Köln/Berlin 1965

SCHÄTZEL, W.: Der Staat. Staatsmänner und Philosophen über den Staat, Wiesbaden (ohne Jahresangabe)

SCHEUCH, E.K./SAHNER, H. (Hrg): Verstehende Soziologie und Theorie der Symbolischen Interaktion, Stuttgart 1977

SCHMIDT, A.: Internationale Arbeitsstellung oder ungleicher Tausch. Kontroversen über den Handel zwischen Industrie und Entwicklungsländern, Frankfurt/N. York 1979

SCHMITT, C.: Verfassungslehre, Berlin 1954

SCHOTTE, M.: Politische Werbung und totalitäre Propaganda, Düsseldorf 1968

SCHWARZENBERG, C.: Sociologie Politique, Monchretien 1974

SEE, H.: Volkspartei im Klassenstaat oder das Dilemma der innerparteilichen Demokratie, Hamburg 1972

SENGHAAS, D.: Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung, Frankfurt 1974;

Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik, Frankfurt 1977;

Imperialismus und strukturelle Gewalt, Frankfurt 1978;

Kapitalistische Weltökonomie, Frankfurt 1979

SHILS, E.: Political development in new states, The Haque 1962

SIEBER, H.: Die realen Austauschverhältnisse zwischen Entwicklungs- und Industriestaaten, Tübingen/Zürich 1968

SKRIVER, A.: Soldaten gegen Demokraten - Militärdiktatur in Griechenland. Köln/Berlin 1968

SPRONDEL W.: Elemente des Zuweisungsprozesses sozialer Positionen, Diss. München 1968

STAMMEN, TH.: Parteien in Europa, München 1978

STAMMLER, D.: Die Presse als soziale und verfassungsrechtliche Institution, Berlin 1971

STAVROU, N.: Bündnispolitik und militärische Interventionen. Die politische Rolle des griechischen Militärs, Athen 1976, gr.

STRAUSS, A.L.: Mirrors and Masks. The Search for Identity, Glencoe/Illinois 1959

SVORONOS, N.: Überblick der Neugriechischen Geschichte, Athen 1976², gr.

SZENTES, T.: Politische Ökonomie der Entwicklungsländer, Frankfurt/Budapest 1974

TOCH, H.: The social psychology of social movements, Indianapolis 1965

TOURKOWASSILI-GALANOU, R.: Die politischen Parteien in Griechenland nach 1967, Athen 1980, gr.

TSAKALOTOS, TH.: 40 Jahre Soldat, Athen 1960, gr.

TSATSOS, D.: Staatsreform und Politik, Athen 1977, gr.

TUCHHHÄNDLER, K.: De Gaulle und das Charisma. Elemente charismatischer Führung im Gaullismus der V. Republik, München 1977

VAITSOS, M. (Hrg): Internationale Politik, Athen 1982, gr.

VASSILIADIS, D.: Demokratischer Sozialismus oder der dritte Weg, Athen 1974, gr.; PAK-PASOK. Legende und Wirklichkeit, Athen 1977, gr.

VELIZ, C.: Obstacles to change in Latin America, N. York 1969-70

VENIZELOS, E.: Logik der Regierungsform und die Struktur der Exekutive in der Verfassung von 1975, Saloniki 1980, gr.

VLANTAS, D.: Anschein und Realität, Athen 1978², gr.

WALNER, M. (Hrg): Modernization, Basic Books 1966

WEBER, M.: Wirtschaft und Gesellschaft, Köln 1964

WERNICKE, I.H.: Die Bedingungen politischer Partizipation, Meisenheim am Glan 1976

WILLNER, A.R.: Charismatic Political Leadership. A Theory, Princeton 1968

WORSLEY, P.: The Trumpet Shall Sound, London 1963; The Third World, Chicago 1970²

ZAKYNTHINOS, D.: Die politische Geschichte Neugriechenlands, Athen 1965, gr.

ZEUNER, B.: Innerparteiliche Demokratie, Berlin 1970

ZOINTAS, X.: Die Politik der Bank von Griechenland, Athen 1945, gr.

II Einzelbeiträge in Sammelwerken und Periodika

ABROMEIT, H.: Werbung für den Status Quo, in: Greiffenhagen, M. (Hrg): Die Gegenreform, Reinbeck 1976

ALEXANDROPOULOS, S./KOULOGLOU, S./PITOROPOULOS, G.: Für diejenigen, die keine Partei zu wählen haben, in: Anti, 16.- 29. Oktober 1981, gr.

ALLCOCK, J.B.: Populism: A Brief Biography, in Sociology, September 1971

AMIN, S.: Self-reliance und die Neue internationale Wirtschaftsordnung, in : Senghaas, D., 1979;
Zur Theorie von Akkumulation und Entwicklung in der gegenwärtigen Weltgesellschaft, in: Senghaas, D., 1974;
Kapitalismus, Staatskollektivismus und Sozialismus, in: Monthly Review, Aug.-Sept. 1977, gr.

ANASTASIADIS, G.: Der Präsident der Republik und die parlamentarische Regierung, in: Recht und Politik, Heft 3, gr.

ANDRIANOPOULOS, A.: Das politische Profil der PASOK, in: Epikentra, Juli-Aug. 1978, gr.

ARANGO, J.: Inversion extranjera en la industria manufacturera colombiana, in: Boletín mensual del estadística del DANE 302, Sept./Okt. 1976

BALIBAR, E.: Krise des Marxismus, Aktualität des Marxismus, in: Thesis, Nr. 6, Jan.-März 1984, gr.

BANDT, J.de.: National and Collectiv Self-reliance, in: Liaison Bulletin der OECD, Nr.1, 1977

BAUER, P.T.: Collectiv Self-Reliance as Development Strategy, in: Intereconomics 5/6, 1977

BENNHOLDT-THOMSEN, V.: Marginalität in Lateinamerika - Eine Theoriekritik, in: Lateinamerika. Analyse und Berichte 3, Berlin 1979

BETELEM, CH.: Theoretische Bemerkungen, in: Emmanuel, A.: Der ungleiche Tausch, Athen 1978, gr.

BRILLAKIS, A.: Die reformistische Linke und die Sozialismusaussicht, in: Anti, 16.-29. Okt. 1981, gr.

CARDOSO, F.H.: The Consumption of Dependency Theory in the United States, in: Latin America Research Review 12(3), 1977

CHARALAMBIS, D.: Die rolle des Militärs in der Struktur der Staatsgewalt in Griechenland nach dem 2. Weltkrieg, in: Thesis, Juli-Sept. 1983, gr.

CHRISTINIDIS, A.: Die politische Konstellation nach den Wahlen in Griechenland, in: Frankfurter Hefte 1974

CHRISTODOULIDIS, A.: Die erste Konferenz der PASOK, in: Anti, 23. Juli 1977, gr.

CHRYSSOS, A.: Die gegenwärtige politische Lage und das Kräfteverhältnis der Parteien in Griechenland, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft Nr. 8, 1978

CYPHER, J.M.: Die Monthly-Review Schule. Internationale Wirtschaft, in: Synchroni Epochi, Athen 1978, gr.

EFTHYMIU, P.: Militär und Demokratie. Wer fürchtet wen?, in: Anti, 19.6.1981, gr.

ELEFANTIS, A.: a) A. Papandreou Erklärungen, in: Politis, April-Mai 1981, gr.; b) Was wird aus dieser Sozialismus-Angelegenheit?, in: Politis, Juli 1981, gr.; c) Die Macht kommt vom Führer und wird für ihn ausgeübt, in: Politis, Juni-Juli 1982, gr.

ELEFANTIS, A./KAVOURIARIS, M.: PASOK, Populismus oder Sozialismus?, in: Politis, 13. Okt. 1977, gr.

ELEFTHERIOU, R.: Bericht über die PAK und die PASOK, in Anti, 2.9.1983, 16.9.1983 und 30.9.1983, gr.

ELLEINSTEIN, J.: Eurokommunismus und Sozialdemokratie, in: Bischoff, J./Kreimer, J. (Hrg), 1980

EPITROPAKIS, K.: PASOK, welche Strategie?, in: Anti, 31.3.1979, gr.

ESSER, K.: Industrialisierungsprozesse und Weiterentwicklung der Weltwirtschaftsordnung. Starke und schwache Akteure der Nord-Süd und Süd-Süd Beziehungen, in: Matthies, V. (Hrg), 1980

FAGEN, F.F.: Charismatic Authority and Leadership of Fidel Castro, in: Western Political Quarterly 18/1965

FLOROS, G.: Die Reifung der Probleme, in: Anti, 26.11.1982, gr.

FROHNHOFEL, R.: Die Verstärkung der ökonomischen Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern in den siebziger Jahren - das Konzept des Collective Self-Reliance, in: Asien, Afrika, Lateinamerika 6 (5), 1978

FRÜBEL, F./HEINRICHS, J./KREYE, O./SUNKEL, O.: Die Internationalisierung von Kapital und Arbeitskraft, in: Kreye, O.: Multinationale Konzerne, München 1974

GOLDBLOOM, M.: United States Policy in Post-War Greece, in: GLOGG, R./YANNOPOULOS, G. (Hrg): Greece under Military Rule, London 1972.

HORNUNG, K.: Sozialismus und Kommunismus in Griechenland - innenpolitisches Kräftefeld und außenpolitische Optionen, in: Oberndörfer, D., Sozialistische und kommunistische Parteien in Westeuropa, Teil Südländer, Stuttgart 1978

HURTIIENNE, TH.: Peripherer Kapitalismus und autozentrierte Entwicklung, in: PROKLA, Nr. 44, 1981, gr.

IOAKIMIDIS, P.: Über die EG, in: Oikonomikos Tachydromos, 30.3.1978, gr.

JAGUARIBE, H.: Dynamics of Brazilian Nationalism, in: Veliz, C.: Obstacles to change in Latin America, N. York, 1969-70

JONES, R.A./ANSERVITZ, R.M.: Sain Simon and Saint-Simonisme: A Heberian View, in: American Journal of Sociology, 80/5/1975

KAPETANGIANNIS, B.: Die theoretische und politische Bedeutung der Diskussion über die PASOK, in: Politis, April 1978, gr.

KAPETANIDIS, J.: Griechenland-Heimkehr in die Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 17.5.1975, Bd.20/1975

KARRAS, G.: PASOK und Massenbewegungen, in: Politis, Juli 1980, gr.

KARRAS, H.: 1964-1981. Die Fortsetzung und die Änderung, in: Anti, 27.10.1981, gr.; Eine Bekanntmachung mit der heutigen 'unbekannten' PASOK, in: Anti, 31.12.1977, gr.; Wahltaktiken und reale Gegebenheiten, in: Anti, 30.1.1981, gr.

KATIFORIS, G.: Die Rolle der Monarchie in Griechenland, in: Nikolinakos/Nikolaou, 1969

KATZOUZAS, D.: PASOK und EG, in: Epikentra, Mai-Juni 1983, gr.; Hat der Präsident verstärkte Befugnisse?, in: Oikonomikos Tachydromos, 18.3.1983, gr.

KATZOULIS, I.: Die Entwicklung des Parteiensystems Griechenlands, in: Raschke, J. (Hrg), Die politischen Parteien in Westeuropa, Hamburg 1978

KIRCHHEIMER, O.: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems (1965), in: Ziebur, G. (Hrg), Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre, Darmstadt 1969

KOLMER, K.: Die Wirtschaftspolitik der PASOK, in: Epikentra, Juli-Aug. 1978 und Jan-Febr. 1983, gr.

KOSTOPOULOS, P.: Die Verheißung des unmöglichen Wandels, in: Anti, 16.-29.Okt. 1981, gr.

KYRIAZIS, CHR.: Die 'Krise' in der PASOK-SALONIKIS, in: Anti, 26.2.1980, gr.

KYPRIANIDIS, T./TSEKOURAS, TH.: Die PASOK und der neue ideologische Zufall, in: Thesis, April-Juni 1983, gr.

LAZARIDIS, C. DIMITRIOU, K.: PASOK und Macht - und die Linke?, in: Anti, 30.1.1981, gr.; Wandel und Linke, in: Anti, 16.-29.Okt. 1981, gr.

LINARDATOS, S.: Wahlen 1981, in: Anti, 30.1.1981, gr.; Die Taktiken kristallisieren und die Kräfte ordnen sich, in: Anti, 22.5.1981, gr.

LOULIS, G.: Versenken Sie 'Chora', in Epikentra, Sept. 1977, gr.; Die drei Phasen der Wahltaktik der PASOK, in: Epikentra, Okt. 1977, gr.; 15 Monate Wandel: Was für ein Sozialismus?, in: Epikentra, Jan.-Febr. 1983, gr.

LÜWENTHAL, L.: Biographies in Popular Magazines, in: American Social Patterns, Chicago 1966

MAKRIDIS, R.: Die PASOK und die Autoritätsaussichten in Griechenland, in: Epikentra, Jan.-Febr. 1983, gr.

MARINI, R.M.: Dialektik der Abhängigkeit, in: Senghaas, D., 1974

MARTINOS, N.: Die Stellungnahme der PASOK über die EG, in: Anti, 19.6.1981

MASSARRAT, M.: Die Theorie des ungleichen Tausches in der Sackgasse, in: Die Dritte Welt 6 (1)

MATZOURANIS, G.: PASOK, die Polarisierung und die Gefahren für den sozialen Status Quo, in: Anti, 113.1978, gr.

METAXAS, P.: Die Theorie Metropole-Peripherie, in: Kommunistischer Monatlicher Überblick und Politik, Heft 11, 1979, gr.

MILIOS, G.: Imperialismus und die Theorien 'Metropole-Peripherie', in: Thesis, Juli-Aug. 1983 und Okt.-Dez. 1983, gr.; Griechische Gesellschaft, der Mythos der Unterentwicklung, in: Agonas, Nr. 7, gr.

MOUZELIS, N.: Gedanken über den politischen Aufstieg der PASOK, in der Zeitung 'To Vima', 12.-16.März 1978, gr.

PANGALOS, TH.: Die Grenzen des Ausschlußcharakters der abhängigen kapitalistischen Entwicklung. Der Fall Griechenland, in: Leggewie-Nikolinakos, 1975

PAPAGIANNAKIS, M.: Der Vorschlag der PASOK zur Mitarbeit, in: Politis, Jan. 1977, gr.

PAPASPILIOPOULOS, S.: Sozialpolitische Strukturen und ökonomische Entwicklung in Griechenland, in: Sartre, J.P., Der Weg in den Faschismus. Dokumentation zur politischen Situation, Frankfurt 1970

PAPPAS, A.: a) Die PASOK, das Machtdilemma und die traditionelle Linke, in: Anti, 9.5.1980, gr.; b) Progressive Linke und die PASOK, in: Anti, 13.11.1981, gr.

PASCHOS, G.: Zweiparteiensystem und die Funktion der Verfassung, in: Politis, Dezember 1983, gr.

PERINBANOVAGOM, R.S.: The Dialectics of Charisma, in: Sociological Quarterly, 10/1969

PESMATZOGLU, S.: Die rätselhafte Natur der doppelten Diskontinuität, in: Politis, Juni-Juli 1982, gr.

PHOTOPOULOS, G.: Die Abhängigkeit der griechischen Wirtschaft vom ausländischen Kapital, in: Oikonomikos Tachydromos, Nr. 1107, gr.

PLORITIS, M.: Die Monarchie in Griechenland, in: SARTRE, J.P. (Hrg.), 1970

POULANTZAS, N.: Marxismus zwischen Sozialdemokratie und 'realem Sozialismus', in: Bischoff, J./Kreimer J., 1980

RATNAM, J.K.: Charisma and Political Leadership, in: Political Studies, Bd.12, 1964

ROCHIES, J.P./SACHS, S.: The Burokrat and the Enthusiast, in: Western Political Quarterly, 2/1955

ROSAKIS CH.: Kontinuität und Änderung in der griechischen Außenpolitik, in: Anti, 26.11.1982, gr.

SAMARAS, G.: Staat und Kapital in Griechenland, in: Synchroni Epochi, Athen 1982, gr.

SANTOS, Dos. Th.: Struktur der Abhängigkeit, in: Senghaas, D., 1978

SENGHAAS, D.: Strukturelle Abhängigkeit und Unterentwicklung, in: Politische Ökonomie, Geschichte und Kritik, Handbuch 2, Frankfurt 1975
ders.: Autozentrierte Entwicklung, in: Nohlen/Nuscheler, 1982

SPENCER, M.E.: What ist Charisma?, in: British Journal of Sociologie, 1973

STAVENHAGEN, R.: Seven Erroneous Theses about Latin America, in: Horowitz, L.H. et al, Latin American Radicalism. N. York 1969

SVORONOS, N.: Die soziale und politische Entwicklung in Griechenland, in: SARTRE, J.P. (Hrg): Der Weg in den Faschismus, Frankfurt 1970

THEODOROPOULOS, V.: Die griechische Außenpolitik, in: Epikentra, Juli-Aug. 1978, gr.

TOCH, M.A.: Towards a Theory of Routinisation of Charisma, in: Rocky Mountain Social Science Journal, 9/1972

TUCKER, R.C.: The Theory of Charismatic Leadership, in: Deodalus, Bd. 97, 1968

TZERMIAS, P.: Griechenland und Europa, in: Europäische Rundschau, Vierteljahreszeitschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte, 7. Jrg., 1979/2

VERGOPOULOS, K.: Der periphere Kapitalismus in Griechenland, in: Papandreou, A., Übergang zum Sozialismus, Athen 1981, gr.

WALLERSTEIN, I.: Aufstieg und künftiger Niedergang des kapitalistischen Weltsystems, in: Senghaas, D., 1979

WALTER, J.: Rhetorik und Propaganda, in: Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Bd. 20, Mannheim 1973

WEBER, M.: Die drei reinen Typen der legitimen Herrschaft, in: Staat. Gesellschaft. Wirtschaft, Heidelberg 1967

WILLNER, A.P./WILLNER, D.: The Rise and Role of charismatic Leaders, in: Annals of the American Academy of Political and Social Science, March 1965, Bd. 358

ZERVOS, A.: Von den dreien die eine Strategie, in: Anti, 12.5.1979, gr.

ZEUNER, B.: Parteien, in: Röhrig, H.H./Sontheimer, K.(Hrg): Handbuch des Deutschen Parlamentarismus, München 1970

III PASOK-Druckmaterial

Agrarwirtschaft und EG, Athen 1977, gr.

Alle auf die Arbeit für eine stärkere PASOK, Athen 1976, gr.

Der Platz der Frau in der Gesellschaft, Athen 1979³, gr.

Der Wandel, Athen 1981, gr.

Die Bedrohung in der Ägäis, Athen 1977, gr.

Die Problematik über die Jugendbewegung, Athen 1977, gr.

Geschäftsordnung, Athen 1984², gr.

Gesundheit und Versorgung, Athen 1977, gr.

Grundsätze der PASOK, gr.

1. Konferenz des Z.Kš der PASOK, Athen 1976, gr.

2. Konferenz des Z.Kš der PASOK, Athen 1977, gr.

3. und 4. Konferenz des Z.Kš der PASOK, Athen 1982³, gr.

5. Konferenz des Z.Kš der PASOK, Athen 1982², gr.

6. und 7. Konferenz des Z.Kš der PASOK, Athen 1982², gr.

8. Konferenz des Z.Kš der PASOK, Athen 1981, gr.

Notizen über die politische Ökonomie, Athen 1976, gr.

Proklamation der Regierungspolitik der PASOK, Athen 1981, gr.

Richtlinien der Regierungspolitik der PASOK, Athen 1977, gr.

Satzung vom 3. September 1974, gr.

Sozialistische Umwandlung, Athen 1979², gr.

IV Dokumente

Dokument UNCTAD IVICA-19.NB0.76-589

Entwicklungspolitik. Materialien, Nr.49 Hrg. vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bonn, Juni 1975

Griechische Verfassung von 1975, Aften 1975, gr.

KEBA, Statistical field investigation of small and medium industry in Greece, Bd.II

UN-Treaty Series, Vol. 499

Weltentwicklungsbericht, Weltbank, Washington 1980

V Andere Informationsquellen

Zeitungen

Agonistis

Eleftherotypia

Exormisi

Figaro

Financial Times

Herald Tribune

Kathimerini

Le Mond

Neue Zürcher Zeitung

New York Times

Süddeutsche Zeitung

Ta Nea

Time

To Vima

Wall Street Journal

Zeit

Zeitschriften, Hand- und Jahrbücher, etc.

Agonas

American Journal of Sociology

American Social Patterns

Annals of the American Academy of Political and Social Science

Anti

Asien, Afrika, Lateinamerika

Aus Politik und Zeitgeschichte

Blätter für deutsche und internationale Politik

Boletín mensual del estadística del DANE

British Journal of Sociology

Deadalus

Der große Brockhaus, Bd. IV, 1955

Die Dritte Welt

Europäische Rundschau, Vierteljahreszeitschrift für Politik,
Wirtschaft und Zeitgeschichte

Epikentra

Fischer-Lexikon, Staat und Politik, Frankfurt 1964

Frankfurter Hefte

Intereconomics

Kommunistischer Monatlicher Überblick und Politik (KO.M.E.P)

Lateinamerika. Analysen und Berichte

Latin America Research Review

Liaison Bulletin der OECD

Monthly Review

Oikonomikos Tachydromos

Political Studies

PROKLA

Politische Ökonomie, Geschichte und Kritik

Politis

Südosteuropa-Handbuch Bd. 3, Griechenland, Göttingen 1980

Recht und Politik

Rocky Mountain Social Science Journal

Sociological Quarterly

Sociology

Spiegel

Synchroni Epochi

Western Political Quarterly

